

Die Neue Gesellschaft

Herausgegeben für
die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Holger Börner

Walter Dirks †

Günter Grass

Johannes Rau

Carola Stern

Hans-Jochen Vogel

Frankfurter Hefte

Redaktion

Peter Glotz

(Chefredakteur)

Ulrike Ackermann

Norbert Seitz

(verantwortlich)

Ständige Mitarbeit

Klaus Bloemer

Tilman Fichter

Hans-Joachim Schabedoth

Johano Strasser

Redaktionsbeirat

Frank Benseler

Jürgen Burckhardt

Gottfried Erb

Iring Fetscher

Horst von Gizycki

Martin Greiffenhagen

Norbert Greinacher

Reinhard Höppner

Reimut Jochimsen

Tomas Kosta

Ferdinand W. Menne

Thomas Meyer

Susanne Miller

Peter von Oertzen

Richard Schröder

Wolfgang Thierse

8 1992
39. Jahrgang

675 Editorial

Aktuelles

- 677 GYÖRGY KONRÁD
An Europas Horizont kichert
der Wahnsinn
- 684 KLAUS HARPPRECHT
Kleine Stilkunde für Bonn
und Saarbrücken
- 687 GEORG M. HAFNER
Fischsterben in Rio
- 689 THOMAS KRAPPF
Regierungswechsel in Jerusalem
- 697 DIE WIDERSPRÜCHE WEITER-
LEBEN

Thema:

Paradigmawechsel in der Ökonomie?

- 699 WOLFGANG LECHER
Schlanke Produktion –
dichte Arbeit
- 705 THOMAS KREUDER
Clean Production: Die wahre
Revolution in der Industrie
- 712 CLAUS NOÉ
Für eine Renaissance
der Wirtschaftspolitik
- 715 MARION BARTH
Die Handlungsfähigkeit der
öffentlichen Hände
- 720 MEINHARD MIEGEL
Das verunsicherte Europa

Kontrovers

- 726 JÜRGEN HOFFMANN
Wie man höhere Löhne macht . . .
oder: Wider den tarifpolitischen
Linkspopulismus
- 732 SIBYLLE TÖNNIES
Das Asyl und die Wähler

Kultur

- 735 JOACHIM GÜNTNER
Der apolitische Deutsche
- 743 RENÉ WEILAND
Grenzbesinnungen – Zum 100.
Geburtstag Helmuth Plessners
- 748 ROLF SCHNEIDER
Sport und Ästhetik
- 754 ADAM SEIDE
Mondkrater Lichtenberg
- 756 ANTRAG
- ## Kritik
- 757 DETLEV CLAUSSEN
Jargon der Vereinigung
- 759 IRING FETSCHER
Wir können nur einander verzeihen
- 762 JOHANO STRASSER
Neue Daten zur Weltentwicklung
- 764 HORST HOCHGREVE
Ein neo-libertäres
Wirtschaftskonzept
- 765 WERNER EGGERT
Reformierte Globalsteuerung
- 766 PETER KERN
Benjaminiana
- 767 ULRICH KARGER
Jugendwiderstand im NS-Staat
- 768 Zu den Autorinnen und Autoren
- 768 Impressum

Titelfoto: dpa

Ach, die politische Klasse – wir sind schon althergebrachten Kampfspiele. Außenminister Kinkel und Verteidigungsminister Rühle bemühen sich nicht etwa um einen Konsens über den Einsatz deutscher Soldaten in den immer blutiger werdenden ethnischen Kriegen Europas. Nein – sie führen die Sozialdemokraten vor: Seht sie an, diese Weichmänner, sie wollen nur Blauhelme. Zwar fordert kein Mensch Kampfeinsätze von den Deutschen; trotzdem werden die Opfer serbischer oder kroatischer Banden zu »sozialdemokratischen Toten« geschminkt. Es wird insinuiert, daß die Bosniaken sterben müssen, weil die vaterlandslosen Gesellen aus der deutschen Linken keine deutschen Leder-nacken dulden wollen. Heiße, jetzt haben wir die Sozis in der Falle!

Und die Linke? Sie antwortet auf diesen Angriff verfassungsrechtlich. Sie sagt: Ja ja, vielleicht müssen wir neu nachdenken; aber dazu brauchen wir einen neuen Parteitag. Sie denkt konzeptionell: Wenn die KSZE zu einer Unterorganisation der UNO (gemäß Kapitel VIII der UNO-Charta) gemacht würde, die KSZE Blauhelmaktionen könnte und die NATO der KSZE Truppen zur Verfügung stellen würde, hätten wir eine neue Weltordnung. Das Volk aber sitzt ungerührt in Biergärten und Schwimmbädern herum und zelebriert sein Leben: Ehekräche, Liebesheiraten, Krebsgeschwülste und Wohnungswechsel. Nur monatlich verkündet irgendeine Forschungsgruppe Wahlen, was in den Biergärten gedacht wird: vier Wochen später ist es falsch, der Souverän ist launisch. Allerdings hält sich seit Monaten die Prognose, daß Franz Schönhuber 1994 einen rauschenden Sieg bei den Europawahlen feiern wird und ein paar Monate später in den Bundestag einziehen könnte.

Der Kanzler? Massig, realistisch, als Fels in der Brandung gibt er die Losung aus. Sie ist ein bißchen derb, aber sympathisch: Nur nicht fickerig werden. Ein herrlicher Sommer.

Wir beschäftigen uns in diesem herrlichen Sommer mit der neuen wirtschaftspolitischen Debatte. Was bedeutet das Zauberwort von der *lean production*? Wie handlungsfähig

ist der Staat noch? Kann man die Zinssouveränität, die die Nationalstaaten verloren haben, auf der europäischen Ebene zurückgewinnen? Der »Leitartikel« für dieses Schwerpunktthema ist Claus Noés Essay »Für eine Renaissance der Wirtschaftspolitik«. Noé, Staatsrat in der Hamburger Wirtschaftsbehörde, ist einer der ältesten Hasen in den Ackerfurchen der deutschen Ökonomie. Es hat das Desaster der ostdeutschen Industriepolitik präzise vorhergesagt. Für unsere Zeitschrift legt er jetzt eine Ideenskizze vor, die die Opposition zur Blaupause ihrer Wahlkampagne machen könnte. Sie müßte allerdings ein paar Heilige Kühe schlachten.

In der Kolumne *Kontrovers* fliegen in diesem Monat die Fetzen. Jürgen Hoffmann bekämpft Michael Wendls Kritik der Tarifpolitik der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Die Bremer Hochschullehrerin Sibylle Tönnies, Enkelin des großen Soziologen Ferdinand Tönnies, von dem der umstrittene Klassiker *Gemeinschaft und Gesellschaft* stammt, setzt sich mit der Heiligsprechung des Asylartikel 16 Grundgesetz auseinander; sie schlägt vor, das Individualrecht auf Asyl durch eine Art Institutsgarantie zu ersetzen. Da das Problem *Einwanderung* – neben der sicherheitspolitischen Debatte um den Auftrag deutscher Soldaten – zu den politisch brisantesten Themen der kommenden Jahre gehört, fordern wir zu einer Fortführung dieser Kontroverse auf.

Am 25. September 1940 hat Walter Benjamin von Banyuls-sur-Mer den Weg durch die Pyrenäen gewagt, auf dem vor ihm schon Lion Feuchtwanger, Heinrich Mann und Franz Werfel die Flucht aus dem Vichy-Frankreich nach Spanien geglückt war. Aber Walter Benjamin wurde an der spanischen Zollstation der Stempel zur legalen Ausreise verweigert. Er nahm sich das Leben.

Das Auswärtige Amt hatte, unterstützt vom Bundespräsidenten, bei dem israelischen Künstler Dani Karavan eine Gedenkstätte für Walter Benjamin in Auftrag gegeben. Sie sollte 980 000 Mark kosten. Rechnungshof und Haushaltsausschuß des Bundestages haben diese Mittel gestrichen. Es ist eine Schande.

Peter Glotz

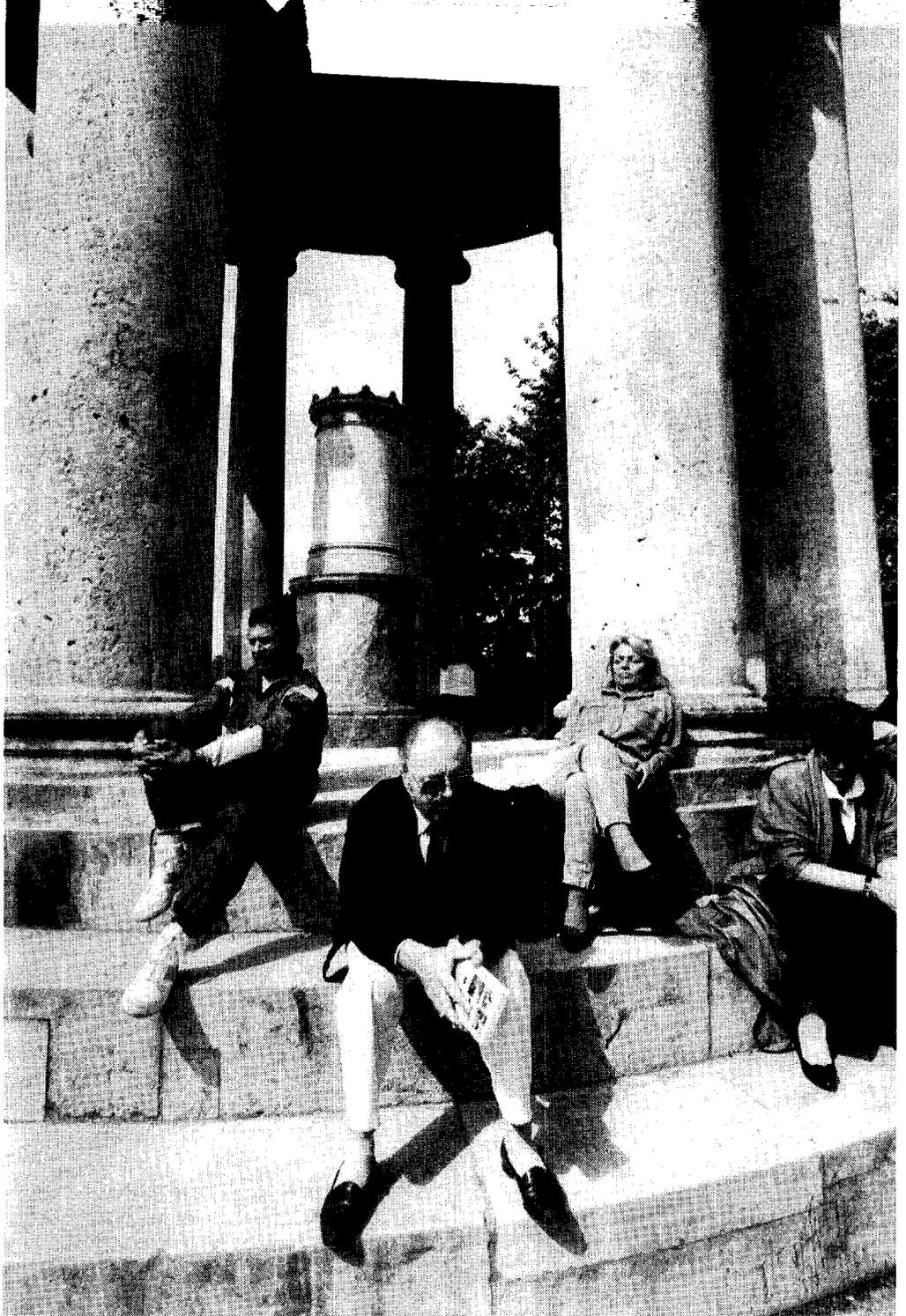


Foto: JOKER/A. v. d. Osten-Sacken

GYÖRGY KONRÁD

An Europas Horizont kichert der Wahnsinn

Europa ist verunsichert? Das kann es brauen. Allzu viel Selbstsicherheit macht dumm. Tritt Integration als Religion in Erscheinung, so ist dies nicht verheißungsvoller, als wenn Desintegration in religiösem Gewand auftaucht. Wie Ameisenhaufen im Garten, so drängen die neuen Partikularismen aus dem Dunkel ans Licht. Die Teile misstrauen dem Ganzen. Vor allem dem Nachbarn. Fahnen werden geschwenkt. Mit den Teilen ist nicht gut Kirschen essen. Dem überlegenen Ganzen und der immer irgendwo anders existierenden Zentrale werden sie schon zeigen, was Sache ist. Bis hierher und nicht weiter! Ganz wirst du mich nicht schlucken! Einzigartig bin ich! Etwas Ureigenes! Es verlangt mich nicht danach, im gesamteuropäischen Schmelzkäse aufzugehen. Akzeptiert werden wollen wir in unserer Besonderheit. Eines nur macht uns Kummer, daß sich auch bei uns die Teile regen und wir früher oder später vor Zerfallserscheinungen ebenfalls Angst haben müssen. Im Galopp wogt die Reduktion über uns hinweg und wird ad absurdum geführt. Allem Anschein nach hat jedes Ganze viele Teile, und jeder Teil ist das Ganze vieler anderer Teile, weshalb aus ein und dem selben Mund einmal die Leidenschaft des Verletztseins unterdrückter Teile und ein andermal der zynische Rationalismus des aggressiven Ganzen zu hören ist.

Der Kult des Teils ist zweifellos irrational. Die einzelnen Kollektive versteifen sich auf die fixe Idee, Zweifel an ihrer Existenz nachhaltig ausräumen zu müssen. Und niemand von ihnen will unter dem Sternenhimmel staats-obdachlos sein. Aus unseren Reihen soll sie hervorgehen, die Obrigkeit, die über unser Leben zu bestimmen hat! Beherrscht werden wollen wir nur von unseren Brüdern! Nackt und schutzlos werde ich sein, wenn du den Baldachin des Nationalstaats über mir einreißt. Viele meinen plötzlich, Sicherheit gebe es nur in eigenen Staatsgrenzen. Einer militärischen Großmacht bedürfe es nicht, nicht vor Panzern, sondern vor Verbrecherbanden habe sie der Staat zu schützen. Und die vielen beschämten und verschwiegenen Untergrundegos, jene zahlreichen Zugehörigkeiten, jene mannigfachen und unantastbaren

Teile, sie betreten die Weltbühne, pflanzen sich vor dem Souffleurkasten auf und wollen endlich loswerden, was sie zu sagen haben. Jawohl, auch sie gibt es, einen jeden gibt es! Die Nationen, die kollektiven Individualitäten, nicht mehr verschwinden wollen sie von der Bildfläche. Sie sind sich keineswegs sicher, ob sie für die Homogenisierung in jener vielleicht gar nicht so phantastischen Gesellschaft entschädigt werden. Es ist fraglich, ob die Europäer mehr voneinander brauchen, als sie ohnehin schon abbekommen haben.

Wo endet Europa?

Manchmal wird Nicht-Handeln durch höherwertiges Handeln aufgewogen. Nicht-Handeln ist die Selbstbeherrschung der Mächtigen. Die Kleinen bitten die Großen, ihren Tatendrang zu zügeln. Sie sollen nicht großmülig in Dinge hereinreden, von denen sie nichts verstehen. Törichte und voreilige Aktivitäten resultieren daraus, wenn jemand unter Beweis stellen will, daß er sich wirkungsvoll in lokale Konflikte einzumischen vermag, stets auf der richtigen Seite, für das Gute, gegen das Böse. Dabei ist noch nicht einmal entschieden, was besser ist, der Zusammenschluß oder die Loslösung. Hier dieses und dort jenes? Westeuropa sehnt sich fortwährend nach Vereinigung, in der Sowjetunion aber und in Jugoslawien ergriff es dennoch für eine Trennung Partei. Gewiß, dahinter stand die Absicht, helfen zu wollen, ging man doch von der Annahme aus, daß die östlichen Föderationen in allen Fasern schlecht gewesen seien und daß sie keinerlei vernünftige Funktionen besessen hätten. So wird also zwischen den Teilen, die triumphierend ihre Unabhängigkeit erreichen, der Eisenbahnverkehr eingestellt, die Telefonverbindungen werden unterbrochen, die Vermögens-, Finanz- und Schuldenangelegenheiten sind ungeregelt, statt Privatisierung Verstaatlichung, die Häuser von Bürgern der anderen Republik sind unser Volksvermögen, ein jeder genießt die vorverdaute Nahrung des eigenen Fernsehens, wo sich bisher eine Promenade befand, dort wird nun eine Festung errichtet, vor den Mauern der Nachbarstadt werden

Paß- und Zollkontrollen vorgenommen. Das Leben der Bürger wurde durch den Wandel ungefähr so sehr erleichtert, als würde beispielsweise die Bundesrepublik Deutschland in ihre Teile zerfallen. Nach Hillel besteht das Wesen der Thora in folgendem: »Was dir unlieb ist, das tue auch deinem Nächsten nicht, dies ist die ganze Thora, alles andere ist nur Erklärung.«

Andererseits geht die triumphale Zerstückelung in den osteuropäischen Ländern auch ohne Fremdeinwirkung vonstatten. Länder, Regionen, Bezirke, Städte, Firmen, Netzwerke, alle zerfallen sie in Einzelteile, zahlreiche Minderheiten melden sich zu Wort. Größere Organisationen werden durch konkurrierende Fraktionen gespalten. Ebenso wie nach dem Krieg durch das Volk Schlösser ausgeschlachtet wurden, so kann jetzt das Staatsvermögen auseinandergenommen werden; wer die Augen auf tut, dem steht die Welt offen. Durch billige und politisch geschickte Übertragung sozialistischen Gemeineigentums in Privateigentum sind einige reich geworden, wem aber kein Anteil vom Staatsvermögen zufiel, der ist ärmer geworden. Noch gibt es keinen Kapitalismus, vielmehr haben wir es mit einem antisozialistischen Sozialismus und vielen nicht abgeschafften al-

ten Ämtern zu tun. Ebenso wie der Demokratie die Zerstückelung nicht gut tut, so ist es auch nicht wünschenswert, wenn die Zentralisierungsversuche der bürokratischen Administrationen zu neuem Leben erwachen. Feierlich düstere Chefs möchten den Geist des Widerspruchs Mores lehren. Türhüter in archaischen Galauniformen schirmen sie vor der Öffentlichkeit ab. Vielleicht läßt sich das schlechte Allgemeinbefinden der abrutschenden Mittelklasse durch religiös-patriotische Rhetorik lindern. Gekommen ist die Zeit der Achtung vor den auferstandenen Symbolen, die Blütezeit der Ahnenforscher.

Wo ist Europa zu Ende? Wo sollen wir die Grenze ziehen? Wo sollen wir das Tor schließen? Im Osten und auf dem Balkan steht Europa offen. Von dort können alle möglichen gefährlichen Typen hereinströmen, Leute, die lieber etwas holen als bringen wollen. Provinzielle Ruhestörer sind sie, dummes Zeug geben sie von sich, betrinken sich und fallen übereinander her. Durch die Ritzen dringt der Virus der Partikularisierung ein. Was fällt den Schotten und den Dänen ein?! Von Unruhe erfaßt blasen sie sich alle auf. Wir sind nicht weniger wert als die anderen! Zu einer Geheimschrift wird unsere

Sarajevo.

Foto: dpa/G. Gobet



Literatur verkommen? Macht nichts. Dann wird sie wenigstens wirklich uns gehören. Solches ist zu hören. Die Dialekte erheben sich in den Rang der Literatursprache. Die Provinzen streben Autonomie an, die Großstädte halten es zusehends für unbegründet, sich der Hauptstadt unterzuordnen, demgegenüber haben die Amtsträger der Zentrale Angst vor einer Balkanisierung. Mit ihrem aufrührerischen Ethnozentrismus können obskure Figuren einigen Erfolg verbuchen, an Europas Horizont kichert der Wahnsinn.

Irgendwo in Jugoslawien, im Kaukasus oder anderswo wird sich ein Vater allmählich bewußt, daß er seinen Sohn erschossen hat. Ein Kind wird gefragt, auf wessen Seite es steht, auf der des Vaters oder der der Mutter. Entscheide dich zwischen deinen Eltern! Und scheiden lassen sich auch die Ehepaare, der eine geht in diese, der andere in jene Richtung. Meine Familie hast du ausgerottet? Warte nur, ich werde deine Familie ebenso vernichten! Im Krieg der Großväter bekämpften sich das Unter- und das Überdorf, mit Minenwerfern beschossen sie sich gegenseitig, steckten ihre Häuser und Scheunen in Brand, fremder Besitz wurde hin- und hergeschleppt. Und was bietet sich ihren verwunderten Blicken nun dar? Duro, der Gefährte von einst, rennt mit einer Fackel in der Hand umher und legt Feuer in unseren Häusern. Was sonst könnte Pero dagegen unternehmen? Auch er besorgt sich eine Fackel, und nunmehr flitzt er gleichfalls umher und läßt die Häuser der anderen brennen. Anfangs ist die nationale Idee ein unschuldiges Mädchen, um schließlich die mörderische Maske des Wahnsinns anzulegen. Angefeuert wird Peros und Duros vorausweisender Gehorsam von geistigen Wortführern.

Separatismus und Assimilationszwang

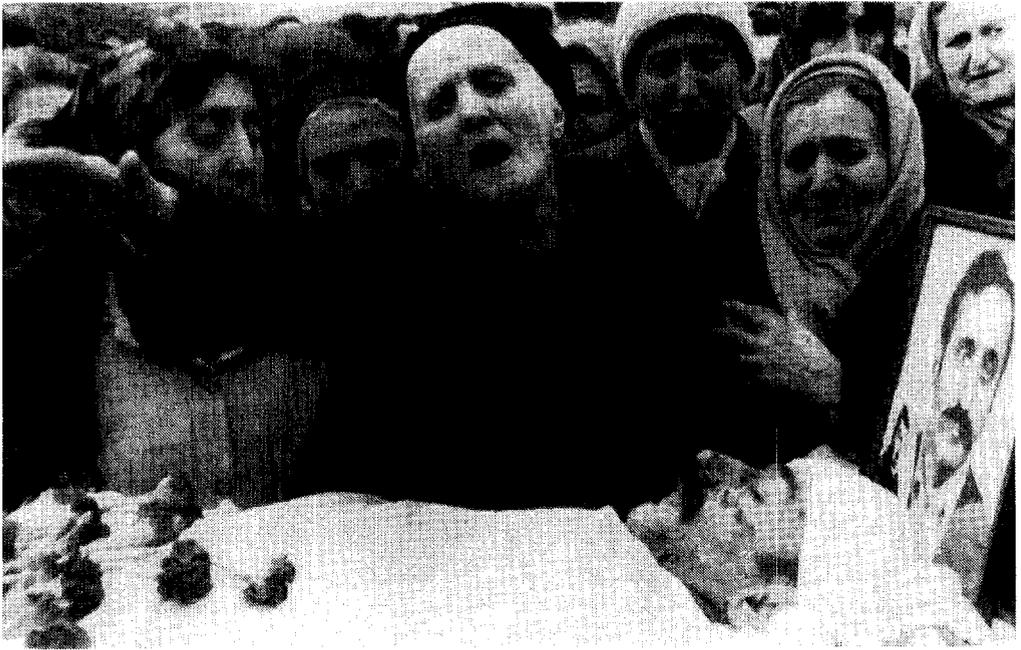
Wie kann man sich in gemischten Siedlungsgebieten uneingeschränkte nationale Selbstbestimmung vorstellen? Muß man nicht vielmehr damit rechnen, daß sich innerhalb jedes abgefallenen Teils weitere Teile artikulieren werden, die sich ebenfalls loslösen wollen? Warum sollte die nationale Souveränität ein unantastbares Prinzip sein, insbesondere dann, wenn es gegen die nationale Souveränität der anderen verstößt, die im selben Gebiet leben? Die Achtung der grundlegenden Menschenrechte macht die Einschränkung der nationalen Souveränität erforderlich. Ein und derselbe europäische Mund kann gleichzeitig nicht zwei verschiedene Melodien pfeifen. Er kann nicht die Menschenrechte befürworten und zugleich politische Bestrebun-

gen unterstützen, aus denen notwendigerweise die Verletzung der Menschenrechte resultiert.

Wenn eine föderative Teilrepublik ohne vertragliche Abmachung mit den anderen, ohne jede formale Lösungsprozedur aus der Föderation ausscheidet, einseitig ihre Unabhängigkeit erklärt und konstitutionell einen Staat der Mehrheitsnation ausruft, wenn allerorten die dort geltenden ethnischen Proportionen zählen, dann wird es in diesen politischen Gebilden Staatsbürger zweiter Klasse geben, die ratsamerweise ihre nationale Identität leugnen und sich beeilen sollten, die nun an die Macht gekommene Mehrheitsnation ihrer Loyalität zu versichern. Durfte sich jemand bisher als gleichberechtigter Bürger der Bundesrepublik fühlen, und zwar unabhängig davon, in welcher Teilrepublik er lebte, so sieht er nun schwere Zeiten nahen, ist doch die politische Klasse von der territorialpolitischen Definition des Staats zu dessen ethnisch-nationaler Definition übergegangen. Ob der Angehörige einer Minderheit die Staatsbürgerschaft erhält, das hängt davon ab, wie deutlich er für die Mehrheitsnation – unter Umständen sogar gegen die eigene Nation – Stellung bezogen hat. Und auch im weiteren muß er der Mehrheit gegenüber Ergebenheit bekunden, um nicht sein eventuelles Recht zu verirken, dort leben zu dürfen, wo er bisher gelebt hat.

Je jünger ein Nationalismus, desto ungeduldiger fordert er von der beherrschten Minderheit die Assimilation, die Selbstverleugnung. Dabei gehört das Assimilationsbegehren noch immer zu den zivilisierteren Verhaltensmustern. Auch einfachere Methoden sind bekannt! Beispielsweise das halbe Dorf ausrotten, die Kunde davon in den anderen Dörfern verbreiten, um diese angesichts einer drohenden Wiederholung einer solchen Maßnahme in Angst und Schrecken zu versetzen, so daß die Minderheit daraufhin Hals über Kopf die Flucht ergreift, alles zurücklassend. Ein probates Mittel, das künftigen Ärger darüber ausschließt, ob sich die andersartigen Ethnien endlich gehörig anpassen oder nicht.

Millionen Menschen werden heimatlos, und schuld daran sind die Politiker. Die Verabsolutierung nationalen Selbstbestimmungsrechts in Gebieten mit gemischter Bevölkerungsstruktur sowie an Stelle des föderativen Prinzips die Unterstützung des Separatismus sind ein äußerst gefährliches Spiel. Potentiell kann es einen Flüchtlingsstrom von mehr als zehn Millionen Menschen und Kriege zwischen verschiedenen Staaten auslösen. Angesichts der Verlustliste müssen sich die Politiker die Frage nach der Verantwortung stellen, die sie für die gegen-



Berg-Karabach.

Foto: dpa

wärtige Entwicklung und die schreckliche Ausweitung der Konflikte tragen. Wer die neuen Nationalismen – ohne daß die Kriterien und Bedingungen dafür in korrekten und internationalen Verträgen ihren Niederschlag gefunden hätten – unterstützt, der trägt an dem hervorgerufenen menschlichen Leid mittelbar auch selbst Mitverantwortung, der muß die Toten sehen, die Heimatlosen, die bisher eingetretenen und auch für die Zukunft zu erwartenden Rechtsverletzungen.

Weder Pero noch Duro sind aufgefordert, am Waffengang internationalen High-Techs zu partizipieren. Ich als ein anderer Europäer, ich als jemand, der in der Nähe des Konfliktherds lebt, also als fast betroffener Nachbar, warum sollte ich im Bruderzwist eindeutig für Pero oder Duro Partei ergreifen? Daß sich die anderen Europäer als dritte oder vierte Partei in die Auseinandersetzung hereinziehen lassen, wünsche ich mir nicht. Auf dem Gelände, wo aus allen Ecken und Enden geschossen wird, würde der friedenssichernde Soldat das Feuer erwidern, schießen würde er auf den, der ihn angegriffen hat, und schon wüßte er nicht mehr zu unterscheiden zwischen Freund und Feind. Warum sollten Ausländer auf ferne Gebirgsbewohner schießen müssen, wenn die aufeinander das Feuer eröffnen?

Ethnische Säuberung als Selbstbestimmung

Warum sollte das Selbstbestimmungsrecht der einen Nation weniger wert sein als das der anderen? Erkennen wir die Übereinstimmung eines Staats mit seinen international festgelegten Grenzen nicht an, warum sollten wir dann innerhalb dieses Gebildes die ziemlich willkürlich gezogenen Binnengrenzen als gültig hinnehmen, wo diese doch den ethnischen Siedlungsgegebenheiten nicht entsprechen und durch internationale Verhandlungen nicht abgesichert sind? Warum sollten im ehemaligen Jugoslawien ausgerechnet nur sechs legitime Republiken existieren? Warum sollten es nicht acht sein? Oder noch mehr? Und warum sollte die internationale Öffentlichkeit nicht das Recht der Albaner und der Ungarn auf Autonomie beziehungsweise Anschluß anerkennen? Wenn sich die Kroaten von Jugoslawien trennen dürfen, warum dürfen sich dann die Krainer Serben nicht von Kroatien loslösen, die bosnischen Serben nicht von Bosnien, die Albaner nicht von Serbien und Mazedonien, die Ungarn nicht von der zu Serbien gehörenden Wojwodina? Wenn die EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT neue Grenzen als internationale Grenze anerkannt hat, warum könnte sie dann den eingeschlagenen



Feuerpause im moldawischen Bürgerkrieg Foto: dpa

Weg nicht weiter verfolgen, mit dem Ziel nämlich, die ethnischen Gemeinschaften durch den Grenzverlauf möglichst wenig zu beeinträchtigen? Und wie groß müßte eine ethnische Gruppe sein, um als Nation akzeptiert zu werden? Die Nation ist eine Frage der Selbstdefinition, eine kulturell-ethnische Gemeinschaft bezeichnet sich als politische Gemeinschaft. Wenn du mit zwei Millionen Menschen eine Nation sein kannst, warum solltest du es nicht auch mit einer halben Million sein können? Wenn jenes größere Stück abbröckeln konnte, warum sollte das nicht auch mit jenem kleineren Brocken möglich sein?

Wie läßt sich eine solche einseitig deklarierte Trennung von außen legalisieren, wenn sie nicht auf einem bilateralen Abkommen der Parteien basiert, wenn in Sachen Aufteilung des Staatsgebiets, der Bevölkerung, der Güter, Außenstände und Schulden weder vertragliche Absprachen getroffen noch gerichtliche Entscheidungen gefällt worden sind? Ist es ein Wunder, wenn die unmittelbar Betroffenen mangels gesetzlicher Regelungen mit Waffengewalt versuchen, ihren vermeintlichen Rechten Geltung zu verschaffen und so das Recht des Stärkeren die Oberhand gewinnt? Akzeptieren wir in ein und demselben Gebiet mehrere Legitimitäten, und gehen wir ohne konstitutionelle internationale Rechtsprozedur von einer

Souveränität zur Anerkennung einer anderen über, dann übernehmen wir für den Krieg der Milizen unvermeidlich Verantwortung.

Wenn ohne Vereinbarung nationale Milizen entstehen, warum wundern wir uns dann, daß deren Legitimität von der bisher allein legitimen Armee nicht anerkannt wird, daß diese sich erst dann mit deren Existenz beziehungsweise mit dem Verzicht auf das gesetzlich verankerte Bewaffnungsmonopol abfindet, wenn die sich ihr widersetzenden Kräfte zum Nachgeben gezwungen werden, wenn sie sich der Übermacht beugen müssen, nicht aber der Verfassung des Staatenbunds, nicht dem auf Verhandlungen und Verträgen basierenden internationalen Recht? Warum also wundern wir uns, daß sogar in Dörfern eigene Milizen aufgestellt werden, die gelegentlich auch Räuberbanden gleichen? Im allgemeinen sind die irregulären Militärverbände bemüht, sich von allen möglichen anderen bewaffneten Organisationen unabhängig zu machen, weil sie sich mit ihrer wechselseitig in Abrede gestellten Legitimität allesamt gewissermaßen auf ein und demselben Niveau befinden. Da von waffenkundigen und draufgängerischen Gebirgsbewohnern die Rede ist, und da die Rechtsordnung nun einmal gestört ist, sind die Kräfteverhältnisse der Waffenträger ausschlaggebend. Doch ein jeder von ihnen, das müssen wir uns bewußtmachen, hat Angst um sein Haus, um seine Familie, und alle meinen sie, sich für den Tod der Ihren zu rächen. Bevor wir irgendeine Entscheidung treffen, sollten wir an den Libanon, an Afghanistan, an Sizilien denken. Und warum sollten wir nicht eben an den Balkan denken?

Unausweichliche Folge der Ungesetzlichkeit, der Zerrüttung der Autorität und der wechselseitigen aggressiven Entfremdung ist die territoriale Homogenisierung geworden. Erkennen wir das Prinzip des homogenen Nationalstaats an – und dies haben wir getan, beziehen wir uns doch auf Regierungen, die verfassungsmäßig einen homogenen Nationalstaat repräsentieren –, dann sind wir verantwortlich für die nationale Homogenisierung der Territorien mit gemischter Bevölkerungsstruktur, dann sind wir verantwortlich für militärische Aktionen zwecks ethnischer Säuberung, das heißt dafür, daß die Minderheiten wechselseitig aus jenen Gebieten vertrieben werden, die der Mehrheitsnation gehören oder die gute Aussichten besitzen, mit Hilfe einer erhofften Grenzregulierung in deren Besitz überzugehen, geleitet von der Überzeugung, daß der internationalen Öffentlichkeit letztlich nichts anderes übrig bleiben wird, als geschaffene Fakten zur Kenntnis zu nehmen.

Partikularistische Praxis

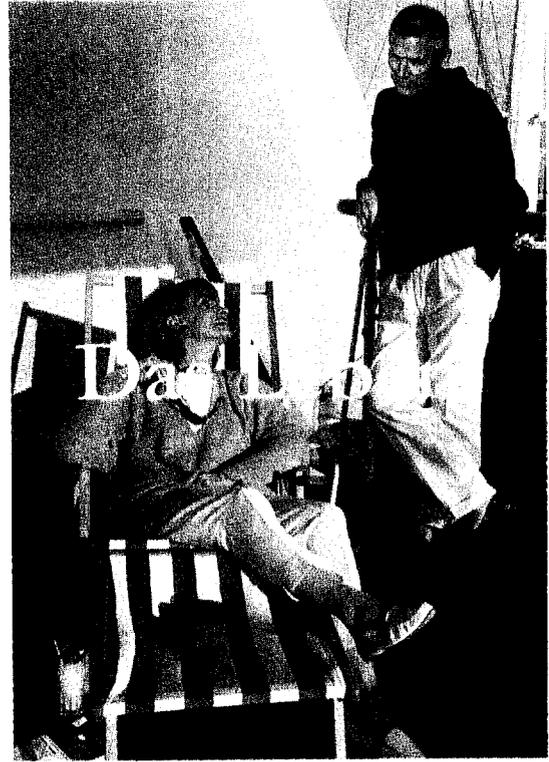
Die Konfliktparteien wissen, daß die Milizen der infolge der deutschen Besatzung auseinanderfallenden südslawischen Nationen während des Zweiten Weltkriegs wechselseitig jeweils annähernd eine halbe Million Menschen abgeschlachtet haben. Die Konfliktparteien erinnern sich daran, daß sich die guten Nachbarn die schrecklichsten Ungeheuerlichkeiten zuschulden kommen ließen. Auf den Kirchen lastet wegen der zerrütteten Verhältnisse eine außerordentliche Verantwortung.

Die Botschaft der internationalen politischen Gemeinschaft war halbherzig; *universalistisch* die Rhetorik, *partikularistisch* die Praxis. Und nun ist diese internationale Gemeinschaft verwirrt, weiß sie doch nicht, bis zu welcher Grenze sie partikularistisch sein soll, wo ein Punkt zu setzen ist, wo dem Zerstückelungsprozeß Einhalt geboten wird, werden muß, den man übrigens innerhalb der Europäischen Gemeinschaft mißbilligt. Doktrinen freilich vermögen die Wirklichkeit nicht zu überwinden. Und wer versucht, bei den Betroffenen statt der einen blödsinnigen Doktrin eine andere blödsinnige Doktrin durchzusetzen und um deretwillen nicht einmal vor Gewaltanwendung

zurückschreckt, der setzt sich dem Verdacht aus, daß seine Schritte manch andere Beweggründe haben mögen, keinesfalls aber dazu angetan sind, die betroffenen Völker und das Leben der Menschen zu schützen.

In der östlichen, vielleicht aber auch in der westlichen Hälfte Europas muß man mit einer romantischen Gegenströmung rechnen. Wer bisher offen sein wollte, würde sich jetzt lieber verschließen. Menschen, die Angst vor Unbestimmtheit haben, klammern sich an die Fahnenstange. In den Rang der Religion möchte sich das kollektive Ego erheben. Zum Sterben entschlossene Jünglinge opfern ihr Leben auf dem Altar der nationalen Gottheit, angesichts des Waffengetöses scheint der Herr der Heere in Mode gekommen zu sein. Je weniger Zeit eine Nationalkultur zur Verfügung hat, desto eher neigt sie zu romantischer Überschwenglichkeit. Besitzen wir keinen gängigen nationalen Bafel, dann sollten wir wenigstens eine nationale Mythologie unser eigen nennen, ja selbst eine Gottheit. Unausweichlich schöpft der Schwache den Verdacht, daß der Starke unter dem Vorwand europäischer Ziele nationale Ziele zu verwirklichen trachtet. Die Vorstellung, daß die westliche Hälfte Europas vom Geist der Zerstückelung unberührt bleiben

Anzeige



wird, ist ein Irrtum. Solange es jemanden gibt, der besser und jemanden, der schlechter fährt, werden Ressentiments und vielerlei Partikularismen immer und immer wieder aufeinanderstoßen, und das mit viel Mühe errichtete und dennoch unvollkommen bleibende Gebäude vorhandener Integrationen wird in Frage gestellt werden.

Osteuropa braucht auch weiterhin konföderative Lösungen. Sie würden den Lostrennungen einen Rahmen geben. Ihr könnt nicht leben in Jugoslawien? Ihr könnt nicht leben in der Tschechoslowakei? Dann lebt in Mitteleuropa, das sich nur stufenweise aufbauen lassen wird. In einer größeren Gesellschaft kommen auch unausstehliche Nachbarn miteinander aus. Dieses große ethnische Gebiet und dieser beachtliche Wirtschaftsraum sind nicht von der Bildfläche verschwunden, und gewiß ist es nicht klug, ihn lediglich als einen Trümmerhaufen zu betrachten. Die Öffnung über den Balkan zum Nahen Osten und über Rußland nach Asien, darin ist für Europa eine Herausforderung zu sehen. Sich verschreckt einzuigeln ist ähnlich schlimm wie die gesamteuropäische Besserwisseri. Nachbarschaft geht mit besonderer Verantwortung einher. Die demokratische Bewegung Osteuropas hat es geschafft,

ohne Gewalt auszukommen und die demokratische Wende eigentlich ohne Blutvergießen zu erreichen. Der Geist der Gewaltfreiheit und der praktische Widerstand sowie die spätere Strategie der Vertragsverhandlungen haben sich bewährt. Sollten die Nationalismen in ihrer Ungeduld darauf verzichten und den gegebenen Konflikt auf waffensensible Gebiete übertragen, so werden sie nicht nur eine Flut von Leiden hervorrufen, sondern auch auf längere Sicht eine beschwichtigende Handhabung des für sie existierenden Konflikts verhindern. Auch weiterhin erscheint es lohnenswert, über einen mitteleuropäischen Ausgleich nachzudenken, der über eine Zwischenstufe zu einer gesamteuropäischen Integration führt, zu einer demokratischen Verfassung Europas, damit wir nicht meinen, uns wegen der Nervosität, die angesichts der Spannung des Wartens um sich greift, gegenseitig totschiessen zu müssen.

(Den Text haben wir der Rede György Konráds auf den diesjährigen Römerberggesprächen in Frankfurt a. M. entnommen.

Aus dem Ungarischen von Hans-Henning Paetzke)

Die Bank.

Was werden Sie verdienen, wenn Sie nichts mehr verdienen?

Ihre staatliche Rente allein wird voraussichtlich weniger als die Hälfte Ihres letzten Bruttoeinkommens betragen. Nur wer selbst vorsorgt, muß im Alter keine Abstriche machen.

Ihr persönlicher Kundenberater bei der BfG Bank AG erstellt gerne ein individuelles Angebot für Sie.

Denn Ihre Zufriedenheit ist unser Kapital. Messen Sie uns an dem, was wir für Sie leisten.

BfG·BankAG

 Aachener und Münchener Gruppe

Kleine Stilkunde für Bonn und Saarbrücken

Die deutsche Grundfrage heißt in der Tat, wie Antje Vollmer so scharfsinnig bemerkte: durfte der das überhaupt? Sagen, was er denkt? Ein Mensch in Amt und Würden, dem höchsten des Staates?

Er nahm sich das Recht, auf Wahrheiten hinzuweisen, die nicht jedermann angenehm sind. Manchen stoßen sie bitter auf, und sie fordern Auskunft, wie jener Herr dazu komme, den Parteien die Leviten zu lesen. Wem hat er schließlich den Job zu verdanken, der so unangenehm nicht ist und am Ende eine ganz nette Rente abwirft? Biting the hand that feeds him, wie die Amerikaner in solcher Lage mit deftigem Realismus bemerken. Oder?

Man hat es geduldig ertragen, daß er bei den unvermeidlichen Jahrestagen ein wenig zu indiskret in die Vergangenheit starrte und taktlos genug war, nicht nur von den Juden, sondern auch von Kommunisten und Homosexuellen zu sprechen – warum übrigens vergaß er damals die Sozis? –, doch das waren alte Geschichten. Seine Reden nervten. Wir aber wußten, was sich gehört, lauschten mit Feiertagsmienen, und das Leben ging weiter. Das Ausland applaudierte. Gut fürs deutsche Image. Besser als die sklerotische Sturheit des Kollegen Waldheim, die das Ansehen Österreichs nahezu ruiniert hat (obschon der Fremdenverkehr merkwürdig wenig unter dem Spektakel litt).

Nun ging er zu weit, der Herr, der einst zum Staatsoberhaupt gewählt worden ist und nicht zum Chefkomentator der Nation. Er mischte sich in die täglichen Geschäfte, die ihn nichts angehen. Sie haben am Rande mit der Moral zu schaffen, für die er in Gottes Namen zuständig ist, das läßt sich nicht leugnen, doch vor allem mit den ernststen Fragen des Daseins: Wahl-Ergebnissen, Karrieren, mit Kasse und Macht . . . Das kann seine Sache nicht sein. Der Bundespräsident hat Pflichten, das vor allem. Aus seinen Rechten macht die Verfassung aus guten Gründen nicht viel daher: wäre es anders, hätte sich der uralte Adenauer das Amt auf keinen Fall entgehen lassen.

Warum brach der Bundesvater nun plötzlich aus seinem Revier aus, in dem er niemanden stört: Humanität, Kunst, Geist und was noch, Geschichte, wenn es denn sein muß (obwohl wir die lieber dem Historiker aus Oggersheim anvertraut wissen)? Was hat ihn verführt, sich mit

den beiden gerissenen ZEIT-Journalisten so willig aufs Eis zu begeben? Das Ego?

Er soll repräsentieren, weißhaarig, würdig, nobel und auf eine unvergängliche Weise christlich. Seine Ansprachen sollen den Alltag ölen, jedem wohl und keinem weh. Sie sollen erbauen, wofür der Hauch eines schwäbischen Pfarrhaus-Akzentes so hilfreich ist, der ihm – trotz Berliner Jugend und IR 9, dem feinen Potsdamer Regiment – von den Vorfahren auf geheimnisvollen Wegen überkommen zu sein scheint. Gebildet, adlig (gottlob nicht zu arg), liberal (nicht zu forsich) und zugleich konservativ (nicht zu scharf): das alles paßte wie maßgeschneidert zum Bilderbuch-Präsidenten, der er sein könnte. Wohl trifft es zu, daß ihn auch früher schon gelegentlich die Neigung befiel, aus der Reihe zu tanzen. Auch darum empfahl sich seine Wahl in die Villa Hammerschmidt, die eine neutralisierende Funktion hat: dort würde er nicht zu viel Schaden anrichten.

Wie warf er sich einst – er selber hat daran erinnert – für die Ost-Verträge Willy Brandts ins Zeug! Konnte er damals wissen, daß er Helmut Kohl und seiner Partei damit eines Tages die nützlichsten Dienste leisten würde? Ein gewisses Mißtrauen, man muß es zugeben, war angebracht. Immerhin ging in jenen Tagen das Wort vom »Ausverkauf« und vom »Landesverrat« um, nicht nur in Bayern. Wer zu früh recht hat, hat in gewisser Weise unrecht. In den Vereinigten Staaten sprach man zu den Zeiten des Senators McCarthy in FBI-Kreisen gern vom »vorzeitigen Antifaschismus«: das war nicht freundlich gemeint.

Unser Präsident wirkt vornehm, das kann keiner bestreiten, doch schon wie einer, der ein Wässerchen trüben kann. Dennoch: ein Herr vom Scheitel bis zur Sohle, um das schönste nicht zu verschweigen, was unsere Gattinnen von den Männern an der Spitze des Staates erwarten. Glänzende Erziehung. Tadellose Manieren. So weit so gut: aber warum brachte ihm keiner bei, daß man sich an die Regeln der öffentlichen Ordnung zu halten hat – auch und erst recht als Staatsoberhaupt?

Er nimmt sich heraus, mit kaum unterdrücktem Spott über unser Regime der Ordnung zu reden, das er gern durch die »demokratische Bürgergesellschaft« ersetzt sehen möchte. Nach Anarchie, wir danken, steht uns

der Sinn keineswegs. Er aber nahm nicht einmal Anstand, den heiligsten Gütern nahe zu treten: Wir Deutschen, sagte er, würden »nicht in die alte Nation zurückkehren«. Weiter: für »einen ausschließlichen, auf die Nation beschränkten Patriotismus« böte sich »kein Raum«. Und: für uns Deutsche sei es »ein Glücksfall der Geschichte, daß die Vereinigung unseres Landes diesmal in eine Epoche« falle, »in der es ernst wird mit der Vereinigung Europas«. – Bismarck rotierte, würden ihm solche Behauptungen hinterbracht, tobend und donnernd in seiner Gruft. Im übrigen warten wir ab, wie ernst es mit diesem Europa am Ende dann wird. Einstweilen strömt noch viel Wasser den Rhein hinab. – War es übrigens nicht der Alte im Sachsenwald, der einst unterm Kürassierhelm gemurrt hat, Europa sei ein Traum, und nicht einmal ein schöner? (Oder sprach er vom »ewigen Frieden«? Gleichviel . . .)

Über die Nation, Europa, den Frieden, die Vergangenheit mag er reden, wie ihm zumute ist, Schwamm drüber, doch bei den Parteien findet der Spaß ein Ende. Ironie, ohnedies undeutsch, ist keinesfalls angebracht. Der Präsident aber zögerte nicht, den Artikel 21 des Grundgesetzes – »Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung mit« – ein »geradezu gigantisch eindrucksvolles Beispiel von understatement« zu nennen, das im Vergleich mit der Wirklichkeit »dem einen Tränen der Rührung« in die Augen treibe, anderen »die Zornesadern« schwellen lassen.

Wie das? Verlor er die Zustände Österreichs aus dem Auge, in dem selbst die Pensionisten-Vereine und die Automobil-Clubs *schwarz* oder *rot* sind? Hat man in Deutschland Anlaß, von einer »linken« und einer »rechten Reichshälfte« zu sprechen? Werden bei uns die Stellen der Putzfrauen in den Staatsfirmen nach dem Proporz vergeben?

In Wirklichkeit darf unseren Partei-Sekretären eine geradezu musterhafte Zurückhaltung bescheinigt werden. Wohl reicht, wie der hohe Herr sich auszudrücken beliebte, ihr Einfluß »direkt oder indirekt in die Medien und bei der Richterwahl in die Justiz, . . . in die Kultur und den Sport, in kirchliche Gremien und Universitäten«.

Und? Was kann daran falsch sein? Man frage die Fernseh-Reporter, wie verlassen und einsam sie wären, wenn sie in den *Freundeskreisen*, den christ- und sozial-demokratischen, den liberalen, nicht Rat und Trost und Halt finden würden! Wie sollten die Landesbanken ihr führendes Personal rekrutieren? Wie könnte – zum anderen – den verdienten Partei-Arbeitern jemals die Selbstverwirklichung glücken, die sie

beanspruchen dürfen wie andere Bürger auch, würden ihnen nach langer, entbehnungs- und opferreicher Mühe nicht endlich die Wege in die höhere Ministerial-Bürokratie, die Finanz-Institute, die befreundeten Industrien oder die öffentlich-rechtlichen Anstalten fürsorglich geebnet? Wie sollten, um das wichtigste nicht zu vergessen, zuverlässige Mitglieder für die Stadt-, die Landesparlamente und für den Bundestag ausgesiebt werden, wenn nicht durch den Filter der Parteien?

Außenseiter stören. Sie beunruhigen das System. Bei ihnen weiß man nie. Sie reißen das Maul auf, sie prunken mit ihren Talenten, und sie glänzen auf Kosten der »zehntausende von uneigennützigem Marschierern«, die in den Volksparteien die »Tageskärnerarbeit« leisten, wie der hessische CDU-Vorsitzende Kanther mit gerechter Empörung rief. Die Politik könne nicht wieder attraktiv werden, mahnte dieser gesinnungskräftige Christ-Demokrat, wenn die »Parteien nun auch noch von höchster Stelle in Verruf gebracht würden«. In der Tat: es berührt die Grenzen der Loyalität, wenn das Staatsoberhaupt den Bürgern die Nachricht vermittelt, schwarz auf weiß gedruckt, daß »die Parteien bei uns im Vergleich zu anderen westlichen Demokratien in ihrer materiellen Ausstattung« – auch nach einem korrigierenden Urteil des Verfassungsgerichtes – »immer noch im Schlaraffenland« lebten.

Wenn der Demokratie solche Bärendienste geleistet werden, darf es niemanden wundern, daß sich das Volk von seinen Volks-Parteien – mithin von sich selber – in wachsender Verwirrung fernhält. Den Präsidenten und all die anderen billigen Schelmer trifft – daran ist kein Zweifel erlaubt – die Verantwortung für den beklagenswerten Zustand, daß die tüchtigen Leute ihr Geld lieber in der Wirtschaft, in den Anwaltskanzleien oder in den Medien verdienen. Ist das erstaunlich? Wie soll eine Elite in die Parlamente gelockt werden, wenn den Abgeordneten künftig das Recht versagt ist, ihre Diäten selber festzulegen? Der Präsident heißt das gut? Hat er die Bibel vergessen, die er dank seiner reichen Synodal-Erfahrungen sonst so kundig zu zitieren weiß: »Man soll dem Ochsen, der da drischt, das Maul nicht verbinden«: so steht es im Buch der Bücher.

Der Vorsitzende Kanther sprach, nach Süden blickend, nicht zu unrecht von einer »Cossiga-Verwandtschaft«. Er legte damit den Finger, wie man so sagt, in eine schmerzende Wunde. Der italienische Landesvater hieb – erinnert man sich? – mit geradezu unstillbarem Zorn auf die Regierung und die Parteien ein, die ihn vordem mit den schönsten Erwartungen



auf ihren Schild gehoben hatten: dies, rief er, sei seine Pflicht, um Volk und Staat vor der Verrottung zu retten. Viel richtete er nicht aus. Doch mit seinem Abgang prügelte er wenigstens Giulio Andreotti, seit nahezu einem halben Jahrhundert der Garant unwandelbarer Verhältnisse, in den Ruhestand, in den er sich aus freien Stücken kaum je begeben hätte.

Soweit trieb es der unsere nicht. Doch er muß den Vorwurf ertragen, daß er sich – nicht anders als der Kollege in Rom – in ein allzu populistisches Getechtel mit der öffentlichen Kritik an den Parteien eingelassen hat. Gewiß kannte er die Umfrage, bei der sechzig Prozent der Bürger unserer alten Bundesrepublik die Auskunft gaben, sie vertrauten den Politikern nicht, weil sie zu oft erlebt hätten, daß sie nicht die Wahrheit sagten. Also hätte die »Obhutspflicht«, die ihm der Vorsitzende Kanther zuschrieb, vom Präsidenten wenigstens ein solidarisches Schweigen gefordert. Aber nein: er bestand darauf, wie ein Mensch zu Menschen zu reden: unverstellt und unmittelbar, die Unangreifbarkeit seines Amtes nutzend. Unfair genug, daß er die Abgeordneten so rücksichtslos an ihre Verpflichtung zur Unabhängigkeit erinnert hat. Er weiß so gut wie jeder von uns, daß wir allesamt in ein Netz von Abhängigkeiten verstrickt sind: von den Fraktionsbütteln, vom

Geld, von den Bürokraten, den Medien, außerdem – auch das noch – von den Wählern. Nur er nicht. Er führt sich auf wie ein freier Bürger: dies ist das schlimmste. Er darf das. Er hat, was er braucht. Er will nichts mehr werden. Er kann es auch nicht, nicht einmal Bundeskanzler, Gott behüte (was ihn in einem Winkel seiner Seele noch immer ein wenig kränkt, oder ist er darüber endlich hinweg?). Er hat es leicht. Er kann sich in die Brust werfen und uns den Geist der Unabhängigkeit vorexerzieren.

Lust am Leben als öffentliches Ereignis

Ist dies zu dulden? Will man italienische Verhältnisse einreißen lassen, in unserem ordnungsliebenden Deutschland? Ist es nicht schamlos genug, daß der bunteste Flügel einer Volkspartei, die sonst als halbwegs solid gilt, als *Toscana-Fraktion* firmiert? Ginge es nach dem Genossen von der Saar, dann gesellte sich womöglich eine burgundische Fraktion dazu, der Küche und der Weine wegen. Allerdings ist nicht sicher, ob sich solch teure Neigung aus dem so schnöde geschmälerten Einkommen des Ministerpräsidenten finanzieren lassen würde. (Gibt es den Leibkoch noch immer?)

Er muß sich vorsehen, der Oskar. Die Opposition wird ihm tausend Fallen stellen. Vor al-

lem aber liegen die Parteifreunde aus der Toscana und aus Tripstrill auf der Lauer. Sie denken beharrlich an die »Schleifspuren der Diskussion um Lafontaine«, die seine Partei – nach Auskunft von Renate Köster, der Allensbacher Pythia II – nicht weniger als vierkommaeins Prozent der alt-bundesdeutschen Sympathien gekostet hat.

Nein, die sozialdemokratischen Mitmenschen wollen und können so leicht nicht verzeihen, daß einer die Lust am Leben als ein öffentliches Ereignis, ja geradezu als ein Bekenntnis vorführt, das Bett auf dem Marktplatz postierend – und seinen Gehaltszettel den Pfennigfuchsern überläßt, die sich – schließlich sitzt er oben – zu seinen Gunsten verrechnet haben.

Ach, unser Oskar verachtet die Muffer und Spießer, die nicht begreifen, daß die Politik auch nur ein Weg ist, Ministranten-Träume in diese schäbige Wirklichkeit herabzubefördern. *Le rouge et le Noir* – was wissen die puritanischen Nörgler von solch höherer Dialektik?

Eine Frage des Stils? Man darf nicht Milliarden-Forderungen seines Ländchens an den Bund präsentieren, hart und kühl, das zum einen? Und zum andern die neu-deutsche Version der Schäfer-Spiele darbieten, die keine Rokoko-Schäkereien sind, sondern diskrete Exerziten nach der Melodie des Abzählverses: »Wie krieg' ich meine Tierchen, die lieben und teuren, in Eile ohne Weile in meinen trockenen Stall . . .«? So nicht? Beides habe nicht das geringste miteinander zu schaffen?

Nicht direkt, das ist wahr. Kürzlich aber stellte ein wunderlicher Professor fest, der deutschen Republik mangle vor allem dies: der Stil. Vom Bundespräsidenten persönlich müsse unverzüglich ein »Deutscher Stilrat« berufen werden, der die dringend gebotene Abhilfe schaffe. – Sage keiner, wir hätten wichtigeres zu tun. Vielleicht hungert das Volk in Wahrheit vor allem nach Stil? Zum Beispiel die Osis, die den preußischen Stechschritt der roten Ehrenbataillone womöglich ärger entbehren, als wir es ahnen?

Man darf den Vorschlag jenes Professors keinesfalls zu rasch von der Hand weisen: er regt die Phantasie an, und er mag uns für den Rest des Sommers in unseren Berghütten und unseren Sandburgen aufs angenehmste beschäftigen, indem wir Zusammensetzung und Vorsitz jenes Gremiums gründlich und genußreich erörtern. Welche Karrieren könnten sich öffnen!

Der Genosse Oskar allerdings darf, der Saarbrückener Schäferspiele wegen, nicht ohne weiteres auf eine Ernennung zum deutschen Oberstilrat hoffen. Überhaupt ließ der Bundespräsi-

dent durch seine Vertrauten vorsorglich austreuen, er werde die Partei-Bediensteten vom Kreis der Stil-Experten fernzuhalten wissen.

Das ist es: den Kärnern, die diesen Staat voranstemmen, Tag und Nacht in den Speichen, gönnt der hohe Herr am Ende nichts, rein garnichts. Wir stellen es nicht ohne Bitterkeit fest.

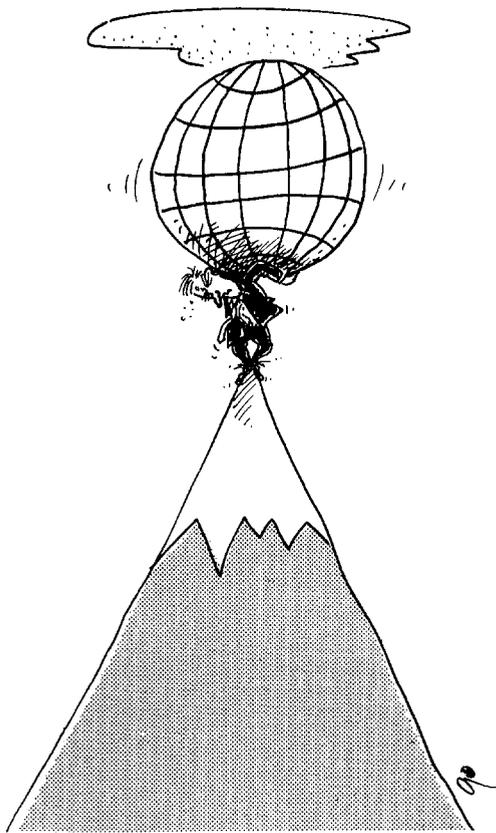
P. S. (im Klartext): Warum gingen Richard von Weizsäcker und die beiden klugen Frager Gunter Hofmann und Werner A. Perger in ihrem so anregenden und vor allem notwendigen Buch (bei Eichborn erschienen) dem Problem der Bürokratie aus dem Weg? Sagte man nicht, sie führe die »politische Klasse« in Deutschland fest am Zügel? Nannte man die Bundesrepublik ganz grundlos einen »Beamten-Staat mit vor- und nachgeschalteter Demokratie«? In der Tat wäre zu untersuchen, wieweit sich die Interessen von Parteien und Bürokratie ineinander verschränken. Mit anderen Worten: es wäre zu prüfen, ob es denn wahr ist, daß sich die Parteien der Bürokratie im Gang der Jahrzehnte nahezu rückhaltlos ausgeliefert haben. Oder verhält es sich umgekehrt? Sind wir mit einer fatalen Identität konfrontiert, die mit dem traditionellen Begriff der Demokratie nur noch von fern übereinstimmt?

GEORG M. HAFNER

Fischsterben in Rio

Fischsterben in Rio. Absurder und zugleich symbolischer hätte die winzige Agenturmeldung nicht lauten können. Sie kam uns drei Tage nach dem monströsen Umweltgipfel in Rio de Janeiro auf den Nachrichtentisch geflattert wie ein lästiger Nachschlag. Tausende von Fischen seien, so meldete die brasilianische Presse, krepirt, weil die Kläranlagen des Konferenzentrums einfach nicht fassen und unschädlich machen konnten, was rund 20 000 Delegierte hinterlassen hatten: Unmengen an Gipfeljauche.

Doch diese Nachricht schaffte den Sprung zur Schlagzeile nicht mehr, sondern landete unter *Vermischtes*. Das lag vor allem daran, daß *Rio*, der Gipfel der Superlative, auch insofern unschlagbar war, als er schneller wieder von der Bildfläche gefegt wurde, als jede andere vergleichbare Veranstaltung wichtiger poli-



Zeichnung: Goldhahn

tischer Handlungsreisender. So waren die letzten, mit hohlem Pathos vorgetragenen und bis zur schieren Unkenntlichkeit abgemagerten Resolutionen noch nicht verhallt, da wollte schon wirklich keiner mehr etwas lesen, hören oder sehen, was auch nur im Entferntesten nach *Rio* und verbranntem Regenwald roch. Das Thema war regelrecht ausgelutscht, Ozonloch und Artenschutz waren zu unverkäuflichen Mustern der Panikmacher verkommen. Schon beim Weltwirtschaftsgipfel in München war *Rio* Schnee vom fernen Zuckerhut und wer an hehre Worte oder eherne Versprechungen zu erinnern wagte, wurde eingelocht. Trillerpfeifen wurden zu anarchistischen Gewaltwerkzeugen, Buhrufe zu Nötigung.

Aber *Rio* hatte schließlich seine Schuldigkeit auch längst getan: die politische Führungselite hatte, je nach Talent, unter Beweis stellen dürfen, wie sehr das ganze Trachten und jedes Handeln nur dem Schutz der Umwelt zugeeignet ist. Sorgenfalten und Händeringen, Bestürzung und sackweise Betroffenheit. Zum Herzerweichen. Für Momente sah es tatsächlich so aus, als hätten die Delegierten begriffen, daß der Planet langsam aber sicher völlig aus der Kurve fliegt, wenn wir so weiter machen wie

bisher. Selbst der Bundeskanzler zog die Birkenstock-Sandale fester und las den Daheimgebliebenen in grün-alternativer Eindringlichkeit die Leviten: »Kommende Generationen werden unser Handeln in erster Linie daran messen, wo wir unsere Verpflichtung zur Bewahrung der Schöpfung . . . nachgekommen sind«. Dann mal ran an die Buletten, Herr Kohl! Man könnte zum Beispiel den außer Kontrolle geratenen Bundesverkehrsminister Günther Krause wieder einfangen. Denn kaum waren die nur in ihrer Unverbindlichkeit miteinander konkurrierenden Papiere von Rio verabschiedet, schlug Krause erbarmungslos zu: 12 000 Kilometer neue Straßen und Autobahnen oder alte Rennstrecken am liebsten gleich achtspurig. Amok im Kabinett? Sieht ganz danach aus. Gerade hatte der Kanzler in Rio mit einem 790-Millionen-Mark-Scheck für den Umweltfond der Weltbank gewedelt, da zeigt sein Auto-Minister, wo die dicken Brocken hingehören: 250 Milliarden für den Straßenbau. Das größte Asphaltierungsprogramm der Nachkriegsgeschichte ein Umweltvernichtungskommando!

Und Rio? Die Agenda 21? Klimakonvention? Artenschutz? Lachhaft! Es war die perfekte Blendung der Hungerleider im Gestus mitfühlender Gutsherren: 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes will Bonn für Entwicklungshilfe springen lassen. Bravo, aber leider ein schlapper und alter Hut. Die UNO empfiehlt das seit bereits 20 Jahren.

Arm und Reich an einem Tisch. Aber die Tischordnung bestimmten auch in Rio wie eh und je die, die den Tisch bestellt haben. Fast eine Milliarde Menschen hungern auf dieser Erde, 180 Millionen Kleinkinder sind unterernährt, 14 Millionen sterben, bevor die Gleichaltrigen im satten Norden eingeschult sind. 40 Millionen sind auf der Flucht, weil die Natur sich rächt: durch Dürre oder Überschwemmung. Als *Wirtschaftsflüchtlinge* werden sie heimgejagt. Unser Schlaraffenland lassen wir uns so leicht nicht nehmen, im Gegenteil: wir werden es gerade nach *Rio* nur noch ein bißchen besser einzäunen müssen, im Trend der Zeit mit einer Mauer aus Naturstein. Außen bunt bemalt: »Alle Menschen werden Brüder« – vom Kanzler handsigniert. Darunter: »Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geliehen« – DIE GRÜNEN.

Mag sein, daß *Rio* so etwas war oder wird, wie die KSZE. Ein Prozeß des Umdenkens, ein Wandel der kleinen Schritte, ein Kurswechsel vielleicht sogar. Es wäre zu schön und wird deshalb nicht sein. Wenn Deutschlands dumpfester Verein, der ADAC, Hand in Hand mit der deut-

schen Wirtschaft freudig erregt errechnet, daß bis zum nicht mehr fernen Jahr 2010 mehr als 45 Millionen, vielleicht sogar 50 Millionen Autos das Land platt machen werden, dann müßte diese Botschaft helles Entsetzen auslösen, Katastrophenalarm. Stattdessen gelten diese Hochrechnungen vor wie nach Rio als Wasserstands meldung der Konjunktur, weil wir nicht begreifen wollen, daß gerade dadurch uns das Wasser bis zum Hals steht. Gleichzeitig wird in klassischer Verdrängung des Bundesumweltministers Ankündigung, die CO₂-Emission um 25 bis 30 Prozent zurückzufahren, staunend beklatscht und nicht als das benannt, was es ist: ein wuchtiger Entschluß, aber eine Seifenblase, weil nie einzuklagen, von uns nicht, nicht von unseren Kindern.

Dafür dürfen wir mit empörtem Finger auf einen neuen Buhmann zeigen, der der alte ist: auf die USA. Bis zuletzt keine auch nur annähernd verbindliche CO₂-Abbau-Verpflichtung, dafür markiges Wahlkampfgetöse im Plastikdisneyland. Eine Schande, kein Zweifel. Aber ich höre die linken Stammtische, typisch *Amiland*, so schwappt es herüber, Spurenelemente antiimperialistischen Aufbäumens mit *Frascati Secco*, um sich Mut zu machen. Der SAAB mit der garantiert fckw-freien Klimaanlage bringt uns raus aus der Stadt. Metropolenemigranten. Geflissentlich wird übersehen, daß die EG munter im Windschatten der USA genauso mogelt und mauschelt, wie Deutschland, das – immer wenn es brenzlig wird – hinter der EG und ihren breiten Schultern Zuflucht sucht und findet. Schuldverteilung nach Schwarzer-Peter-Art, keiner will's gewesen sein.

Aber keiner will auch mit der Wahrheit raus. Die nämlich würde so ziemlich alles auf den Kopf stellen. Wenn selbst die nicht unbedingt anarchieverdächtige Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum Schutz der Erdatmosphäre für eine »radikale Denkkumkehr« plädiert, wenn sie fünf Mark für den Liter Benzin verlangt, wenn sie fordert, der Verkehr müsse »ausgequetscht werden wie eine Zitrone«, dann ist dieser Zirkel weiter, als viele Grüne, die sich in Rathäuser und Parlamente geflüchtet haben vorm ätzenden Geruch der Gasse. Aber selbst wenn das globale Reduktionsszenario der Enquete-Kommission saure Wirklichkeit würde, was nicht zu befürchten ist, so bedeutete dies nur eine Katastrophenverzögerung um vielleicht acht Jahre. Das hat das ebenfalls unverdächtige Umwelt- und Prognose-Institut in Heidelberg errechnet. Schaurig und elend. Nicht für uns, aber für die nach uns. Unsere Kinder werden sich dann vielleicht weniger daran erinnern, daß der britische Pre-

mierminister seinen Dienstwagen – das Spritmonster Marke *Jaguar* – für 50 000 DM Frachtkosten nach Rio hatte verbringen lassen, um auf diese Weise eindruckvoll zu belegen, wie wertvoll die Ressourcen von Mutter Erde sind, aber sie werden sich vielleicht doch gegenseitig vorlesen, wie spontan und ehrlich der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) auf die Rio-Konferenz reagiert hat: nämlich mit Erleichterung. Schließlich hätte es für die deutsche Wirtschaft schlechter ausgehen können, frohlockte es von dort. Allgemeines Aufatmen in Deutschlands Chefetagen: Der Kelch ist noch einmal vorbeigegangen. Aber die Zeitspanne, in der dieser Kelch wieder die Runde macht, wird immer kürzer. »Fischsterben in Rio« wird dann die harmloseste Schlagzeile sein. Da können wir Gift drauf nehmen. Allesamt. Und das wird noch das Beste sein.

THOMAS KRAPP

Regierungswechsel in Jerusalem

Der Ausgang der israelischen Knessetwahlen bedeutet das Ende der subversiv-demographischen Annexion Cisjordanien und eine Kursänderung israelischer Diplomatie. Gleichwohl ist der Spielraum für territoriale Kompromisse begrenzt.

Wir gehen einer neuen Epoche entgegen, in der es möglich sein wird, uns mit unseren Nachbarn auszusöhnen, bessere Beziehungen mit den USA und Europa herzustellen und weltweit unsere Bindung mit dem Judentum zu festigen«, hatte *Shulamit Aloni*, Vorsitzende des Meretzblocks und Bildungsministerin in der von Yitzhak Rabin gebildeten Koalitionsregierung, am Abend nach der Wahl erklärt. Abgesehen vom Ende außenpolitischer Isolierung verspricht man sich in der israelischen Öffentlichkeit von der parlamentarischen Entmachtung der Großisraelideologen eine Verbesserung der innen-, rechts-, sozial-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Lebensqualität.

Die von Rabin versprochene »Änderung der nationalen Prioritätenskala« wirkte auf Israeli anziehend, weil elementarste Interessen durch die vom LIKUD verantwortete Regierung ver-

nachlässigt worden waren: Zu einem unersättlichen Moloch hochgepäpelt, hatte die Siedlungspolitik astronomische Milliardenbeträge verschlungen, die in Form von schmerzlich fehlenden Millionensümmlein lebenswichtigen Bereichen abgezweigt wurden: dem Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswesen, dem außerhalb der besetzten Gebiete im Argen liegenden Straßen- und Wohnungsbau sowie beschäftigungspolitischen Programmen, die angesichts der Einwanderung aus dem Bereich der ehemaligen Sowjetunion dringend nötig gewesen wären. Man muß nicht parteipolitisch gefärbter Propaganda verfallen, um sich auszurechnen, daß der Schaden, der in diesen Bereichen von der abgewählten Regierung angerichtet worden ist, sich kaum in einer Legislaturperiode wird reparieren lassen. Von diesen materiellen Schäden abgesehen, haben der ideologisch verblendete Größenwahn und korrupte Praktiken der tonangebenden Großisraelverfechter das gesellschaftliche Klima nachhaltig vergiftet.

Entmachtung der Großisraelideologen

Von Premierminister Shamir gebilligt, wurde die Siedlungspolitik zu einem politischen Abenteuer eines farblosen, phantasielos sturen Geheimdienstsaboteurs, der während seiner achtzehnjährigen parlamentarischen Laufbahn nicht dazugelernt hatte, politische Interessen mit demokratisch-rechtsstaatlichen Mitteln zu verfolgen. Unter eben dieser Voraussetzung war es folgerichtig, daß die Siedlungspolitik den fähigen Händen Wohnungsbauministers Sharon anvertraut wurde, einem verantwortungslos draufgängerischen Kommißkopf, der von Leuten, die mit ihm zu tun bekommen (in den fünfziger Jahren schon von Ben Gurion), als pathologischer Lügner betrachtet wird.

Um die von der abgewählten Regierung kultivierten Verhältnisse zu illustrieren, sei exemplarisch eine jüngere Entwicklung in der Rechts- und Gesellschaftspolitik vergegenwärtigt: Während der Wochen vor den Wahlen waren mehrere israelische Zivilisten palästinensischen Fanatikern zum Opfer gefallen, die wehrlose Passanten mit Messern, Äxten u. a. Mordwaffen angriffen. In dieser Sache wiederholte Premierminister Shamir unverbesserlich Äußerungen, die selbst wenn sie im Affekt ausgesprochen werden, aus dem Mund eines erfahrenen Kabinettpolitiklers unentschuldig sind: Kaltblütig mordende Terroristen – beteuerte Shamir – sollten ohne Gerichtsverfahren an Ort und Stelle getötet werden. Zeigt der mächtigste Amtsträger nicht mehr Vertrauen in rechtsstaatlich geregelte Rechtssprechung, so war es

kaum ein Wunder, daß ein Mob aufgebracht Augenzeugen einen Terroristen zu lynchen versuchte, als dieser ein Kind erstechen wollte. Vom Premierminister öffentlich sanktioniert, wäre der Täter mit improvisierten Exekutionsmethoden umgebracht worden, wenn nicht eine israelische Frau – eine Mutter von sieben Kindern – todesmutige Zivilcourage bewiesen hätte, indem sie sich schützend über den zu Boden geworfenen Terroristen legte, bis er von herbeigerufenen Sicherheitskräften festgenommen wurde.

War in den letzten Jahren ein politisch-gesellschaftliches Klima entstanden, in dem arroganter Machtmißbrauch Triumphe feierte und Korruption mehr und mehr zum vielversprechendsten Mittel politischen Handelns wurde, so ist die demütigende Niederlage des LIKUD als Protest gegen die vorausgehend pauschal benannten Mißstände zu verstehen. Zugleich hatte der LIKUD in den letzten zwei Jahren, seitdem die Arbeitspartei im Frühjahr '90 aus der großen Koalition ausgeschieden war, die Tuchfühlung mit der Bevölkerung verloren. Ironischerweise zeigte sich dies an der Art, wie die amtierende Rechtsregierung mit dem nationalen Selbstwertgefühl der Öffentlichkeit umging:

Israeli sind patriotisch, in einem Ausmaß, das bei ausländischen Besuchern, insbesondere der deutschen Nachkriegsgeneration, immer wieder Befremden auslöst. Gleichwohl ist der in Israel anzutreffende Patriotismus auf dem Hintergrund seiner Vorgeschichte nicht weniger folgerichtig als die in Deutschland nach 1945 zumindest angezeigte – wenngleich nicht selbstverständliche – Abneigung gegen Enthusiasmus für Vaterländisches. Denn die Gründung und Behauptung eines Staats, der ein Volk mit einer Geschichte von zwei Jahrtausenden Verfolgung ohne geographische Heimat und ohne politische Macht beherbergen sollte, ist ein politisches und gesellschaftliches Experiment, das auf aktives Engagement angewiesen ist. Ist die Verwirklichung des zionistischen Traums eine Gemeinschaftsleistung, so muß nicht verwundern, daß kollektiver Stolz auf gesellschaftliche, technologische, wissenschaftliche, sportliche u. a. Leistungen unter Israeli verbreitet anzutreffen ist. Dieses psychologische Moment kollektiven Ehrgefühls war beispielsweise auch daran zu erkennen, daß es bis in die siebziger Jahre beachtliche Zahlen gut situierter Einwanderer aus industrialisierten Ländern gab, die motiviert waren, wegen ihrer Immigration materielle Einbußen hinzunehmen und mitunter auch auf Karrieremöglichkeiten zu verzichten. Umgekehrt spielte die patrioti-



STRUKTURWANDEL BRAUCHT FINANZIELLE STÄRKE

Wirtschaftliche Entwicklung bedeutet Wandel der Produktion, der Dienstleistung und der Arbeitsstätten.

Arbeitsplätze werden aufgegeben, neue entstehen an anderer Stelle. Damit werden auch bessere Aus- und Weiterbildung erforderlich.

Rund 2,5 Millionen Einwohner wechseln innerhalb eines Jahres ihren Wohnort – ein Zeichen für die notwendige Mobilität der Menschen.

Die Wirtschaftspolitik muß dafür sorgen, daß die Bundesrepublik nicht in reiche und arme Landstriche auseinanderfällt. Dazu gehört

eine Infrastruktur, die das Bundesgebiet überall gleichmäßig mit kreditwirtschaftlichen Leistungen versorgt.

Die Sparkassen sind dafür da.

Ihr öffentlicher Auftrag verpflichtet sie auf die Arbeit am Ort: in über 20 000 Geschäftsstellen mit 266 500 Mitarbeitern, darunter 28 400 Auszubildenden. Vielerorts ist die Sparkasse auch der einzige Ausbildungsplatz für Bankkaufleute.

Die Sparkassen



sche Disposition eine Rolle, als es in den achtziger Jahren durch den Libanonkrieg sowie durch den Ausbruch der *Intifada* zu Krisen des nationalen Selbstwertgefühls kam – der Grund: die Verstrickung der *Armee zur Verteidigung Israels* (so der offizielle Titel der bei Staatsgründung aufgestellten Streitkräfte) in militärische Aggression und in kollumpierende Okkupation.

Angesichts der allgemeinen Wehrpflicht mit jährlichen Reserveübungen bis zum sechsundfünfzigsten Lebensjahr fühlte sich die Bevölkerung insgesamt von diesen beiden Krisen betroffen. Dagegen war eine vergleichsweise kleinere, aber dennoch breite Schicht von der jüngsten Krise des kollektiven Selbstwertgefühls erschüttert: Nämlich vom Mismanagement der Einwanderung aus dem Bereich der ehemaligen Sowjetunion, das dazu geführt hatte, daß Einwanderungswillige nicht kamen und bereits Eingewanderte hoffnungslos strandeten. Dieses politische Versagen der abgewählten Regierung, durch das die *raison d'être* des Staates Israel ad absurdum geführt wurde, traf einen äußerst empfindlichen Nerv.

Verschiebung parlamentarischer Kräfteverhältnisse

Es ist bekannt, daß die überwältigende Mehrheit der als rechtslastig geltenden Neueinwanderer aus dem Bereich der ehemaligen Sowjetunion wider Erwarten die israelische Linke unterstützt hat: Von den in den letzten vier Jahren Immigrierten stimmten dreiundsiebzig Prozent für die ARBEITSPARTEI und elf Prozent für den links von ihr verorteten MERETZ-Block gegenüber ganzen sechzehn Prozent, die LIKUD wählten. Dieses Wählerverhalten ist bemerkenswert, insofern Immigranten weltweit dazu neigen, bei den ersten Wahlen im neuen Land die amtierende Regierung zu unterstützen. Haben sich auch andere Wählergruppen atypisch verhalten, so läßt sich aufgrund des gegenwärtigen Erkenntnisstandes noch nicht sagen, inwieweit die Stimmen der Neueinwanderer für die Neuverteilung der *Knesset*-Mandate den Ausschlag gegeben haben.

Um die Tragweite der politischen Wende zu ermessen, sei vorweg die Mandatsverteilung festgehalten: Die ARBEITSPARTEI verfügt über vierundvierzig (vorher neununddreißig), der MERETZ-Block über zwölf (vorher zehn), die kommunistische HADASH-Partei über drei (vorher vier) und die DEMOKRATISCHE ARABISCHE LISTE – eine Partei palästinensischer Israeli – über zwei (vorher einen) Parlamentssitz. In die übrigen neunundfünfzig *Knesset*-Mandate teilen sich fünf ehemalige Regierungsparteien sowie eine

Liste, durch die sich kurz vor den Wahlen drei weitere Partner der ehemaligen Regierungskoalition zusammengeschlossen hatten: LIKUD zweiunddreißig (vorher vierzig), ZOMET acht (vorher zwei), MOLEDET drei (vorher zwei), die NATIONAL-RELIGIÖSE PARTEI sechs (vorher fünf), SHASS – eine Partei ultraorthodoxer sephardischer Juden – sechs (vorher sechs) und YAHADUT HATORA eine Liste ultraorthodoxer, mehrheitlich aschkenasischer Juden – vier (vorher sieben) Mandate.

Die dreizehnte *Knesset*-Wahl bedeutet eine politische Metamorphose, bei der das rechte Lager, deren gemeinsamer Nenner das Großisraelprogramm ist, insgesamt sechs Stimmen in der *Knesset* verloren hat. Diesbezüglich sind voraufgehende Zahlen ergänzungsbedürftig: Zwei Rechtsparteien, TEHIYA und GE'ULAT ISRAEL, deren insgesamt vier Abgeordnete die Interessen militanter Siedler vertreten hatten, mußten aus der *Knesset* ausziehen, weil sie die erforderlichen eineinhalb Prozent der abgegebenen Stimmen (knapp vierzigtausend) nicht erhielten.

Verfügt das rechte Lager über insgesamt neunundvierzig und ultraorthodoxe Parlamentarier über zehn weitere Mandate, so könnte die Übermacht der Großisraelgegner nicht schmaler sein: eine ganze Stimme. – Stehen für die ultraorthodoxen Parlamentarier gesellschaftspolitische und finanzielle Privilegien an oberster Stelle ihrer politischen Tagesordnung, so sind sie seit Jahrzehnten an Koalitionen mit der jeweils stärkeren parlamentarischen Lobby interessiert. Jedoch ist es seit der letzten Wende (1977), durch die der LIKUD die stärkste Fraktion wurde, nicht vorgekommen, daß (abgesehen von einer großen Koalition) eine Regierungskoalition ohne ultraorthodoxe Politiker möglich gewesen wäre. Diese haben es denn auch verstanden, ihre Funktion als Zünglein an der Waage ebenso systematisch wie schamlos auszunutzen, um sich Privilegien zu sichern.

Konnte die Mehrheit der Linken nicht kleiner sein, so bestimmen zwei Fixpunkte das Koordinatenkreuz des politischen Kräftefelds: zum einen sind die Großisraelideologen entmachteter. Zum anderen sind die Ultraorthodoxen außerstande, eine auf sie angewiesene Koalitionsregierung zu erpressen, um egoistische Gruppeninteressen durchzusetzen. In der Vergangenheit hatte dies dazu geführt, daß die Außen-, Gesellschafts- und Investitionspolitik des Staates einem unheiligen Bündnis zwischen Großisraelideologie und klerikaler Machtpolitik anheim gefallen war. Auch diese explosive Mischung hatte über viele Jahre zur bereits angesprochenen Vergiftung der politischen Kultur



Yitzhak Rabin während seines erfolgreichen Wahlkampfes

Foto: dpa

und des gesellschaftlichen Klimas in Israel beigetragen. Hat sich nun Rabin eine verlässliche parlamentarische Mehrheit durch eine Koalition erkaufte, in der außer MERETZ auch ultraorthodoxe Parlamentarier vertreten sind, so ist eine nachhaltige Klimaverbesserung zwischen säkularisierten und ultraorthodoxen Israeli unwahrscheinlich: Die ultraorthodoxen Koalitionspartner werden sich wie bisher ihre Unterstützung pekuniar vergelten lassen müssen, da ihre zahlreichen Talmudhochschulen ohne staatliche Mittel nicht überlebensfähig wären... Nach menschlichem Ermessen wird auch die Freistellung ultraorthodoxer Talmudstudenten vom Militärdienst nicht aufgehoben werden.

Entsprechendes gilt von der gesetzlich verordneten Betriebseinstellung sämtlicher öffentlicher Verkehrsmittel am Shabbat... Unter diesen Voraussetzungen steht keine historische Klimabereinigung zwischen säkularen und ultraorthodoxen Israeli bevor. Allerdings erlauben die neuen parlamentarischen Kräfteverhältnisse, bei denen auch ohne die Ultraorthodoxen regiert werden könnte, daß Plünderungen öffentlicher Kassen stärker als bisher begrenzt werden.

Dynamiken der israelischen Demokratie

Das Wahlergebnis war auch insofern eine Erleichterung, weil in den Wochen zuvor einige höchst alarmierende Symptome von Staats- und Demokratieverdrossenheit aufgetreten waren. Frisch publizierte Untersuchungen hatten gezeigt, daß etwa die Hälfte aller Israeli sich die Lösung ihrer politischen Probleme vom starken Mann erhofften. Ein weiteres besorgniserregendes Indiz für Staatsverdrossenheit war die Art, wie vor allem Jungwähler mit einem an sich verständlichen Wahlkriterium umgingen: nämlich das Verlangen nach Politikern »mit sauberen Händen«, d. h. unkorruptierbare Volksvertreter, die ihren Status in der *Knesset* nicht mißbrauchten, um ihre Parteien buchstäblich aus der Staatskasse zu bedienen. Dabei war alarmierend, daß das Bedürfnis nach radikalen Antikorruptionskuren bei dreieinhalb Prozent der Wahlberechtigten, mehrheitlich Jungwählern, dazu führte, daß sie sich drei Wochen vor der Wahl zwischen zwei entgegengesetzten ideologischen Polen nicht entscheiden mochten: einerseits MERETZ, eine Gruppierung

demokratischer Linksliberaler, die einen souveränen Palästinenserstaat fordert; und andererseits ZOMET, eine militärisch, autoritär strukturierte Hierarchie, die die Großisraelideologie verfehlt. Gemeinsamer Nenner dieser Gruppen ist ihr kompromißloses Engagement bei der Bekämpfung von Korruption im Staatsapparat und ihr lautstarker Einspruch gegen gesellschaftliche Privilegien (z. B. die Freistellung vom Militärdienst) und finanzielle Vorteile, die von ultraorthodoxen Israeli genossen werden.

Das Kriterium der sauberen Weste, die von einer dominierenden Persönlichkeit getragen wird, brachte der rechten ZOMET-Partei, dessen Gallionsfigur Parteivorsitzender *Raphael Eitan* ist, einen Mandatszuwachs von dreihundert Prozent ein. Eitan, ein wortkarger Landwirt und Generalstabschef a. D., seit 1984 *Knesset*-Abgeordneter, seit 1988 Landwirtschaftsminister, verkörpert den Mythos des Sabre – d. h. das Image des Pioniers alter Schule, dessen Katalog von Pfadfindertugenden vielen Israeli längst zum Klischee geworden sind: Bescheidenheit, Opferbereitschaft, Unbestechlichkeit, Improvisationsfreudigkeit, Entschlossenheit u. dgl. m. Diesen Leistungen verdankt Eitan seine stolze parlamentarische Hausmacht, die sich auf sieben Fraktionskollegen stützt – rustikal wirkende Biedermänner und altkluge Primustypen, die über keinerlei parlamentarische Erfahrung verfügen noch eine eigene Meinung haben.

Von einem deutlich entpersonalisierten Verlangen nach der sauberen Weste hat auf dem linken Flügel des politischen Spektrums der MERETZ-Block vom verbreiteten Verdruß über die großen Parteien profitiert. Dabei scheint der Mandatszuwachs der MERETZ-Fraktion (vorher zehn, jetzt zwölf *Knesset*-Sitze) die öffentliche Unterstützung dieser Gruppierung zu untertreiben. Diese ist auf Grund des Wahlausgangs noch nicht zu ermessen, weil bisher kein Zahlenmaterial über die vielen MERETZ-Sympathisanten vorliegt, die unter taktischen Gesichtspunkten der ARBEITSPARTEI die Stimme gaben, um ihr im Falle einer großen Koalition mit dem LIKUD den Rücken zu stärken. (Letztere war eine Woche vor den Wahlen von Rabin als wahrscheinlich angekündigt worden.) Jedenfalls dürfte die straffere Organisation des ZOMET für den ungleich bescheideneren Wahlerfolg des MERETZ nicht das Ausschlaggebende gewesen sein. Denn während es dem militärischen Pioniergeist des ZOMET entspricht, in ihrem Parteivorsitzenden eine gebieterische Führungsfigur zu haben, so dürfte auf die weitgehend intellektuellen MERETZ-Anhänger der kollegiale Umgangsstil vertrauensbildend wirken.

Unterstützt von der breiten Schicht gesellschaftlich und wirtschaftlich benachteiligter Israeli aus islamischen Ländern, die seinerzeit von der ARBEITSPARTEI enttäuscht waren, war 1977 der LIKUD in die Regierung gewählt worden. Waren sie bei den folgenden drei Wahlen dem LIKUD treu geblieben, so sind sozial schwache, meist arbeitslose LIKUD-Anhänger, dieses Mal entweder aus Protest gegen Korruption und gegen als hochnäsig empfundene Gleichgültigkeit seitens der LIKUD-Spitze der Wahl ferngeblieben, oder sie haben gar die ARBEITSPARTEI gewählt. Bemerkenswert ist dabei, daß der Einspruch dieser nationalistisch gesonnenen LIKUD-Anhänger gegen die Besiedlung der besetzten Gebiete freilich ganz anders motiviert ist als das Veto, das seit vielen Jahren von der israelischen Friedensbewegung erhoben wird: Letzteres wird mit der realpolitisch nüchtern vorausdenkenden Sicht begründet, daß militärische Besetzung kein Stabilität versprechendes politisches System sei. (Unter israelischen *peaceniks* dürfte die humanistisch begründete Sorge über Menschenrechtsverletzungen selten von diesem realpolitisch-pragmatischen Gesichtspunkt isoliert werden.) Dagegen sind die von hoher Arbeitslosigkeit (landesweit über elf Prozent) und chronischer Wohnungsnot hart betroffenen Protestwähler über die sozialpolitischen Auswirkungen der Siedlungspolitik empört. Sie verlangen, daß die auf Bauprojekte in Cisjordanien verschwendeten astronomischen Beträge in Israel investiert werden sollen, wo Arbeitsplätze und Wohnungen dringend gebraucht werden.

Yitzhak Rabin, Mister Security

Expremierminister Yitzhak Shamir hatte seinen Landsleuten wiederholt glaubhaft versichert, er wolle nicht als derjenige Regierungschef in die jüdische Geschichte eingehen, der auch nur eine Handbreit von Großisrael abtreten hätte. Daß das historische Vermächtnis des bis ins Greisenalter nicht gereiften Saboteurs auf einer doppelzüngigen diplomatischen Strategie gründen sollte, konnte kaum noch überraschen: Zwei Tage nach seiner Wahlniederlage gab Shamir in einem Zeitungsinterview zum Besten, er hätte beabsichtigt, während des kommenden Jahrzehnts die Verhandlungen mit den Palästinensern in die Länge zu ziehen, keinerlei territoriale Zugeständnisse zu machen und unterdessen durch massive Besiedlungsprojekte die jüdische Bevölkerung in Cisjordanien von jetzt knapp hunderttausend auf etwa eine halbe Million Siedler zu verüfffachen . . . Der Schlußstrich unter dieses volkswirtschaft-



Das Bewußtsein gegenüber unserer Umwelt hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend gewandelt. Die Erhaltung der Natur wird heute von fast allen Menschen als wesentliches Ziel genannt – im Interesse einer lebenswerten Zukunft.

Uns bewegen die gleichen Sorgen.

Als Energieproduzent und Dienstleistungsunternehmen sind wir uns der Verantwortung bewußt, ökonomische und ökologische Anforderungen soweit wie möglich in Einklang zu bringen. Techniken kann man ersetzen, die Umwelt nicht. Ziel ist es deshalb, Umweltbelastungen, wo immer sie auftreten, so gering wie möglich zu halten – und ständig nach Verbesserungen zu suchen.

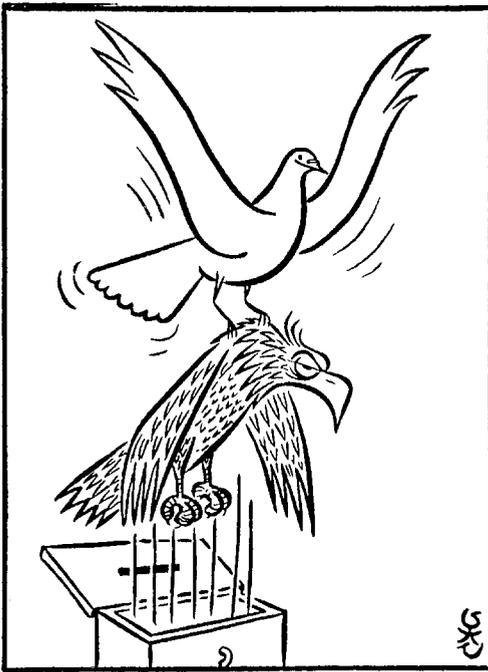
Bereits erzielte Fortschritte – etwa bei der Rauchgasentschwefelung und -entstickung von Kohlekraftwerken – sind bedeutsam, aber selbstverständlich kein Grund für uns stehenzubleiben. So erarbeiten wir neue Konzepte für jede Art von Kraftwerken, damit aus möglichst wenig Primärenergie möglichst viel Strom gewonnen wird. Energie, die von vornherein eingespart wird, läßt Schadstoffe erst gar nicht entstehen – das gilt im Großen wie im Kleinen, das gilt für konventionelle Kraftwerke wie für kerntechnische Anlagen.

Wir wollen unseren Beitrag leisten – und das ist kein Lippenbekenntnis: Schließlich haben wir keine andere Umwelt und Zukunft als Sie.

E n e r g i e u n d I d e e n

VEW AG · Hauptverwaltung
Rheinlanddamm 24
4600 Dortmund 1

VEW



aus: HA'ARETZ

Karikatur: Ze'ev

lich und außenpolitisch größenwahnsinnige Vorhaben, durch das eine krankhaft kurzzeitige Großisraelutopie allen realpolitischen Eigeninteressen zum Trotz in nicht mehr rückgängig zu machende demographische Tatsachen hätte umgesetzt werden sollen, wird nun durch die von Yitzhak Rabin vorgesehene Korrektur der nationalen Prioritätenskala gezogen. Rabins Weltbild ist frei von irrationalen, romantischen Heimatideen, mit denen in diversen ideologischen Cocktails von nationalistisch-säkularen oder nationalistisch-fundamentalistischen Großisraelaposteln explosive Verbindungen hergestellt werden – von einem Kabarettisten äußerst makaber karikiert: »Wer kein Blut im Land Israel vergießt, verliert sein Anrecht darauf...« Allein weil die neue Regierung derlei militanten Opiaten abgeneigt ist, von denen absehbar ist, daß sie früher oder später zu Katastrophen führen, dürfte die dreizehnte Knesset-Wahl eine historische Wende bedeuten. Gleichwohl scheinen Rabins persönlicher Beweglichkeit und politischer Kompromißfähigkeit Grenzen gesetzt zu sein, die mit der Prägung des neuen Regierungschefs als Berufssoldat zusammenhängen dürften.

Rabin (Jahrgang 1922) hat großes taktisches und operationelles Können unter Beweis gestellt, als er auf der Höhe seiner militärischen Karriere als Generalstabschef im Sechstage-

krieg den erfolgreichsten militärischen Sieg seines Landes erkämpfte. Tatkräftiges Handeln hat er dann auch als jüngster Premierminister Israels (1974-77) bei der Blitzaktion in Entebbe bewiesen. Ebenso als Verteidigungsminister (1984-90), wobei er sich freilich viel Kritik zuzog; Nämlich als er in den ersten Monaten der *Intifada* unbeirrbar zu seiner Devise stand, den Aufständischen die Knochen zu brechen. (Blieb Rabin dafür ungestraft, so werden zur Zeit seines gegenwärtigen Comeback noch Gefängnisstrafen von Soldaten verbüßt, die sich das Rezept ihres Dienstherrn zu eigen gemacht hatten.) Wie sehr Rabin in seinem Denken und Handeln eher der tatkräftige, jedoch phantasievolle Militär als der vorausblickende Staatsmann ist, sei an zwei Reaktionen illustriert: Zu Beginn der *Intifada* ließ Verteidigungsminister Rabin in den besetzten Gebieten nach und nach sämtliche Universitäten und Schulen schließen, weil sie laut militärischem Jargon als *Unruheherde* galten. Abgesehen vom moralischen Aspekt war in der israelischen Öffentlichkeit auch die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahme umstritten, weil es für auf die Straße gesetzte Jugendliche nahe liegen mußte, sich aktiv an der *Intifada* zu beteiligen. Unterdessen ließ es sich Verteidigungsminister Rabin jedoch nicht nehmen, mit technokratischer Geflissenheit die Monatsstatistiken geworfener Steine und Molotow-Cocktails auszuwerten. Diese Daten bot er der Öffentlichkeit als Gradmesser für Entwicklung und Gefährlichkeit des Aufstands.

Vielleicht ist Rabin in jener verfahrenen Lage zugute zu halten, daß er aufgrund seines Ministeramts meinte, in Kauf nehmen zu müssen, in der Öffentlichkeit als begrenzt zu erscheinen. Unter diesem Gesichtspunkt ist dann allerdings eine länger zurückliegende Situation aufschlußreich, in der er von derartigen Amtshandikaps frei war. Sie zeigt, wie sehr Rabins politischer Horizont stärker von mittelfristigen, militärstrategischen Kriterien denn von langfristigen, politischen Perspektiven bestimmt ist: als 1979 der Schah gestürzt wurde, äußerte Oppositionsabgeordneter Rabin in einem Interview eine bemerkenswerte Auffassung, die *mutatis mutandis* dem Horizont von Durchschnittspolitikern rund um den Globus entsprechen dürfte: Damals, als das Ende des Kalten Krieges noch nicht absehbar war, meinte Rabin, man müsse sich damit abfinden, daß Diktaturen in der Dritten Welt überlebensfähiger als an Westminster orientierte Demokratien seien. Läßt sich über die empirische Richtigkeit dieser realpolitisch nüchtern getroffenen Beobachtung schwer streiten, so wirft die Schlußfolgerung manche Frage auf: Es käme nur darauf

an, daß sich das globale Kräfteverhältnis durch unstabile Verhältnisse in der Dritten Welt nicht zum Vorteil des Warschauer Pakts verschoben werde. Rabins politische Biographie scheint zu indizieren, daß er sich nicht schwer tut, militärische Strategien zu verfolgen, die unter pragmatisch-machiavellistischen Gesichtspunkten Menschenrechtsverletzungen mit sich bringen. Daß derartige die *conditio humana* realpolitischen Handelns sei, ist Politikern u. U. zugute zu halten. Allerdings ist bisher nicht bewiesen, daß der neue israelische Regierungschef über eine integrative staatsmännische Wahrnehmung verfügt, in der neben ökonomischen, außen- und verteidigungspolitischen Momenten auch sozial-, und rechtspolitische Faktoren historischer Prozesse erfaßt werden.

Ironischerweise scheinen Rabins Grenzen seine politische Stärke zu sein. Hatten seine Landsleute das von Shamir und Sharon in den besetzten Gebieten verfolgte größenwahnsinnige Besiedlungsvorhaben satt, so ist andererseits ein vorbehaltloser Rückzug und die sofortige Errichtung eines Palästinenserstaats westlich des Jordan nicht konsensfähig. Gibt es seit längerem in Israel eine knappe Mehrheit für das Programm *Gebiete für Frieden*, so wird dennoch verlangt, daß territoriale Kompromisse mit Behutsamkeit und unter Aufrechterhaltung der militärischen Sicherheit vorgenommen werden müßten. Unbestreitbar negative Erfahrungen mit den arabischen Nachbarn, die sich nicht pauschal als verständliche Reaktion auf israelische Aggression verzeichnen lassen, sind der historische Hintergrund. Kann auf diesen Komplex hier nicht eingegangen werden, so sei paraphrasierend festgehalten, daß in der Gegenwart die undemokratischen Staatsformen der Region, in der sich militanter Fundamentalismus gleich einem bösartigen Krebs ausbreitet, nicht vertrauensbildend wirken.

Wie sehr aussöhnungswillige Israeli in dem Bewußtsein leben, daß die physische Existenz ihres von Anfang an bedrohten Staats nach wie vor in Frage gestellt ist, scheint eine Begebenheit zu illustrieren, deren Zeuge ich vor einiger Zeit wurde: Bei einem Gartenfest, an dem auch mehrere junge Familien teilnahmen, meinte ein deprimiert wirkender Familienvater: »Wer weiß, wieviele Kriege diese Kinder durchmachen werden.« Darauf wurde ihm ermutigend auf die Schulter geklopft: »Du unverbesserlicher Optimist. Ich frage mich, in wievielen Kriegen ihre Kindeskinde kämpfen werden...«

Die Widersprüche weiterleben Otto Schily zum 60./Von Peter Glotz

Eigentlich ist der sechzigste Geburtstag, den der Parlamentarier, Anwalt und kritische Kritiker Otto Schily am 20. Juli beging, für ihn kein symbolischer Geburtstag; er ist Antroposoph, für ihn kommt der Einschnitt mit dem Drei- undsechzigsten. Die Öffentlichkeit aber, mit der Philosophie der Zahl sieben unvertraut, wird mit leisem Erstaunen registrieren, daß der schlanke Widerspruchsgeist mit dem ergraubenden Bublikopf schon in sein siebtes Lebensjahrzehnt eintritt. Hat er nicht eben erst gegen die Stimmung eines ganzen Volkes unbeirrt vorgeführt, was es heißt, *Verteidiger* zu sein, Verteidiger von Abweichlern, die bei ihrer Abweichung vor terroristischen Methoden nicht zurückschrecken? War es nicht gestern, als er dem Polit-Establishment einen Parteispendenprozeß machte?

Die Zeit fliegt schnell; aus jungen Wilden werden gesetzte Maestros. Schily blieb dieses Schicksal (vorerst?) erspart, weil er die Konstellationen seines Lebens immer wieder radikal verändert hat. Die letzte Entscheidung dieser Art war sein Schritt zu den Sozialdemokraten; ein Stellungswechsel, der keinen Einstellungswechsel signalisierte. Otto Schily beschimpfte seine alte Partei nicht, als er sie verließ, er verriet auch nichts von seiner ökologischen Denkweise. Er zog nur die Konsequenzen aus der Tatsache, daß die Bundesgrünen in den späten achtziger Jahren einen unabhängigen Kopf nicht ertragen konnten. Er blieb sich treu, indem er den herkömmlichen Begriff von Treue dementierte.

Otto Schily, heute ein geachteter, aber noch zu selten herausgestellter sozialdemokratischer Abgeordneter, verkörpert eine in Deutschland seltene Haltung, die man als *libertär* bezeichnen könnte – er ist ein undogmatischer, unbeirrt freheitsdurstiger, nicht festlegbarer, zuverlässig *unzuverlässiger* Linker. Dieser Mann, eine der großen forensischen Begabungen des Parlaments, wäre ein bedeutender Justizminister in der Tradition Gustav Radbruchs oder Gustav Heinemanns. Es bleibt eine offene Frage, ob die Politische Klasse in Deutschland sich dadurch ehrt, daß sie ihn im nächsten Jahrzehnt in ein solches Amt hebt. Wenn nicht, bleibt er auch ohne die Insignien der Macht ein deutscher Mandarin. Mag sein, daß die Milieusicheren ihn weiter als Solitär beargwöhnen, als *Toskana-Sozialisten* zum Beispiel, als einen Mann, der – um eine gängige Beschimpfung zu zitieren – links rede, aber rechts lebe. In der Tat paßt er auch in die Hügel des Chianti; er ist weltläufig, ein Nordmensch, der den Süden versteht, ein Ackerer, der die Genüßfähigkeit nicht verloren hat. Glückwunsch.

*Liebe Leser, Mitarbeiter und Freunde unserer
Zeitschrift,*

normalerweise »treffen« wir uns sozusagen immateriell,
im Sprechsaal der Zeitschrift – wir tauschen uns aus,
ohne körperlich zusammen zu kommen. Gelegentlich
aber sollte die Gelegenheit des Kennenlernens bestehen.
Dazu möchte ich einladen.

Die Zeitschrift *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter
Hefte* veranstaltet das, was wir untereinander ein »Fest«
nennen: eine handfeste Diskussion mit interessanten
Partnern, anschließend einen künstlerischen Genuß
(Jazz), danach kulinarische und kommunikative
Vergnügungen. Ort der Handlung ist die Zentrale der
Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

Die Diskussion dreht sich um Europa und die
europäische »Linke nach Maastricht«. An der Debatte
werden Neal Asherson, Eduard Goldstücker, Paul
Scheffer, Heidemarie Wiczorek-Zeul, Otto Kallscheuer
und Claus Offe teilnehmen. Die Musik stammt von der
Gruppe »Deutsch-Polnische Jazz Connection«.

Wir würden uns über Ihren Besuch herzlich freuen. Am
9. September ist Gelegenheit für Kritik, Anregungen
und persönlichen Kontakt.

Mit den besten Grüßen



(Peter Glotz, Chefredakteur)

Die Linke nach Maastricht

*Podiumsdiskussion
und
Festveranstaltung*

*Mittwoch, den 9. September 1992
15.00–22.00 Uhr*

*Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149
5300 Bonn-Bad Godesberg*

Thema: Paradigmawechsel in der Ökonomie?

WOLFGANG LECHER

Schlanke Produktion –
dichte Arbeit

Nachdem der reale Sozialismus sein Gespensterdasein in Europa eingestellt hat, taucht nun ein neues Schlagwort am Horizont der Industriegesellschaft auf: *Lean Production*, zu deutsch Schlanke Produktion (SP), soll die stark arbeitsteilige Massenfertigung tayloristischen Zuschnitts ablösen, effektivieren und humanisieren. Die Produktivität soll verdoppelt, die Qualität der Produktion entscheidend verbessert, und die Kosten sollen gleichwohl niedrig gehalten werden. SP erfaßt integriert alle Funktionen vom Topmanagement über die Arbeitnehmer in Montage und Zulieferung bis zu den Kunden des jeweiligen Produkts mit dem Ziel, mit kleinstem Faktorkosten-Einsatz eine quantitativ und qualitativ optimierte Produktpalette anzubieten und schnell zu verkaufen. Dieses neue Produktions- und Verkaufsparadigma wird nach den Aussagen ihrer Protagonisten in Wissenschaft und Unternehmen radikale Auswirkungen auf Arbeit und Arbeitsbeziehungen zunächst im Betrieb und – dann indirekt – auch über- und außerbetrieblich haben. Die *Bibel* der Schlanke Produktion – eine weltweit vergleichende Studie des MASSACHUSETTS INSTITUTE OF TECHNOLOGY zur Revolution in der Autoindustrie* – befaßt sich schwerpunktmäßig mit den Vorteilen der neuen Produktionsweise gegenüber der bisherigen Massenproduktion und den sich daraus ergebenden angeblich überwiegend positiven Auswirkungen auf Arbeit und Arbeitnehmer. Teamarbeit, motivierende Herausforderungen, Rundum-Qualifikation, größere Arbeitsplatzsicherheit und berechtigter Produzentestolz machten das schlanke Produktionskonzept auch für die nach ihm arbeitende Belegschaft attraktiv.

Wie alles, hat aber auch dieses neue Paradigma industriegesellschaftlicher

Produktion und Arbeit seine zwei Seiten. Es bedarf einer nüchternen Analyse und einer begründeten Abwägung ihrer jeweiligen Vor- und Nachteile für die davon zukünftig erfaßten Belegschaften sowie ihre betrieblichen und überbetrieblichen Interessenvertretungen. Wohlgemerkt: Es geht im folgenden nicht um eine kritische Auseinandersetzung mit den betriebswirtschaftlichen Aspekten sowie den Realisierungschancen der SP selbst – das haben die Autoren der MIT-Studie in vorzüglicher Weise und überzeugend besorgt –, sondern um eine Einschätzung der Konsequenzen dieser Produktionsweise auf *Arbeit* im weiten Sinn. Dazu werden die fünf Schlüsselprinzipien der SP thesenartig vorgestellt und auf ihre arbeitsbezogenen Auswirkungen untersucht. Da nach den Ausführungen der amerikanischen Autoren dieses neue Konzept heute insbesondere in der japanischen Autoindustrie (TOYOTA) ansatzweise verwirklicht ist, muß zu seiner Beurteilung auf die japanischen Erfahrungen zurückgegriffen werden. Eine Begrenzung der arbeitsbezogenen Beurteilung auf die Autoindustrie (die allerdings in den entwickelten Industrieländern bis zu 20 % der Arbeitsplätze direkt oder indirekt umfaßt) würde allerdings zu kurz greifen, da SP ein universelles Axiom ist und sich über diese Branche hinaus entwickeln läßt. Welche Implikationen können nun die Schlüsselprinzipien auf *Arbeit* haben, und welche Erfahrungen lassen sich dem bereits entwickelten japanischen Beispiel entnehmen? *Fünf* Strukturelemente von SP werden in der MIT-Studie genannt und sind deshalb Ausgangspunkte der im folgenden Überlegungen.

* Womack, James P., Jones, Daniel T., Roos, Daniel, Die zweite Revolution in der Autoindustrie, Frankfurt/Main, New York 1991.



Am Fließband des japanischen Chip-Herstellers Kyocera

Foto: dpa/Los Angeles Times

Aufgabenintegration und ganzheitliche Arbeitszuschnitte

Die Philosophie der SP ist, eine maximal mögliche Zahl von Aufgaben und Verantwortung an diejenigen Arbeitnehmer zu übertragen, welche die physische Wertschöpfung des Produkts realisieren. Dies sind die Beschäftigten am Band, an der Fertigungsstraße, in der Montageinsel. Der angelernte Fließbandarbeiter mit kurzen Taktzeiten, wie er für die klassische Massenproduktion typisch war, wird nun zum multifunktionalen, polyvalent ausgebildeten Gesamtarbeiter. Spezialisierung von Tätigkeit und Arbeitsfeld wird zugunsten von Generalisierung und breiter, betriebsbezogener Qualifikation abgelöst. Ziel ist die Fähigkeit, alle anfallenden Arbeiten wie Reparatur, Qualitätsprüfung, Materialbestellung und knapp kalkuliertes Wirtschaften zu erlernen und in den gegebenen Fällen rasch und zuverlässig ausüben zu können. Dieses neue Qualifikationsziel

des wertschöpfenden Produktions- bzw. Montagearbeiters erfordert einen radikalen Bruch mit der bisherigen Arbeitsorganisation und Berufsausbildung. Spezialisierte Tätigkeit in den jeweils vor- und nachgelagerten Bereichen werden zugunsten breiter Qualifikation des Produktionsarbeiters zurückgeschnitten, die betriebliche Arbeitsorganisation findet ihr Zentrum wieder in der Fertigung. Dazu kann direkt auf japanische Erfahrungen mit *on-the-job-training*, häufiger Arbeitsplatzrotation und demzufolge Kennenlernen zurückgegriffen werden. Das dual orientierte Berufsbildungssystem beispielsweise in der Bundesrepublik wird eine deutliche Schwerpunktverlagerung hin zum betrieblichen Ausbildungsteil erhalten.

Die Ausbildung wird betriebsspezifischer werden, Betrieb bzw. Unternehmen und Beschäftigte gehen ein quasi symbiotisches Verhältnis ein, da sie aufeinander angewiesen sind. Der Betrieb hat viel in die Aus- und ständige Weiter-

bildung seiner Breitbandqualifizierten investiert, Kenntnisse und Fertigkeiten der Qualifizierten können optimal nur unter den jeweiligen betriebsspezifischen Verhältnissen ein- und umgesetzt werden. Aufgrund breiter angelegter, anspruchsvoller und herausfordernderer Arbeit wird die Arbeitszufriedenheit höher als beim klassischen Bandarbeiter sein. Die Bereitschaft zur Arbeitsintensivierung und Flexibilisierung steigt. Die Beziehungen zwischen betrieblichem Management (selbst aus der Produktion hervorgegangen) und den Fertigungsbeschäftigten (mit dem angestrebten und durchaus realisierbaren Karriereziel Manager) sind eng. Betriebsübergreifende Solidarität schwächt sich dagegen ab.

Permanente Problemlösungssuche und Mängelbeseitigung

Dieser neue Qualifikationstyp ist auch zugleich Voraussetzung dafür, daß an jedem Punkt des Produktions-/Montageprozesses Qualitätskontrolle erfolgt. So wird sichergestellt, daß nicht nach vollzogener Montage umfangreiche und dann auch schwierig durchzuführende Nachbesserungen stattfinden, die die Auslieferung des fertigen Produkts verzögern und die Fixkosten erhöhen. Der hohen Priorität ständiger Qualitätskontrolle dienen die aus der japanischen Praxis bekannten Qualitätszirkel, Null-Fehler-Vorgaben und Abfallvermeidungsprogramme. Da dieses Fehlerentdeckungs- und -vermeidungsprinzip nicht auf die Endmontage beschränkt ist, liegt in seiner Logik auch die gesamte Just-in-time-Philosophie. Erst die Garantie fehlerfreier Zulieferteile, die ohne Kontrolle und Zeitverzögerung direkt einmontiert werden können, macht den Grundpfeiler Qualität für die SP effizient. Zugleich ist das Zirkel- und Vorschlagskonzept ein wichtiges Element ständiger Aus- und Weiterbildung »on-the-job«. Erst die unmittelbare Einsicht in material- oder werkzeugbezogene und arbeitsorganisatorische Fehlerquellen und die systematische Rückverfolgung und Entdeckung ihrer Gründe erzeugt den erforderlichen

umfassenden Einblick in den Mechanismus der Produktion und die gewünschte Identifikation mit Arbeit und Produkt.

Umfassende Integration und optimale Information des Gesamtprozesses

Dieses *dritte* Modul der SP stellt vor allem auf das Verhältnis Zulieferer – Endhersteller ab, das in eine möglichst enge und dauerhafte Verbindung gebracht werden muß. Dazu tragen vor allem drei Organisationsformen bei. Zum *ersten* die pyramidenförmige Struktur der Zulieferer, wonach in mehreren Stufen Einzelteile, größere Bauteile und ganze Systemkomponenten hergestellt, vormontiert und zum Teil nach dem Baukastenprinzip schon auf der obersten Zulieferstufe endmontiert werden. Zum *zweiten* die Beteiligungsverdachtelung zu einer integrierten Unternehmensgruppe von Endmontage, den wichtigsten Zulieferern besonders der ersten beiden Ebenen und einer Hausbank (in Japan *Keiretsu* genannt). Dieses System garantiert Investitionsautonomie und kooperative Preis-/Kostenabsprachen zwischen allen Beteiligten, wodurch externe Preiskonkurrenz der Zulieferer auf Kosten der Qualität ihrer Produkte, wie sie in der westlichen Massenproduktion vorherrschen, weitgehend unterbunden wird. *Drittens* schließlich findet ein reger Austausch qualifizierter Arbeitnehmer (Ingenieure, Konstrukteure, Informtiker, breit qualifizierte Arbeitnehmer) zwischen Endmontage und Zulieferern statt, um vor Ort und aufeinander abgestimmt Mängelbeseitigung zu erreichen und qualifizierte Schulung an neuen Maschinen und Werkzeugen sicherzustellen.

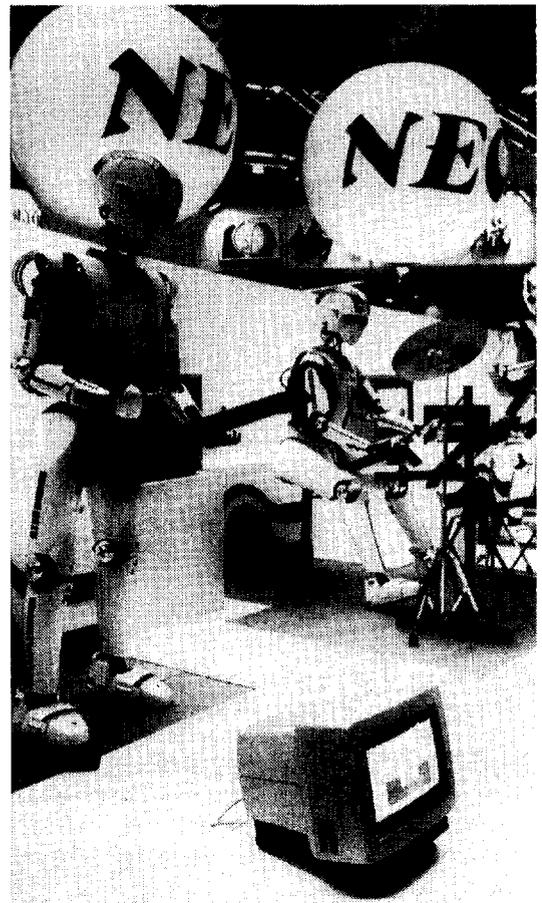
Für die Arbeitsweise und die Arbeitsbeziehungen hat dieses vernetzte und kooperationsintensive System weitreichende Konsequenzen. Innerhalb des gesamten Unternehmensverbandes, d. h. einschließlich der wichtigsten Zulieferer, wird die Arbeit nach der Produktlinie organisiert, was sich auch in der Gewerkschaftsorganisation wiederfindet. Die japanischen Gewerkschaften sind Unternehmensgewerkschaften mit hoher Au-

tonomie gegenüber den überbetrieblichen Ebenen. Ihre Mitglieder rekrutieren sich aus den festgestellten Stammarbeitnehmern des Endmontagewerks und der oberen Ebenen der Zulieferpyramide sowie dem qualifizierten Kern der unteren Zulieferer. Ausgeschlossen bleiben Nicht-Unternehmensangehörige der Zulieferbetriebe und alle Arbeitnehmer mit atypischen Arbeitsverträgen (Leiharbeit, Zeitarbeit, Teilzeitarbeit). Die scharfen Trennlinien zwischen Stamm- und Randarbeitnehmern innerhalb des Unternehmens und zwischen verschiedenen Unternehmen und Unternehmensgruppen werden also auf der Ebene der Arbeitsbeziehungen widergespiegelt. Kooperationsbereitschaft und Solidarität der Arbeitnehmer bleiben auf das *eigene* Unternehmen und die *eigene*, allerdings breite Qualifikationsgruppe beschränkt. Der Arbeitnehmer in der SP ist damit – und das gilt nicht nur für Japan, sondern ist organisationsstrukturell bedingt – stark auf unternehmensbezogene Gemeinschaft geprägt.

Arbeitsgruppe und Teamarbeit

Die bereits angesprochene Breitbandqualifikation des Arbeitnehmers in der SP wird durch die Zusammenfassung in Arbeitsgruppen weiter optimiert. Gruppenarbeit und arbeitsplatzbezogene Problemlösungsfindung und in diesen vorgegebenen Rahmen ganz konkrete Selbstbestimmung von Arbeit und damit Mitbestimmung über das Arbeitsergebnis sind die zentralen Voraussetzungen zur Steigerung der sozialen Produktivität.

Das Fertigungsteam ist eine Kleingruppe von durchschnittlich 5–10 Stammarbeitnehmern, die in einem technologisch-arbeitsorganisatorisch abgegrenzten Abschnitt des Produktions- bzw. Montageprozesses für die gesamte dort anfallende Arbeit zuständig ist. Dabei werden sowohl klassische direkte Produktionstätigkeiten, aber dann auch alle indirekten Arbeiten der Wartung, Instandhaltung und der laufenden Qualitätskontrolle wahrgenommen. Damit wird die Fertigungskapazität flexibler,



Singende Roboter-Band der NEC Taiwan Ltd

Foto: dpa

synergetische Effekte der Qualifikationszusammenführung treten auf, die Autonomie des Teams wächst, und die am Tätigkeits- bzw. Qualifikationsdurchschnitt der Arbeitsgruppe orientierte Lohnbemessung kann steigen. Mit dieser wertschöpfungsoptimierten Gruppenorganisation können aber auch arbeitsbezogene negative Effekte verbunden sein. Die Bereitschaft zur Arbeitsintensivierung und Arbeitsextensivierung kann durch den Gruppendruck zunehmen, krankheitsbedingter Absentismus kann unter das gesundheitlich zuträgliches Maß fallen, die Austarierung von Konkurrenz und Kooperation wird für die Teammoderatoren nach innen wie auch zwischen den Gruppen ein vordringliches Problem, arbeits- und huma-

nitätsbezogene Gruppenziele drohen gegenüber der reinen Produktionsorientierung bezüglich Produktivitätssteigerung und Ausschußminimierung ins Hintertreffen zu geraten.

Schließlich liegen hohe Teamautonomie und direkt arbeitsplatzbezogene Mitbestimmungselemente der Gruppenarbeit auch quer zur traditionell repräsentativen Interessenvertretung der Arbeitnehmer durch Betriebsräte bzw. gewerkschaftliche Funktionsträger. Es besteht die nicht zu unterschätzende Gefahr, daß sich an Stelle des bisherigen Bezugssystems Arbeitnehmer-Betriebsrat-Gewerkschaft ein neues Bezugssystem Arbeitnehmer-Gruppenmoderator-Management herausbildet, zumal Moderator und Manager im System der SP gleichfalls über betriebliche Arbeitserfahrungen verfügen und daher kompetente Ansprechpartner für arbeitsplatzbezogene Arbeitnehmerprobleme sind.

Unternehmenskultur, gemeinsame Verantwortung und Verpflichtung

Die volle Ausschöpfung der subjektiven Produktionsreserven ist das arbeitsbezogene Ziel der SP. Diesem Ziel dienen die polyvalente Qualifikation, die in Arbeitsgruppen zugestandene Arbeitsautonomie, die Transparenz des Gesamtprozesses und die über vielerlei soziale Maßnahmen erzeugte enge Verbindung der Stammarbeitnehmer mit dem Unternehmen. Die starke Involvierung aller am Produktionsprozeß Beteiligten mit dem Zentrum des wertschöpfenden Gruppenarbeiters bei der gemeinsamen Problemlösung und Prozeßoptimierung erzeugt bei SP ein aus der spezifischen Arbeitsorganisation und nicht etwa künstlich oktroyiertes starkes Gefühl der gegenseitigen Verpflichtung und Verantwortung. Idealtypisch gesprochen stellt der Stammarbeitnehmer in der SP seine ganze Person affektiv und kognitiv in den Dienst des Unternehmens und erhält dafür maximale Protektion und Garantie vor allem bezüglich Arbeitsplatzsicherheit, Laufbahnmuster, Qualifikationsangebot und angemessene Entlohnung. Es wäre

ein profundes Mißverständnis zu glauben, daß Unternehmenskultur und die damit angestrebte Identifikation der Beschäftigten durch schlichte Sozialtechniken *von oben* eingepflanzt werden könnte. Derartige Versuche sind wie alle Versuche, nur Einzelelemente des Systems SP (z. B. Qualitätszirkel, Vorschlagswesen, Weiterbildungsangebote ohne tatsächlichen Qualifikationsabruf bei der konkreten Arbeit) einzuführen, binnen kurzem zum Scheitern verurteilt. Ein funktionierendes Gesamtsystem SP wie beispielhaft etwa bei TOYOTA oder in fortgeschrittener Entwicklung etwa bei FORD erzeugt dagegen aus sich selbst die materiell fundierte ideologische Kraft der Unternehmenssolidarität. Dies ist nun zweifellos die ernsthafteste Herausforderung für die traditionelle Interessenvertretung der Arbeitnehmer und deren Konzeption einer gesellschaftlich-übergreifenden und eben nicht nur unternehmensgemeinschaftlich begrenzten Verbesserungsperspektive von Arbeit. Für die Betriebsräte und die Gewerkschaften werden folgende Fragestellungen mit der Einführung und schrittweisen Optimierung des Systems SP gelöst werden müssen:

Konzentrieren sie sich auf die Stammarbeitnehmer oder versuchen sie die gemeinschaftsexternen Randarbeitnehmer mitzuvertreten?

Schalten sie sich aktiv in die Organisation von Themenbestimmung der Gruppenarbeit z. B. als Moderatoren ein oder verharren sie in ihrer gegenüber Teamarbeit extern-repräsentativen Rolle?

Akzeptieren oder bekämpfen sie die Verdichtung von Arbeit nicht nur in ihrer traditionellen Ausprägung als Extensivierung (lange Arbeitszeiten und Überstunden), sondern auch in ihrer neuen und schwer kontrollierbaren Form der Intensivierung (multifunktionale Tätigkeiten, Streß durch Überforderung, Selbstaussbeutung)?

Sind sie in der Lage, die nunmehr gut ausgebildeten, selbstbewußten und kooperationswilligen Arbeitnehmer, d. h. also die neue technisch-arbeitsorganisa-

torische Intelligenz im Betrieb, über die unternehmensgemeinschaftlich vordefinierten Aufgaben hinaus gesellschaftlich zu engagieren? Themen hierzu wären etwa die ökologische Problematik von extremen *Just-in-time*, die Ungerechtigkeit der Aufspaltung von Stamm- und Randarbeitnehmern sowie Geschlechts- und Ausländerdiskriminierung.

Die Vorteile der SP sind nicht nur bezüglich ihrer betriebswirtschaftlichen, sondern auch bezüglich ihrer arbeitsorganisatorischen und persönlichkeitsfördernden Aspekte unübersehbar. SP heißt nicht nur effizientere, sondern auch anspruchsvollere Arbeit. Die Probleme liegen in der ökologischen Verträglichkeit dieses Systems, den Konsequenzen für die direkten und indirekten Arbeitsbeziehungen und im Verdichtungsgrad der Arbeit: Billigere und qualitativ bessere Produkte heißt eben zugleich auch mehr Produkte. Die Grenze der Umweltverträglichkeit sind aber heute und hier ganz besonders bei der Automobilproduktion, von wo aus SP seinen Eroberungsfeldzug antritt, schon erreicht. Die von der *Unternehmensgemeinschaft* als absolut notwendige Voraussetzung einer befriedigenden Einrichtung von SP ausgehende Bedrohung bisheriger Arbeitsbeziehungen als repräsentatives System trifft betriebliche Interessenvertretung und Gewerkschaften zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Hohe strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern (die durch die massive Einführung von SP keineswegs reduziert werden dürfte) und neue Herausforderungen durch die Einführung neuer Technologien haben die bisherigen Arbeitsbeziehungsstrukturen schon unter Druck gesetzt. Andererseits aber könnte diese krisenhafte Situation katalysatorisch in dem Sinne wirken, daß sie ein notwendiges Umdenken der Arbeitnehmervertreter hin zu mehr arbeitsplatzbezogener Mitbestimmung und Schwerpunktverlagerung zu den Betrieben beschleunigen hilft. Auf betrieblicher Ebene müßten Zielvorgaben und Instrumente zur Kontrolle der Verdichtung von Arbeit entwickelt werden. Dieses gilt im doppelten

Wortsinn sowohl für die Arbeitsintensivierung als auch für das Abschotten zwischen Stamm- und Randarbeitnehmern.

Gerade hier ist das japanische Beispiel für die realitätsgerechte Einschätzung der *Zukunft von Arbeit* hierzu-lande unter den Vorzeichen von SP besonders instruktiv. In den großen japanischen Automobilfirmen wird beispielsweise die arbeitsintensive Montagearbeit so gut wie ausschließlich von jungen Stammarbeitnehmern (20- bis 30jährigen) gemacht, die nach 8- bis 10jähriger Tätigkeit auf andere Arbeitsplätze wechseln. Dies hat den dreifachen Vorteil, an den produktivsten Arbeitsplätzen die leistungskräftigsten Arbeitnehmer zu haben, diese extremen Arbeitsbedingungen darüber hinaus mit einer definierten, begrenzten Zeitspanne im Berufs- und Karriereplan der Stammarbeitnehmer zu verbinden und nicht zuletzt gleich zu Beginn des Berufslebens die Bereitschaft zur Tolerierung sehr *dichter* Arbeit anzuerziehen. Im späteren Berufsleben wird dieser *Crash-Kurs* in Sachen Leistungsverdichtung zur dauerhaften Akzeptanz nicht nur von hoher Arbeitsintensität, sondern auch von extensiver Arbeitszeit führen (z. B. bezahlte und unbezahlte Überstunden, Wochenendarbeit, geringer Absentismus und Verzicht auf vollen Urlaubsanspruch). Auf den unteren Ebenen der Zulieferpyramide werden diese stammarbeitsbezogenen Elemente dichter Arbeit noch durch den systematischen Einsatz peripherer Arbeitskräfte (Zeit- bzw. Teilzeitkräfte) verschärft, da diese den Streßbedingungen kürzer ausgesetzt sind und nicht selten um einen festen Arbeitsplatz konkurrieren. Sie erzeugen damit zusätzlichen Arbeitsdruck und weitere Verdichtung.

Selbst wenn die im internationalen Vergleich rechtlich gut geregelte Arbeits- und Sozialverfassung der Bundesrepublik eine extreme Segmentierung verhindern dürfte, wird sich doch durch das japanische und im europäischen Rahmen auch durch das britische oder spanische Beispiel *offener* Systeme der Druck auf die Arbeitsdichte erhöhen. Aus einer aktuellen Umfrage des Büros des japani-

schen Ministerpräsidenten geht hervor, daß 63,4 % der 3 000 befragten Japaner sich jeden Tag »physisch ausgelaugt« fühlen. Bei den über 50jährigen klagen sogar 70 % über körperliche Erschöpfung. 52,7 % leiden unter psychischer Müdigkeit und Streß. Noch gestreßter sind die 30- bis 40jährigen mit 58,9 %. Als Grund geben sie an, daß sie zuviel arbeiten und nicht genug Freizeit haben.

Ein letzter kritischer Punkt zur Leistungsverdichtung ergibt sich aus der Schwierigkeit, Gruppenproduktivität und Arbeitsintensivierung möglichst objektiv zu messen, um zu einem als gerecht empfundenen Entgelt zu gelangen. Gerade unter den Bedingungen von Gruppenarbeit und der durch das Team erzeugten Leistungsverdichtung und Qualifikationsanreicherung wird es sehr schwierig, wenn nicht gar unmöglich, auf die alten Methoden der Leistungsbemessung (MTM, REPA) zurückzugreifen. Hier wird in Zukunft eher ein Abschätzen und Aushandeln zwischen Betriebsräten und Management stattfinden, was natürlich die Position von Betriebsräten und Gewerkschaften erheblich verändern wird. Einerseits wird die Interessenvertretung der Arbeitnehmer dadurch wichtiger, andererseits aber gerade aufgrund des Fehlens von objektiven Meßkriterien auch anfechtbarer.

SP ist also aus Sicht der Arbeit durchaus zweischneidig. Sie darf aber allein aufgrund der – allerdings sehr erheblichen – Herausforderung für die Arbeitnehmer und deren Interessenvertretung nicht pauschal diffamiert werden. Nötig ist vielmehr einerseits ein Prozeß der Akzeptanz und Anpassung der Interessenvertreter und ihrer Organisationsstrukturen an Dezentralisierung und Flexibilisierung, wo sie (auch) im Arbeitnehmerinteresse liegt, und andererseits ein klarer thematischer Gestaltungswille zur systematischen Ausweitung und Ergänzung gemeinschaftsbezogenen Arbeitnehmerengagements auf Betriebs- und Unternehmensebene hin zum gesellschaftspolitischen Engagement vor allem bei Problemen der Ökologie und der sozialen Gerechtigkeit.

THOMAS KREUDER

Clean Production: Die wahre Revolution in der Industrie

Lean, also schlank, ist *in*. Wenn nicht alles trägt, wird die Debatte über *Lean Production*¹ die Auseinandersetzung um die künftige industrielle Organisation prägen. Schon versäumt es kaum ein inländischer Automobilhersteller, seine neuen Fertigungskonzepte selbst als *schlank* zu rühmen, und ist das *Lean Management* längst nicht mehr allein auf die Industrie beschränkt. Während *Lean Cuisine* noch eher auf die Kalorien abstellen dürfte, die man mit den Schnellgerichten zu sich nimmt, trifft der neue Werbeslogan von HERTIE genau den Kern: »Gut ist uns nicht gut genug – wir wollen versuchen, alles jeden Tag noch etwas besser zu machen.«

Diese Botschaft charakterisiert treffend, was den neuen Organisationstyp auszeichnet: selbststeuernde Teilsysteme ergänzen sich gegenseitig und arbeiten ständig an der weiteren Optimierung der Abläufe. Bildlich gesprochen handelt es sich um den *Schnellen Brüter* der Arbeitsorganisation. Demgemäß sind die erzielten Einsparungen: »Lean production« . . . ist »schlank«, weil sie von allem weniger einsetzt als die Massenfertigung – die Hälfte des Personals . . ., die Hälfte der Produktionsfläche, die Hälfte der Investition in Werkzeuge, die Hälfte der Zeit für die Entwicklung eines neuen Produkts.«² Tatsächlich keine halbe Sache wäre die schlanke Fertigung aber erst, wenn mit der von ihr angestrebten Perfektion auch eine Halbierung des Ressourcenverbrauchs und der Umweltverschmutzung, der Gesundheitsbelastung und Arbeitsunfälle einherginge.

Clean Production

Und in der Tat ist es von der *Lean* zur *Clean Production* kein weiter Schritt. Beide bedingen einander und weisen eine Reihe struktureller Gemeinsamkeiten auf. So ist der Ausschluß von Ver-

schwendung ein gleichermaßen geteiltes Ziel, und zeigt die Entwicklung in Japan, daß allein auf Produktvielfalt und Tempoerhöhung ausgerichtete straffe Herstellungsverfahren auf Dauer nicht aufrecht zu erhalten sind.³ Schlanke wie saubere Fertigung sind ähnlich voraussetzungsreich, sie bedürfen bedeutender Veränderungen der bestehenden Arbeitsorganisation und industriellen Kooperation.⁴ Vor allem vier Trends sprechen dafür, daß sich die Umsetzungsbedingungen einer *Clean Production* aus den Notwendigkeiten modernen Wirtschaftens selbst ergeben.

Transaktionsmarketing

Dabei handelt es sich zum einen um ein »Transaktionsmarketing«⁵, das seine Ursache schon allein darin findet, daß Technik und Konstruktion, Herstellung und Vertrieb von Gütern mittlerweile einen derart hohen Grad an Spezialisierung und Komplexität erreicht haben, daß sie sich dem Verstehen durch den Bürger und damit auch seinem Verständnis für diese Zusammenhänge entziehen. Die sich hieraus entwickelnde Distanz führt zu Mißtrauen: Akzeptanz wird zu Kostenfragen. Mittlerweile selektieren besondere Konsumführer Waren und Anbieter nicht nur nach ökologischen und gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten, sondern versuchen, mit einer Erläuterung der Produktionsbedingungen zugleich den Absatz umweltfreundlicherer Produkte zu fördern.

Ausschlaggebend sind allerdings weniger mögliche Informationsdefizite als mangelnde Glaubwürdigkeit. Die notwendige Akzeptanz ist nur mit Hilfe eines mit Produkten und Märkten übereinstimmenden Erscheinungsbildes zu gewinnen. Hieraus folgt die wachsende Bedeutung der Mitarbeiter für die Außendarstellung der Unternehmen. Nur ein Beispiel ist die Anzeigenkampagne eines Chemiekonzerns, in der einzelne Arbeitnehmer zur Besichtigung ihres Tätigkeitsbereiches einladen. Dauerhafter Erfolg ist einer solchen Öffentlichkeitsarbeit aber nur beschieden, wenn nicht vom

Werksgelände aus Hekatomben von Fischen bauchoben rheinabwärts treiben oder eine rechtlich zweifelhafte Zusammenarbeit mit Polizei- und Verfassungsschutzbehörden ruchbar wird.

Die Unternehmenskultur als Außenkultur

Zum anderen werden sich die als Führungsinstrument genutzten *Firmenkulturen* zukünftig von lediglich unternehmensinternen Sozialtechniken zu sozialen Außenbeziehungen entwickeln. Im selben Maße nämlich, wie Unternehmenskulturen Identität stiften und eine gewisse Erwartungssicherheit in das Verhalten der Arbeitnehmer gewährleisten sollen, beruht auch ihre Wirksamkeit auf berechenbarem und akzeptablem Managementverhalten. Im Zusammenhang mit dem *Transaktionsmarketing* dürften mit einer erfolgreichen Umsetzung eines Firmenkulturkonzeptes nicht nur Komplexitätsreduktionen verbunden sein, sondern die Probleme ineinander verwobener Beziehungen an anderer Stelle wieder auftauchen. Zur Marktkonkurrenz mit anderen Anbietern tritt ein weiterer, qualitativ neuer Einflußfaktor: die öffentliche Meinung. Dies bedeutet, daß es für den Markterfolg nicht mehr allein darum geht, ob ein Produkt besser oder schlechter ist als andere, sondern welches gesellschaftspolitische Image ein Unternehmen und seine Produkte haben. Der Bannstrahl der Kritik trifft überdies nicht nur die inkriminierte Ware oder Praxis, sondern das Unternehmen als Ganzes. Demgemäß hat eine Minderung des *sozialen Mehrwertes* eines Unternehmens oder eines Produktes auch negative Auswirkungen auf die Unternehmenskultur. Die unmittelbare Wechselwirkung zwischen der für den Markterfolg bedeutsamen glaubwürdigen Außendarstellung und der hierfür erforderlichen positiven Unternehmenskultur hat zur Folge, daß sowohl die externe als auch die unternehmensinterne Kommunikation nicht mehr in hergebrachter Manier geleistet werden kann, sondern so eingerichtet werden muß, daß



Verschmutzte Elbe bei Dresden

Foto: dpa/M. Hiekel

ein wechselseitiger Austausch zwischen Unternehmen und Öffentlichkeit möglich wird. Dazu gehört ein hohes Maß an Toleranz gegenüber Kritik. Für den Unternehmensberater Gerd Gerken besteht kein Zweifel: »Es gibt kein Schweigen aus Angst mehr. . . . Die Firmen werden zum Glashaus. Die proklamierte Moral muß mit der Wirklichkeit übereinstimmen.«⁶

Der mit dieser Komplexitätssteigerung verbundene Aufwand dürfte sich jedoch langfristig lohnen: das aufgebaute Vertrauenskapital wird ungeheuer verzinst. Aber auch auf Kapitalausstattung oder Börsenwert kann sich die öffentliche Akzeptanz der Firmen auswirken. Mittlerweile versprechen sogenannte *Ethik-Fonds* solventen Anlegern, beispielsweise nur in umweltfreundliche Produktion zu investieren. Ein relevanter Markt, allein wenn man bedenkt, daß im Laufe der neunziger Jahre gut zwei Billionen Mark vererbt werden.

Arbeitnehmeransprüche

Parallel zu diesen Entwicklungen wächst die Bedeutung der einzelnen Mitarbeiter. Das *Lean Management* ist angewiesen auf gut ausgebildete Arbeitnehmer, die ihre Fertigkeiten den Anforderungen entsprechend im Betrieb weiter vervollkommen. Ohnehin nimmt mit dem schnellen technologischen Wandel die *Halbwertszeit* von Fachwissen ab. Zugleich verringert sich die geographische Mobilität durch die ebenfalls beruflich bedingte örtliche Bindung des Ehepartners sowie der Schwierigkeit, überall adäquaten Wohnraum, Kindergarten- oder Hortplätze zu finden. Immer mehr Arbeitnehmer werden demgemäß versuchen, ihre hohen Ansprüche sowohl an ihre Tätigkeit als auch an Lebensqualität in *einem* Unternehmen bzw. dessen Umfeld zu verwirklichen. Gleichzeitig registrieren vor allem qualifizierte Arbeitnehmer, daß ihr traditionelles Berufsbild

und berufliches Selbstverständnis zum Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen wird. Besonders Mitarbeiter im Bereich von Forschung und Entwicklung werden von der öffentlichen Kritik tangiert. Feststellbar ist ebenfalls, daß sich Aktionen von Umweltschutzorganisationen unter Facharbeitern hoher Wertschätzung erfreuen. Allerdings ist die Zustimmung in hohem Maße davon abhängig, inwieweit »das Umweltverhalten des eigenen Unternehmens als sich fortschreitend verbessernd und gegenüber gesetzlichen Auflagen und öffentlichem Druck als antizipierend wahrgenommen wird«. ⁷ Dabei werden industrielle Verfahren und Produkte aus der internen Kenntnis der Zusammenhänge an der möglichen Umwelttechnik gemessen und selbst fortschrittliche Technologien dem Vorbehalt unterworfen, daß *noch mehr* getan werden könnte. Als zu passiv erfahren selbst Chemie-Unternehmen ihre Rolle und beklagen, daß aus diesem Grunde ihre Umweltschutzanstrengungen kaum Beachtung finden. ⁸

Mehr Aufmerksamkeit werden jedenfalls die Unternehmen selbst den umweltrelevanten Ansprüchen ihrer Mitarbeiter widmen müssen. So geben über 50 % hochqualifizierter Angestellter in Metall- und knapp 40 % in Chemie-Berufen an, sich während ihrer Tätigkeit mit ethischen Fragen konfrontiert zu sehen. Insgesamt lehnt lediglich ein Sechstel praktische Widerstandshaltungen von vornherein ab. ⁹ Die Bedeutung solcher Einstellungen läßt sich daran ablesen, daß bei Umweltschutzdelikten etwa die Hälfte der ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren auslösenden Hinweise von Betriebsangehörigen oder ehemaligen Mitarbeitern stammen. Daneben sind einer breiteren Öffentlichkeit bekanntgeworden die Weigerung eines Druckers und einer Packerin, kriegsverherrlichende Schriften herzustellen bzw. Metallteile in den Irak zu versenden, oder der Fall von Laborärzten, die ihre Mitwirkung an Forschungsarbeiten für ein Mittel zur Unterdrückung von Brechreiz einstellten, weil dadurch ein Beitrag zur Führbarkeit von begrenzten Atomkrie-

gen geleistet werde. Scheinbar quer zu der Bereitschaft, zivilcouragiert die Ausführung von Anweisungen zu verweigern, steht die verbreitete Verunsicherung von Arbeitnehmern, die durch die öffentlichkeitswirksame strafrechtliche Verfolgung von Umwelt- und auch anderen Wirtschaftsdelikten entstanden ist.

Nicht nur Geschäftsführer sorgen sich um ihre Verantwortlichkeit beispielsweise bei Herstellung und Vertrieb von Ledersprays oder Holzschutzmitteln, sondern auch der »Mann am Schieber« macht sich seine Gedanken, ob er für die von ihm tatsächlich ermöglichte Einleitung von Giftstoffen zur Rechenschaft gezogen werden wird. Dabei ist es die individuelle Betroffenheit, die schreckt, denn im Zeitalter der Rechtsschutzversicherung ist der von der Firma bezahlte Verteidiger nur ein schwacher Trost.

Entideologisierung des Umweltschutzes

Schließlich läßt sich konstatieren, daß die Notwendigkeit eines schonenderen oder gar gestoppten Ressourcen- und Naturverbrauchs nicht mehr umstritten ist. Vielmehr tragen heutzutage Institutionen weitere Gründe bei, die noch vor nicht allzu langer Zeit selbst im Zentrum *grüner* Kritik standen. So wissen wir mittlerweile nur zu genau, wie recht die NATO-Führung vor drei Jahren hatte, Umweltaspekte als mögliche Konflikursachen der Zukunft zu benennen: der Nationalismus in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion gründet zu einem Gutteil auf die desaströse, der Moskauer Zentrale zugerechneten Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, die Seen austrocknete, Ackerland in Salzwüsten verwandelte und mit rund 60 (!) störanfälligen Reaktoren nukleare Selbstvernichtungspotentiale über das gesamte Riesenreich verteilte. Ablesbar ist die Entideologisierung des Umweltschutzes ferner daran, daß das Thema das Umfeld samisdat-ähnlicher Kleinschriften verlassen und sich nunmehr in Presse und Fachpublizistik fest etabliert hat. Nicht nur in der FRANKFURTER RUNDSCHAU werden abge-



Verseuchter Boden

Foto: dpa

klärte ökonomische Debatten über Umweltschutz geführt und diesem selbst eine regelmäßige Seite eingeräumt, auch der **BLICK DURCH DIE WIRTSCHAFT** widmet dem Gegenstand ganze Serien.

Arbeitnehmer als Teil eines Frühwarnsystems

Zwar liefern diese Trends noch kein scharfes Bild. Als sicher gelten kann jedoch, daß umweltgerechtes Wirtschaften für die Unternehmen schon bedeutet, sich nicht im Konflikt mit ihrem gesellschaftlichen Umfeld zu befinden. Ins Zentrum der entsprechenden organisatorischen Maßnahmen zum Aufspüren und Vermeiden von Konfliktursachen stehen verantwortungsvolle Arbeitnehmer, so wie sie die *Lean Production* oder eine Qualitätssicherung, die auch Umweltschutzaspekte miteinbezieht, selbstverständlich voraussetzen. Das hergebrachte System »organisierter Unverantwortlichkeit« (*Ulrich Beck*) bricht dadurch stückweise auf.

Würden Arbeitnehmer darüber hin-

ausgehend – beispielsweise wie in den USA – von der Verpflichtung befreit, zunächst intern um Abhilfe nachzusuchen, soweit sie als sachverständiger Teil des Publikums bei Angelegenheiten des öffentlichen Interesses handeln,¹⁰ dienten sie nicht nur einer betrieblichen Früherkennung von Gefahren, sondern übernahmen auch die Funktion eines »gesellschaftlichen Frühwarnsystems« für besondere Risiken moderner Industriegesellschaften. Eine solche Rollenbeschreibung spiegelt sich auch schon im Selbstverständnis bestimmter Berufsgruppen wider. So bestimmt die »Rahmenrichtlinie für das Verhalten im Beruf« der *American Association of Engineering Societies* unter Punkt 9 der Statuten: »Ingenieure, die bei der Ausübung ihrer beruflichen Pflichten eine Folgewirkung bemerken, die das Wohlergehen und die Sicherheit der Allgemeinheit in Gegenwart oder in Zukunft nachhaltig beeinflusst, sollen ihre Arbeitgeber oder Kunden in aller Form darüber unterrichten und, wenn nötig, eine darüber hinausgehende Offenlegung in Betracht ziehen.«

»Veralltäglichung« von Kritik und ihre Rahmenbedingungen

Eine darin angelegte »Veralltäglichung« von Kritik auch im Arbeitsleben ist hinsichtlich des Handelns von Politik und Verwaltungen längst selbstverständlich. Nicht zufällig hat das Bundesverfassungsgericht die Meinungsfreiheit schon in einer frühen Entscheidung für die Funktionsfähigkeit einer Demokratie als »schlechthin konstituierend« angesehen. Und in vergleichbarer Weise profitierten Wirtschaft und Gesellschaft: von der Möglichkeit kontinuierlicher Reflexion und Öffentlichkeit abhängig sind beispielsweise die Fortentwicklung des auf Selbstverpflichtungen basierenden Kennzeichnungssystems des »Blauen Umweltengels« zu einem marktwirksamen Gütesiegel und der »Stand von (Wissenschaft und) Technik« als eine Generalklausel, mit der Sicherheit und Fortschrittlichkeit von Anlagen gewährleistet werden soll. Ungeachtet der ökonomischen

mischen Vorteile umweltgerechteren Wirtschaftens und den Anforderungen, die moderne Produktionskonzepte und ein *Transaktionsmarketing* an die Unternehmen stellen, wird die eine *Veralltäglichen* von Kritik im Arbeitsleben einer Absicherung bedürfen, so wie auch die Meinungsfreiheit auf einer verfassungsrechtlichen Garantie basiert. Im Ergebnis handelt es sich dabei um ordnungspolitische Vorgaben, die nicht nur Rahmenbedingungen setzen, sondern zugleich die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche für ihre unterschiedlichen Ansprüche sensibilisieren und öffnen.

Anerkennung gefunden hat etwa eine Reintegration individueller Verantwortung im Beruf bereits in den nach den genannten Verweigerungsfällen notwendig gewordenen, letztlich aber erfolgreich geführten Kündigungsschutzprozessen¹¹ und in einem auf der Grundlage von *Art. 30 Abs. 1* Einigungsvertrag erarbeiteten Vorschlag für ein Arbeitsvertragsgesetz. So sieht § 39 Abs. 1 Nr. 2 des Entwurfes des »Arbeitskreises Deutsche Rechtseinheit im Arbeitsrecht«, ein aus überwiegend konservativen Arbeitsrechtlern bestehendes Gremium, ein Verweigerungsrecht der Arbeitnehmer vor, wenn die Arbeitsleistung diese in einen nicht vorhersehbaren Gewissensnotstand brächte.

Verhandlungen und die Suche nach einem Konsens über praktische Umweltschutzmaßnahmen in der Industrie, also über Wege zur *Clean Production*, begünstigt die eingetretene Entideologisierung des Themas Umweltschutz.¹² So liegt mittlerweile eine Vielzahl entsprechender Betriebsvereinbarungen vor, deren Existenz nicht nur den bislang hartnäckig behaupteten Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie in Frage stellt, sondern auch die Annahme, Arbeitnehmer seien gegenüber Umweltschutzaspekten aufgrund ihres primären Arbeitsplatzinteresses indifferent. Sahn in der Vergangenheit Umweltschutz-Betriebsvereinbarungen zunächst hauptsächlich Verbesserungen der Mitwirkungsmöglichkeiten von Betriebsräten

auf diesem Gebiet vor, so deutet sich seit kurzem eine weitergehende Entwicklung an. Als wegweisend ist dabei die Vereinbarung in der *Arzneimittelwerk Dresden GmbH* vom November 1990¹³ einzuordnen, nach der jeder einzelne Arbeitnehmer aufgefordert ist, durch sein Verhalten einen wesentlichen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten, und die das Unternehmen auf eine aktive Öffentlichkeitsarbeit im Hinblick auf Umweltschutzmaßnahmen, Störfälle und deren Beseitigung verpflichtet.

Geschaffen werden können Rahmenbedingungen für eine *Veralltäglichen* von Kritik im Arbeitsleben vor allem jedoch durch die Sozialpartner, die dabei beispielsweise auf die Praxis der tarifvertraglichen Maßregelungsverbote zurückgreifen können. Gerade in derartigen Bestimmungen wäre auch »ein erster Schritt zu einem Verständnis der Gewerkschaften (zu erkennen) . . ., dessen Schwerpunkt bei der Kommunikation mit den Arbeitnehmern und nicht bei wie auch immer formulierten Vertretungsprivilegien liegt.«¹⁴

Lean Unionism

Ein Konflikt zwischen den Modellen der indirekten Arbeitnehmerrepräsentation durch Betriebsräte und Gewerkschaften einerseits und der direkten Arbeitnehmerpartizipation andererseits wird nicht erst im Zusammenhang mit der Gestaltung der Arbeitsbeziehungen im Rahmen des *Lean Production*-Konzepts für wahrscheinlich gehalten. Indem die Gewerkschaften aber Mechanismen und Regularien entwickelten und deren Abschluß einforderten, um den einzelnen in der Ausübung seiner *Autonomie* zu unterstützen, unterbreiteten sie ein Beteiligungsangebot für Arbeitnehmergruppen, deren Interesse an hergebrachten Organisationsmodellen abnimmt oder sogar nie bestanden hat. Zugleich würde damit ein Feld gestreift, das traditionell kollektiv organisiert war; die Interessendurchsetzung und der Schutz des einzelnen vor Sanktionsmaßnahmen im Kollektiv bedingen einander. Die Gewährlei-

stung individueller Autonomie, die Unterstützung von Zivilcourage wird zudem umso wichtiger, je mehr sich die kollektiven Bezüge und Schutzmechanismen einer Relativierung ausgesetzt sehen.

Folgt man überdies der Einschätzung, daß die Verhältnisse in den entwickelten Industriegesellschaften mittlerweile eine Trennung der »Arbeiter-« von der »sozialen Frage« erlauben,¹⁵ könnten aufgrund der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ausdifferenzierung, der betrieblichen Entwicklungen und der Stellung bestimmter Arbeitnehmergruppen auch die Gewerkschaften ihre Zielperspektive arbeitspolitischer Regulierung neu formulieren: nahe läge dann eine Neubewertung der Autonomie des einzelnen Arbeitnehmers und deren Absicherung.

Nicht ausgemacht ist allerdings, welche Konsequenzen ein solcher *Lean Unionism* für Gewerkschaften und Betriebsräte hätte und wie deren Handeln selbst unter veränderten Rahmenbedingungen abzuschern wäre.¹⁶ In der Diskussion über Organisation und Inhalte der Politik der Institutionen kollektiver Interessenvertretung wird aber schon seit geraumer Zeit einer *Öffnung* von Betriebsräten und Gewerkschaften gegenüber den differenzierten Interessen der Arbeitnehmer eine große Bedeutung zugemessen.

Clean Production wie *Lean Unionism* stellen hohe Anforderungen an die Innovations- und Integrationskraft von Wirtschaft und Gewerkschaften. Die allein ökonomisch begründete Notwendigkeit einer Anpassung an eine ressourcen- und naturschonendere Art des Wirtschaftens wird die Struktur von Industrie und Arbeitsbeziehungen nachhaltig verändern. Insoweit hatte Umweltminister Töpfer Unrecht, als er in Rio de Janeiro der US-Regierung vorwarf, sie baue mit dem Gespenst des *Ökologismus* einen das Schreckensbild des Kommunismus ablösenden Popanz gesellschaftsverändernder Kräfte auf. Um Gesellschaftsveränderung geht es in der Tat: ohne Veränderungen aber wird unsere Gesellschaft ihren Entwicklungsstandard nicht

sehr weit in das nächste Jahrtausend hinüberretten können.

Anmerkungen

- 1 Vgl. *Womack* et al., Die zweite Revolution in der Autoindustrie, Frankfurt a. M./New York 1991
- 2 ebd., S. 19
- 3 Vgl. *Jürgens*, In Japan stößt die »Lean Production« bereits an ihre Grenzen, Blick durch die Wirtschaft vom 19. 5. 1992, S. 7
- 4 Vgl. *Bechtold/Kreuder*, Wie übertragbar ist das japanische Modell?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1992, S. 460; *Birke*, Ökologie als bricolage?, in: Kommune Nr. 3/1992, S. 43; *Kreikebaum/Schmidt*, Integrierter Umweltschutz in der chemischen Industrie, in: Forschung Frankfurt 2/1991, S. 26 ff., 36
- 5 Vgl. zum folgenden *Kreuder*, Institutionelle Interessenvertretung, Arbeitnehmerautonomie und Recht, in: ders. (Hg.), Der orientierungslose Leviathan, Marburg 1992, S. 160 ff. mit weiteren Nachweisen
- 6 Abschied vom Marketing. Interfusion statt Marketing, Düsseldorf/Wien/New York 1990, S. 339
- 7 *Heine*, Mit nüchternen Zahlen gegen Legendenbildung, FR vom 21. 11. 1989
- 8 Vgl. *Hulpe*, Schwerpunkte des produktorientierten Umweltschutzes, in: Symposium für Umweltschutz 1990, hgg. von der Werksverwaltung Umweltschutz der Bayer AG, Leverkusen 1990, S. 52 f.
- 9 Vgl. *Baethge* et al., Zum Wandel von Berufsperspektiven und sozialen Interessenlagen von hochqualifizierten Angestellten, hektographiertes Ms., Soziologisches Forschungsinstitut (sofi), Göttingen 1991
- 10 Vgl. *Simitis*, Die verordnete Sprachlosigkeit: Das Arbeitsverhältnis als Kommunikationsbarriere, in: Willy Brandt et al. (Hg.), Ein Richter, ein Bürger, ein Christ. Festschrift für Helmut Simon, Baden-Baden 1987, S. 342 ff.
- 11 BAG BB 1985, S. 1853; BB 1990, S. 212; ArbG Köln NZA 1991, S. 276; aus der umfangreichen Literatur vgl. Wendeling-Schröder, Gewissen und Eigenverantwortung im Arbeitsleben, BB 1988, S. 1742; dies., Autonomie und Verantwortung von Industriewissenschaftler(inne)n, in: wsi-Mitt. 1988, S. 697
- 12 Vgl. *Fietkau*, Psychologische Ansätze zu Mediationsverfahren im Umweltschutz, FS II 91-302, Wissenschaftszentrum Berlin 1991
- 13 Abgedruckt in: Sammlung der Betriebsvereinbarungen zum Umweltschutz, hgg. von der Abt. Umweltschutz der IG Chemie-Papier-Keramik, Hannover o. J.; vgl. *Hildebrandt*, Umweltaktives Management und industrielle Beziehungen im Industriebetrieb, FS II 91-203, Wissenschaftszentrum Berlin 1991
- 14 *Simitis*, Entwicklungstendenzen im Tarifvertrags- und Streikrecht, in: Gewerkschaften, Darmstadt 1981, S. 227
- 15 Vgl. *Simitis*, Zur Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen, in: Kübler (Hg.), Verrechtlichung von Wirtschaft, Arbeit und sozialer Solidarität, Baden-Baden 1984, S. 86 f., 114
- 16 Vgl. *Kreuder*, Institutionelle Interessenvertretung . . . , a. a. O., S. 173 ff.

Für eine Renaissance der Wirtschaftspolitik

Der unselige Ruf nach politischen
Eliten

Ganz langsam wird den Deutschen in Ost und West bewußt, worauf sie sich mit der Vereinigung 1990 eingelassen haben. Die wirtschaftlichen Folgen der Einheit unter rigoros marktwirtschaftlichen Bedingungen sind im Osten bereits voll wirksam. Einer Minderheit kommt von Anfang an die wirtschaftliche Freiheit mit hohen Einkommenszuwächsen zugute, unternehmerische Initiative bringt Ertrag und Faszination, die überwiegende Mehrheit hat die gewohnte Versorgung auf scheinbar sicherem und gewiß niedrigem Niveau verloren. Von ursprünglich um zehn Millionen Arbeitsplätzen in der Ex-DDR sind um die vier Millionen halbwegs sicher. Der Rest hängt am Tropf der Westdeutschen; Arbeitslosigkeit hat die DDR-Gesellschaft, die diese nicht kannte, angefallen.

Die Westdeutschen haben tatsächlich noch gar nicht anfangen müssen mit dem Teufel. Was im Busch ist, ahnen sie. Im Geldbeutel wirksam wurde bisher eigentlich nur der inzwischen unsinnigerweise ausgelaufene Solidaritätszuschlag und die steigenden Preise für den täglichen Bedarf, die in den Arbeitnehmerhaushalten, insbesondere aber bei Rentnern die Einkommenszuwächse (mehr als) aufzehren.

Die Geldentwertung im Westen ist ökonomischer Reflex der Überforderung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durch kreditfinanzierte Transfers in den Osten; die massiven zusätzlichen zweistelligen Preiserhöhungen im Osten sind Folgen des Übergangs zur Marktwirtschaft.

In der westdeutschen Wohlstandsgesellschaft der achtziger Jahre dominierten drei Grundlinien:

– Individuelle Wohlstandssteigerung wurde bei allgemeiner Arbeitszeitverkürzung möglich und zur Gewohnheit;

– die Prämien für Gläubiger stiegen massiv an; mit geringem Risiko behaftete Staatsanleihen brachten hohe reale Renditen; die Erträge der Unternehmen stiegen sprunghaft über Jahre an. Der Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen am Volkseinkommen stieg massiv zu Lasten der Einkommen aus abhängiger Arbeit;

– der Staat gewöhnte die Bürger an dauernde Steuersenkungen; der Staatsanteil am Sozialprodukt ist deutlich abgesunken, jedenfalls was Bund, Länder und Gemeinden betrifft. Bei den Pflichtversicherungsträgern für Rente, Gesundheit und Arbeitslosigkeit tat sich hingegen wenig.

Die Zufriedenheit der westdeutschen Wohlstandsgesellschaft wurde durch fünf mehr oder weniger verdrängte Fehlentwicklungen wenig gestört:

Erstens blieb die Arbeitslosigkeit im ganzen Jahrzehnt vor der Vereinigung in Westdeutschland hoch;

Zweitens werden die Kosten von umweltverträglicherem Konsum und umweltverträglicherer Produktion von einer timiden Politik dem Bürger in kleinen Dosen verabreicht.

Drittens explodierten die Mieten.

Viertens tickt eine Zeitbombe in den Sozialversicherungssystemen – namentlich im Gesundheitswesen und bei der Pflege alter Menschen.

Fünftens zeigten sich im internationalen Wettbewerb Folgen mangelnder unternehmerischer Risikobereitschaft und zügiger Freizeitmaximierung am Standort (West)-Deutschland.

In diese westdeutsche Gesellschaft platzte die säkulare Herausforderung der Vereinigung. Ein Jahrzehnt lang wurden von der amtierenden Bundesregierung Steuern und Beiträge für das Gemeinwesen wo möglich – und gelegentlich sinn-



Bonn 1967: Strauß und Schiller erläutern die mittelfristige Finanzplanung

Foto: dpa

voll – gesenkt: Wer von sozialer Gerechtigkeit sprach und hohe Steuerentlastungen bei Vermögenden im Zusammenhang mit sozialer Not von *Randgruppen* kritisierte, zog sich die Beschimpfung zu, vom *Neid* motiviert zu sein. Die Wirtschaftspolitik der Regierung Kohl/Genscher hat über ein Jahrzehnt unter dem Motto *Angebotspolitik* behauptet, sie fördere durch Steuersenkungen die Leistungsbereitschaft, was richtig gewesen wäre; in der Realität aber hat sie überwiegend die Besitzenden begünstigt und den Rest zu mehr Leistung aufgefordert. Erst in jüngster Zeit wird in CDU/CSU und FDP von Prämien für die investierenden, leistungs- sprich risikobereiten Unternehmen geredet und nicht mehr der Abbau von Steuerbelastungen für das schiere Besitzen gefordert.

Ausgerechnet diejenigen, die diese Umverteilung zugunsten der Vermögenden organisiert hatten, bedienten sich, als das von hervorragenden Ökonomen von Anfang an prognostizierte wirtschaftliche Debakel der Vereinigung un-

abwendbar wurde, des vorher mit *Sozialneid* verunglimpften Begriffs der *Solidarität*; Ziel des Appells sind wesentlich die westdeutschen Arbeitnehmer, wie man an der Ablösung des Solidaritätszuschlags durch die Mehrwertsteuererhöhung ablesen kann, Vermögende und Bezieher hoher Einkommen bleiben verschont. Für Kanzler Kohl gilt: Wer nähme dem polnischen Papst ab, wenn er sich plötzlich auf Kant beriefe?

Wirtschaftspolitik in den achtziger Jahren war wesentlich Steuersenkungspolitik, somit Finanzpolitik, mit mäßigem Erfolg. Was Wunder, daß deren Exponenten keinen Zugang fanden zu einer investitionsfördernden Eigentumsregelung in den neuen Bundesländern, zu einer Sanierungspolitik für den Kern der Industrie in Ostdeutschland, zu einer Investitionsoffensive in Ost- und Westdeutschland, zu einer mit Bundesbank und Tarifpartnern abgestimmten staatlichen makroökonomischen Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Keine Konzertierte Aktion, kein Paket von An-

reizen für Angebot und Nachfrage in der Ex-DDR wie nach dem Mauerbau in Berlin (West). Marktwirtschaft im Donnereschlag, kein zielgerichteter Übergang; so gefährdete Politik, was sie vorgab, zu wollen: *Soziale Marktwirtschaft*.

Die Alternativen lagen allesamt auf dem Tisch. Wenn das Ziel, nicht Substanz von West nach Ost umzuverteilen, sondern möglichst Transfers aus dem Zuwachs gewinnen zu wollen, mehr als Illusionen von Anfang an gewesen sein sollte, dann wäre eine Wirtschaftspolitik für mehr Wachstum bei ökologischer Restriktion in West und Ost erste Bedingung gewesen. Fehlanzeige. Weil diese Chance verschludert worden ist, heißt die harte Wahrheit zumindest für die nächsten zehn Jahre mehr arbeiten, mehr risikoreiche Investitionen in Deutschland und teilen. Teilen allein reicht nicht. Wenn die neuen Bundesländer jährlich 150 oder 180 Milliarden brauchen und die westdeutsche Wirtschaft international wettbewerbsfähig bleiben muß, um mit der Transferbelastung ohne massive Wohlstandseinbuße für die Deutschen fertig zu werden, dann bleibt nur der mühsame harte wirtschaftspolitische Weg; der Weg führt über die Schaffung von Arbeitsplätzen in produzierenden Unternehmen, nicht beim Arbeitsamt. Es geht um die Renaissance der Wirtschaftspolitik.

Auch weil sich bei den Nachdenklicheren nunmehr herumgesprochen hat, daß die amtierende Bundesregierung und ihre Mehrheit im Bundestag den inneren Teil der Aufgabe Einheit wirtschafts-, finanz- und sozialpolitisch verfehlt haben, wird nunmehr der Ruf nach einer politischen Elite laut, die effizient und altruistisch die Sache in die Hand zu nehmen habe. Politische Parteien werden beschimpft, weil sie diese Elite in den achtziger Jahren nicht hervorgebracht hätten. Wie auch sollten sie in bequemen Zeiten unbequeme Führungen hervorgebracht haben; die westdeutsche Gesellschaft hatte und wollte es bequem. Politiker sind nicht altruistisch. Wie jeder andere (in einer bürgerlich-demokratisch verfaßten Gesellschaft) kämpfen sie um

Erwerb und Erhalt von Ansehen und Einkommen. Wenn Politiker ihre Funktion nicht mehr ausfüllen, werden sie abgewählt, dagegen wehren sie sich.

Schon 1969 wurde auf deutsch Anthony Downs in Princeton 1957 erschienenen Buch »An Economic Theory of Democracy« mit der Feststellung veröffentlicht, daß Regierungen vorrangig nicht die ökonomische Gesamtwohlfahrt anstreben, sondern ihre Wiederwahl. Im Klartext heißt das, Preisniveaustabilität, Vollbeschäftigung, Wachstum, gerechte Einkommensverteilung werden regelmäßig nur insoweit verfolgt, als damit Vorteile für die Gruppen, die man für die Mehrheit bei der nächsten Wiederwahl braucht, verbunden sind. Nachteile für die angestrebten Wählergruppen werden vermieden, vertagt oder verschwiegen. Kanzler Kohl beherzigte Downs Forschungsergebnisse: Keine Steuererhöhungen, blühendes Ostdeutschland, schneller Aufschwung und so weiter. Das glaubt jetzt keiner mehr.

Die politische Gegenposition zu einer gescheiterten Regierung ist nicht der edel und gerecht denkende elitäre Übermensch. Vielmehr kommt es darauf an, die Bürger davon zu überzeugen, daß sie eine mehr Leistung fordernde und realisierende und teilen ermöglichende Wirtschaftspolitik vor größeren Übeln in Deutschland bewahrt. Effizienz und Gezeitigkeit sind gefragt.

Für ein solches Programm scheint die Zeit reif; Parteien streben »nicht die Regierung an, um vorgefaßte politische Konzepte zu verwirklichen, sondern formulieren politische Konzepte, um an die Regierung zu kommen« (Downs). Köpfe können zu Zeiten der Fernsehkommunikation dabei nur nützen; eine freischwebende Polit-Elite kann im demokratisch verfaßten Staat wenig ausrichten. Sollte sie etwa? Autoritäten in der Politik sind gefragt, nicht Autoritäres. Die Regierung hat sich abgenutzt, nicht die Verfassung. Im Parteienstaat werden derjenigen Partei die besseren Köpfe zulaufen, die sich zum Machterwerb für das bessere Konzept öffnet. Jedenfalls war es bisher so in der alten Bundesrepublik.

Die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hände

Mit Unruhe im Tempel – Nationalökonomie: Das Comeback des Staates war ein Artikel in der Zeitschrift CAPITAL 11/91 überschrieben. Danach verlieren neoliberale Wirtschaftsrezepte der achtziger Jahre ihren Charme. Weltweit hätten sie als Wohlstandsbringer versagt. Die Wissenschaft besänne sich wieder auf die Politik: Gutes Staatshandeln sei gefragt. Der Kanzler führte dazu im November 1991 im Bundestag aus: Nicht Thatcheristen seien sie, auch keine Anhänger der Reagonomics, sondern Erhardianer.

Das Unbehagen an den herkömmlichen Theorien und Strategien, die in der Vergangenheit nach Meinung ihrer Vertreter hätten funktionieren müssen, nimmt zu. Die ökonomische Mengensteuerung erweist sich als immer weniger effizient. Die Handlungsmöglichkeiten der nationalen Wirtschaftspolitiken nehmen ab und sind zugleich komplexer geworden. Der technologische Entwicklungsstand unserer Volkswirtschaft, die Erfordernisse der Umwelt, die Globalisierung der Märkte, die (staatlichen) Vorleistungen, um technologisch neue Märkte zu halten und zu erobern, erklären, daß herkömmlichen Angebotstheorien neu vorgefundene Wirklichkeiten nicht mehr hinreichend erklären können.

Die zentrale Aufgabe der Zukunft lautet: Die Qualität der Zukunft ökonomisch und ökologisch zu sichern und zu gestalten. Auch für die technologische Position einer Volkswirtschaft stellen sich viele Fragen neu. Die Möglichkeiten der fünften *Kondratieff-Welle*, also der langen Wachstums- und Innovationszyklen, sind zu nutzen, um komparative Vorteile unserer Wirtschaft weiterzuentwickeln und auszubauen. Experten gehen davon aus, daß der derzeitige *Fünfte Kondratieff* von Information und Wissen geprägt ist (der *vierte* von: Petrochemie, Automobil – Leo A. Nefiodow, *Der fünfte Kondratieff*, Gabler, Wiesbaden 1991).

Auch hier gilt es, mit neuem Denken neue Lösungen und Ansätze zu finden, die auch den Ausspruch von John Naisbitt ernst nehmen: »Wir ertrinken in Informationen und dürsten nach Wissen.«

Die dritte industrielle Revolution mit der Herausbildung einer Informationsgesellschaft, die Revolutionierung der Produkte und Anlagen von innen durch Mikroelektronik und Computersteuerung haben, will man Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze sichern, andere wirtschaftsfördernde und infrastrukturelle Voraussetzungen als bisher und als sie immer noch diskutiert werden.

Politische Alternativen

Politisch stehen sich *zwei* marktwirtschaftliche Grundmuster für Lösungsstrategien gegenüber:

– *Rückzug des Staates*, Senkung der Staatsquote, Befürwortung der privaten Initiative, d. h. der Markt wählt die kostengünstigste Alternative aus, um den privaten Lebensstandard zu verbessern, oder:

– Sicherung der *Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hände* zur »Produktion« von zukunftsorientierten und vorsorgenden umweltintegrierteren Infrastrukturen, Sicherung und nachhaltiger Ausbau einer komplementären innovationsorientierten Infrastruktur (nicht nur materiell) zur privaten Produktion und zum Ausbau einer technologieorientierten Wettbewerbsfähigkeit (über Information, Beratung und Qualifizierung), Verbesserung der Lebensqualität.

So greift auch der Staat zwischen Angebots- und Nachfragepolitikern zu kurz, geht es doch darum zu fragen, ob mit einer Politik der besseren Bildung, Berufsausbildung, Qualifizierung und berufliche Weiterbildung das Angebot an aus- und weitergebildeten Arbeitnehmern verbessert werden kann, so daß es zu einer qualitativ besseren Ausstattung des Angebotsfaktors Arbeit kommt und



Wirtschaftspolitik im Zwielficht: Abschied von der INTERFLUG

Foto: dpa/Grimm

damit zu einem verstärkten Angebot an Humankapital – so besehen ließe sich von einer *Schumpeterschen Angebotspolitik* sprechen.

Die Entwicklung des Strukturwandels macht deutlich, daß die Produktionsfaktoren Arbeit (Humankapital) und (Sach-)Kapital nicht in erster Linie quantitativ anders verteilt, sondern auch mit einer höheren Qualität ausgestattet und angeboten werden müssen.

Der Vorwurf ist Legende: Die Linke denkt nicht ökonomisch, sie kann nicht mit Geld umgehen. Oder um es mit Finanzminister Waigel (CSU) zu sagen: »Die SPD mag Kompetenzen besitzen, wenn es um die Verteilung des Volkseinkommens geht. Wenn es jedoch um die Steigerung der Produktivität, um die Verbesserung der Leistungsbereitschaft, um Anreize für Investitionen und Innovationen, wenn es also um die Erwirtschaftung und nicht um die Verteilung des Sozialprodukts geht, dann herrscht seitens der

SPD seit Jahren absolute Fehlanzeige.« (7. Sept. 1988, DEUTSCHER BUNDESTAG)

Wenn der Paradigmawechsel bei der CDU, auch aufgrund der Erfahrungen des wirtschaftlichen Aufbaus in den neuen Ländern, darin bestehen könnte, daß Handeln der öffentlichen Hände wieder gefragt ist, so müßte sich für die SPD die Frage stellen, ob sie modernere Konzepte hat, wie dieses Handeln verbessert und neu ausgerichtet werden kann, um die Wettbewerbsfähigkeit und eine Entkopplung des Wachstums zu fördern.

Hat die Opposition wirtschaftspolitische Kompetenz für eine innovative Entwicklungsstrategie unserer Volkswirtschaft? Eine Strategie, die die Fortentwicklung der innovationsorientierten Wettbewerbsfähigkeit zur Aufgabe hat, aber auch eine umweltintegrierte Produktion ansteuert, die allerdings mehr sein muß als eine investitionsgeförderte, dem unveränderten Produktionsprozeß nachgeschaltete hochtechnologische Re-

paraturtechnologie, – was man gemeinhin *Umweltmarkt* nennt.

Die Kernfrage lautet: Welche wirtschaftspolitische Entwicklungsstrategie ist einer reiferen Volkswirtschaft angemessen: Weiterhin jene, auf *Kostenoptimierung* zielende Strategie der Investitionsförderung zur Senkung der Kosten, die so tut, als ob wir mit Billiglohnländern konkurrieren könnten, oder: eine auf *Nutzenoptimierung* zielende Strategie der Entfaltung der Humanressourcen (Humankapital; Informations-, Beratungs- und Qualifikations-Infrastruktur), um die Arbeitsproduktivität zu erhalten und die Wertschöpfungsintensität der Arbeit zu erhöhen. Ein wertschöpfungsintensiver Fortschritt stiftet seinen (synergetischen) Nutzen, weil Ressourcen *und* Umwelt geschont werden.

Wirtschaftspolitische Aufgaben

Zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe muß es sein, für ein intelligenteres und optimales Sozialprodukt zu sorgen und damit für ein entkoppelndes Wirtschaften, das sich nicht nur auf das umweltfreundlichere zusätzliche Wachstum beziehen darf.

Sicher ist in Teilbereichen (FKW usw.) ordnungspolitisch zu entscheiden, ob etwas wachsen soll oder nicht. Man kann sich zugunsten der Umwelt dafür entscheiden, den Preis z. B. der Nutzung des Autos durch Umweltabgaben oder Ökosteuern zu erhöhen, also marktwirtschaftliche Regelungsinstrumente einbauen und ein solches Maßnahmenpaket Öko-Programm nennen; damit ist aber noch nicht die notwendige Infrastruktur bedacht und aufgebaut, die das bessere und umweltintegriertere Wachstum in vielen anderen (Produktions-)Bereichen auch wirklich ermöglicht.

Will man eine bessere und humanere Zukunft, so scheinen für einen solchen Weg viele Aufgaben unvermittelt nebeneinander zu stehen. Wollen wir die Problemlösungs- und Zukunftsfähigkeit unserer Volkswirtschaft erhöhen und für ein optimales Wachstum sorgen, d. h. wollen wir eine nachhaltige Entkopplung

von Wachstum und Ressourcenverbrauch (Energie, Rohstoffe, Wasser, Umwelt usw.), d. h. nicht nur intelligentere Teillösungen, sondern auch die Zusammenfassung, Vernetzung von intelligenten Teillösungen, so müssen wir für die Integration von folgenden Aufgabefeldern sorgen (d. h. man muß auf komplexere Problemstellungen mit integrierteren Problemlösungen antworten): Arbeit und Technik, Arbeit und Umwelt, Wirtschafts-, Technologie- und Bildungspolitik, Neue und bekannte Technologien, Sekundärer Sektor und neue produktionsorientierte Dienstleistungen.

Arbeit und Umwelt

Eine reifere Volkswirtschaft verfügt über mehr Chancen, ihre Ressourcen sparsam und optimal einzusetzen. Dies gilt nicht nur für den Bereich Umwelt und Wachstum, sondern umweltintegrierte Maßnahmen müssen mit dem Ziel eingesetzt werden, Rohstoffe, Energie, Wasser usw. und die Umwelt zu schonen. Für viele Umweltmaßnahmen ist relativ mehr Arbeit notwendig (z. B. beim Ausbau der Fernwärme). Bei der Produktion z. B. von Ökomaten ist mehr qualifizierte Arbeit notwendig, um ein komplexeres umweltintegrierteres Gerät herzustellen. Auch für die Konzipierung von neuen Produktionsanlagen muß das Ziel gelten, nicht nur hochinnovativ und flexibel neue Güter herzustellen, sondern Wasser mehrfach zu nutzen, Rohstoffe sparsamer zu verwenden, Energie intelligent zu nutzen und den Umweltverbrauch nachhaltig zu minimieren.

Gerade wer vorsorgenden Umweltschutz und ein intelligenteres und entkoppelndes Wachstum will, muß mehr qualifizierte Arbeit einsetzen und nicht weniger. Unterlassene Qualifizierung im Umweltbereich schadet der Umwelt und der Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitsplätze in diesem Bereich. Diese Anforderungen sind nicht in erster Linie über traditionell kostengünstigere Verfahren zu erreichen, die mit dem Primärziel Ersparung des Faktors Arbeit arbeiten, sondern über nutzenoptimierte Verfah-

ren, die über den verstärkten und intelligenteren Einsatz des Faktors Arbeit zur Ersparung des Ressourcen- und Umweltverbrauchs beitragen. Für eine solche umweltintegriertere Produktion und Gütererstellung muß das Verhältnis von Arbeit und Technik auf eine neue, qualitativ höhere Grundlage gestellt werden.

Arbeit und Technik

Will man mit dem technischen Wandel möglichst viele neue und zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen, muß die Integration von Arbeit und Technik gelingen. Dabei ist die Analyse von Prof. *Staudt* zu beachten: »Wenn die Betriebe sich um den Einsatz von neuen Techniken bemühen, dann wenden sie oft nicht die Technik an, die der Markt verlangt oder der technische Fortschritt bietet, sondern nur die Technik, die man mit den im Betrieb verfügbaren Qualifikationen beherrschen kann. . . . Da man aber in vielen Betrieben das Qualifikationspotential an die Technik von gestern perfekt angepaßt hat, ist dieser Erfolg das eigentliche Entwicklungshemmnis.«

Ein betriebswirtschaftliches Beispiel mag konkret verdeutlichen, welcher Problengehalt zu meistern ist. Bei der Produktion von Waschmaschinen sind zwei unterschiedliche Strategien möglich. Man kann mit modernsten Maschinen und Robotern künftig gute Waschmaschinen zu niedrigeren Preisen herstellen (kostenoptimal), oder man kann gleich teure Maschinen mit einem höheren Nutzenpotential, sprich wasser-, energie-, waschmittel- und umweltsparend produzieren, sie also mit mehr intelligent zusammengefaßten Teillösungen, sprich Systemtechnologie (nutzenoptimal) herstellen. Eine solche betriebswirtschaftliche Strategie schafft dauerhaftere Wettbewerbsfähigkeit und verkürzt den Kaufzyklus von alten Geräten; indem eine integriertere Technologie mit mehr und intelligenterem Arbeitseinsatz für Wettbewerbsvorsprünge genutzt wird. Dafür müssen aber qualitativere Voraussetzungen im Betrieb und intelligentere Infrastrukturbedingungen, sprich Angebotsbedingungen geschaffen werden.

Wirtschaftspolitik, Technologie- und Bildungspolitik

Für ein volkswirtschaftlich optimales Ergebnis müssen die genannten Politikbereiche stärker aufeinander bezogen sein. Dies heißt nicht, daß sich ein Politikbereich einem anderen unterzuordnen hat. Vielmehr nützt es forschungspolitisch wenig, neue technologische Entwicklungen zu fördern, diese aber anschließend verkümmern zu lassen; getreu der Theorie: das Gute und Bessere wird sich am Markt schon von allein durchsetzen. Genausowenig darf übersehen werden, daß ein technologischer Durchbruch in der notwendigen arbeitsplatzschaffenden Breite einer breiten Qualifizierung und einer rechtzeitigen beruflichen Weiterbildung bedarf. Wissenschaftliche Teildisziplinen müssen sich verstärkt für einander öffnen, d. h. die *Interdisziplinarität* muß zunehmen. Dies gilt sowohl für die Forschung, die technologische Entwicklung und beim Kreieren von neuen Systemtechnologien.

Sekundärer Sektor und produktionsorientierte Dienstleistungen

Aufgrund von neuen gestiegenen Anforderungen können viele kleine und mittlere Unternehmen unternehmensinterne Dienstleistungen nicht dauerhaft und in der notwendigen Professionalität vorhalten. Sie müssen auf neue spezialisierte externe Dienstleistungen zurückgreifen können, um komplexere betriebliche Probleme zu lösen. Ein solcher integrativer Kommunikationsprozeß muß zunehmend vor Ort informell organisiert werden. Hier ist mehr personelle, dezentrale Information und Beratung notwendig.

Ein solcher fortschreitender Spezialisierungsprozeß ist richtig verstanden auch keine *Deindustrialisierung*, sondern zeigt über eine gelungene (Wieder-) Verflechtung von Produktion und produktionsorientierten Dienstleistungen den Reife- und Entwicklungsgrad einer Volkswirtschaft. Darüber hinaus wachsen auch im verarbeitenden Sektor die Dienstleistungsanteile; sie erklären sich

aus den Markterfordernissen und Innovationsanstrengungen und -notwendigkeiten.

Traditionelle und neue Technologien

Für eine international erfahrene Volkswirtschaft kommt es nicht nur darauf an, in der Mikroelektronik oder der Biotechnologie besser zu sein, sondern auch z. B. in der Kombination und Integration von Mechanik und Elektronik (computergesteuerte Werkzeugmaschinen) müssen traditionelle Stärken mit neuen Technologien kombiniert werden. Dafür sind nicht nur neue Berufsfelder nötig, sondern hier entsteht auch ein immenser Weiterbildungsbedarf, zumal es sich hier um einen weiter fortschreitenden Prozeß handelt. Zu den vorhandenen nicht entwerteten Kenntnissen und Qualifikationen müssen häufig nur neue ergänzende hinzu kommen, um zusätzliche Marktsegmente auszufüllen bzw. alte bisher angestammte dauerhaft auch technologisch stabilisieren zu können. Auch Instrumente wie Sozialpläne sind zu nutzen, nicht nur um strukturelle Verwerfungen abzufedern, sondern um Qualifikationen in Qualifikationsgesellschaften zu erhalten, zu erneuern, um sie damit wieder produktiv einzusetzen.

Die gelungene Kombination von traditionellen Technologien mit neuen technologischen Lösungen kann zu neuen innovativeren und umweltverträglicheren Problemlösungen beitragen. Insgesamt gilt es, die Grundströmung im wirtschaftlich/technologischen Bereich, gekennzeichnet durch die *fünfte* Kondratieff-Welle (Informations- und Kommunikationstechniken; Informationsgesellschaft), und im gesellschaftlichen Bereich durch den Wertewandel durch eine Querschnittsstrategie und -förderung *Humankapitalförderung* produktiv miteinander zu verbinden.

Aufgrund der internationalen Angleichung von regelbaren Rahmenbedingungen (Normen, Steuersätze, Zölle, Subventionen usw.) können sich reifere Volkswirtschaften insbesondere durch die Entfaltung ihrer Humanressourcen

unterscheiden und damit ihre strategischen Reserven zur Entfaltung bringen.

Neue Bundesländer

Auch und gerade für die neuen Bundesländer besteht die Notwendigkeit, sollen sich die Arbeits- und Lebensverhältnisse einander anpassen und soll der sich in diesen Ländern entwickelnde Mittelstand auf gut qualifizierte und weiterbildungsbereite Arbeitnehmer zurückgreifen können, Qualifizierung und berufliche Weiterbildung zu erhalten und nachhaltig voranzutreiben. Auch bei der zu verzeichnenden Lohnentwicklung kann die Produktivitätslücke am wirksamsten und zukunftsorientiert durch Qualifizierung und berufliche Weiterbildung geschlossen werden. Auch die neuen Länder haben sich der Weltmarktkonkurrenz und dem Qualitätswettbewerb zu stellen; dies ist am wirksamsten über hochqualifizierte Arbeitsplätze und den Willen zur ständigen Qualifizierung und Weiterbildung zu erreichen.

Weltmarktkonkurrenz beachten

Für den Weltmarkt gilt, nicht nur die Wachstumspotentiale in den neuen Ländern und in Osteuropa zu nutzen, sondern die technologische Weltmarktkonkurrenz im Auge zu behalten und die Innovationskraft zu stärken und umweltintegrierte Problemlösungen zu kreieren.

Eine technologisch führende Volkswirtschaft würde damit auch der sich aus ihrer Stärke ergebenden internationalen Verantwortung gerecht, für Gegenwartprobleme Zukunftslösungen zu finden. Es ist ein *Paradigmawechsel* notwendig, um ökonomische Handlungsalternativen zu gewinnen, die der Globalisierung der Märkte, der technologischen Entwicklung, den globalen Problemen (Klima) und der sparsameren Ressourcennutzung Rechnung tragen und auf diese zunehmende Komplexität mit integrativeren Problemlösungen antworten. Dafür ist tatsächlich ein besseres Handeln (innovations- und umweltorientierte Infrastruktur) und (Problem-)Moderation der öffentlichen Hände notwendig.



Anfänge der Marktwirtschaft im Osten Europas

Foto: JOKER

MEINHARD MIEGEL

Das verunsicherte Europa

Folgend dokumentieren wir die Rede, die Professor Miegel anlässlich der 10. Römerberg-Gespräche im Juni d. J. in Frankfurt a. M. gehalten hat. Der Autor ist Leiter des 1977 zusammen mit Kurt Biedenkopf gegründeten »Institutes für Wirtschaft und Gesellschaft« (IWG) in Bonn-Bad Godesberg

Wenn ein Traum in Erfüllung geht, dann ist dies – neben allem Gewinn – immer auch ein Verlust – und sei es nur der Verlust des Traumes selbst. Das gilt auch für den Traum so vieler Europäer, in einem Kontinent zu leben, der nicht durch Mauern, Stacheldrahtverhaue und Minengürtel zerschnitten ist, in dem sie

sich frei bewegen und ihre Ideen, Güter und Dienste ungehindert austauschen können.

Dieser Traum nähert sich seiner Erfüllung, und schon wachsen Ernüchterung, Enttäuschung und Verunsicherung. So hatten sich viele die Erfüllung ihres Traumes nicht vorgestellt. Im Traum war alles soviel einfacher, klarer und schöner als die Wirklichkeit zu werden verspricht. Wieder einmal kann die Wirklichkeit den Maßstäben menschlicher Phantasie nicht standhalten.

Am enttäuschtesten sind wohl die Völker Mittel- und Osteuropas, denn sie träumten am hingebungsvollsten. Zwar hat sich für sie mehr zum besseren ge-

wendet als für die meisten anderen Europäer, aber sie erlitten auch den größeren Verlust: Sie verloren ihren Glauben an ein irdisches Paradies, das sie stets im Westen gewährt hatten – ein Paradies der materiellen Wohlhabenheit und Selbstverwirklichung, Menschenwürde und Freiheit. Dieses Paradies schien ihnen um so vollkommener zu sein, je unerreichbarer es war und je schwächer die Signale waren, die von ihm empfangen werden konnten.

Nunmehr, da es frei zugänglich ist, hat es viel von seinem Zauber verloren. Vielen Mittel- und Osteuropäern wird erst jetzt bewußt, daß auch das Leben im Westen seinen Preis hat. Und nicht wenige schrecken vor ihm zurück: der geradezu extremen Individualisierung und Extrovertierung der Menschen, den schwindelerregenden Veränderungsgeschwindigkeiten, dem strengen Zeit- und Kostendiktat, der geringen Solidarität und dem harten Wettbewerb.

Der harte Wettbewerb

Vor allem letzterer macht den Menschen Mittel- und Osteuropas schwer zu schaffen. Sie waren generationenlang von jeder Form effektiven Wettbewerbs freigestellt und hatten dies mehrheitlich geschätzt. Jetzt müssen sie zusehen, wie vieles von dem, was sie in ihrer weitgehend wettbewerbsfreien Gesellschaft an Strukturen und Institutionen geschaffen und liebgewonnen hatten, durch den Sturmwind jenes Wettbewerbs zum Einsturz gebracht wird.

Zu schaffen macht ihnen aber auch die aus ihrer Sicht geringe Solidarität des Westens, die aus der Sicht des Westens nur die logische Folge jenes Wettbewerbs ist. Irgendwie hatten sich die Mittel- und Osteuropäer vorgestellt, das hohe Maß an Solidarität, das sie selbst in ihren Familien, Freundeskreisen und Nachbarschaftsverbänden pflegten, werde sich nach dem Zerbersten des Eisernen Vorhangs zwischen ihnen und dem Westen fortsetzen.

Davon kann jedoch keine Rede sein. Was der Westen, Deutschland vielleicht

einmal ausgenommen, dem Osten angeeignet läßt, geht über gute Wünsche und Ratschläge nur mäßig hinaus. Die Westeuropäer stellen den Osteuropäern nicht viel mehr zur Verfügung, als sie bisher Entwicklungsländern zur Verfügung stellten: höchstens 0,5 % ihres Bruttosozialprodukts. Das muß reichen. Für die mittel- und osteuropäischen Gesellschaften ist es ein Schock, daß die westeuropäischen Gesellschaften ihrem Wesen nach Gesellschaften von Einzelkämpfern sind.

Alles das wäre für den Osten erträglicher, wenn die Ordnung des Westens: Demokratie und Marktwirtschaft wirklich dieser Wundertrank wäre, für den ihn nicht nur viele Ost-, sondern auch Westeuropäer jahrzehntelang hielten. Wenige Schlucke – so eine verbreitete Auffassung – sollten genügen, um ungeheure Energien freizusetzen, die binnen kurzem karges Land in blühende Landschaften verwandeln konnten.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Demokratie und Marktwirtschaft sind – wie alle Erfahrung zeigt – zweifellos nützliche, wahrscheinlich sogar notwendige Bedingungen für die dynamische Entwicklung einer Gesellschaft und die Schaffung materieller Wohlhabenheit. Hinreichende Bedingung sind sie jedoch offenbar nicht. Die Vorstellung, aus der Beseitigung von Staatsdiktatur und zentraler Planwirtschaft und der Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft folgen mit einer gewissen Zwangsläufigkeit Freiheit und Wohlstand, erweist sich zunehmend als irrig.

Das ist auch für den Westen eine neue Erfahrung. Stets hatte er seine wirtschaftliche und politische Ordnung als universal tauglich und auch sonst unfehlbar angesehen. Jetzt muß er feststellen, daß es mit dieser Universalität und Unfehlbarkeit nicht so weit her ist. Und langsam gewinnt die Einsicht Raum, daß diese Ordnungen nur Ausdrucksformen einer bestimmten Kultur sind, ohne die sie sich selbst nicht entwickeln und auch anderes nicht zur Entwicklung bringen können. Damit ist absehbar, daß diese Ordnungen spätestens dann fundamen-

taler Kritik unterzogen werden dürften, wenn Erfolge in Mittel- und Osteuropa längere Zeit auf sich warten ließen oder möglicherweise bescheiden blieben. Beides ist nicht auszuschließen.

Unüberhörbar wird im Osten bereits gefragt, ob das alte Regime vielleicht doch nicht so schlecht gewesen sei, und die Hoffnungen, die in Demokratie und Marktwirtschaft gesetzt wurden, der Grundlage entbehrten?

Der Westen ist auf solche Fragen nicht vorbereitet. Bisher konnte er sich darauf verlassen, daß seine Ordnung sich stets vorteilhaft vom dunklen Hintergrund zentralistischer Planwirtschaften abhob. Der bloße Hinweis auf diese Alternative genügte zumeist, um die westliche Ordnung im hellen Licht erscheinen zu lassen. So einfach dürfte dies künftig nicht mehr sein. Der dunkle Hintergrund ist entfallen und wird schon bald in Vergessenheit geraten. Demokratie und Marktwirtschaft werden dann unge schützt bohrenden Fragen ausgesetzt sein.

Dabei muß der Westen ein mögliches Scheitern seiner Rezepturen im Osten umso mehr fürchten, als dies für ihn keineswegs nur akademische, sondern sehr handgreifliche Folgen hätte. Zahlen, wonach 1991 3,5 Millionen Mittel- und Osteuropäer unbedingt und weitere 14 Millionen sehr wahrscheinlich oder doch wahrscheinlich, insgesamt also 17,5 Millionen Menschen in absehbarer Zeit nach Westeuropa – viele von ihnen nach Deutschland – auswandern wollen, erscheinen durchaus plausibel. Nur zwei Drittel der mittel- und osteuropäischen Bevölkerungen erklärten den gleichen Umfragen zufolge, daß sie keine Migrationsabsichten hätten.

Die Westeuropäer, allen voran die Deutschen, befinden sich damit in einer von Grund auf veränderten Lage. In der Vergangenheit wurde die vergleichsweise arme Bevölkerung Mittel- und Osteuropas von ihren eigenen Regierungen mit brutaler Gewalt daran gehindert, in den wohlhabenden Westen zu ziehen. Heute stellt sich ihnen niemand mehr in den Weg, was den Westen vor die Wahl

stellt, entweder seinerseits wenigstens legislative Hürden aufzubauen, oder den Aufbau des Ostens um praktisch jeden Preis zum Erfolg werden zu lassen, oder die Zuwanderer, die nicht unbedingt qualifiziert und arbeitsmotiviert sein müssen, zu integrieren. Daß jede dieser Entscheidungen den Westen vor schwierigste Probleme stellt, liegt auf der Hand.

Sollte der *erste* Weg beschritten werden, würde der Westen seine ideellen Fundamente gefährlich aushöhlen. Eine Grenze quer durch Europa zum Schutze seiner materiellen Wohlhabenheit und ideologischen Integrität wäre eine dauerhafte psychische Belastung. Dennoch könnte diese Alternative noch am ehesten die Zustimmung von Bevölkerungsmehrheiten erlangen. Die Demokratie wäre auf eine harte Probe gestellt.

Sollte der *zweite* Weg beschritten werden, müßten alle EG- und EFTA-Staaten – ausschließlich Deutschland, das sich um seinen eigenen Ostteil zu kümmern hätte – allein für die Staaten Mitteleuropas die gleichen Leistungen erbringen wie Westdeutschland für Ostdeutschland erbringt, das heißt auf viele Jahre hinaus etwa 5 % ihrer Bruttosozialprodukte nach Osten transferieren. Sollten auch die GUS-Staaten in diesen Transfer einbezogen werden, wäre dieser Betrag noch einmal annähernd zu verdoppeln. Bisher gibt es nicht die geringsten Anzeichen dafür, daß die Westeuropäer zu solchen Anstrengungen bereit sind.

Bleibt der *dritte* Weg, die Integration von Millionen von Zuwanderern. Für einige Zeit ist er sicherlich gangbar. Doch früher oder später dürften immer größere Bevölkerungsteile gegen diese Ost-West-Wanderungen energischen Widerstand leisten, an dem sich demokratisch-legitimierte Regierungen leicht wundreiben könnten. Als *Königsweg* kann deshalb auch dieser Weg kaum gelten.

Zwangslagen wie diese verdeutlichen die Herausforderungen, vor denen heute nicht nur die Mittel- und Ost-, sondern auch die Westeuropäer stehen. Zwar ist es möglich, daß – unter Kostengesichtspunkten – ein Teil der finanziellen La-

sten, die durch die Öffnung Europas den Westeuropäern auferlegt werden, durch eine Art Friedensdividende gedeckt werden könnte. Daß eine solche Dividende – sollte sie überhaupt realisiert werden können – ausreicht, um das steile wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen West und Ost auszugleichen, ist jedoch äußerst unwahrscheinlich.

Dauerhafte Benachteiligung im Osten

Die Westeuropäer werden sich deshalb daran gewöhnen müssen, daß die Zeiten, in denen das seit Beginn der Industrialisierung wirtschaftlich vorwiegend schwach entwickelte Mittel- und Osteuropa vom zumeist kräftig entwickelten Westeuropa hermetisch abgeriegelt war, vorerst vorüber sind. Auch wenn dies in den Ohren vieler zynisch klingen mag: rückblickend werden die Westeuropäer

erkennen, daß sie sich im Schatten des Eisernen Vorhangs nicht schlecht entwickelt haben.

Im Gegenteil. Jahrzehntlang war dieser Kontinent wie durch ein Wehr getrennt. Im Westen stieg der Wohlstandspegel immer höher, im Osten veränderte er sich hingegen wenig. Nach einem knappen halben Jahrhundert der Trennung lag die Pegelmarke im Westen – gemessen am Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt, vom Kapitalstock und privaten Vermögen ganz zu schweigen – rund viermal so hoch wie im Osten. Nun ist das Wehr aufgezogen, und die Westeuropäer verspüren immer mächtiger den Sog, der an ihrem Wohlstand nagt und zerzt.

Wohl dürfte dieser Sog eines Tages auch wieder nachlassen. Doch dieser Tag ist fern. Denn wenn schon die Deutschen trotz erheblicher Anstrengungen minde-

Foto: JOKER



stens eine Generation benötigen, um die Lebensbedingungen im Ost- und Westteil ihres Landes anzunähern – keineswegs anzugleichen –, dann gibt dies eine Vorstellung davon, welche Zeiträume erforderlich sind, um unter ungleich ungünstigeren Voraussetzungen die Lebensbedingungen in Ost- und Westeuropa anzugleichen. Schon in der EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT war derartigen Bemühungen bislang nur mäßiger Erfolg beschieden. Um wieviel geringer dürften die Erfolgsaussichten mit Blick auf ganz Europa sein?

Während sich also die Westeuropäer daran gewöhnen müssen, daß im vereinten Europa die Mauern ihrer Wohlstandsbastionen geschliffen werden, müssen sich viele Mittel- und Osteuropäer mit dem Gedanken vertraut machen, daß sie noch lange, möglicherweise sogar dauerhaft, trotz eines offenen Europas erhebliche wirtschaftliche und soziale Benachteiligungen werden hinnehmen müssen. Noch erscheint dieser Gedanke schwer erträglich. Aber je länger die Überwindung wirtschaftlicher Unterschiede dauert, desto nachhaltiger dürfte sich deren Wahrnehmung ändern. Die Europäer dürften nämlich lernen, daß sich die große Vielfältigkeit ihres Kontinents nicht im Folkloristischen erschöpft, sondern tief in der Substanz der europäischen Völker verankert ist. Das gilt auch für deren wirtschaftlichen und sozialen Befund.

Wenn erst einmal der Schutt zentralistischer Planwirtschaften beiseite geräumt sein wird und die Völker Mittel- und Osteuropas Gelegenheit hatten, ihre Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten, dürfte sich zeigen, daß nicht alle den Primat des Ökonomischen in gleicher Weise verinnerlicht haben wie die Völker des Westens. Dann dürfte sich zeigen, daß nicht nur Individuen, sondern auch ganze Regionen und Völker ihre Prioritäten unterschiedlich setzen. So wie der eine Mensch in beruflichem Erfolg und der Bildung eines stattlichen Vermögens einen Gutteil seines Lebenssinnes sieht und ein anderer in einem intakten Familienverband und lebendigen mitmensch-

lichen Beziehungen, so spricht vieles dafür, daß auch Regionen und Völker zu recht unterschiedlichen Graden zum Beispiel nach Wirtschaftswachstum und Bruttosozialprodukt streben.

Die Völker Mittel-, vor allem aber Osteuropas haben in ihrer langen Geschichte immer wieder zu erkennen gegeben, daß sie zwar mit den übrigen Europäern eine Fülle kultureller, gerade auch wirtschaftskultureller Gemeinsamkeiten teilen, zugleich aber auch ihre sehr spezifischen Wertvorstellungen haben. Diese Vorstellungen dürften in der vom Westen ganz unterschiedlichen Geographie Osteuropas wurzeln, in dessen geschichtlichen Erfahrungen, konfessioneller Orientierung, philosophischen Einflüssen und zahlreichen weiteren Faktoren, die insgesamt ein Menschen- und Gesellschaftsverständnis begünstigt zu haben scheinen, in dem – plakativ verkürzt und frei nach Erich Fromm – *Seinswerte* etwas stärker betont werden als *Habenswerte*.

Bedingt Zukunftsfähigkeit im Westen

Sollte das wirklich so sein, dann allerdings wären wirtschaftliche und soziale Unterschiede in Europa – sofern diese Ausdruck eines verschiedenartigen Lebensverständnisses und nicht nur die Folge unterschiedlich effizienter Wirtschaftssysteme sind – kein zu überwindendes Ärgernis mehr, sondern eine Chance, die es zu nutzen gilt. Denn die Völker des Westens bewegen sich mit ihren vorwiegend ökonomisch determinierten Weltansichten inzwischen auf so schmalen Grat, daß sie jederzeit abstürzen können. Ihren Maximen fehlt nicht nur die Verallgemeinerungsfähigkeit, sie sind auch nur bedingt zukunftsfähig.

Europa dürfte damit nicht nur in eine veränderte physische, sondern vor allem psychische Phase eintreten. Physisch wird Westeuropa von seinem materiellen Wohlstand abgeben und Osteuropa erfahren müssen, daß dadurch das bestehende wirtschaftliche und soziale Gefälle allenfalls geringfügig gemildert, nicht aber beseitigt werden kann. Physisch

werden sich die Westeuropäer darauf einzurichten haben, daß Millionen von Mittel- und Osteuropäern zu ihnen kommen, und Osteuropa muß erkennen, daß solche Migrationen Probleme nicht lösen, sondern eher verschlimmern.

Ungleich bedeutsamer als diese europaweiten Bewegungen von Kapital, Gütern und Menschen dürfte jedoch zumindest mittelfristig die Veränderung der europäischen Psyche sein. Dabei sollte der Westen keinesfalls glauben, der Osten öffne sich einseitig westlichen Werten und Prioritäten. Dafür sind diese zu verschlissen. Vielmehr dürften je länger, je stärker auch östliche Werte und Prioritäten im Westen Einfluß gewinnen. So könnte die kritische Distanz zu Rationalismus, Pragmatismus und Ökonomismus, die heute erst keimhaft im Westen angelegt ist, durch die Öffnung Europas kräftig zunehmen. Ob hieraus eine neue Synthese europäischen Denkens und europäischer Sichtweisen erwachsen wird, bleibt abzuwarten. Mit Sicherheit wird sich jedoch das europäische Bewußtsein in *ganz* Europa, im Osten wie im Westen, verändern.

Diese Veränderung könnte umso schneller eintreten, als infolge der Öffnung des Eisernen Vorhangs die USA ihren prägenden Einfluß auf Westeuropa rasch einbüßen dürften. Dies mag, abhängig vom politischen Standort, bedauert oder begrüßt werden. Am Ergebnis ändert es nichts: In einem freien und friedlichen Europa – vorausgesetzt Europa wird frei und friedlich – werden die USA auch nicht mehr annähernd die Rolle spielen, die sie bislang spielten.

Damit steht nicht nur Europa, sondern auch die nordatlantische Gemeinschaft und mit ihr die gesamte westliche Welt zur Neuordnung an. Geschichte wiederholt sich nicht. Aber in nicht zu ferner Zukunft könnten die Westeuropäer etwas ähnliches erleben wie derzeit die Mittel- und Osteuropäer: das Ende der ihnen vertrauten Ordnung. Auch wenn dieses Ende weniger abrupt, weniger dramatisch und zweifellos weniger befreiend sein dürfte – es dürfte dennoch ein Ende mit allen Konsequenzen sein.

Möglicherweise ist dies der Kitt, der die beiden Teile Europas fester aneinander binden wird als alle Kapital-, Güter- und Migrantenströme: das gemeinsame Erlebnis eines Neuanfangs. Im Osten liegt die Notwendigkeit eines solchen Neuanfangs offen zutage. Seine Ordnung ist krachend zusammengestürzt. Die Verhältnisse im Westen sind hiermit nur bedingt vergleichbar. Doch nur sehr schlechte Gemüter können meinen, nunmehr habe der Westen über den Osten gesiegt und damit werde Ruhe einkehren.

Durch den Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus ist in Europa und weit darüber hinaus *alles* in Bewegung geraten: scheinbar festgefügte Besitzstände an Gütern und Ideen, gesellschaftliche Institutionen und Organisationen, individuelle und kollektive Lebenspläne, vor allem aber Menschen. Noch ist im Westen diese Bewegung weniger deutlich wahrzunehmen als im Osten. Aber das dürfte nur eine Frage der Zeit sein. Die Westeuropäer spüren das. Jedenfalls ist ihre Verunsicherung kaum geringer als die der Osteuropäer. Wohl selten in der Geschichte riefen alle Europäer gemeinsam so lautstark nach Orientierung, und wohl selten war das Echo hierauf so schwach wie heute.

JÜRGEN HOFFMANN

Wie man höhere Löhne macht . . . oder Wider den tarifpolitischen Linkspopulismus

Spätestens in den jährlichen Lohnrunden wird sie aus dem Keller geholt: die Leiche der Unterkonsumtions- oder Kaufkrafttheorie. Und den Gewerkschaftsrednern ist dies ja auch gar nicht zu verübeln. So ein bißchen ist ja auch dran an der Behauptung, daß Löhne auch die Kaufkraft und damit die Auslastung des in der Konsumgüterindustrie angelegten Kapitals stützen und warum sollen sie damit nicht öffentlich argumentieren. Neu allerdings ist die jüngst in der Gewerkschaftsdiskussion von Michael Wendl (öTV-Bayern) entwickelte Theorie, nach der erfolgreich durchgesetzte hohe Lohnforderungen des öffentlichen Dienstes zu steigenden Steuereinnahmen und dadurch wiederum möglichen höheren Löhnen im öffentlichen Sektor führten.

Die erfolgreiche Umkehrung des kapitalistischen Prinzips

Nähern wir uns in einem ersten Schritt der angedeuteten These in der Form ihrer politischen Umsetzung sozusagen auf der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft. Auf dem 12. Gewerkschaftstag der öTV in Nürnberg kritisierte Wendl die Vorsitzende Monika Wulf-Mathies in ökonomistisch-schulmeisterlicher Manier: » . . . So, Monika, und jetzt reden wir über Ökonomie. Es gibt im öffentlichen Dienst kein ökonomisch definierbares Verteilungsvolumen. Ob wir 5,4 oder 5,6 oder 5,8 oder 6,0 Prozent durchgesetzt haben, ist ökonomisch bei den öffentlichen Haushalten immer möglich. . . .« (Tagungsprotokoll 3, 21. 6. 1992, S. 139).

Natürlich könnten bösertige Zungen danach fragen, ob ein paar Straßen weniger – wiewohl ökologisch begrüßenswert! – nicht auch ein paar Arbeitsplätze beim Straßenbau und mißmutige Gesichter bei den Autofahrern unter den öTV-Mitgliedern kosten könnten; auch ist sicherlich die Frage nicht unberechtigt, warum denn ausgerechnet Kommunen Flug-

zeuge – z. B. den JÄGER 90 – erst bestellen und dann wieder abbestellen sollten. Auch könnte die Frage auftauchen, ob denn der öffentliche Dienst so flexibel auf Lohnforderungen reagieren kann, wie dies Michael Wendl von ihm erwartet, und ob er nicht statt dessen auf den Kreditmarkt gehen muß und durch eine wachsende Kreditaufnahme die Masse der Besitzer staatlicher Schuldverschreibungen (die *Rentiers-Klasse*) weiter erhöht; doch Wendl gibt »dem« Staat ein paar sinnreiche Tips zur Einnahmenerhöhung:

» . . . dann ist die Folge daraus nicht, daß der Staat sparen muß, sondern daß der Staat seine Einnahmen erhöhen muß. Und die beste Methode der Einnahmenerhöhung ist erstens, für mehr Beschäftigung zu sorgen, denn dann werden mehr Steuern und Sozialversicherungsbeiträge gezahlt. Und die zweite Methode, die Einnahmen zu erhöhen, ist, die Löhne zu erhöhen, denn aus gestiegenen Löhnen werden höhere Steuern und Sozialversicherungsbeiträge gezahlt . . .« (a.a.O., S. 139 f.).

Der Staat kann also nach der vorliegenden Logik die Straßen ruhig weiter bauen und die Flugzeuge bestellen; die Drohung, daß wir wegen der öTV auf unsere heißgeliebten Straßen und JÄGER 90 verzichten müßten, war gar nicht so ernst gemeint! Denn eben diese Tarifpolitik füllt erst die Kassen des Staats und finanziert so die Ausgaben. Und diese Ausgaben z. B. für Löhne im öffentlichen Dienst – fließen dann in Form höherer Lohnsteuern der Staatsbediensteten wieder zurück. Der Staat muß nur für mehr Beschäftigung sorgen und höhere Löhne zulassen. Aus Löhnen werden mehr Löhne und das kapitalistische Prinzip, daß aus »Geld mehr Geld« gemacht wird, gilt auch für die Löhne! Doch halt: wo bleiben da die Unternehmer? Dazu Wendl:

» . . . Wir, die abhängig Beschäftigten, finanzieren mit unseren Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen fünf Sechstel der Gemeinschaftsaufgaben, und die einzige Möglichkeit, wie wir die Arbeitgeber, die Unternehmer, die einen Bruchteil finanzieren, zur Finanzie-



Streik im Krankenhaus »Bergmannsheil« in Gelsenkirchen

Foto: dpa/Tschanner

zung sozialer Aufgaben heranziehen können, sind höhere Löhne . . .« (a.a.O., S. 140)

Spätestens hier ist ein Bruch in der Argumentationslogik festzustellen: Denn weshalb werden Unternehmer durch höhere Löhne im öffentlichen Dienst zur Finanzierung sozialer Aufgaben herangezogen? Es gibt auf diese und andere in der Rede ungelöste Fragen eine wissenschaftliche Antwort. Dazu schreibt Wendt im Maiheft der NEUEN GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE: *Erstens*: Hohe Löhne zwingen die Unternehmen zu innovativer Rationalisierung (Konzept der *expansiven Lohnpolitik* von Viktor Agartz aus den 50er Jahren). Diese innovative Funktion von hohen Löhnen ist besonders dann wichtig, wenn der (Real-)Zinssatz und daher der Anreiz, in Finanzanlagen statt in die Produktion zu investieren, hoch ist und so die unternehmerische Innovation zu erlahmen droht. Daraus folgt aktuell: Nicht Lohnverzicht und Teilen hilft den neuen Bundesländern, sondern allein eine expansive Lohnpolitik, aus deren Ertrag dann wiederum Steuern und Sozialversicherungsabgaben fließen, ist der einzig mögliche Weg, die Arbeitgeber an der Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben be-

sonders in den neuen Bundesländern zu beteiligen.

Zweitens: Hohe Reallöhne und Lohnerhöhungen steigern die Kaufkraft und sichern so Wachstum und Arbeitsplätze. Umgekehrt würde durch sinkende Reallöhne und die dadurch sinkende *nationale Kaufkraft* die aufgrund der neuerdings im Rhythmus von 8-10 Jahren geballte Erneuerung des Kapitalstocks zyklisch abwärts gerichtete Konjunktur zusätzlich belastet; steigende Löhne würden in dieser Situation zumindest den Binnenmarkt beleben und bis zum *Anspringen* der Weltkonjunktur der nachlassenden Nachfrage erfolgreich entgegenwirken.

Reden wir über Ökonomie!

Zunächst einmal ist erstaunlich, daß im zweiten Argument Löhne permanent mit Kaufkraft verwechselt werden, während zuvor Löhne nur als Treibsatz für Rationalisierungsanstrengungen der Unternehmer diskutiert wird, also als Kostenfaktor erscheinen. Leider bietet Wendt dem Leser keine Vermittlungsglieder des Unvermittelten an. Schon im zweiten Band des *Kapitals*

steht geschrieben, daß Löhne auch im Gesamt-reproduktionsprozeß des Kapitals variables Kapital bleiben und demnach gleichermaßen sowohl vorzuschießende Kosten für den Kapitalisten als auch Äquivalent für die Reproduktionskosten der Arbeitskraft (potentieller Konsum) sind. Löhne können schlechterdings nicht Produktionsmittel kaufen. Auch die von Kaufkrafttheoretikern regelmäßig aus dem Hut gezogene Theorie von der Endnachfrage des Konsums (die Konsumgüterindustrien kaufen aufgrund der Kapazitätsauslastung Produktionsmittel bei den Produktionsmittelindustrien) kann schwerlich im Reproduktionsschema begründet werden: Umgekehrt werden schließlich die in Konsum umgesetzten Teile der Profite und die Löhne der Produktionsmittelindustrien für den Kauf von Waren der Konsumgüterindustrien verwendet! Notwendig ist bei Marx und anderswo auch in einem dynamischen Akkumulationsmodell lediglich ein Ausgleich zwischen den Käufen und Verkäufen, zwischen den Abteilungen der Produktions- und Konsumtionsgüterindustrien.

Daß hier also Löhne auch nachfragen, ist selbstverständlich. Aber eben Brot, Bier und PCs und nicht Brotmaschinen und CNC-Maschinen! Von der Sparquote, die Arbeitnehmer/innen gerade in beginnenden Krisenzeiten (zu Recht) erhöhen und die Kaufkraft dem Markt vorenthält, ganz zu schweigen. Deshalb sind die bei Wendl in seinem oben zitierten Redebeitrag unterstellten Nachfrageeffekte hoher Löhne, die dann wiederum ganz *bastard-keynesianisch* zu höherer Beschäftigung, höherem Steueraufkommen und wiederum zur Möglichkeit höherer Löhne im öffentlichen Dienst führen, höchst ungewiß und vor allem von Faktoren abhängig, die von der Entwicklung der Kapitalrentabilität und des Zyklus' bestimmt sind (vgl. dazu unten). Ein Münchhausen-Effekt der Lohnpolitik (gemeint ist, sich am eigenen Zopf aus dem Sumpf zu ziehen) läßt sich daraus jedenfalls nicht ableiten.

Aber die Argumentation des Michael Wendl ist ja pfißiger. Gewappnet mit Agartz und Zinn will er ja den Unternehmern durch Lohnerhöhungen staatstragend Innovationen aufzwingen. Aber auch hier stellt ihm (und seinen Kronzeugen) die Widerspruchsstruktur unseres Kapitalismus wieder ein Bein: Hier sind die Löhne nämlich plötzlich nur noch Kostenfaktoren und das Trachten und Streben der Unternehmer geht nach Meinung Wendls einzig und allein dahin, hohen Löhnen durch Rationalisierungsinvestitionen zu begegnen, die Lohnzahlungen also – was sonst? – überflüssig zu machen!

– Wenn wirklich hohe Löhne Anlaß zu Rationalisierungsinvestitionen geben (was hier übrigens als eine Möglichkeit unternehmerischen Handelns gar nicht bestritten werden soll), welche Wirkungen hätten denn diese Rationalisierungsinvestitionen? Doch wohl die, daß Lohnkosten/Lohnsummen durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität gesenkt werden sollen. Bei ausbleibenden Nettoinvestitionen (also Mangel an beschleunigter Akkumulation) wäre das notwendige Resultat dann: Entlassungen. Im umgekehrten Fall: Umsetzungen, Qualifikationsveränderungen, u. U. Arbeitsintensivierung etc. Sicherlich wäre die Gegenstrategie, die Rationalisierungen einfach zu verhindern, perspektivlos. Aber sie allein durch hohe Löhne zu erzwingen und die sozialen Folgen dann hinzunehmen, ohne damit eine gewerkschaftspolitische Gestaltungsoption zu verbinden, ist keine sinnvolle Gewerkschaftsstrategie.

– Unverständlich ist auch die These, daß dieses Handeln der Unternehmer, nämlich lohnbedingt zu rationalisieren, ausgerechnet dann greifen soll, wenn die Realzinssätze steigen, und daß hohe Löhne deshalb sogar verhindern könnten, daß Unternehmen verstärkt ihre Finanzmittel auf dem Geldkapitalmarkt unproduktiv, weil nur zinstragend, anlegen. Steigt das (Real-)Zinsniveau über die erwarteten Gewinne in der Produktion (genauer müßte hier von *Kapitalrentabilität* oder *Profitrate* geredet werden), führen zudem steigende Löhne von der Lohnkostenseite zu einem Druck auf die Profitrate, dann ist überhaupt nicht einzu-sehen, daß Unternehmer nicht nach Möglichkeit versuchen, eine Umorganisation ihrer überschüssigen Profitteile vorzunehmen, also Profite verstärkt im zinstragenden Kapital anzulegen, wodurch dann dem reproduktiven Prozeß Investitionsmittel und damit Kaufkraft entzogen wird. Voraussetzung dafür ist natürlich, daß diese Mittel auch liquide und nicht im Sachkapital fixiert sind.

– Überhaupt ist das tragende Argument bei Agartz, Zinn und Wendl, nämlich daß hohe Löhne Produktivitätssteigerungen erzwingen würden, theoretisch und historisch nicht zwingend. Die Profitrate – sie kommt bei Wendl hier eigenartigerweise nicht vor, von ihr ist aber hier zu reden – ist allgemein abhängig von der Entwicklung der Arbeitsproduktivität, der Kapitalintensität und der Lohnquote. Sie zu erhöhen ist immer das Ziel unternehmerischen Handelns (nach dem selbstreferentiellen Prinzip, »aus Geld mehr Geld zu machen«), unabhängig davon, ob die Löhne hoch oder niedrig sind. Auch zu hohe Sachkapitalkosten können hier Investitionen »erzwingen« (in Form des »kapi-

talsparenenden technischen Fortschritts«). Wie sich historisch jeweils das Prinzip der Kostensenkung durchsetzt, kann deshalb unternehmens-, branchen- und regionalpezifisch sehr unterschiedlich sein, ist dabei auch von Unternehmenskulturen abhängig, und entsprechend unterschiedlich sind auch die Möglichkeiten einer gewerkschaftlichen Tarif- und Gestaltungspolitik. Daß im Rahmen einer solchen Profitratenskalkulation gerade in modernen Industrien z. B. die Höhe der Löhne der modernen Produktionsfacharbeiter eher ein untergeordnetes Problem ist, Löhne oft sogar zu »fixen Kosten« des Unternehmens gezählt werden, hängt mit der hohen Kapitalintensität und der Bedeutung der qualifizierten Lohnarbeit zusammen. (Das heißt übrigens nicht, daß gerade bei den relativ unqualifizierten Randbelegschaften der Lohnkostenfaktor nicht eine sehr große Rolle für die Beschäftigung spielt!) Interessanterweise scheitern in der Bundesrepublik gerade die Unternehmen bei der Nutzung neuer Technologien, die bei der Umsetzung neuer Rationalisierungskonzepte die Reduktion der Lohnkosten vorrangig anvisieren. Dagegen setzen erfolgreiche Unternehmen die neuen Technologien unabhängig vom Ziel der Lohnkostenreduktion integrativ ein, indem sie die gesamte technische und Arbeitsorganisation mit Hilfe der Informations- und Kommunikationstechnologien umstrukturieren. Das aktuelle Vorbild für solche Umstrukturierungen, das japanische Modell der »lean production« (= schlanken Produktion, just-in-time-Konzept etc.) bzw. seine Präsentation durch Womack, Jones und Roos »in ihrer vielzitierten MIT-Studie«, das bei Wendt zum Beweis seiner These erhalten muß, bietet ebenfalls – genau betrachtet – kaum Anhaltspunkte für die hier behauptete Rolle hoher Löhne. Es läßt zunächst nur den bereits oben dargestellten Schluß zu, daß ein »modernes und flexibleres Organisationsprinzip« Ursache höherer Profitraten ist. Historisch sind es nämlich gerade nicht zu hohe Löhne in Japan, die dieses Modell in seiner japanischen Ausprägung erzwingen, sondern die Weltmarktkonkurrenz und die Weltmarktstrategien des japanischen Kapitals! Fazit: Allgemein wird das Niveau von Technik und Arbeitsorganisation dem Einzelkapital durch die Konkurrenz der Kapitale und nicht durch die Lohnhöhe – einem Element in dieser Konkurrenz! – vorgegeben.

– Auch historisch ist hinter diesem Kausalzusammenhang von Löhnen und Rationalisierungen ein Fragezeichen zu machen: Sicherlich war die Verknappung der Ware Arbeitskraft in bestimmten konjunkturellen Phasen der 60er Jahre *ein* treibendes Element des Ersatzes von

Arbeit durch Kapital; aber daraus die zentrale Begründung des technischen Fortschritts abzuleiten, wie dies nun ausgerechnet die von Wendt übernommene neoklassische Produktionstheorie macht, das ist doch ziemlich gewagt. Schließlich ist ja nicht ausgeschlossen, daß die hohen Produktivitätszuwachsrate auf Basis des bis Anfang der 70er Jahre erfolgreichen Akkumulationstyps der »inflexiblen Massenproduktion« umgekehrt erst die ökonomischen Verteilungsspielräume für höhere Löhne eröffneten. Die These Wendls, daß kostenseitig hohe Löhne wiederum höhere Löhne möglich machen, trifft deshalb – so können wir zusammenfassen – nur in einer besonderen ökonomischen Konstellation zu, die auch nicht vorrangig von der Lohnbewegung bestimmt ist: In einer Situation, in der hohe erwartete Profitraten und relativ niedrige Zinsraten eine beschleunigte Akkumulation des Kapitals und damit eine Verknappung des »Faktors« Arbeitskraft möglich machen. Hohe Löhne sind in dieser Konstellation Ergebnis und nicht Voraussetzung dieser ökonomischen Entwicklung und können sogar – dies ist der Ansatzpunkt der sogenannten »profits-squeeze-These« – zum Abbruch der beschleunigten Akkumulation beitragen, indem sie die Profitraten einklemmen.

Tariffragen sind Machtfragen!

Im Unterschied zu den Arbeitskraftbesitzern, die nicht mittels der Löhne das Lohnniveau bestimmen können, haben es die Kapitaleigner durchaus in der Hand, durch Entscheidungen über die Verwendung von Profit das eigene Profitatenniveau zu bestimmen – dies ist sowohl bei Marx wie (linkskeynesianisch formuliert) bei Michael Kalecki nachzulesen. Aber diese Kapitalentscheidungen sind selbst gesellschaftlich bestimmte Entscheidungen, abhängig von der Entwicklung der Elemente der erwarteten Profitrate (auch von dem Lohnkostenfaktor!), der darin definierten erwarteten Nachfrage und dem internationalen Zinsniveau – das in der Tat im heutigen »Kasino-Kapitalismus« weltweit eine immer bedeutendere Rolle spielt. Und diese Entscheidungen definieren wiederum den Grad der Entwicklung der »Einkommensquellen« der Lohnarbeit (Arbeitsplatzangebot) und Staat (Steueraufkommen durch Lohn- und Gewinnsteuern), das heißt, sie definieren allgemein den Verteilungsspielraum für Gewerkschaften und die staatliche Politik! Die von den Gewerkschaften durchgesetzten Löhne mögen dabei auch Kaufkraft gegenüber der Konsumgüterindustrie entwickeln und so zur Realisierung des Profits dort beitragen; als Kostenele-



Rechenschaftsbericht der Vorsitzenden Wulf-Mathies beim ÖTV-Kongress in Nürnberg

Foto: dpa/Weißbach

mente und als potentielle Nachfrage gegenüber der Konsumgüterindustrie sind sie neben den o. a. Bestimmungsfaktoren (Arbeitsproduktivität, Kapitalintensität) zugleich ein Element der Profitrate. Ob tatsächlich höhere Löhne durchgesetzt werden können, ist demnach ökonomisch und gesellschaftlich nicht nur von den Löhnen abhängig – sei es als Konsumgüternachfrage, sei es als Zwang zur Rationalisierung. Denn es ist, wie oben dargestellt, überhaupt nicht ausgemacht, ob die Konsumnachfrage nicht in unausgelasteten Kapazitäten verpufft und die Rationalisierungsinvestitionen nicht zu Entlassungen und damit sogar zur Schwächung gewerkschaftlicher Konfliktfähigkeit führen.

Der Verteilungsspielraum ist historisch durchaus variabel, und zwar in mehrfacher Hinsicht: Die »letzte« Grenze (»Systemgrenze«) ist definiert durch die allgemeinen Gesetze der auf Kapitaleigentum beruhenden Kapitalreproduktion; die inneren Grenzen (»Tätigkeitsgrenzen«) sind variabel und werden durch den Typus der Kapitalakkumulation (z. B. den »Fordismus«), unterschiedliche Unternehmens- und politische Kulturen, das politische System und die jeweiligen gewerkschaftlichen Organisati-

ons- und Politikstrukturen definiert. Diese historischen und nationalen/regionalen Grenzen sind aber keineswegs einfach nur nach Maßgabe des Willens der Gewerkschaften und der Politik definiert. Staatliche Politik wie Gewerkschaften beeinflussen durch ihr Handeln im Rahmen der kapitalistisch strukturierten Ökonomie die Entwicklung von Profitrate und Akkumulation. Sie sind schließlich in ihren Formen und Funktionen (Wirtschafts- und Sozialpolitik, Kooperations- und Konfliktkulturen, Qualifikationsangebot, Formen der Verrechtlichung und Regulierung . . .) selbst ein integraler Teil des Akkumulationsprozesses und können selbstbestimmte Handlungsspielräume erkämpfen – wie das Beispiel des Sozialstaats zeigt.

Die Macht, die Gewerkschaften entfalten können, ist deshalb allgemein *dreifach* bestimmt: *Erstens*: durch die historisch entwickelte Organisations- und Konfliktfähigkeit, und das heißt nicht zuletzt durch die Fähigkeit der Gewerkschaften, Arbeitsmärkte über das Maß rationalen Handelns der Mitglieder hinaus (Logik des kollektiven Handelns!) solidarisch zu organisieren. Dazu gehört das, was Michael Wendt an anderer Stelle an den »Modernisie-

ren« in den Gewerkschaften kritisiert: das »Teilen, das verbindet« und das Aufgreifen und die soziale Absicherung der individuellen Emanzipationsinteressen vieler Mitglieder, die sich nicht mehr in eine kollektivistische Lagerkultur und -politik pressen lassen wollen!

Zweitens durch die historische Konstellation der ökonomischen und sozialen Akkumulationsbedingungen (Weltmarktentwicklung, Akkumulationstyp, Profitraten- und Zinsratenniveau . . .) und, davon abhängig, das Niveau der Beschäftigung und die Arbeitsmarktstrukturen, die unterschiedliche Regulierungs- und gewerkschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten bieten und erfordern. Und *drittens* durch den Spielraum, den das politische und gesellschaftliche System den Gewerkschaften als Teil dieser Systeme in der Gesellschaft zubilligen bzw. zubilligen müssen.

Staatlicher und gewerkschaftspolitischer Bewegungsspielraum

Einmal mit Wendl unterstellt, der Staat verfügte gegenüber der gewerkschaftlichen Lohnpolitik über keine Grenzen des Verteilungsspielraums, weil er beliebig durch Steuererhöhungen und/oder Ausgabenvariationen den privaten Sektor belasten könnte. Welche alternativen Möglichkeiten des Handelns stünden dann den Kapitaleignern zur Verfügung und welche Rückwirkungen hätte dies auf die Politik des Staats und der Gewerkschaften? Hier verlassen wir nun das Terrain der Ökonomie, um Fragen der politischen Soziologie zu diskutieren: Für Kapitaleigner gilt im Unterschied zu Gewerkschaften und Staat, daß sie in der wirtschaftspolitischen Arena eine sogenannte EXIT (= Ausgang)-Option des Handelns haben: Sie »können es nämlich auch anders«, sich dem Markt entziehen, z. B. statt zu investieren ihren überschüssigen Profit zinstragend oder im Ausland anlegen oder als Kapitaleigner konsumieren. Dies, und nicht die Bestechungsmachenschaften eines Flick oder die Kapitalgeneigtheit der Politiker, macht die besondere, gesellschaftlich vermittelte Macht des Kapitals aus und definiert letztlich kapitalseitig den Verteilungsspielraum! Dagegen können Gewerkschaften, die an die kapitalistische und/oder staatlich geschaffenen Arbeitsplätze ihrer Mitglieder gebunden sind, auf keine Handlungsalternativen im Sinne der EXIT-Option zurückgreifen, sondern nur ihre Stimme (VOICE-Option) zum Protest erheben. So bleibt ihnen nur der Streik, die Demonstration und die banale, tagtägliche Kooperation – z. B. auch die Einforderung und das

Sich-Einbringen in ein gesellschaftliches Solidarpromjekt einer sozial-ökologischen Strukturpolitik.

Deswegen kann man als Gewerkschaft auch durch die aggressivste Lohnpolitik nicht einfach an die berühmten 670 Milliarden DM liquider Mittel des Kapitals »ran« und diese gewerkschaftsintern zum x-ten Mal umverteilen! Man müßte nämlich schon angeben können, wie man verhindert, daß sich z. B. diese 670 Mrd. DM sehr schnell auf dem internationalen Geldkapitalmarkt verflüchtigen – eine durchaus rationale Option für Geldbesitzer, wenn man ihnen politisch an den Kragen will. Oder wie man verhindert, daß sich dann die Anlagemöglichkeiten von Kapital in Deutschland nicht verschlechtern – mit der möglichen Folge des Verlusts von Einkommensquellen von Staat und Lohnabhängigen aufgrund stagnierenden Wachstums. Und daß diese Zwickmühle der strukturellen Abhängigkeit von Unternehmensentscheidungen vor Ort bei den Kommunen, die ca. 80 v. H. der Staatsausgaben umsetzen und die meisten staatlichen Beschäftigten aufweisen, sich regional sehr unterschiedlich und sich noch deutlicher darstellt als auf der Länder- und Bundesebene, dies sei zumindest am Rande erwähnt.

Sicher hat die Politik hier Möglichkeiten des Handelns (Steuern, Abgabenerzwingung; vorläufig noch das Grenzmonopol, internationale Institutionen der monetären Regulierung . . .) und auch Kapitaleigner sind nicht völlig flexibel in ihren Entscheidungen, sondern an den in Sachkapital fixierten Teil ihres Kapitals gebunden. Allerdings: Daß die konservativ-liberale Regierung hier keine Umverteilungen will und statt dessen einem katastrophischen Marktradikalismus frönt, kann von den Gewerkschaften zwar lohnpolitisch konterkariert und politisch angeprangert, nicht aber wirtschaftspolitisch revidiert werden. Selbst für eine linke Regierung wäre eine sozialere Politik allemal eine Gratwanderung zwischen Umverteilung und Sicherung der Kapitalakkumulation, denn der Staat ist schließlich auf die finanzielle Alimentierung (Steuern, Versicherungsbeiträge) durch den privaten Sektor angewiesen, solange nicht ordnungspolitische Systemdaten der Politik verändert werden können. Dies hat auf der Ebene der Akteurslogik Fritz W. Scharpf in seiner Studie über die sozialdemokratische Krisenpolitik in Westeuropa überzeugend nachgewiesen. Und wenn die abhängig Beschäftigten fünf Sechstel dieser finanziellen Alimentierung tragen müssen (wie Michael Wendl hervorhebt), so müssen sie dennoch dazu erst einmal beschäftigt werden, um diese Abgaben bezahlen zu

können – und beschäftigt (oder auch nicht!) werden sie mehrheitlich im privaten Sektor von den kapitalistischen Unternehmen.

Politik ist hier also eine Gratwanderung zwischen den Kapitalinteressen (historischen Akkumulationsbedürfnissen) und den berechtigten gesellschaftlichen Interessen, den sozialen und ökologischen Forderungen der gesellschaftlichen Gruppen. Die Politik – mithin *der Staat* – ist aber nicht nur an die finanziellen Ressourcen gebunden, die die Wirtschaft der Gesellschaft ihr zur Verfügung stellt und die aus dem privaten Sektor abgeleitet sind. Sie ist auch von der Loyalität der Gesellschaftsmitglieder abhängig, und das heißt, daß sie ihr Handeln vor ihnen legitimieren muß. Schließlich baut der Staat Straßen, weil durch sie die Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals und damit die Arbeitsproduktivität erhöht wird und weil »freie Bürger freie Fahrt« fordern – einschließlich des gewerkschaftsnahen Automobilclubs ACE! Und er kauft Flugzeuge – wie den immer wieder umverteilten JÄGER 90 – nicht etwa nur deshalb, weil das MBB-Unternehmen wie die MBB-Arbeiter ihre Einkommensquellen sonst gefährdet sähen, sondern vor allem deshalb, weil die Gesellschaft die Gewährleistung äußerer Sicherheit einfordert und die Verteidigungspolitik in Wahlen immer wieder legitimiert hat. Der ökonomische »Verteilungsspielraum« beim Staat ist also durch die finanzielle Alimentierung des Staats durch die private Ökonomie (Lohn- und Gewinnsteuern) und durch die Legitimationsressourcen der Politik in der Gesellschaft bestimmt.

Diese Legitimationsressourcen der Politik sind auch Teil des Bewegungsspielraums der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst. Wenn die große Masse der abhängig Beschäftigten den Hauptteil der Steuereinnahmen und der Sozialversicherungsbeiträge aufbringt, dann dürfte sie – als Teil der »Öffentlichkeit« – daran interessiert sein, ob durch weitere Kostenerhöhungen beim Staat die ihnen auferlegten Lasten weiter steigen werden.

Gegen diese einseitigen Belastungen der Lohnbezieher gewerkschaftspolitisch anzugehen und eine gerechtere Steuer- und Abgabepolitik zu fordern, ist eine Sache. Solcherart Ängste des großen Teils der Bevölkerung bei einem Streik in Rechnung zu stellen, eine andere. Auch dieser Verteilungskorridor zwischen finanziellen und legitimatorischen Ressourcen ist kein fixes Datum. Aber die ökonomisch definierte Lohnpolitik im Öffentlichen Dienst ist nun ausgerechnet ein gesellschaftlich höchst problematisches Mittel, die äußeren Grenzen dieses Korridors auszuweiten.

SIBYLLE TÖNNIES

Das Asyl und die Wähler

Begeht die SPD Verrat an ihren Ideen, wenn sie das subjektive Recht auf Asyl infrage stellt?

Diese Frage ist zu unterscheiden von der Frage, ob die SPD Verrat an ihrer traditionellen Wählerschaft begeht. Verrat am Proletariat. Denn die progressiven, ethisch-humanitären Ideen zugunsten der einwandernden Ausländer sind weniger solche dieser Wählerschaft als solche der bürgerlichen Führungsschichten der SPD. Das Proletariat kämpft traditionell für seine eigenen Interessen und bedarf dazu keiner Ethik; ethikgeleitet ist hingegen die Tätigkeit derer, die unter Absehung von ihren eigenen Klasseninteressen das Proletariat vertreten. Diese Gruppe hat in dem langen Werdeprozeß der Sozialdemokratie moralische Standards entwickelt, die von der Arbeiterklasse aufgenommen und mitgetragen wurden; sie wurden integriert in den Kampf der Arbeiterklasse um ein menschenwürdiges Leben.

»Wenn man sich die Geschichte der Revolutionen ansieht: es waren nie die Erniedrigten und Beleidigten selber, sondern diejenigen, die nicht erniedrigt und nicht beleidigt waren, es aber nicht ertragen konnten, daß andere es waren, die die Revolutionen geführt haben. Nur haben sie sich geniert, ihre moralischen Motive zuzugestehen – und diese Scham ist sehr alt.« (Hannah Arendt, Macht und Gewalt)

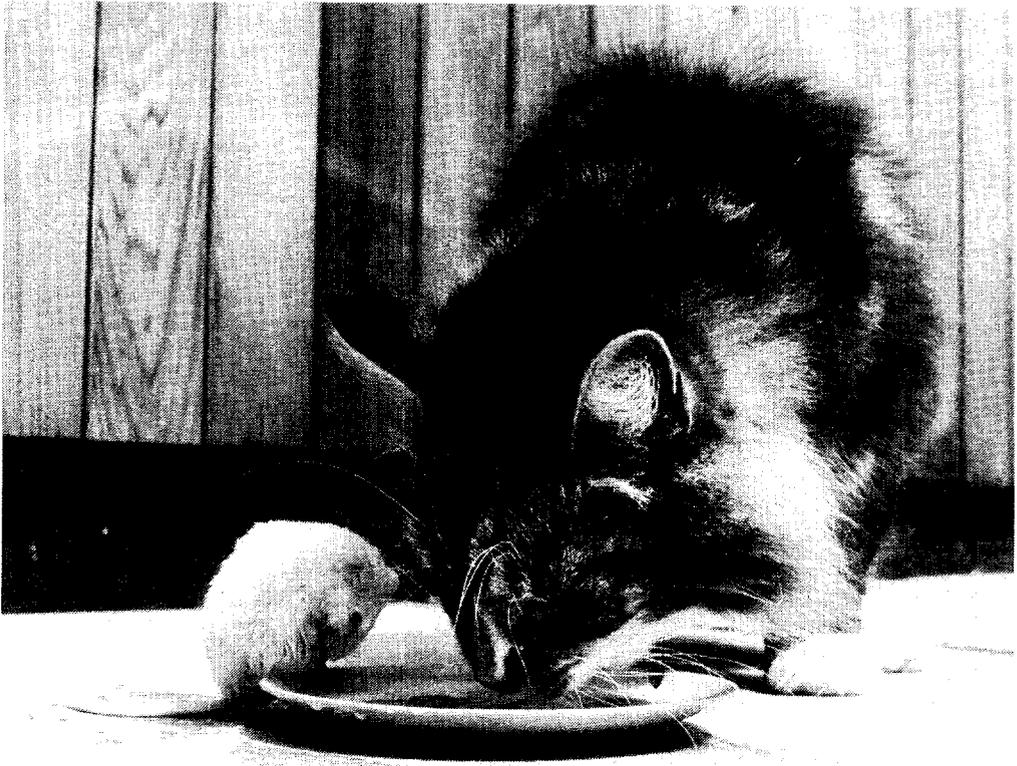
Der unterschiedliche Impetus – der *altruistisch-moralische* einerseits und der *klassenegoistische* andererseits – bleibt unbemerkt, solange die Positionen in derselben Zielsetzung verschmolzen sind; eine Kluft reißt aber auf, wenn die ethisch-moralisch gegründete Solidarität übergeht auf solche Teile der Bevölkerung, die nicht zur traditionellen Arbeiterklasse gehören und von dieser sogar als antagonistisch erlebt werden. Ein solcher Teil der Bevölkerung sind zur Zeit die Ausländer. Sie sind, soweit sie erst neu unser Land betreten haben, in die Arbeiterklasse nicht integriert und werden deshalb nicht von deren Solidarität umfaßt; sie nehmen aber andererseits innerhalb der moralischen Position der politischen Repräsentanten die Stelle ein, die früher die Arbeiterklasse einnahm: sie sind »die Verdammten dieser Erde, die stets zum Hunger man noch zwingt«. Mehr als die traditionelle Arbeiterschaft, die ja mit zunehmender Entfernung von körperlicher Arbeit in Auflösung begriffen ist, sind die ausländischen Bevölkerungsteile geeignete Objekte

für moralisch motivierte Zuwendung. Je mehr nun der Antagonismus zwischen den deutschen Unterschichten und den ausländischen Minderheiten steigt, je mehr andererseits die ethisch-humanitär gegründete Zuwendung der Parteilührung zu diesen Entrechteten wächst, desto größer ist die Gefahr eines Risses zwischen Repräsentanten und Repräsentierten, der zu einem Abwandern zu den rechtsextremen Parteien führt. Die moralische Frage, die damit auftaucht, ist eine neue komplizierte: Gebietet es die Treue zu den traditionellen Wählerschichten, von den moralischen Standards abzurücken und ihre Interessen zu vertreten?

Diese Frage setzt voraus, daß tatsächlich ein Interessenantagonismus zwischen Deutschen und Ausländern besteht. Das wurde bisher von sozialdemokratischer Seite geleugnet und wissenschaftlich-statistisch widerlegt. Aber dieses Leugnen selbst gehört zu einem Abrücken von der traditionellen Wählerschaft, der Unterschicht. Man sieht die gebildeten Mittelschichtsozialisten in der SPD mit Entsetzen vor ihren Wählermassen stehen, die die Tendenz haben, nach rechts abzudriften und aus-

länderfeindlichen Parteien ihre Stimme zu geben. Soziologen und Psychologen befassen sich mit dem Phänomen der *Xenophobie* und erklären sie als eine Pathologie des Sozialen. Dem liegt eine anthropologische Basisannahme zugrunde, die den Menschen für natürlicherweise fremdenfreundlich und nur infolge von Entartung abweisend gegen Fremde auffaßt. Dabei handelt es sich um ein grundlegendes Mißverständnis. Fremdenfeindlichkeit ist der natürliche Rohzustand jeder Gesellschaft; die Offenheit für andere Kulturen setzt immer und bis heute ein hohes Zivilisationsniveau voraus. Ursprünglich ist der Fremde nicht der Gastfreund, wie manche Theoretiker aus dem griechischen Wort *Xenos* = Fremder = Gastfreund herleiten wollen, – nur dem einzelnen, reisenden oder verfolgten Fremden widerfährt solche Behandlung –, sondern der Feind, dessen abweichende Sitten und Gebräuche als primitiv und abstoßend angesehen werden; der Fremde, soweit er nicht gerade Gastfreund ist, ist auch den Griechen *Barbar* = *Fremder* = *Feind* (ursprünglich *Perser*). Die von der universalen Regel der Fremdenfeindlichkeit abweichenden Verhal-

Foto: Voller Ernst



tensweisen von Südseeinsulanern bei ihrem ersten Kontakt mit Weißen müssen als anthropologische Ausnahmeerscheinung gelten und werden deshalb mit Recht bis heute in Hawaii-liedern besungen.

Die von den Gebildeten aller Länder erworbene Fremdenfreundlichkeit ist eine Kulturbüchse, aus der man keinen Maßstab für Massenverhalten herleiten kann. Sie wurde erworben im Umgang mit wohlhabenden und gebildeten Ausländern, mit handeltreibenden oder wißbegierigen Reisenden; mit den zugereisten Armen aber in der Weise, daß diese als einzelne in die besseren Viertel der Städte gehen und dort Hausarbeit verrichten.

Diejenigen aber, die nicht zu diesen Kreisen gehören, die Unterschichtsmassen, die jetzt als Rassisten diskreditiert werden, teilen mit den Fremden Wohnhäuser, Arbeitsplätze, soziale Hilfen, Kindergärten, Schulen und Spielplätze; – sie rivalisieren mit Ausländern um diese Plätze, und im Unterschied zu der von den darübererschwebenden Schichten behaupteten natürlichen Harmonie treten dabei Schwierigkeiten auf. Je ärmer ein Deutscher ist, desto mehr befindet er sich in dieser Rivalität, und desto mehr bedarf er in seiner Angst um seine Positionen der Unterstützung der Partei, die traditionell seine Interessen vertreten hat. Die Angst um diese Positionen hat nichts mit Rassismus zu tun; in den Rassismus werden die Unterschichten aber getrieben, wenn ihre berechtigten Interessen von keiner etablierten Partei mehr vertreten werden. Die gebotene Humanität gegenüber Ausländern hat erst dann wieder eine Chance, wenn ihre Zahl nicht mehr als Legion empfunden wird, als nur von fernen Wanderungsimpulsen gesteuert, und nicht von hiesiger Politik geregelt und verantwortet.

Integration kann nur dann eine vernünftige Zielsetzung sein, wenn der Zustrom von Fremden begrenzt ist – wo auch immer die Grenze liegen mag. In politischer Ohnmacht gegenüber der Anzahl der Fremden, und speziell: im Bewußtsein dieser politischen Ohnmacht in den Köpfen derer, die die Integration praktisch leisten müssen, kann diese nicht erwartet werden.

Diejenigen, die am Grundrecht auf Asyl festhalten, verkennen nicht die Tatsache, daß eine Massenflut von Asylbewerbern das Grundrecht eines Tages inpraktikabel macht. Sie sehen nur – und wahrscheinlich mit Recht – diesen Zeitpunkt noch nicht für gekommen. Sie haben aber für diesen Fall schon eine Lösung parat, eine Notbremse, die entweder – dramatisch – *Notstand*, oder – euphemistisch – *immanente Grundrechtsschranken* genannt wird.

Beide Lösungen sind gefährlich, weil sie den Rechtsstaat in Gefahr bringen. Die Vorstellung, daß Grundrechte in dem Moment außer Kraft treten, in dem ihre Beanspruchung den Staat in ernsthafte Schwierigkeiten bringt, nimmt ihnen ihre wichtigste Funktion: die Wahrung der rechtsstaatlichen Prinzipien auch und gerade in Krisenzeiten. Man braucht nicht auf das Ende der Weimarer Republik zurückblicken, wenn man sich diese Gefahr vor Augen hält. In den siebziger Jahren hat die Notstandsargumentation dazu geführt, daß unter dem Angriff der RAF die klassischen Gefangenrechte, die ehernen Prinzipien eines fairen Verfahrens einfach wegen Staatsnotstands außer Kraft gesetzt wurden und Kadijustiz an ihre Stelle trat. Von diesem Schock haben wir uns gerade wieder erholt; je öfter aber so ein Fall eintritt, desto mehr wird die rechtsstaatswahrende Funktion der Grundrechte unterminiert, und desto mehr treiben wir einem Staatsopportunismus zu.

Schon bevor ein solcher Notstand ausgesprochen wird, in dem *Art. 16 II 2 GG* nicht mehr zur Anwendung kommt, entfaltet sich die destruktive Wirkung eines zu großzügig vergebenen Rechts. In der Gegenwart bereits ist die justizielle Praxis so, daß von einem rechtsstaatlichen Verfahrensablauf keine Rede mehr sein kann. Nur Minuten stehen dem einzelnen Antragsteller in der Flut von Anträgen und Klagen durchschnittlich zur Verfügung, und das Verfahren ist nicht geeignet, tatsächlich politisch Verfolgte aus der Masse von Wirtschaftsflüchtlings auszusieben. Um es noch mehr zu beschleunigen, sollen jetzt Einschränkungen des *Art. 19 IV GG*, der Rechtsweggarantie, vorgenommen werden, die die bereits praktischen Abstriche an dieser Garantie zu rechtlich gesicherten machen sollen. Nach der bedauerlichen Einschränkung, die *Art. 19 IV GG* bereits erfahren hat – die Erlaubnis zu heimlichem Telefonabhören – soll die Substanz dieser rechtsstaatlichen Basisvorschrift weiter vermindert werden. Statt ein in seiner Konstruktion verfehltes Grundrecht (*Art. 16 II 2 GG*) zurückzunehmen, begnügt man sich mit Abstrichen an seiner Durchführung – und sieht dabei nicht, daß man den Rechtsstaat insgesamt bedroht.

Die moralischen Energien, die jetzt gebunden sind in dem Festhalten am Asyl, müssen nach außen strömen in die Länder, in denen die Wanderungsbewegungen beginnen. Eine moralisch geleitete Bewußtseinsveränderung muß in Gang gebracht werden: Die Abhängigkeit unseres Wohlstandes von dem Elend der Dritten Welt muß in den Mittelpunkt unseres Selbstge-



Staatsrechtler Carl Schmitt hält Vorlesung (1930)
Foto: Ullstein

föhls geraten, die Tatsache, daß sich die Ausbeutung der Arbeitskraft immer mehr regional verlagert und wir (und das heißt hier wirklich *wir*, denn auch und gerade wir wohlhabenden Gebildeten sind gemeint) unseren Wohlstand unserer besonderen Tüchtigkeit nur insoweit verdanken, als es sich um eine Tüchtigkeit in der Ausbeutung ferner Regionen handelt. In der katholischen Lehre wird diese Abhängigkeit unter dem Begriff *Dependenztheorie* inzwischen von den Kanzeln gepredigt; in der Sozialdemokratie ist diese Idee zwar eingewurzelt und wirkt sich z. B. in der von Willy Brandt gegründeten Nord-Süd-Kommission praktisch aus, prägt aber noch keine Breitenbewegung, und die Bereitschaft zum Konsumverzicht, den alle praktischen Schritte erfordern werden, muß erst entwickelt werden. Wenn die SPD ihre Kräfte in diese nach außen gehende Richtung lenkt, kann sie gleichzeitig an ihrer Moral der Solidarität mit den Armen festhalten und ihrer traditionellen Wählerschaft treubleiben.

Kultur

JOACHIM GÜNTNER

Der apolitische Deutsche

Über die Neubelebung eines
Gemeinplatzes

Plötzlich ist der Deutsche als Typus wieder Thema. Die Wiedervereinigung hatte solches nicht vermocht. Es hatte ein paar Bedenken gegeben, die die künftige Größe des Landes mit möglichem Größenwahn seiner Bevölkerung in Verbindung brachten. Im Ganzen aber überwogen die Glückwünsche. Auch das Prozedere selbst hatte niemanden zu der Ansicht gebracht, die Beteiligten führten sich besonders teutonisch auf. Wenn sich in die Euphorie über das Ende des Eingemauertseins ein paar nationale Töne mischten, so fand man das normal, sogar und gerade im Ausland, wie es schien. Gekrittelt wurde eher mit ökonomischen Argumenten. Kurz und gut: Der Ausruf »Typisch deutsch!« fiel niemandem dazu ein.

Lämmerweide oder Sonderweg?

Ganz anders der Golfkrieg. Flammende Kolumnen gab es zu lesen, deren Autoren sich zur Nationalschelte genötigt fühlten. Ihre gemeinsame Pointe: In der neudeutschen Kriegsgesellschaft gerade nicht die Revision, sondern umgekehrt die Fortsetzung un guter Traditionen zu entdecken. Das liebe Neue – doch nur das böse Alte. Die deutsche Friedensbewegung – ein Selbstmißverständnis. Eines, über das der Herausgeber des MERKUR, Karl Heinz Bohrer, höhnte: »Eine Flucht aus der Weltpolitik in den Märchenwald, wo uns keiner mehr findet, außer der guten Fee, die meldet, daß der Weltfrieden ausgebrochen ist.« Beißender Spott ergoß sich über die Politiker in Bonn, die lieber zauderten, anstatt die Trommel zu rühren. Originalton Bohrer: »Sie halten es mit dem Kinderlied vom Kleinen mit dem reinen Herzen und glauben offenbar, dieses Credo des guten Deutschen sei das, worauf die Welt nach der Nazi-Katastrophe gewartet habe.«

Bohrers Häme besagt, daß dem nicht so sei. Und wie zur Bestätigung konnte man diesenorts (NG/FH, Heft 4/91) einen Aufsatz Peter Merseburgers mit der sprechenden Überschrift: »Kritik des Germanismus« lesen. Daß ein Beobachter der englischen Szene so titelte, jemand also unter dem Eindruck der dortigen Reaktionen, verlieh seinen Worten besonderes Gewicht.



Szene aus »Faust« (Will Quadflieg)

Foto: Ullstein

Über diese Art des Echos auf militärische Zurückhaltung und Friedensdemonstration war niemand erstaunter als die Deutschen selbst. Die Crux ist auch zu offenbar. Endlich einmal, belehrt durch zwei Weltkriege, hißte man die Flagge der Sanftmütigen, zeigte man an, daß entgegen allen Befürchtungen auch die vergrößerte Bundesrepublik eine Lämmerweide blieb. Und nun diese postwendende Antwort, die den frischgebackenen Pazifismus als Obszönität behandelte. »Nichts ist frivoler als ein zu klein geratenes Feigenblatt«, lautete der lakonische Kommentar der Angelsachsen in bester Empirertradition; eine unverblümete Empfehlung, den innereuropäischen Machtzuwachs dazu zu nutzen, den Schafspelz abzustreifen und mit den Wölfen zu heulen. Manchen mochte es indessen scheinen, die Deutschen hätten die Wahl zwischen Wolf und Lamm bereits zugunsten einer dritten Spezies entschieden. *Angsthasen* glosierte Jörg von Uthmann, auch er ein Auslandskorrespondent, in der FRANKFURTER ALLGEMEINEN. Er war nicht der einzige, der darauf aufmerksam machte, daß das Wort Angst sich als Germanismus im Englischen und Amerikanischen eingenistet habe und nun, nachdem es die Demonstrantentransparente dominiert hatte, als Schlüsselwort für die deutsche Kollektivpsyche grassiere.

Um ein reines Golfkriegsprodukt handelt es sich allerdings nicht. Das Phänomen datiert

früher. So konstatierte schon im Dezember 1983 der Ex-Kanzler Helmut Schmidt eine existentiell und ökonomisch begründete »zunehmende Angst« (heute zitiert er mit derselben Wendung seinen Parteifreund Wolfgang Thierse), daß »unser Staat oder seine Führung die notwendigen Einsichten und die nötige Entschlußkraft nicht haben könnten, mit den Gefahren richtig umzugehen, sie einzuengen und zu vermeiden«. Man wird sich also wohl an das schlechte Faktum halten müssen, daß sich die Angst als deutsches Phänomen selbst der für ihren Pragmatismus gerügten Figuren bemächtigt. »Sie sitzt in unserer Seele, sie kommt nicht aus der Ratio«, meinte Schmidt damals und fügte hinzu: »Wieder einmal die »unruhigen Deutschen« – so sagen heute viele Franzosen und andere europäische Nachbarn.«

Unruhig – das ist noch freundlich formuliert. Jedenfalls beschied sich das Konzert der antipazifistischen bösen Zungen im Frühjahr nicht mit diesem Attribut. Moralismus, deutsche Nabelschau, sterile Aufgeregtheit, ja sogar zivilisatorische Defekte wurden diagnostiziert, nicht immer zutreffend und wohl auch selbst mit Lust am Exaltierten, an schäumender Polemik, doch begünstigt durch jene Sorte friedensbewegter Betroffenheit, die Vier- und Fünfjährigen Antikriegsparolen in die Hände drückte und diesem Gefolge mit einer brennenden Kerze voranmarschierte. Derartige Ausbrüche unreglementierter Gefühllichkeit bezeugen in der Tat einen Mangel an sozialer Hemmung, einen emotionalen Fundamentalismus, der es den Kritikern leicht macht, die Motive gleich mit zu diskreditieren. Es bedarf dann nur noch eines kurzen Brückenschlags, um eine Maßlosigkeit schlechthin anzunehmen, eine Maßlosigkeit im Guten wie im Schlechten.

Daß Lessing gesagt haben soll, der Charakter des deutschen Volkes bestehe darin, daß es keinen Nationalcharakter besitzt, hat einen nüchternen kultursoziologischen Sinn: den des Verhaltenskanons. Erinnert sei an das höfische Ideal des Gentleman, des Edelmannes, das es auf dieselbe Weise wie in England auch in Frankreich oder Spanien gab, und das in abgestufter Form in alle sozialen Schichten hineinwirkte. Damit existierte ein Maßstab, der sich mit konkreten Benimmeregeln verband. Er fixierte die Manieren. Und zwar nicht nur, wie wir das Wort Manieren typischerweise im Deutschen gern verstehen, als etwas Aufgesetztes, sondern als zivilisatorisches Regulativ, das seinen Zwang in Form einer komplexen Verschränkung von Außen- und Innenlenkung ausübte. Als den Menschen durchdringende Kultivierung also. Der Soziologe Norbert Elias

schrieb in seinen *Studien über die Deutschen* dazu: »Der (englische) Nationalstolz war mit einer Art Selbstachtung verbunden – ob im Alltag oder in Ausnahme- und Extremsituationen, es gab Dinge, die man als Engländer tat und die man nicht tat.«

Dem gebürtigen Wiener Ludwig Wittgenstein hätte Elias damit nicht kommen dürfen. Norman Malcolm, Schüler des Philosophen in Cambridge, bezog auf eine fast wortgleiche Äußerung hin eine Abfuhr und noch fünf Jahre später einen geharnischten Brief dazu. Den Anlaß gab eine Zeitungsmeldung im Herbst '39, derzufolge die deutsche Regierung die englische beschuldigt hatte, ein Bombenattentat auf Hitler angezettelt zu haben. Wittgenstein fand dies »keineswegs« erstaunlich, der ungläubige Malcolm aber urteilte »die Engländer seien zu zivilisiert und zu anständig, um etwas so Hinterhältiges zu versuchen«, und daß eine solche Handlung »mit dem englischen ›Nationalcharakter‹ unvereinbar« sei. Der Eklat folgte auf dem Fuße: »Meine Bemerkung machte Wittgenstein äußerst zornig« – so sehr, daß er in der Folge den freundschaftlichen Verkehr einschränkte.

Für jemanden, der den Satz »Ich will Dich Unterschiede lehren« als für sein philosophisches Werk passendes Motto ansah, mag sich der Nationalcharakter als Pauschalkategorie verbieten. Ein reflexiv basierter Affront also, als den ihn ja auch der spätere Brief ausgibt? Oder eine Allergikerreaktion, die implizit das bestätigt, was die Soziologie als typisch deutsch notiert: die Fremdheit gegen das Nationale als Sittenkodex, als Zivilisierungsinstanz?

Wie immer es sich mit Wittgenstein (und seiner intuitiv durch fraglos ansprechenden Skepsis) verhält – in Deutschland hat es die Kontinuität des höfisch geprägten Selbstbildes nicht gegeben. Vielmehr gab es den Bruch, der auch ein Sprachbruch war, wie am Mittelhochdeutschen kenntlich wird. Der traditionellen Gebrochenheit des deutschen Selbstverständnisses entsprach seine Diffusität. Man klammerte sich an Gestalten wie Beethoven oder Goethe: Musik-, Kunst- und Literaturheroen jenseits des Alltäglichen, jenseits der politischen Praxis. »Spezifisch deutsch war allenfalls eine ›Weltanschauung‹, eine besondere Art des Glaubens«, bemerkt Elias, der damit zugleich den Wegfall einer zügelnden oder leitenden Kraft hervorhob.

Diese Einsicht scheint Soziologenstandard. Sie zieht sich vom eher linksliberalen Elias bis zum rechtskonservativen Arnold Gehlen, der 1971, erbost über den durch die Studentenrevolte beschleunigten Zerfall der Institutionen,

schrieb: »In der Verrücktheit, das Haltgebende wegzuerwerfen und durch das sinnere Licht zu ersetzen, sind wir unübertroffen.« Als Anthropologen mußte dies Gehlen besonders beunruhigen, da seine Lehre vom Menschen den *Homo sapiens* als Mängelwesen skizziert, dem nicht nur Fell, Klauen und Reißzähne abgehen (diese auf den äußeren Menschen abhebende Mangeldefinition ist seit Herder klassisch), sondern um dessen Innenausstattung es überdies dürftig bestellt ist: Der Mensch, dem, anders als dem Tier, die Orientierung durch die Instinkte fehlt, der reizoffen und schwankend ist und auch keine Tötungshemmung gegenüber Artgenossen kennt. Daß das *innere Licht*, daß allein schöne Ideale, Kopfgeburten ohne rechte Fühlung mit den Widerborstigkeiten der Realität, die notwendige Stabilisierungsleistung erbringen könnte, mochte Gehlen nicht glauben. Gegenüber dem Common sense der Angelsachsen und der rationalistischen Klarheit der an Descartes geschulten Franzosen ist das *Volk der Dichter und Denker* als dunkler Metaphysiker verschrieen. Gehlen sah denn auch im Idealismus die deutsche *Nationalformel*.

Dessen Verrücktheit hätte der 1975 Verstorbene sicher auch in den Friedenskundgebungen von 1991 orten wollen. Vielleicht wäre er nicht so plump vorgegangen, seine zentrale Kategorie des *Haltgebenden* einfach mit dem Bündnis der Alliierten zu identifizieren. Aber die von den Pazifismuskritikern vielfach beschworene Westbindung wurde ja durchaus doppelsinnig beansprucht: Als Militärbündnis, in dem gefälligst Pflichten zu übernehmen seien, pathetisch aber als Hort der Zivilisation, der Demokratie und parlamentarischen Tradition. Also nahm man die deutsche Distanz dazu, mochte sie sich auch bloß auf den Waffeneinsatz beziehen, als eine der typisch deutschen Abseitigkeiten.

Wirtschaftsdenken

In der politischen Diskussion ist der Begriff des *deutschen Sonderwegs* eine kontinuierlich wiederkehrende Vokabel. Im Ganzen erscheint es höchst gleichgültig, wo genau man den Sonderweg beginnen läßt. Entscheidend sind seine psychologischen Folgen – ein mit Groll und Ranküne gemischtes Minderwertigkeitsgefühl und die daraus resultierenden Wunschträume – sowie seine maßgebliche Ursache: die *Klein-staaterei*. Sie bremst die ökonomische Entwicklung, macht das uneinige Deutschland anfällig gegen äußere Feinde, verhindert die politische Liberalisierung. Die Nachbarn haben sich längst als Nationalstaaten etabliert, Rechts-

systeme ausgebildet und effektiv zentralisierte Verwaltungen geschaffen, als in Deutschland immer noch Fürstenwillkür das Leben in beengten Verhältnissen regiert. Hier wurzeln der nicht nur von Deutschlandverächtern beobachtete Kadavergehorsam, das Sichfügen, die Neigung zu Sentimentalität und Selbstmitleid. Vom *faux sourire de la servilité*, dem falschen Lächeln der Serbilität, sprach 1810 Mme de Stael in ihrem Buch über Deutschland, einem unverblühten Werk, das den französischen Lesern als »königliche Zufahrtsstraßen zu deutschem Wesen, Dichtung und Denken« (*André Monchoux*) erschien.

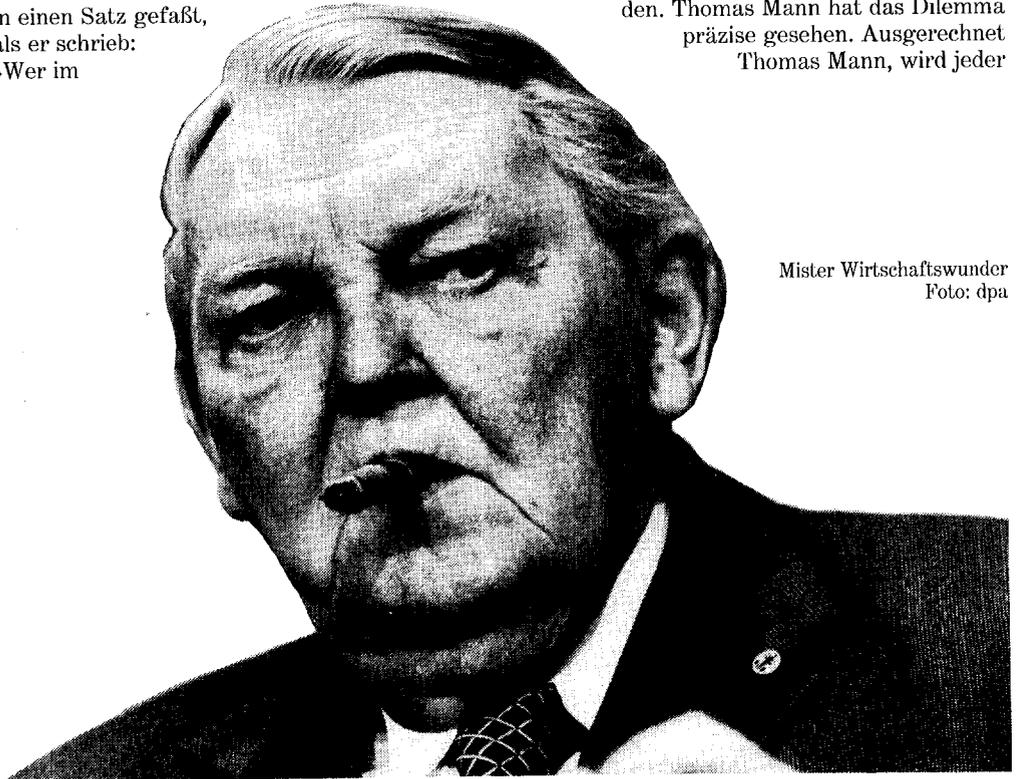
Möglich, daß sich der langwährenden Territorialstaaterei auch eine Kehrseite abgewinnen läßt, daß wir, wie Gehlen rätselte, »wohl diesem Sicheinrichtenmüssen im beengt Intensiven auch den Handwerkerfleiß verdanken, die Meistersinger-Genauigkeit und den im Ausland noch verbreiteten Ruf des Zuverlässigen und Geordneten«. Politische Tugenden sind das alle nicht. Im Gegenteil trägt die deutsche Gründlichkeit zuweilen haarsträubende Züge.

Den Bogen zum Autowahn und zur »Platz da, hier komme ich«-Mentalität hat Gehlen seinerzeit nicht geschlagen, immerhin aber doch das zugrundeliegende Muster, nämlich die moderne Allianz von Konsumlust und Eigendünkel in einen Satz gefaßt, als er schrieb:
»Wer im

Gefolge von Europa, einer Göttin, die neuerdings auf einer Milchkuh reitet, ein farbechter Deutscher ist, den verläßt niemals der Glaube, der da sagt: im Grunde kommt es auf uns an. Die echten Konservativen, die mit Augenmaß (und Augenmaß ist der einfachste Intelligenztest), waren nie dieses Glaubens. . .«

Augenmaß war dem seinen Sonderweg wandelnden Deutschen nicht vergönnt. Dafür waren seine Erniedrigungen – die eingebildeten und die realen – zu groß, sein träumerisches Selbstbild zu sehr mit Überhöhungen beschäftigt. Die Verstiegenheit des weltflüchtigen Metaphysikers und der dunkle Begriffsbombast sind in die Sprache auch da eingesickert, wo sie nichts zu suchen haben: in die politische Rede. Beschönigungen und leere Phrasen sind überall auf der Welt zuhause. Metaphysische Verrenkungen in Sachen der Politik aber bleiben im westlichen Kulturkreis eine deutsche Spezialität. Es gehört schon ein besonderer Zungenschlag dazu, Expansionsgelüste als sog. *Lebensraumbedürfnisse* zu etikettieren, oder Kriege zu begründen, indem man den Feind nicht Feind, sondern artfremd nennt. Mit der Eisenbahnlinie *Berlin-Bagdad* wiederum hätte es wesentlich weniger Schwierigkeiten gegeben, wäre sie nicht als *Drang nach Osten*, sondern einfach als Eisenbahnbau bezeichnet worden. Thomas Mann hat das Dilemma

präzise gesehen. Ausgerechnet Thomas Mann, wird jeder



Mister Wirtschaftswunder
Foto: dpa

sagen, der von den berühmt gewordenen *Betrachtungen eines Unpolitischen* auf einen unpolitischen Betrachter schließen würde. Und insoweit sicher mit Recht. Der große Essay spielt das Geistige gegen das Gesellschaftliche aus, operiert mit Eichendorffs Taugenichts, mit Schopenhauers Weltekel und Nietzsches Meistersinger-Deutung gegen die politische Sinngebung der westlichen Welt.

Doch das war 1918. Der Tagebuchschreiber Mann, der 1934 darüber nachsinnt, ob es nicht gelingen könne, den Außenseiter Deutschland »in ein europäisches System einzuspannen und zu pazifizieren«, thematisiert das mögliche Ende des Sonderwegs und die hinderliche metaphysische Denkform auf verblüffend aktuelle Weise. Fragt er sich nach den Auswirkungen, so ist es, als nähme er den westdeutschen Weg in die EWG vorweg. Würde die europäische Einbindung, so legt er sich als Überlegung vor, »würde das nicht schon Neutralisierung, *Verschweigerung*, Verwirtschafterlichung, nach angelsächsischem Wunsch, bedeuten und würde die deutsche Geschichtsversessenheit, der deutsche Leidenswille sich damit abfinden? Die große deutsche Wirtschaftsmacht unter Verzicht auf die Politik. Aber der Deutsche will nicht wirtschaftlich denken. Politisch denkt er allerdings auch nicht, sondern tragisch, mystisch, heroisch. Was soll daraus werden? Die Zerstückelung und gewaltsame Entpolitisierung würde eine große seelische Entlastung für dies Volk bedeuten. Aber könnte es dabei sein Bewenden haben?« (Eintragung vom 14. Juli 1934)

Bloß noch wirtschaftlich zu denken – diese Lektion hat die Bundesrepublik vollendet gelernt. Und lange Zeit sah es auch so aus, als könne es damit sein Bewenden haben. Faktisch dominiert das Wirtschaftsdenken zwar immer noch. Ideologisch aber wird es übel vermerkt, daß die Wiedervereinigung unter dem Gesichtspunkt der Folgekosten diskutiert wird und sich das neue Deutschland in Golfkrieg auf eine Zahlmeisterrolle beschränkte. War es im ersten Fall das Nationale, wofür man eine gewisse Minderbemitteltheit feststellte, so wurde im Golfkrieg ein anderes Manko aufgespießt: Mangel an *politischem* Sinn.

Das reklamierte Politische

Die Apolitie fungiert als Nenner der Schlag- und Scheltworte, all der Vokabeln vom Sonderweg, von der zivilisatorischen Rückständigkeit, vom defizitären Selbstverständnis für die westlichen Werte, von der antiparlamentarischen Tradition. Das Hysterische, Idealistisch-Ver-

stiegene, den Mangel an Augenmaß und die Neigung zur Überreaktion am friedfertig-sorgenvollen Deutschen neu zu entdecken, setzte eine entsprechende Disqualifikation des Pazifismus voraus. Alsdann reichte eine Portion hausgemachte Dialektik, das alte und das neue Deutschland gleichzusetzen – nach dem Motto: »Was früher die hinausposaunte Apokalypsebereitschaft war, die notfalls marschieren wollte, »bis alles in Scherben fällt«, ist heute die exaltierte Apokalypsefurcht vor dem ökologischen Weltuntergang.«

Selbst da, wo die meisten Deutschen sich als endlich geheilt betrachten, eben in der Stellung zur Gewalt, ließ sich mit ein wenig *Max Weber* (und seiner probaten Kontrastierung von Verantwortungs- und Gesinnungsethik) deklarieren, der radikale Gewaltverzicht sei nur die Kehrseite der radikalen Gewalttätigkeit. Zuende kompliziert, bleibt eines übrig: die Generalformel von der antipragmatischen Unvernunft. Das Wegsehen von den Tatsachen gilt als das Apolitische schlechthin – und darin: *typisch deutsch*.

Mit diesem Krankheitsbefund scheint nun aber auch die zu verordnende Medizin festzustellen. Denn ist hier nicht ein Zauberwort zur Hand, das den bösen Bann löst? Eine Rettung mit einem einfachen Namen, Realpolitik nämlich, worin Realismus und Politik Hochzeit halten? Tatsächlich ist genau dies die Forderung.

Allein – wenn der Deutsche *Realpolitik* sagt, so handelt es sich durchaus nicht um eine ganz und gar nüchterne, ideologisch keimfreie Wendung. Von Geburt an war es ein Kampf begriff, mit dem im Namen der *Staatsräson* besonders gegen die angeblich bloß am Ideellen orientierte Politik des deutschen Liberalismus polemisiert wurde. 1853 geprägt, richtete er sich gegen die liberalen Tendenzen und ihre Vertreter in der Paulskirche 1848/49, um dann in wilhelminischer Zeit eine enge Verbindung mit der sogenannten *Politik der Stärke* einzugehen, einer vom Reichskanzler Bethmann-Hollweg ausgegebenen Maxime. Der realpolitische Blick auf die Welt ist einer, für den die einzig realistische Betrachtungsweise ist, daß Politik auf dem ungezügelten Gebrauch von Gewalt beruht. Vor allem die internationale Politik gilt ihm als nichts anderes denn als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Humanitäre Werte in der Politik seien bloß »schöne Worte«, Deckmäntel für die »Macht«, die, wenn es hart auf hart kommt, doch jedermann gebrauchte, um seine politischen Ziele zu erreichen. Und man gebrauchte sie skrupellos. Der Unterschied sei nur einer der Ehrlichkeit. Auf die heutige Situation appliziert: Soll das heißen, daß, wer so

denkt, tatsächlich ein politischer Kopf ist? Betreibt also unser auf Ausgleich und Koexistenz bedachtes Außenministerium seit Jahren eine Irrealpolitik? Zunächst einmal soll es nur eine Binsenweisheit demonstrieren. Sich seines Realismus brüsten kann wer will. Wortprügel sind dürre Stöcke mit zwei Enden: sie lassen sich von beiden Seiten anfassen.

Man darf daher vermuten, daß die Opposition des Politischen zum Apolitischen nicht *zwei* absolute Spären scheidet, sondern ihrerseits eine selbst wieder politische Frontstellung verbirgt.

Bei näherem Hinsehen schrumpft zunächst einmal die ganze Apolitie zur militärischen Abstinenz zusammen. Erst hier, wo das politische Agieren mit militärischem im Kern identifiziert wird, erhalten die Klagen über den apolitischen Deutschen Signifikanz. Signifikanz wofür? Es wäre zu wenig, wenn wir sagten, nun ja, da schleicht sich ein Quantum Militarismus in die Politik ein. Signifikant ist es in der weit umfassenderen Bedeutung eines Verständnisses, welches das Politische nicht von der Regel, sondern von der Ausnahme, nicht vom Frieden, sondern vom Krieg her denkt. Platterdings schließt dies natürlich die Auffassung ein, daß der Krieg ein Mittel der Politik bleibt – und sei es auch das zugeständenermaßen extremste. Daß er hinzunehmen sei, nicht als Schicksal, aber als Faktum der Welt(un)ordnung, wie sie ist.

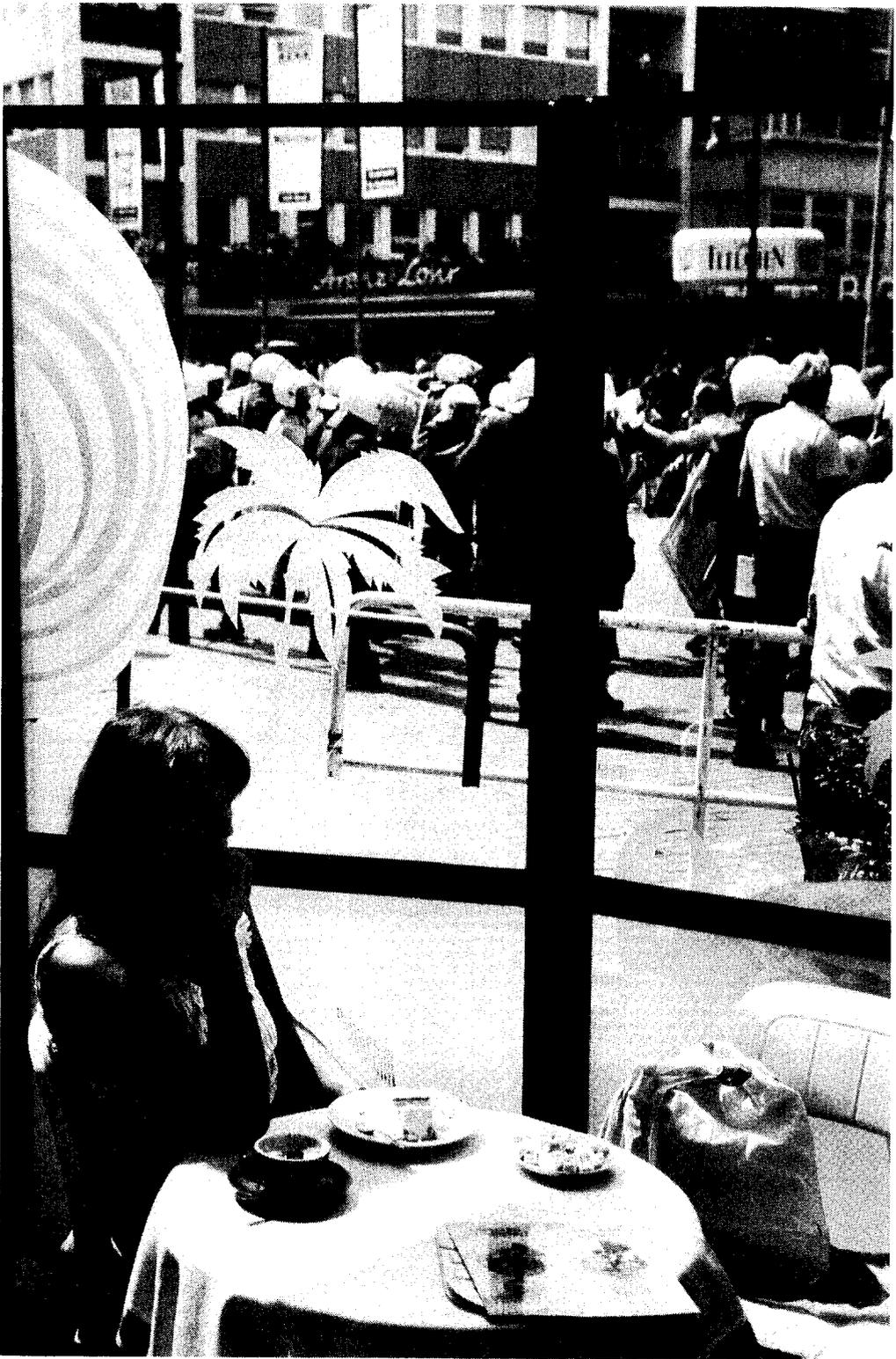
Daß sich die Bundesrepublik in großen Teilen zu diesem Ansinnen quer stellte, hat ihr aus dem Munde des Soziologen Ulrich Beck das Wort vom Leben in der *Abstraktionsidylle* eingetragen. Becks *Abstraktionsidylle* und Bohrs *Provinzialismus* sind erkennbar Synonyme für die apolitische Existenz. Was Karl Heinz Bohrer in bloß negativer Form ausdrückt, wenn er den Kleinen mit dem reinen Herzen in die Flucht in die Arme der Weltfriedensfee geißelt, lautet übersetzt ins Positive: »Das, worauf es ankommt, ist immer nur der Konfliktfall. (. . .) Politisch ist jedenfalls immer die Gruppe, die sich am Ernstfall orientiert.« Auch das ist Zitat, aber bereits das eines anderen Denkers: *Carl Schmitt*, womit Tradition, geistige Signatur und Gesinnungshintergrund sichtbar werden, der Fond sozusagen, von dem Herr Bohrer das Fett abschöpft. Damit lüftet sich der Schleier über dem Politischen, das hier in Rede steht.

Carl Schmitt wurde oft eine »Vergötterung des Anti-Christ« vorgeworfen und seine Lehre von der Politik gern auf das Niveau einer kriegerischen Barbarenphilosophie zurückgestutzt. Den eigentlichen ideellen Skandal bildet nach wie vor seine Bestimmung, daß politisch den-

ken heißt, Freund und Feind zu unterscheiden. Hätte es eines weiteren Beweises für seine »fortdauernde Präsenz« (*Rüdiger Altmann*) bedurft, so hat der Golfkrieg ihn geliefert. Allein schon, daß ein Krieg das Ereignis abgab, an dem sich die Rede von deutscher Politikflucht und Apolitik entzündete, gemahnt an die Denkungsart, der zufolge das, worauf es ankommt, immer der Konfliktfall ist.

Halten wir fest: Politisch ist, wer über den Ernstfall gebietet; kurzum, wer die Fronten bestimmt und eine entsprechende Entscheidung fällt. Was kennzeichnete besser die Position jener, die vom *Lavieren* Deutschlands im Golfkrieg sprachen und von einer politischen Blamage. Um essentiell weltanschauliche Divergenzen geht es freilich auch. Seinsmäßig gegründet nennt Schmitt die Freund-Feind-Konstellation. Das verweist, ähnlich wie bei Gehlen, wo die aggressive Hemmungslosigkeit ein Kennzeichen des in sich haltlosen Mängelwesens Mensch ist, auf Anthropologie im Hintergrund, aufs Menschenbild. Keine Frage, daß Schmitt nichts vom Axiom des von Natur aus guten Menschen hält. Das ist für ihn »Politische Romantik«. Als Nagelprobe gilt vielmehr, »daß alle echten politischen Theorien den Menschen als »böse« voraussetzen, d. h. als keineswegs unproblematisches, sondern als »gefährliches« und dynamisches Wesen betrachten«. Aus dieser Dynamik mag sich der Effekt herleiten, in dem die besondere Pointe des Schmittschen Politikbegriffs beschlossen liegt. Kein eigenes Sachgebiet, sagt er, sei damit bezeichnet. Ob etwas Wirtschaftliches, Religiöses, Ethisches oder – so könnten wie aktualisieren – ob etwas Ökologisches politisch wird, hängt ab von dessen internen Gegensätzen, ob sie intensiv genug sind, Freund- und Feindschaften zu entzünden. Es ist allein eine Frage des Umschlags.

Mit einem Wort: *Alles* kann politisch werden. Bei Schmitt ist es natürlich vornehmer ausgedrückt, etwa in der Art, daß nichts der Konsequenz des Politischen entgehen könne. Doch dadurch, daß man es zunächst einmal so simpel sagt, sieht man auch eine Analogie. Und zwar sieht man sie dort, wo man sie sonst wohl nicht gesucht hätte. Der Schmittsche Apfel fällt mitunter weit vom Stamm. Ob er nicht fault dabei, ist eine andere Frage. Dem Prinzip nach aber scheint es von der Feststellung, alles könne politisch werden, nur ein Katzensprung zu sein zur 68er Bewegung, für die feststand: Alles ist politisch. Die Demonstranten, die damals gegen den Vietnamkrieg auf die Straße gingen, galten – während man über die Golfkriegsgegner gerade das Gegenteil sagt – als hochpolitisch. Genauer: man nannte sie *politi-*



Sind die Deutschen apolitisch?

Foto: JOKER/R. Steußloff

siert, womit sich nicht selten der Eindruck verband, das sei etwas irgendwie Unanständiges.

Nicht nur die politische Rechte hat sich bei ihm bedient, auch für Linksradikale ist er seit je ein Vademecum gewesen. *Les extrêmes se touchent* – die Extreme berühren sich, wie die Franzosen sagen. Links und Rechts sind nicht dasselbe, aber in einem sind sie sich einig: in ihrer Meinung über die politische Mitte. Beide verachten den Liberalismus. Beide verhöhnen gern das Parlament als *Quasselbude*. Beide machen sich über die dem Liberalismus eigentümliche Hauptforderung nach Meinungs- und Pressefreiheit dahingehend lustig, daß sie sie nicht als liberale Politik, sondern als liberale Religion bezeichnen. Ganz besonders ist beiden der Liberalismus da zuwider, wo er die – nach liberaler Auffassung – unsachliche Herrschaft der Politik über die Sachlichkeit des wirtschaftlichen Lebens beseitigen will. Es ist daher reichlich kurios, wenn sich jemand wie Karl Heinz Bohrer einen *Neoliberalen* nennt – derselbe Bohrer, der sich in klassisch antiliberalistischem Geiste darüber mokiert, daß Politik zu Sozialtechnik, Ökonomie und Ökologie geschrumpft sei, und man in Bonn begreifen müsse, daß es daneben schließlich noch die *Staatsräson* gebe. Dabei wiederholt seine Schelte des apolitischen Bundesdeutschen bloß die Klage über den Politikverfall, die der heimliche Inspirator des Ganzen, Carl Schmitt, schon 1922 anstimmte. »Die heute herrschende Art ökonomisch-technischen Denkens vermag eine politische Idee gar nicht mehr zu perzipieren«, erboste sich Schmitt seinerzeit, und setzte voll offenkundigen Ekels hinzu: »Der moderne Staat scheint wirklich das geworden zu sein, was Max Weber in ihm sieht: ein großer Betrieb.« (*Politische Theologie*)

Das Politische und sein Gegenspieler

Der Gegenspieler des Politischen ist der Liberalismus. Deutlich sind die Oppositionen. Politeia, ruft es von den abendländischen Ursprüngen her, heißt Staat; das Politische ist das Staatliche. Wie steht der Liberale zum Staat? Konträr. Seine Instanz ist das Individuum. Dessen Rechte und dessen Freiheit betont er, nicht die Staatsräson. Schlagend deutlich macht dies die bei allem Spott präzise Wendung vom *Nachtwächterstaat*: Die Ruhe der Bürger soll er schützen, sich aus den Tagesgeschäften aber raushalten. Oder mit dem Wahlspruch von Friedrich Naumann gesagt, dem ersten Vorsitzenden der DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN PARTEI von 1918: »Der Staat sind wir alle – der Staat darf nicht alles.« Postuliert wird nicht das

Schmittsche Politische, das alles durchdringt, sondern autonome Sachgebiete. Gibt es unter diesen Sachfeldern überhaupt einen Primat, so ist es der Vorrang nicht der Politik, sondern der der Wirtschaft. Das Modell wirtschaftlichen Handelns par excellence ist der Vertrag, der Kontrakt. Kein Wunder also, daß, denkt der Liberale an Staatstheorie, er kontraktualistisch denkt und sich bei Rousseaus *Contrat social* am wohlsten fühlt. In liberaler Sicht gründet der Staat im Recht, geht Gesetz vor Gewalt. Ein politisierter Kopf würde darauf antworten, daß alles Recht ohne eine es sichernde Gewalt nichtig ist und mit Thomas Hobbes entgegnet: *Autoritas, non veritas facit legem* – die Autorität, nicht die Wahrheit macht das Gesetz. Carl Schmitt übersetzte dies prompt mit »Autorität statt Majorität«; ein böser Hieb auf das parlamentarische Einvernehmen darüber, daß Mehrheitsentscheidungen rechtsverbindlich sind. Statt dessen nun hier die Entgegnung: Von wegen Majorität, nein, allein die Autorität, wer immer das ist. Wer die Macht hat, macht das Recht.

Gegen diese Auffassung, die in Deutschland einmal *Realpolitik* heißen durfte, protestierte der Liberalismus, indem er dem Recht der Macht das Menschenrecht entgegensetzte. Und da jeder Individualismus, das Pochen auf die Rechte des einzelnen, konsequent auf Universalismus hinausläuft – also alle einschließt; denn welcher einzelne sollte vom Menschenrecht ausgeschlossen sein –, darum ist auch der Pazifismus im liberalistischen Ideengepäck zu finden. *Ludwig Quidde*, einem führenden Liberalen der wilhelminischen Ära, verdanken wir den Ausspruch: »Pazifismus ist die Übertragung des demokratischen Prinzips auf die Außenpolitik.« Die Demonstranten allerdings, die jüngst in Anwendung dieses Prinzips zu handeln meinten, sind damit bei ihren demokratischen Regierungen auf wenig Gegenliebe gestoßen. Schmittianisch gedacht ist dies in der Tat das Allerunpolitischste überhaupt, denn für den Pazifisten entfällt die Gliederung nach Freund und Feind.

So ist also der apolitische Deutsche, dessen Sonderweg in den vergangenen Jahrhunderten wesentlich vom Mangel an Liberalität geprägt war, heute eines liberalistischen Überschusses wegen ein Apolitischer? Die Logik der Kriterien läßt keinen Zweifel zu. Aber sind nicht die Alliierten im Januar unter dem Banner explizit liberaler Werte in den Golfkrieg gezogen? Liberal wird man ihr dortiges Tun dennoch kaum nennen können. Es zeigt nur, daß der liberale Typus in der Realität nicht in Reinkultur vorkommt, daß nach innen liberale Nationen, wie

etwa die Engländer, in ihre Außenpolitik ganz andere Selbstverständlichkeiten eingehen lassen. Als Schizophrenie wird das so wenig empfunden wie der soziologisch verbürgte Umstand, daß Humanität auf einem Sockel aus Ausbeutung steht, daß intensive persönliche Hingabe an relativ unpersönliche, abstrakt humane Ideale und Prinzipien sich eigentlich nur in reichen Gesellschaften findet – solchen mit einer kolonialen Tradition.

Aber, so der nächste Einwand, ist die Identifikation der Golfkriegsdemonstrationen mit dem Liberalismus nicht hanebüchen; genauso hanebüchen, wie wenn man sagen würde, jene Demonstranten seien die typische Klientel der FDP? Und zeigt nicht gerade die unter ihnen beliebte Parole »Kein Blut für Öl« wie vehement sie sich gegen den Primat des ökonomischen Interesses stellen, wie spinnefeind sie dem Wirtschaftsdenken sind? Das kann man genausogut andersherum auffassen, so nämlich, daß diese Wirtschaftskritik gerade ihre Befangenheit im Wirtschaftlichen zeigt, wenn sie überall bloß noch Ölinteressen wiltert. Denn es beweist anscheinend, genau wie Schmitt und Bohrer meinen, das heutige Unvermögen, eine politische Idee überhaupt noch wahrzunehmen.

Daß aber die Gleichsetzung stimmt, wonach Liberalismus Entpolitisierung bedeutet, sieht jeder leicht, wenn er einmal die Pole betrachtet, die das Klima aller Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik bestimmen. Der politische Begriff des Kampfes ist im liberalen Denken verpönt; also wird er »auf der wirtschaftlichen Seite zur Konkurrenz, auf der andern, »geistigen« Seite zur Diskussion« (C. Schmitt). Aus Staat wird Gesellschaft, entsprechend werden die Staaten der Erde zur Weltgesellschaft, die Nationen zur Menschheit, und die Weltwirtschaft träumt sich den Globus als einheitliches Produktions- und Verkehrssystem. Die Kategorie der politisch-kulturellen Einheit, das Volk, wird zur Bevölkerung. Und das heißt: Kulturell existiert es hauptsächlich als kulturell interessiertes Publikum, ökonomisch teils als Betriebs- und Arbeitspersonal, teils als eine Masse von Konsumenten. Aus Herrschaft und Macht schließlich wird an dem geistigen Pol Medienpräsenz und Massensuggestion, an dem wirtschaftlichen Pol Kontrolle.

Für die Deutschen bedeutete die Verwirtschaftlichung des Denkens, diese Entpolitisierung, tatsächlich eine große und heilsame Entlastung, darin ist Thomas Manns Prognose zuzustimmen. Der mythisch-heroische Tiefsinn wurde glücklich zum Flachsinn (Erhard, nicht Adenauer ist der Gründervater der Republik). Aber ein Bewenden kann es damit auch nicht

haben, denn in seiner derzeitigen Verfassung scheint das bei uns hochgeschossene Praxis- und Funktionsdenken einzig bestrebt, ganz Deutschland in ein Mixtum compositum aus Spaßbädern und Autobahnen zu verwandeln.

Metaphysisch wird der Deutsche zwar noch hin und wieder. Jedenfalls aus Sicht der Franzosen, die ein Wort wie *Waldsterben* so abgründig versponnen finden, daß sie es in ihrer Sprache nur als Germanismus zulassen und eine eigene Bildung verweigern. Doch ob der apolitische Deutsche Thema bleibt, ist trotz solcher Virulenzen zweifelhaft. Die eigentlichen Sorgen der Welt sind andere, und die großen Gesten einer symbol- und staatsstüchtigen Politik werden sie nicht mildern. In der Hitze, die die Polkappen schmelzen, die Völker wandern, die Landstriche veröden und den armen Süden sich empören läßt, verdampft alle Staatsräson. Es sei denn, man instrumentalisiert sie als Mittel im kommenden Verteilungskampf. Vielleicht müssen wir ja Bohrers Beschwörungen so verstehen? So viele mögliche Feindschaften! Da sind auch die alten Fahnen gut, wenn sie nur helfen, die Fronten zeitig zu gliedern, bevor sie in der restlos verheerten Welt ins Rutschen kommen.

RENÉ WEILAND

Grenzbesinnungen –

Zum 100. Geburtstag
Helmuth Plessners

Durch Offenheit vor allem sind Helmuth Plessners Arbeiten bestimmt; dies ist ablesbar an der interdisziplinären Weite und anschauungsfreudigen Direktheit seines Denkens, wie an seinem Stil, der die Balance zu halten weiß zwischen naturwissenschaftlicher Exaktheit und *common sense*-geleiteter Lässigkeit. In seiner dreifachen Eigenschaft als Zoologe, Soziologe und Philosoph hatte er ein Gespür für unaufhebbare Differenzen; und so setzte er all seinen diskursiven Ehrgeiz darein, jene fundamental heterogenen Bereichen, in welchen menschliches Leben sich vollzieht – Geistigkeit, Leiblichkeit und Geselligkeit –, aufeinander abzustimmen. Und dies nicht zuletzt vermittels eines phänomenologisch geschulten Blicks, worüber Erfahrungsinhalte wie philoso-



Philosoph Helmuth Plessner (1892–1985)
Foto: Ullstein/Horst Tappe

phische Theoreme gleichermaßen »ursprünglich« vor sein Auge kamen.

Dabei wußte Plessner jenen vertikal-ontologischen Coup zu vermeiden, der die ebenfalls von der Phänomenologie herkommende Existentialanalytik eines Martin Heidegger vollführte. Zwängte dieser die unterschiedlichen Lebens-Bereiche in die Schmalspur »eigentlichen Daseins«, so suchte Plessners philosophische Anthropologie die verschiedenen Sphären und die ihr entsprechenden Disziplinen gleichsam in der Breite miteinander zu synchronisieren. Anders als in der Existenzphilosophie ist der Grundbegriff philosophischer Anthropologie auch nicht *Dasein*, sondern *Leben*: läßt doch der Begriff des Daseins die Verklammerung der menschlichen Existenzweise mit dem menschlichen Organismus außer acht. »Existieren kann nur, wer lebt, auf welchem Niveau immer«, schreibt Helmut Plessner noch 1973. »Sich dagegen zu sperren und Leben auf einer seiner Möglichkeiten, nämlich existieren, zu fundieren, heißt den Einsatz der Frage des Menschen nach sich selber von dieser Selbstbezüglichkeit willen als die einzige legitime Direktive für eine Anthropologie in philosophischer

Absicht gelten zu lassen. Man kann aber auch bei den Wesenskriterien der Lebendigkeit einsetzen und nicht wie Heidegger die Frage vom Frager her, sondern im Gesichtskreis des Lebens, gewissermaßen von unten her aufrollen.« (*Der Aussagewert einer Philosophischen Anthropologie*, in: *Gesammelte Schriften*, Frankfurt/M. 1980–1985, Band 8, S. 388 f.)

Im Gegensatz zu jenen Lebensphilosophien indes, die sich in der bloßen Bejahung des Lebens ergehen, beharrt Plessner auf der Notwendigkeit, den Menschen von *seinen Grenzen* her zu begreifen. Die Wirklichkeit des Menschen war ihm denn auch einzig über eine »doppelte Grenzforschung« einholbar, die den Menschen gleichzeitig als wissenschaftliches Objekt und als philosophisch-moralisches Subjekt zu fassen versteht. Philosophische Anthropologie darf folglich nicht als ein metaphysisch aufgeladener Biologismus mißverstanden werden; im Gegenteil hat sie als Wissenschaft, um der Lebendigkeit des menschlichen Lebens willen, ständig auf ihre eigenen Grundlagen und Begrenzungen zu reflektieren. Dies erst vermag den Menschen vor seiner Vergegenständlichung durch die Wissenschaft und der Verfügbarmachung durch die Gesellschaft zu bewahren – um so, in den eigens durch die Würde des Menschlichen gesetzten Grenzen, ihre sowohl offenhaltende wie universale Funktion erfüllen zu können.

Homo absconditus

Nach Maßgabe solch doppelter Grenzforschung und -besinnung gilt es, immer neu den Ausgleich zwischen Philosophie, Anthropologie, Soziologie und Politik zu finden. Daran, daß sie bei aller disziplinären Gegenläufigkeit aufeinander lebenspraktisch angewiesen sind, manifestiert sich auf zivilisiert-komplexe Weise, was Helmuth Plessner die »Unergründlichkeit des Lebens und der Welt« nannte. Überhaupt war ihm Unergründlichkeit, als Nachtseite jener einzig dem Menschen zukommenden Weltoffenheit und Geschichtlichkeit, eine Grundeigenschaft menschlichen Lebens. Niemals finden wir nämlich *vollständigen* Aufschluß über uns selbst anhand unserer Objektivationen, unserer Taten und Produkte; vielmehr werden wir unserer selbst in einem doppelten Sinne als historische Wesen inne: als Wesen, die im selben Sinne Geschichte machen, wie sie von ihr gemacht werden.

Allem Plessnerschen Nachdenken über den Menschen und das Menschliche liegt folglich die Figur des sich selbst verborgenen Menschen, *homo absconditus*, als Leitmotiv zugrunde. Phi-

losophische Anthropologie hat danach die Aufgabe, das Unergründliche verbindlich zu nehmen und darüber den Begriff des Menschen selbst offenzuhalten. Plessner unterscheidet denn zwischen einer inhaltlichen und einer formalen Bestimmung des menschlichen Wesens, einem festlegenden *Was* und einem offenhaltenden *Wie*. »Die erste Möglichkeit läßt nichts offen, sondern zwingt zu einer konkreten Angabe des Wesens des Menschen. Beispiele wären etwa: der Dichter ist der wahre Mensch, das Griechentum ist das wahre Menschentum, Christus allein ist wahrhaft Mensch gewesen, Philosophie ist eigentliches Menschsein. Nach dieser Methode kann eine Eschatologie, eine Heilsgeschichte, eine Kirche, ein Dogma denken, indem sie von vornherein auf die profane, natürliche, rationale Offenheit gegen Möglichkeiten anderen Menschentums verzichtet. Die zweite Möglichkeit der Setzung des Wesens in ein *Wie* schafft sich von vornherein den Raum, alles, was Menschenantlitz trägt, als gleichberechtigte Ausformungen und Weisen des Menschseins zu verstehen.« (*Macht und menschliche Natur*, 1931, GS 5, S. 154 f.)

Exzentrizität und Verkörperung

Seine Option für eine offenhaltend-formale Wesensbestimmung des Menschen und des Menschlichen, das »Prinzip der Verbindlichkeit des Unergründlichen«, brachte Helmuth Plessner dazu, den Menschen praktisch-theoretisch als ein Wesen zu fassen, das sich seiner selbst nur *umweghaft* innewerden kann. Als *conditio humana* im Sinne einer allen kulturellen und geschichtlichen Prägungen zugrundeliegenden Konstante ließ er einzig eine Art primäres Ausdrucks- und Verkörperungsgebot gelten, das der spezifischen Stellung des Menschen in der Natur geschuldet ist, dem, was Plessner die *Exzentrizität* des Menschen nennt: Wenn auch das Tier aus seiner Mitte heraus und in seine Mitte hinein lebt, so lebt und erlebt es sich doch nicht *als* Mitte. Demzufolge ist der Mensch als ein Wesen zu betrachten, das sich selber niemals einzuholen vermag, das vielmehr darauf angewiesen ist, sich immer neu als und in etwas zu verkörpern, kurz, eine *Rolle* einzunehmen. Dies macht den Menschen gleichsam zu einem je schon ideologischen Lebewesen – in dem Sinne, daß »Ideologie« weniger Täuschung und Uneigentlichkeit bezeichnet, als die, wie Plessner sagt, »jeweilige Seinsverbundenheit und Verwurzelung« menschlicher Aktivität, ihre leib- und situationsgebundene »Chance und Schranke«.

Die Tatsache, daß der Mensch seiner selbst

nur über den anderen und über den Umweg einer Rolle habhaft werden kann, macht das »Doppelgängertum« des Menschen aus; dieses im Namen irgendeiner Eigentlichkeit aufzuheben, heißt, die Menschenhaftigkeit selber zu negieren. Die Achtung des dergestalt Inauthentischen ist der Anfang des Politischen; in seinem Buch *Grenzen der Gemeinschaft* von 1924 beschreibt Plessner den Respekt vor der ursprünglichen Rollenhaftigkeit des anderen als einen für die Rechtfertigung jedweder gesellschaftlichen Struktur unabdingbaren »Irrealisierungszwang«: als Takt im Sinne »willigen Geöffnetseins«, wo der andere nicht an meinem eigenen, sondern an seinem Maßstab gemessen wird, ja wo die egozentrische Perspektive gebrochen wird, d. h. über die Erfahrung der Austauschbarkeit der Perspektiven ihre eigene Realitivierung erfährt.

Aus diesen Gründen ist menschliches Verhalten nicht mit dem Instrumentarium vergleichender Verhaltensforschung zu begreifen, die sich mit Analogieschlüssen zur animalischen Welt begnügt. Dessen eingedenk statuierte Plessner drei »anthropologische Grundgesetze« – die *vermittelte Unmittelbarkeit*, die *natürliche Künstlichkeit* und der *utopische Standort* –, welche einer vereinsseitigenden Naturalisierung des Menschen wie auch, komplementär dazu, seiner Spiritualisierung wehren, indem sie gerade eine Brechung und Durchdringung all dieser Sphären *voraussetzen*. Ihnen entspricht jene dreifach gebrochene Positionalität, die den Menschen erst als eine Person definiert, nämlich zugleich Körper zu sein und einen Körper zu haben sowie außerhalb des Körpers jenen *archimedischen Punkt* einzunehmen, von dem aus der Mensch sich als deren Einheit, eben als unableitbares Individuum, innewird. Analog wiederum zu dieser dreifachen Brechung befindet sich der Mensch am Schnittpunkt dreier Welten: Innenwelt, Außenwelt und Mitwelt.

Ausdrucksgeschehen

Die »konstitutive Gleichgewichtslosigkeit« des Menschen, seine gedoppelte Existenzweise, läßt sich ihn selber als einen Bruch in der Natur erfahren. Diese Erfahrung ist gleichsam die Unergründlichkeit *in actu*. Daraus die notwendigen methodologischen Schlüsse zu ziehen, heißt, sich in bezug auf das menschliche Leben allzu klarer und bestimmter Begriffe zu enthalten; machen diese uns doch unempfindlich gegenüber der – zugegebenermaßen *vermittelten*, d. h. in sich gebrochenen und verwickelten – Einheit des Lebens. Bekanntermaßen hat Des-

cartes' Zweiteilung des Wirklichen in Bewußtsein einerseits und Dinglichkeit andererseits, *res cogitans* und *res extensa*, eben diese Unempfindlichkeit gewinnbringend festgeschrieben: läßt sich doch eine Wirklichkeit, die in physikalische Äußerlichkeit und psychologische Innerlichkeit aufgespalten ist, pragmatisch-wahrheitsindifferent handhaben – mit dem Ergebnis, daß die darauf folgenden Versuche in der Neuzeit, die Wirklichkeit als Ganzes zu denken, diese Ganzheit entweder spiritualistisch deuten, in Ausweitung der *res cogitans*, oder materialistisch, in Reduktion auf die *res extensa*.

Eben die Zweiteilung der Wirklichkeit und die daraus resultierende Verzerrung, sei sie nun spiritualistisch oder materialistisch temperiert, sucht Helmuth Plessner in Hinblick auf den *gelebten* Doppelaspekt von Körperlichkeit und Innerlichkeit zu überwinden. Dies, indem er einerseits den Menschen als »dargelebte Einheit von erster und dritter Person« und andererseits den Begriff der »psychophysisch neutralen Einheit« von Körperlichem und Seelischem methodologisch einführt; was ihm überdies erlaubt, eigens das Komplex-Umweghafte der menschlichen Existenzweise ineinzudenken mit der Einheit des Lebens selber. Das aber kann er nur, weil er *Leben* nicht ontologisch vom Dasein her, sondern hermeneutisch als *Ausdrucksgeschehen* zu begreifen sucht. Denn in der Logik des Ausdrucks werden wir des Lebens weniger als einer Substantialität inne, deren Bedeutung sich aus einer festgefügtten Ordnung deduzieren ließe, denn als eines labilen Begegnungsgefüges, das einen jeweils neu ausdeutbaren Sinn in sich birgt. So verstanden, ist auch das gemeinsame Dritte von Psychischem und Physischem nicht selbst wieder ein inhaltlich definierbares Element, sondern lediglich die Art und Weise, wie Psychisches und Physisches füreinander objektiv gegenständlich existieren: nach Maßgabe dessen, wie einerseits ein Subjekt Materie *wahrnimmt* und andererseits die Materie einem Subjekt *erscheint*.

In seiner zusammen mit dem holländischen Verhaltensforscher Buytendijk verfaßten Abhandlung *Die Deutung des mimischen Ausdrucks* von 1925 zeigt er, inwieweit Leib und Umgebung eine unsichtbare Ganzheit bilden, welche noch der geringsten Wahrnehmung und Handlung als »Schicht des Verhaltens« zugrundeliegt. Ein Kind, das laufen lernt, lernt demzufolge nicht nur, seine Glieder koordiniert zu bewegen, sondern seinen Leib in ein sinnvolles, d. h. durch *Gegensinnigkeit* der subjektiven Sphäre einerseits und der objektiven Sphäre andererseits bestimmtes Verhältnis zu seiner

Umgebung zu bringen; in ein Verhältnis, das sich weiterhin in zwei Grundrichtungen, in eine sukzessive Handlungsbewegung und in eine gestalthafte Ausdrucksbewegung, differenzieren läßt.

Eine »Schicht des Verhaltens« sehen wir überall dort gegeben, wo »der lebendige Körper in seiner Haltung einen gestaltmäßigen und zugleich verständlichen, einheitlichen Bezug zur Umwelt äußert« (GS 7, S. 114). Handlung und Wahrnehmung erweisen sich als in dem Maße sinnvoll, wie sie auf die Umwelt hin *gerichtet* sind, d. h. wie uns mit dem Sichtbaren ein Unsichtbares auf nichtgegenständliche Weise mitgegeben ist, wo das, was nicht erscheint, *mit dem Erscheinenden* mitwahrgenommen wird. Der im Handeln wie im Wahrnehmen waltende »Richtungszug« läßt sich dabei weder der Sphäre des Objekts noch der des Subjekts zurechnen, sondern dem undarstellbaren Zwischenbereich jener »psychophysisch neutralen Schicht«. An sie reichen wir subjektiv einzig kraft unserer *Sinne* heran.

Kritik der Sinne

In seinem Buch *Die Einheit der Sinne. Grundlinien einer Ästhesiologie des Geistes* von 1923 sucht Helmut Plessner den Beweis zu führen, daß die uns gegebenen Sinne nicht bloß Durchlaßstellen von Wahrnehmungen zugunsten einer die Sinne übersteigenden, gleichsam hinter die Erscheinungen langenden Erkenntnis sind, sondern daß sie die unersetzbare Funktion haben, die Einheit der Person mit dem chaotischen Außen, eben der Welt der Erscheinungen, zu vermitteln. Dergestalt kehrt Plessner die Prioritäten um vom Formal-Erkenntniskritischen zum Material-Sinneskritischen. Womit sich für die Erkenntnis insgesamt die Blickrichtung ändert: Das Aussehen der Welt hängt nun nicht mehr von unserem Bewußtsein, sondern, umgekehrt, unser Bewußtsein vom Aussehen der Welt ab; wenn wir denken, üben wir, ob bewußt oder unbewußt, stets Mimesis ans Reale. So versucht Helmuth Plessner mittels der von ihm angestrebten »Kritik der Sinne« eigens den Arten der Versinnlichung geistiger Gehalte nachzuspüren, um zu zeigen, daß die Sinngebungen des Bewußtseins unablässig sind von den sinnlich vermittelten Materialitäten.

Die Einheit der Sinne bedeutete für ihn den Durchbruch zur philosophischen Anthropologie auf einem Wege, der nicht erst in seinen weltanschaulichen Schlußfolgerungen, sondern bereits in seinem methodischen Ansatz grundverschieden ist von denen Max Schelers oder Arnold Gehlens. So ging er in den fünf Jahre

später erschienenen *Stufen des Organischen und der Mensch* nicht – und sei es negativ – von Uexkülls Konzept der spezifischen Umweltgebundenheit menschlichen Lebens aus, sondern von Diltheys lebensphilosophischer Hermeneutik, die das menschliche Leben weniger nach Maßgabe eines metaphysischen oder biologischen Vor-Wissens zu begreifen, als vielmehr auf seinen erfahrungsvermittelten Gehalt hin zu deuten sucht gemäß der Devise »Leben versteht Leben«.

Plessners »Kritik der Sinne« ist von dem Glauben getragen, daß die Sinnesqualitäten zum objektiven Sein der Dinge gehören, daß also die Welt selber, wie sie sinnlich sich vermittelt, *schon* in Entscheidung zu dem Wesen *Mensch* steht. Plessners Frage ist nun, inwieweit Stoff und Form ineinanderspielen, um eine sinnvolle – d. h. der Einheit der Anschauung entsprechende – Gestalt herauszubilden. Die Antwort variiert je nach Maßgabe von Intuitionismus (bzw. Rationalismus) oder Kritizismus (bzw. Sensualismus). Während der Intuitionismus gleichsam auf den Kern des Objekts zielt, bleibt der Kritizismus bei den Bedingungen der Möglichkeit subjektiver Erkenntnis stehen. Aus der Einsicht, daß Intuitionismus und Kritizismus unaufhebbar parallel verlaufen, die eine Richtung nicht auf die andere überführbar ist, ihr Vorrang mithin unentscheidbar bleiben muß, hat Helmuth Plessner eine Theorie der Anschauungsweisen entwickelt, die zwischen Intuitionismus und Kritizismus zu vermitteln sucht. Dies vermag er, indem er die Wissensformen als *Begegnungsmodi* von Objektivem und Subjektivem begreift. Ästhesiologisch, d. h. nach Maßgabe der verschiedenen Sinnesleistungen, sind Körper und Geist auf dreierlei Weise – *optisch, akustisch und zuständlich* – miteinander verbunden. Dem entsprechen drei Arten, wie das Bewußtsein Sinn vermittelt: die schematisch-darstellende, die *syntagmatisch*-präzisierende und die *thematisch*-prägnante Sinngestaltung. Dem wiederum sind *drei* Auffassungstypen zugeordnet: *Antreffen, Innewerden* und *Füllen* – analog den Wirkweisen von Wissenschaft, Sprache und Kunst.

Sofern wir schematisieren, *vereinfachen* wir: so versichert sich die Wissenschaft methodisch der Beherrschung ihres Gegenstandes; ihr geht es darum, Sachverhalte darzustellen in Hinblick auf ihre Veränderbarkeit. Demgegenüber besteht die syntagmatische Funktion der Sprache darin, Sinn nuancierend zu gliedern, d. h. Außen und Innen, logische und grammatikalische Sinnformen miteinander zu synchronisieren; ihr geht es, zweckfrei, um ein *innewerdendes* Verständnis von Sachverhalten. Erst die

Kunst aber vermag vermittelt thematischer Sinngestaltung Stoff und Empfindung, Außen und Innen in vollständige Übereinstimmung zu bringen; ihr geht es um die Prägnanz gestalteter Sinnfülle, welche nie vollständig ausdeutbar ist. So verstanden, ist Schönheit durchaus verständlichen Charakters – ganz entgegen der landläufigen Meinung, Schönheit wäre identisch mit einem Jenseits alles Verstehbaren.

Politische Implikationen

Die irreduzible Vielfältigkeit dieser Begegnungsmodi von Subjektivem und Objektivem ergibt so etwas wie ein sensorisch-kognitives Differentialsystem, dessen sich der Mensch um seiner eigenen zivilisatorisch-kulturellen Selbstentfaltung willen bedient. So kommt es darauf an, einen konstitutionellen Rahmen zu schaffen, der diese Vielfältigkeit bewahrt. Damit sind wir beim Problem des Politischen angelangt, dem sich Helmuth Plessner als mittelweltlicher Implikation philosophischer Anthropologie von früh an gewidmet hat. Eindringlich hat er zu Zeiten der Weimarer Republik in seinem Buch *Grenzen der Gemeinschaft* davor gewarnt, die zivilisatorisch-sozialen Differenzierungen einem »Gemeinschaftsradikalismus« zu opfern, der auf ein vitalistisches Jenseits aller zivilisatorischen Verkörperungen gesellschaftlichen Zusammenlebens – dessen, was man alltagssprachlich *Takt* nennt – regrediert.

So beschreibt es Plessner als ein klassisches deutsches Problem. Wirklichkeit und Idee, Politik und Moral miteinander zu einem Organizismus verschmelzen zu wollen, der sich bei alledem aus einer starren Zweiteilung der Wirklichkeit – in Seele und Kultur hier, Geist und Zivilisation dort – herleitet. Identität wird hier nicht auf teleologischem Wege zu erlangen gesucht, auf welchem die Zweiteilung einem umgreifenden Dritten zugeführt würde, sondern in rein ekstatischer Manier, wo in der halbierenden Bejahung der Wirklichkeit der Dualismus der Wirklichkeit gleichermaßen gezeugnet wie ideologisch ausgebeutet wird. In *Die verspätete Nation*, erstmals erschienen 1935 und erst 1959 wiederaufgelegt, wird er den politischen Extremismus der Deutschen auf den lutherischen Protestantismus als eine »Religion der Konzessionslosigkeit« zurückführen, welche eigens mit dem Wirklichkeitsprinzip bricht, indem sie den Menschen zu gleichen Teilen auf seine Innerlichkeit und auf seine Botmäßigkeit gegenüber der herrschenden Ordnung verpflichtet. Die Welt wird derart zum Exerzierplatz des einzelnen Wissens entwirkt, während gleichzeitig obrigkeitliche Imperative

die Seele der einzelnen in Beschlag nehmen – ein Fall politisch-moralischen *double-binds*.

Kein Wunder, daß die lutherisch-protestantische *Weltfrömmigkeit* einhergeht mit einer Zwanghaftigkeit, mittels derer eine überforderte Innerlichkeit äußere Stabilität zu erlangen sucht. Der *Gemeinschaftsradikalismus* des späteren Nationalsozialismus wird eben diese Zwanghaftigkeit zu dynamisieren wissen: Die noch am Ständestaat orientierte Weltfrömmigkeit protestantischen Biedersinns erfährt unter dem Druck einer modernen Industriegesellschaft ihre totale Mobilmachung zu einem »titanischen Weltvertrauen« neuheidnischen Typs. – Retrospektiv sollte es sich mithin als fatal erweisen, daß sich die Deutschen erst zum Ende des 19. Jahrhunderts eine nationalstaatliche Ordnung gaben, zu einer Zeit, da der Nationalstaat nur mehr wirtschaftlich-machtpolitisch opportun war und seine historische Bindung an das Zeitalter von Aufklärung und Republikanismus bereits zu verblassen begann.

Das Politische ist an eine Kultur der *Sichtbarkeit* gebunden: nichts anderes ist *Zivilisation*. Der anti-politische Affekt der Deutschen äußerte sich folglich in ihrer Emphase eigener kultureller *Tiefe* gegenüber der zivilisatorischen *Oberflächlichkeit* des lateinischen und angelsächsischen Westens. In dem Maße, wie die Tiefe deutsch-romantischer Philosophie und Musik in Konflikt gerät mit republikanischem Gemeinsinn, waren sie bestens beanspruchbar als Garanten eines deutschen *Sonderwegs* – nach der Devise, wie sie Plessner paraphrasiert, daß erst da, wo die Rede verstummt, die Musik und erst dort, wo die Rede zerbricht, die Philosophie beginne.

Lange Zeit konnte dies fehlende Gleichgewicht zwischen Innerlichkeit und Diesseitigkeit, Metaphysik und Politik dichterisch-philosophisch kompensiert werden; eine Kompensation, die unter modernen massengesellschaftlichen Bedingungen letztlich die verhängnisvolle Karriere einer nekrophil-suizidalen Privatmythologie wie die des Nationalsozialismus ermöglichte. Unter politischem Gesichtspunkt ist Helmuth Plessners philosophische Anthropologie der Versuch, schon in der Theoriebildung gegen die machtpolitisch ausbeutbaren Gleichgewichtsstörungen anzugehen. Maßlosigkeit war ihm das Stigma des Menschen schlechthin. Zumal in Zeiten, wo die post-industrielle Gesellschaft sich anschickt, den Menschen abzuschaffen bzw. neu zu erfinden, tut es not, die menschliche Person philosophisch zu Ehren zu bringen: als ein lebendes Paradoxon prinzipieller Unerschöpflichkeit bei leibbedingter Begrenztheit.

ROLF SCHNEIDER

Sport und Ästhetik

Die Beziehungen des Sports zu den schönen Künsten gestalten sich heute eher mittelbar, obschon beide ihren Ursprüngen zufolge eigentlich zurückgehen auf die gleichen kulturellen Wurzeln. Die Arbeitsteiligkeit, welche die beiden Phänomene auseinandertrieb, ist nicht erst ein Eingriff der modernen Warenwirtschaft gewesen. Inzwischen verhält es sich so, daß die Bezirke der Kunst vergleichsweise klein und fein, jene des Sports hingegen mächtig, wiewohl auch ein wenig vulgär sind.

Sport und Kunst unterhalten mittelbare Verbindungen, sage ich und sage das zum Beispiel entgegen dem einen und anderen Sportroman, etwa dem von der Einsamkeit des Langstreckenläufers, dem von der Angst des Torhmanns beim Elfmeter oder dem von Cashel Byrons Beruf. Letzterer ist ein Boxerbuch. Der Verfasser heißt George Bernard Shaw. Die Geschichte vom Faustkämpfer Byron, eines von Shaws Jugendwerken, darf im Rahmen sportbelletristischer Betrachtungen als ein Klassiker gelten.

Shaw war von Herkunft Ire. Noch heute gibt es in den durch Massenarbeitslosigkeit geplagten proletarischen Vororten Dublins, der Geburtsstadt Shaws, Boxkämpfe zwischen halbprofessionellen Akteuren. Ihre kleine Kasse finanziert sich aus Einsätzen der Zuschauer. Die Fights werden ohne Handschuhe ausgetragen. Sie sind ein elendes und ziemlich blutiges Geschäft.

Herkunftsregion des modernen Sports ist das Angelsächsische, weil dort noch eine strikt soziale Auffächerung waltet, auch betreffend den Sport. Es gibt für die Oberschicht Hockey, Golf, Polo, überhaupt den Reitsport und, falls man sie dazu rechnen will, die Fuchsjagd. Es gibt für die Unterschichten Rugby und Fußball. Die allgemeine Inkompatibilität zwischen den jeweiligen Sportdisziplinen und ihren Teilnehmern ist so unerschütterlich wie jene zwischen den beiden Londoner Wohnbezirken Mayfair und Soho.

Die soziale Festlegung einer Sportart muß nicht unabänderlich sein. In unserem Lande beweist dies seit neuestem das Tennis. Als weißer Sport schon durch die Farbe seines Dresses bestimmt zur Beschäftigung derer, die sich auch sonst nicht schmutzig machen, hat er jüngsthin wegen der Popularität einiger Spieler eine gesamte Zubehörinterie inspirieren können und wurde danach zu einer förmlichen Breitenbewegung.



Sport und Gewalt

Foto: dpa

Allein, die Sache ist erkennbar eine deutsche Spezialität. Sie ist zudem eine des zweiten deutschen Nachkriegs. In den Dreißigern hat der damals höchst populäre Tennis-Crack Gottfried von Cramm einen solchen Boom nicht entfesseln können. Das macht, durch die sozialen Erschütterungen im Gefolge eines zweiten verlorenen Weltkriegs sind die Gesellschaftsschranken in Deutschland noch nicht wieder so verfestigt, daß sie sich gegen jegliche Form der Durchlässigkeit sperren könnten oder sperren wollten.

Damit nähern wir uns amerikanischen Zuständen, in gewisser Weise. Es waren die Amerikaner, die dem größeren Teil unseres Vaterlands nach 1945 ihre politische und sonstige Kultur verabreichten. Anders als das angelsächsische Großbritannien kennen die von Beginn an bürgerlichen USA ausgesprochene Volkssportarten. Den gewöhnlichen Wonnen des Baseballspiels, der Entscheidung im Super Bowl fiebern dortige Slumbewohner ebenso entgegen wie die Mitglieder von Country Clubs.

Indessen wäre es historisch unkorrekt, die amerikanischen Einflüsse beim deutschen Um-

gang mit dem Sport erst in die Zeit nach 1945 zu tun. Dergleichen gab es auch schon früher, vor 1933, und gab es jedenfalls in der Stadt, in der wir uns hier befinden, Berlin.

Sie war einmal, sehr frei nach Walter Benjamin, die Welthauptstadt des 20. Jahrhunderts. Sie war maßstabsetzend, dabei ihrerseits nicht vorbildlos. Eines ihrer heimlichen Sehnsuchtmuster bildeten die Großstadtdschungel von Chicago und New York. Dorthier wurde nicht bloß der Jazz bezogen, sondern auch jenes klassenlose Vergnügen im Umgang mit Muskelspiel und sieghaftem Finale. Etwa in der Form des Sechs-Tage-Rennens. Der Fabrikant in der Hallenmitte schlürfte seinen Champagner, der Prolet auf den Rängen piff in die Finger, dies alles geschah zu schmetternder Musik und zu endlosen Runden der Radler. Der Expressionist Johannes R. Becher dichtete hymnische Verse darauf und nahm es alles zum Ausweis eines zeitgemäßen Lebens.

Der genaueste Chronist des altösterreichischen Untergangs, Robert Musil, schrieb mehrere hochgenaue Essays über das Kraulen, über das Tennis, und er selber nahm Unterricht im Boxen. Er war ein gebürtiger Österreicher, er war fasziniert von Amerika und lebte am liebsten in Berlin. Bertolt Brecht, ein anderer Poet jener Jahre, wollte eine literarische Arbeit über den Box-Champion Körner-Schrader verfassen. Es kam nicht dazu. Dafür portraitierte der Maler George Grosz den Box-Champion Max Schmeling in Öl. Das Bild hängt heute in den Casino-Räumen des Springer-Hochhauses an der Berliner Kochstraße.

Ich erwähne dies nicht nur, weil es sich um weitere Belege einer Verbindung zwischen Geist und Sport handelt, sondern weil sie im Zeichen Berlins stehen. Sie sind von den alten Ideen einer Leibesertüchtigung wie denen einer ständischen Verankerung des Sports gleich weit entfernt. Sie sind ein Stück zeitgenössischer Demokratie.

Moderne Republiken sind die Staatsform eines effizienten Spätkapitalismus, und alle Mechanismen darin sind der Ausdruck von Warenbeziehungen. Der Sport ist die größte und mächtigste aller Freizeitindustrien, neben oder vor dem Tourismus, und seinen Umfängen nach hat er die sehr viel ältere Freizeitindustrie der Künste längst beiseite gedrängt.

Der Kunstbetrieb lebt vom Publikum. Der Anteil der Macher in ihm ist immer viel kleiner gewesen als jener der Konsumenten. Die Arbeitsteilung zwischen der Produktion und dem Genuß von Kunst ist genuin. Beim Sport, der dies von der Kunst übernahm, standen die Dinge ursprünglich anders.

Der Brauch, körperliche Kraft und Geschicklichkeit zu üben, gar zu messen, und zwar in ritualisiertem, durch Regeln gesichertem Rahmen, gehört seinerseits, wie die Kunst, in die Anfänge der menschlichen Zivilisation. Das Prinzip, um dessentwillen dies geschah, war der Kampf.

Meist ging es dabei um Tod und Überleben, mindestens um Sieg und Niederlage. In dem ziemlich unappetitlichen, aber für eine lange Menschheits-Entwicklungs-Periode verbindlichen Brauchtum des Kannibalismus fiel das alles zusammen. Das Jagdobjekt aus Fleisch und Blut konnte zwei, vier oder noch mehr Beine haben. Es konnte sich mit Fuß, Pfote, Flosse, Flügel oder dem Bauchfuß bewegen, es wurde jedenfalls verfolgt und getötet, um verzehrt zu werden. Jagd ist Krieg, und Krieg ist Jagd. Erforderlich sind hier wie dort die nämlichen physischen und instrumentalen Voraussetzungen zum Töten.

Dieses hatte seine religiösen Rechtfertigungen, und es hatte seine vorbereitenden Rituale: Wir halten warden beim Sport. In den klassischen Sportarten des Wurfens, Schleuderns, Laufens, Springens, Reitens, Ringens, Fechtens handelt es sich samt und sonders um Tätigkeiten, welche der Vernichtung eines Gegners direkt oder als notwendige Voraussetzung dienen. Sie alle haben, als Lebensernst, mit dem dampfenden Blute zu tun.

Der Religion zuliebe konnte man auch mal so tun als ob. Der Religion zuliebe oder, welch gnädiges Ineinandergehen, sich selbst zuliebe: als Dressurakt für den nächsten Kampf ums Überleben. Wer bei solchen sportiven Wettkämpfen der Erste war, versprach auch bei künftigen Ernstfällen der Stärkere zu sein. Es empfahl sich vielleicht, ihm untertan und gehorsam zu werden.

Um hier wieder einmal einen Blick auf die Kunst zu werfen: Die hatte mit der Wehrtüchtigung nur unter anderem zu tun. Es war dies nicht ihre einzige und selten ihre beste Funktion. Gegenstand der Künste konnte und kann sein: die Liebe, der Traum, das Leiden, die Einsamkeit, die Krankheit, die Niederlage, der Tod. Niederlage und Tod dürfen in der Kunst als tragische Ereignisse aufscheinen, welche jedermann widerfahren können. Der Sport weiß von alledem nichts. Der Tod, und zwar der des Gegenübers, ist sein eigentlicher Zweck. Er ist von daher Glück und also tragikfrei. Wo die Kunst in die Harfensaite greift, kitzelt der Sport in uns die Bestie.

Jene Religionen, unter denen der Sport gedieh, da er ihnen zweckdienlich war, sind durchweg polytheistische. Die höhere, erhabere

Form aller Religiosität ist der Monotheismus. Alle unsere numinosen Bedürfnisse werden jetzt auf einen einzigen Schöpfergott bezogen, der absolut und singular ist wie der König oder Kaiser im eben anbrechenden Feudalzeitalter. Während da nun die Künste als ideologisches Warenlager beibehalten, in den Mitteln eher noch intensiver und raffinierter wurden, blieb der Sport verbannt. Das europäische Mittelalter war eine überwiegend sportfreie Epoche. Die Vorstellung eines religiösen Hochspringers oder christlichen Ringkämpfers wäre ein einigermaßen blasphemisches Ding. Wettbewerbe im Zeichen des Gekreuzigten gab es allenfalls im spirituellen Bereich. Bloß ganz am Rand des Geschehens hielten sich ein paar Turnierübungen, Duell-Gebräuche, vielleicht ein bißchen Fischerstechen und Sauhatz.

Daran hatte sich noch in der beginnenden Neuzeit nicht viel geändert. Ein wenig bäuerlich-volkstümliche Gaudi geriet außerdem ins Blickfeld, Fingerhakeln und Eisstockschießen sowie, auf den Britischen Inseln, allerlei Ballspiele mit und ohne Hilfsgerät. Alles wurde anders, nachdem die Französische Revolution die Kruzifixe geschleift, Kathedralen zu Pferdeställen gemacht und als Gottheit die Vernunft inthronisiert hatte.

Die neu ausgerufene Dreieinigkeit hieß bekanntlich Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Von diesen drei Parolen waren zwei, die beiden letzten, demagogische Lügen. Die erste galt insofern, als es Leute gab, die im harten Konkurrenzkampf des bürgerlichen Zeitalters die Nase vorn und den Kopf oben behielten, worauf sie sich der von allen feudalen Präferenzen blankgefegten Freiheit des Industriezeitalters freuen durften. In just dieser Situation kam der Sport wieder auf.

Es hatte dies mit den Idealen des Liberalismus und dem bürgerlichen Idealismus zu tun, aber auch mit der ausbrechenden Religionslosigkeit. Von dem strapaziösen Umgang mit dem unvorstellbaren Christengott entbunden, fiel man auf Menschheitsreflexe des vormontheistischen Zeitalters zurück. Allerlei Nebengötter tauchten wieder auf: in den spiritistischen Sitzungen bezahlter Medien, in den Predigten von Theosophen oder anderen fernöstlich, seltener germanisch inspirierten Hohepriestern. Vor allem aber drängte in dieses von Göttlichem entblökte Vakuum der Sport, vermöge der Fähigkeit, seine Sieger, wie einst in Olympia, in die Höhen des Gebenedeitseins und der Gottähnlichkeit zu stemmen.

Es war (und ist) dies eine Gottähnlichkeit um ihrer selbst willen. Es ging nicht mehr wie zu Zeiten der altgriechischen Polis darum, sol-

cherart einen potentiellen Kriegshelden zu testen. Der Sport als Wehrtüchtigung war, wiederum im Dunstkreis der Französischen Revolution, ein eher kurzatmiges patriotisches Brauchtum gewesen. In dem Maße, wie moderne Kriege zu reinen Materialschlachten wurden, bedurfte man des vaterländischen Turnens nicht mehr. Neu-Olympia kam ins Gespräch. Jahn und GutsMuths wurden verdrängt durch den Baron de Coubertin.

Daß jemand eine Metallkugel etwas weiter warf, einen bestimmten Streckenabschnitt etwas rascher durchlief, war fortan also ohne jegliche praktische Relevanz. In Stadien und auf Aschenbahnen wurde mit den Mitteln einer überholten Kriegstechnik exekutiert, was, nach der Lehre des Forschers Charles Darwin, die Natur unentwegt betrieb und was jeder, der Börsenkurse zu lesen in der Lage war, tagtäglich im Wirtschaftsleben wahrnahm: Durchmarsch des Stärksten, des Geschicktesten zur Spitze.

Nun war der Sieger auf der Aschenbahn nicht identisch mit dem Sieger im Kampf um Marktanteile. Das eine hatte mit dem anderen bloß die Choreographie gemeinsam. Wenn im Sport etwas trainiert wurde außer den Muskeln, dem Brustkorb und der Herztätigkeit eines Athleten, so war das eine Maxime: jene vom

Sieg des Tüchtigsten. Woraus erhellt, daß eigentliches Subjekt des modernen, mit dem 19. Jahrhundert einsetzenden Sportbetriebs nicht der Athlet, sondern das Publikum ist.

Ohne seine Voyeure wäre der Sportbetrieb, wie wir ihn heute kennen, nämlich nichts. Er würde nicht existieren. Die Halbgötter der Arenen und schweißduftenden Hallen mästen sich ihre Gottähnlichkeit mittels Geldern, die das Publikum hinterlegt. Das geschieht durchaus freiwillig. Da nun freiwilliges Geldausgeben in der Regel Teil eines Kaufaktes ist, kauft sich das Publikum bitte was? Es kauft sich seine Wunschträume von Sieg, Durchmarschieren, Omnipotenz und Absolutheit. Mit dem Sieger im Sport identifiziert sich eine Masse der vom Leben sonst Benachteiligten.

Voyeurismus ist eine zutiefst traurige Angelegenheit. Begriff und Praxis kommen aus dem Bezirk der Sexualität. Man erregt und befriedigt sich in der Betrachtung eines von anderen vollzogenen Liebesaktes. In unserem Zeitalter hat sich dem klassischen Medium des Voyeurismus, das ist die Pornographie, noch ein weiteres beigegeben, das ist die *Peep-Show*. Weder der Spanner im Bahnhofskino noch jener in der Markstücke verzehrenden Besucher-Box gilt als sonderlich honorig oder geschmackvoll, von jenem hinterm Parkgebüsch oder am

Freizeit-Sportler

Foto: JOKER



abendlichen Fenster zu schweigen. Die Degoutanz verhinderte nicht, daß uns in den letzten 150 Jahren ein nach Millionen zählendes Heer von Spannern zuwuchs, jenes auf den Rängen von Sportstadion.

Man schreie jetzt nicht auf und verkünde, das Sportpublikum schaue schließlich keinem Begattungsakt zu. Das ist wohl wahr. Es schaut einem ritualisierten Tötungsakt zu. Ist das so viel geschmackvoller? Über die enge Nähe von Eros und Thanatos weiß man spätestens seit Sigmund Freuds *Psychoanalyse*. Daß sich Liebe und Kriegskampf ähnlicher körperlicher Techniken bedienen, daß im höherentwickelten Tierreich Herrschaftsansprüche mit Kopulationspraktiken angemeldet und exekutiert werden, ist ein inzwischen durch Konrad Lorenz' *Verhaltensforschung* und durch die bunten Flimmerbilder populärwissenschaftlicher Fernsehsendungen weithin bekanntes Faktum.

Der Sport ist mit Aggressionen befaßt. Dies läßt sich kaum widerlegen. Insofern sind alle Behauptungen von des Sports völkerverbindender Kraft, von Fairneß und friedlichem Wettstreit eine trübe publizistische Lüge. Es gab in der Zivilisationsgeschichte schon einmal Sportgebräuche, die, aus der Sphäre des Religiösen herausgenommen, bloß noch der Schaulust des Publikums dienten, dies waren die Gladiatorenkämpfe im alten Rom. Die orgiastischen Reaktionen des aus hoch und niedrig entsprechend der römischen Sozialstruktur jeweils angemessenen besetzten Publikums sind uns durch klassische Autoren ebenso bestätigt wie die durchaus blutigen Kämpfe der Kontrahenten, bei denen man heute nicht weiß, ob man ihre harte sportive Konsequenz bewundern oder verabscheuen soll. Daß die in diesem Massenvergnügen ausgedrückte Dekadenz unmittelbar verwoben sei in den Untergang des altrömischen Reiches, ist eine verbreitete kulturhistorische Überzeugung. Sie ließe, wenn sie denn zuträfe und wenn, was auch nicht gesichert ist, ähnliche Geschichtssphänomene immer ähnliche Konsequenzen haben, für unsere eigene sportkranke Gegenwart nichts besonders Gutes erhoffen.

Das Gladiatoren-Prinzip hat sich übrigens in Teilen bis heute erhalten, und zwar beim Stierkampf, jenem blutigen der Spanier, sodann bei den sogenannten Kampfsportarten, voran dem Boxen und dem Judo. Immer wieder kann es passieren, daß ein Matador verröchelnd auf dem Horn eines männlichen Rindes sein Ende findet, einem Halbschwergewichtsfighter die Großhirnrinde aus dem Schädel geprügelt wird. Die Höflichkeit gebietet es dann, eine gewisse Betroffenheit laut werden zu lassen. Das ge-

schieht fast ausschließlich in den publizistischen Medien und zumeist ohne Billigung des Publikums, von dem man behaupten darf, daß es solche letalen Ausgänge nicht nur nicht verabscheut, sondern geradezu erwartet, um sie entsprechend zu genießen.

Dies klingt alles recht schaurig und ist das auch. Es hat freilich den Vorzug, unmaskiert das Wahre und Eigentliche zu sein, da noch Inhalt und Gestalt völlig übereinstimmen. Die *Ring* genannte Prügelstätte der Boxer mit ihren Seilen, ihren Tiefstrahlern, ihren blecheren Signalbecken und den erbarmungslos auf schweißnasse männliche Oberkörper klatschenden Lederfäustlingen ist so bar aller ästhetischen Freundlichkeit, daß noch niemand von der verführerischen Anmut eines Nierenschwingers hat schwärmen mögen. In der Stierkampfarena geht es ähnlich zu. Das geifernde, mit im Fleisch haftenden Speeren gespickte Vieh ist ein so ekelhafter Anblick, daß auch das verspielte Rokoko-Kostüm des Matadors bloß einen surrealistischen Schnörkel aufs blutige Bild zu setzen vermag.

Wir halten hiernit bei den Problemen der im Sport obwaltenden Ästhetik und des dadurch provozierten Geschmacks. Er ist vielfach muffig und manchmal von beträchtlicher Komik. Man vergegenwärtige sich etwa das Bild der Degen- und Säbelfechter während ihres Kampfes. Ihre Masken verwandelten sie zu gesichtslosen Maschinen. Die Drähte, an denen sie hängen und die bei jeder ihrer Bewegungen peinlich schlabbern, machen ihr Getänzel, ihr Gebrüll und ihr Aufeinander-Einstechen zu einer für das Schönheitsempfinden peinlichen Veranstaltung. Bloß die Imagination, daß hier eigentlich Blut und Wunden gemeint sind, versehen das Ganze mit einem alles überwölbenden Schauer.

Es ist, wenn auf Ästhetik im Sport die Rede kommt, meistens der menschliche Leib gemeint und die von diesem hergestellte Bewegungsabfolge. Als Sache von beträchtlichem künstlerischem Rang werden da beispielsweise die Übungen der männlichen und weiblichen Bodenturner gerühmt. Du lieber Gott. Es ist gewiß von einigem Interesse, anatomischem und orthopädischem, zu welchen Verrenkungen, Streckungen, zu welchem potentiellen Kräfteinsatz und zu welchem Gleichgewichtsvermögen ein menschlicher Leib befähigt ist. Manches davon, ausgestattet mit ungleich höherer Musikalität und Anmut, zeigt auch der Ballettanz, der klassische wie der moderne. Das Bodenturnen erreicht dabei allenfalls die Anmut jener Karyatiden, die an den Fronten von Prunkbauten der Zeit um 1875 kleben.

Das Anhimmeln des athletischen Körpers, das zur Grundausrüstung aller Ästhetisierung des Sports gehört, ist der Geschmack einer welken und modrigen Vergangenheit. Das derart gepriesene physische Ideal wurde in der Kunst etwa von Berthel *Thorwaldsen* realisiert, dessen Stil jener einer klassizistisch überpuderten Spätromantik ist. Wahrscheinlich wäre er nie so prominent geworden, wäre er kein Däne. Als sehr kleines Volk waren die Dänen stolz auf diesen Bildhauer. Sie hatten keinen anderen.

Hier muß noch angemerkt werden, daß dessen schwärmerische Bewunderung des schönen männlichen Leibes einem gleichgeschlechtlichen Eros entkeimte. Daß über der gesamten Athletenwelt mit ihren Massageräumen, Fitnesshallen und Saufbacchanalen ein saurer homosexueller Dunst lagert, ist unabweislich. Dagegen wäre überhaupt nichts einzuwenden, wenn dergleichen offen einbekannt würde. Eben dies geschieht aber nicht. Es wird vielmehr verdrängt, daß es sich stauen muß und in die irrsinnigsten Sublimationen mündet.

Nun tun im Sport bekanntlich noch Frauen mit. Neben der gleichgeschlechtlichen lastet auf ihm die heterosexuelle Libido. Als Produkt aus der Welt des 19. Jahrhunderts ist diese gleichermaßen verquetscht und verhohlen, und natürlich ist sie absolut patriarchalisch. Die Nymphchen am Schwebebalken und Stufenbarren sind wie den erotischen Phantasien von Lewis Carroll entstiegen, und während man dieser Gymnastik noch einen morbiden Charme aufseufzend zubilligen mag, sind die häufig zu sehenden weiblichen Massenturnübungen von jener vulgären Sexualität, wie sie pornographische Photoaufnahmen aus dem Berlin des Jahres 1880 verdünsten.

Denn der Sport, der moderne, ist die gewaltigste Präsenz des Viktorianismus in unserer Gegenwart. Alle Aporien, Neurosen und Aggressionen jener Epoche halten sich in ihm pur. Während sonst dem Chauvinismus aus Zeiten der ersten industriellen Revolution durch eine pragmatische Supranationalität nachdrücklich widersprochen wird, triumphiert bei Sportereignissen der roheste Nationalismus, mit Fahne, Hymne und kultischer Anbetung des jeweiligen Nationalstaates. Fußballspiele können zu förmlichen Kriegen auf Stadionrängen entarten, mit anschließenden Straßenschlachten. Die Kriegsübung Sport zeigt, welches Aggressionspotential in ihr steckt und wie es sich zündend zu übertragen vermag.

Dies klingt alles nicht gut. Zusammen mit Dopingkandalen und Anabolikaopfern, zusammen mit jenen Sportlern, die infolge falschen Abtrainings zu Frühinvaliden wurden, versam-

eln sich lauter Argumente gegen die immer wieder verbreitete Ansicht, Sport sei gesund, schön und menschenfreundlich. Dies alles ist er eben nicht.

Sport ist so, weil wir ihn so wollen, und wir wollen ihn so, weil wir selbst genauso sind. Nämlich verklemmt, unästhetisch, altmodisch, deformiert, selbstsüchtig, aggressiv, voyeuristisch, geschäftstüchtig und verlogen. Wollten wir den Sport abschaffen, könnten wir uns gleich selbst mitabschaffen, und das wollen wir nicht.

Fast jeden Morgen, kurz nach Sonnenaufgang, verläßt am östlichen Stadtrand Berlins ein Mensch seine Wohnung und läuft durch den Rahnsdorfer Forst. Er tut dies runde 40 Minuten. Die Strecke, die er zurücklegt, beträgt runde 7 000 Meter. Dies betreibt er seit vielen Jahren. Er macht kein Aufhebens von der Sache. Er nimmt sie als Ausgleich zu seiner Schreibtischtätigkeit.

Der hier beschriebene Mensch bin ich selbst. Niemals in meinem Leben hatte ich den Ehrgeiz, als Sportler zu gelten. Ich war niemals Mitglied in einem Sportverein, und an den zahlreichen Angeboten zu Massenwettbewerben, vom Lauf rund um den Müggelsee bis zu Stadtmarathons in Berlin und San Francisco, nahm ich nicht teil. Meine einzige Partizipation am modernen Sportbetrieb sind meine Jogging-schuhe, hergestellt von einer im fränkischen Herzogenaurach ansässigen Fabrik.

Warum ich das erwähne? Weil es sich so gehört, daß jemand, der sich öffentlich zu einem bestimmten Thema äußert, seine Visitenkarte vorweist? Oder weil es die extrem andere Art ist, Sport zu treiben, nämlich unaufwendig, naturnah, wirklich gesund und mit niemandem in Konkurrenz denn mit sich selbst? Wenige verfahren danach. Überwiegend wollen wir den Sport, wie er sonst ist, und derart werden wir ihn so behalten.

Mondkrater Lichtenberg

Eine Ausstellung in Darmstadt

Ich gebe zu, mir war ein bißchen bänglich zumute als ich nach Darmstadt reiste, nicht etwa weil Darmstadt aus der Welt wäre von Frankfurt aus, das ist nur ein Katzensprung, nicht etwa weil Darmstadt mir nicht gefiele, es ist eine hübsche Stadt, der man die Residenz immer noch ansieht, nein, weil ich fürchtete, daß man Lichtenberg nicht ausstellen kann; und die Mathildenhöhe ist ja auch nicht Marbach oder eine Universitätsbibliothek, in der es dann damit getan ist, ein paar Bücher hinzustellen und ein paar Stiche hinzuhängen, nein, das ist ein Riesenkasten, der auch ansonsten schwer zu füllen ist und geprägt auch, durch und durch, von dem jugendstiligen Ambiente; wie dort den Menschen, den Aufklärer des achtzehnten Jahrhunderts, den Wissenschaftler, Forscher, Lehrer, Reisenden, Schriftsteller, Liebenden, Piniker, Satiriker lebendig, anschaulich darstellen?

Sudelbücher

Aber ich will auch gleich zugeben, daß meine Bedenken sofort in der Ausstellung, als ich der *Sudelbücher* ansichtig wurde, zerstreut waren: die also gibt es wirklich, das ist nicht nur ein Gerücht, sie sind konkret, haben sich erhalten, sind überliefert, das Gedruckte ist nicht von irgendwoher zusammengestoppelt – so etwa, wie wenn man zum ersten Male ein anderes Land betritt, welches man zuvor nur vom Erzählen und von der Landkarte her zu kennen meint, und es nun wirklich erlebt, so also erging es mir mit den Sudel-, den Gedankenbüchern Lichtenbergs, die ja erst nach seinem Tode gefunden und ediert worden sind und für uns heute mit den Briefschaften den Kontinent, den *Mondkrater* Lichtenberg ausmachen. In der Ausstellung nennt sich das Lichtenbergs Kopf, und da die Schaufenster mit den Sudelbüchern schließlich noch von Büsten, Stichen, Zeichnungen, Gemälden umkränzt sind, die Lichtenberg darstellen sollen, nennt sich das eine, die Abbildungen Lichtenbergs Kopf außen, das andere, die Sudel-, Schmier-, Gedankenbücher dann halt Lichtenbergs Kopf innen, obwohl sich in ihnen doch Lichtenberg und seine Welt aufs lebendigste weit widerspiegelt, nicht nur der Kopf: »Hätte die Natur nicht gewollt daß der Kopf den Forderungen des Unterleibs Gehör geben

sollte, was hätte sie nötig gehabt den Kopf an einen Unterleib anzuschließen. Dieser hätte sich ohne eigentlich dasjenige zu tun was man Sünde nennt, satt essen und sich satt paaren und jener ohne diese Systeme schmieden, abstrahieren und ohne Wein und Liebe von platonischen Räuschen und platonischen Entzückungen reden und singen und schwatzen können. Küsse vergiften ist noch weit ärger von der Natur gehandelt, als das Vergiften der Pfeile der Feinde im Krieg« (Sudelbuch B 318).

Aber das sind so Anmerkungen.

Zwei Wege

Die Ausstellung beschäftigt sich dann mit dem Oberramstädter Elternhaus (der Vater war Pfarrer, Georg Christoph das siebzehnte Kind), den Darmstädter landgräflichen Verhältnissen (der Vater wurde dort Konsistorialrat und Kirchenbaumeister, Georg Christoph ging ins *Pädagogikum*, der Vater starb früh), mit dem Studien- und Lebensort dann Göttingen (Lichtenberg kam dort mit einem hessischen Stipendium hin), die beiden Englandreisen, die Messungen von Hannover, Osnabrück, Stade, Lichtenbergs Verhältnis zur Aufklärung, zum Sturm und Drang, zum Göttinger *Hainbund*, zu seiner Experimentalphysik, zur Astronomie, zu vielem anderen noch, ach, sie ist so reichhaltig, daß schier gar kein Durchkommen ist. Zu allem werden Belege aufgeboten, Bilder, Bücher, ganze Bibliotheken gar, Gerätschaften, Instrumente, die Lichtenberg sich bauen ließ, so, daß Zeit, Gesellschaft, Lebens- und Arbeitsumstände durchaus einsehbar werden; aber durch nichts dort wird einsehbar wieso der kleine, von Kindheit an verwachsene Kerl so heiter, so vergnügt, so witzig, so voller Esprit durch sein wahrlich nicht leichtes Leben gegangen ist, aber das wird man wohl auch nicht ausstellen können, das bleibt wohl, wenn man das so sagen darf, inkommensurabel: »Es gibt zwei Wege das Leben zu verlängern, erstlich daß man die beiden Punkte geboren und gestorben weiter voneinander bringt und also den Weg länger macht, diesen Weg länger zu machen hat man so viele Maschinen und Dinge erfunden, daß man wenn man sie allein sähe unmöglich glauben könnte, daß sie dazu dienen



Georg Christoph Lichtenberg (1742–1799)
Foto: Archiv für Kunst und Geschichte, Berlin

könnten einen Weg länger zu machen, in diesem Fache haben einige unter den Ärzten sehr viel geleistet. Die andere Art ist, daß man langsamer geht und die beiden Punkte stehen läßt, wo Gott will, und dieses gehört für den Philosophen, diese haben nun gefunden, daß es am besten ist daß man zugleich botanisieren geht, zickzack, hier versucht über einen Graben zu springen und dann wieder herüber, wo es rein ist, und es niemand sieht, einen Purzelbaum wagt und so fort.» (Sudelbücher B 125)

Hübsch in der Ausstellung der Prospekt, das Panorama von London, in das man von einer Brücke aus hineinsehen kann und die Vorstellung gewinnen kann, wie Lichtenberg »den ganzen Tag, mit allen Sinnen sperrweit offen« herumgelaufen und gerannt ist; hübsch auch, daß seiner Italienreise gedacht worden ist, die er sich gewünscht hat, die er sich vorgestellt

hat, die ihm notwendig schien, die er aber nur vom Sessel aus dann machen konnte; schließlich dann noch der *Mondkrater* Lichtenberg, den 1802 Johann Hieronymus Schröter »mit dem unvergeßlichen Nahmen unseres viel zu früh verewigten großen Naturforschers« so bezeichnet hat, der immerhin einen Durchmesser von zwanzig Kilometer hat und 1960 vom unbemannten Raumschiff *Lunar Orbiter IV* photographiert worden ist.

Wagnis der Aufklärung

Die Ausstellung ist also vergnüglich, lehrreich, vielgestaltig und anstrengend gleichzeitig: neben, hinter, vor mir zwei Damen in der Ausstellung, die lachten, amüsierten sich, sich gegenseitig immer wieder auf etwas aufmerksam machten, angeregt waren und das auch deutlich zeigten (allein kann man das ja leider immer nur für sich und im Stillen, also sollte man diese Ausstellung besuchen mit Freund oder Freundin, Gemahl oder Gemahlin, Kindern, Enkeln, Verwandten, aber nicht mit dem Kegeklub oder dem Ortsverein). Der Katalog ist so opulent wie er nun heute mal zu sein hat, es gibt in Oberramstadt, unweit Darmstadts, noch eine familiengeschichtliche und eine Ausstellung mit Lichtenberg-Portraits, inner- und außerhalb der Darmstädter und Oberramstädter Ausstellungen werden noch eine Reihe von Vorträgen, Lesungen, Matineen und Demonstrationen geboten, wobei der erste Versuch, wie ich las, schiefgegangen sein muß, aber er wird wiederholt. Die Ausstellung ist bis Ende August in Darmstadt zu sehen und vom 18. Oktober bis zum 18. Dezember in der Göttinger Universitätsbibliothek. Das Unternehmen hat den Titel *Wagnis der Aufklärung*. (Der Katalog dazu umfaßt 435 großformatige Seiten, ist im Hanser Verlag erschienen, kostet in der Ausstellung 48,- DM.)

Schließlich möchte ich doch noch auf den Lichtenberg-Roman von Henning Boetius hinweisen, der mir lieb ist, dem Kometen, dem Kontinent, dem *Mondkrater* Lichtenberg sehr nahe kommt, 1989 im *Fischborn-Verlag* erschienen ist und nun als Taschenbuch aufgelegt worden ist.

Also, lassen Sie sich von diesen Unternehmungen für Lichtenberg einnehmen, wenn Sie nicht schon von ihm eingenommen worden sind, denn im *Sudelbuch D*, Gedanken Numero zwölf, fragt er zum Beispiel: »Warum gefällt eigentlich Witz so sehr?«

ANTRAG

Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode
Drucksache 12

Antrag

der Abgeordneten *Freimut Duve, Angelika Barbe, Hans Gottfried Bernrath, Dr. Ulrich Böhme, Dr. Eberhard Brecht, Dr. Horst Ehmke, Katrin Fuchs, Norbert Gansel, Dr. Peter Glotz, Siegrun Klemmer, Hans Koschnick, Uwe Lambinus, Siegmur Mosdorf, Markus Meckel, Volker Neumann, Dr. Hermann Scheer, Renate Schmidt (Nürnberg), Rolf Schwanitz, Dr. Harmut Soell, Dr. Peter Struck, Margitta Terborg, Siegfried Vergin, Günter Verheugen, Karsten D. Voigt, Ernst Waltemathe, Gert Weisskirchen, Heidi Wiczorek-Zeul, Dr. Christoph Zöpel, Hans-Ulrich Klose* und der Fraktion der SPD

Einrichtung eines Gedenkortes für Walter Benjamin in Port Bou

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

- das bereits vorliegende und international anerkannte Konzept des Künstlers *Dani Karavan* für die Einrichtung eines Gedenkortes für *Walter Benjamin* zu realisieren;
- im Haushalt des Auswärtigen Amtes für 1993 die notwendigen Finanzmittel von ca. 920 000 DM einzustellen.

Begründung

Die kleine spanische Grenzstadt *Port Bou* war ein Schicksalsort der deutschen Kultur: Für viele Exilanten entschied es sich hier, ob ihre Flucht vor dem NS-Regime in die Freiheit gelingen würde.

Das Schicksal des deutschen Schriftstellers und Essayisten *Walter Benjamin* zeigt in ganz besonderer Weise die Tragödie politischer Verfolgung und des Exils.

Als Kritiker der Nationalsozialisten politisch und als Jude von Verfolgung bedroht, emigrierte *Walter Benjamin* 1933 nach Paris. 1939 wurde er für kurze Zeit in der Nähe von *Nevers* interniert, weil er Deutscher war. Die

Besetzung Frankreichs zwang ihn, in den Süden, nach *Marseille*, zu fliehen. Seine Hoffnung, von dort nach Nordamerika zu gelangen, zerschlug sich. Er entging bei dem Versuch, als *Matrose* verkleidet auf ein Schiff zu kommen, nur knapp der Verhaftung durch die *Gestapo*. Mit Hilfe von Freunden erreichte er im September 1940 auf dem Landweg *Spanien* und *Port Bou*. Als ihm dort die Ausweisung drohte, weil er kein Ausreisevisum aus Frankreich vorweisen konnte, setzte er seinem Leben ein Ende.

Der Sterbeplatz *Walter Benjamins* ist zu einem symbolischen Ort für die Gefahren des politischen Exils geworden: als der schmale Grat zwischen Sicherheit und tödlicher Bedrohung. In dieser Situation leben auch heute viele Exilierte, die wegen ihrer Meinung, Religion oder aus anderen Gründen ihre Heimatländer verlassen mußten. Ein Gedenkort für *Walter Benjamin* erinnert auch an ihr Schicksal.

Das Auswärtige Amt hatte im Juli 1990 die Zustimmung dafür gegeben, das Konzept des israelischen Bildhauers *Dani Karavan* zu realisieren. Der »Arbeitskreis selbständiger Kulturinstitute« (AsKI) wurde mit der Durchführung beauftragt. Am 26. Oktober desselben Jahres wurde der Grundstein gelegt. Bundespräsident *Richard von Weizsäcker*, der spanische Kulturminister *Jorge Semprun* und der französische Kulturminister *Jack Lang* übersandten Grußbotschaften. Die Gemeindeverwaltung von *Port Bou* hat alle für die Umsetzung der Pläne erforderlichen Genehmigungen erteilt.

Wir sind nach der Vereinigung Deutschlands in besonderer Weise verpflichtet, angemessene Formen der Erinnerung an die vielfältigen Facetten unserer Geschichte zu finden. Eine Gedenkstätte für *Walter Benjamin*, in dem spanischen Grenzort, der für ihn zur Endstation wurde, wird dieser Verantwortung gerecht.

DETLEV CLAUSSEN

Jargon der Vereinigung

Maaz: »... und jetzt soll die D-Mark uns das bringen, was die Mütter uns versagt haben.«

Moeller: »Genau.«

Sie lieben einander nicht, die Deutschen-Ost die Deutschen-West – und umgekehrt auch nicht. Von Vereinigung ist seit 1989 viel die Rede gewesen, aber sie mögen einander nicht, die Wessis nicht die Osis – und umgekehrt schon gar nicht. Die undankbaren Osis sind frustriert, weil sie zwar, wie ihnen dringlich angeraten, die Ärmel aufgekrempt, aber wenig zum Anpacken haben. Die Begnadeten der westlichen Geburt fürchten dagegen um ihren Standard, den sie für einen Stil halten. Das nationale Liebesgebot von 1990, mit Vereini-gungsfeiertag 3. Oktober, wird nicht befolgt. Auch Rationalität steht derzeit nicht hoch im Kurs, »Wahnsinn« hieß das Alltagssynonym für ein unerwartetes Weltgeschehen, das keine Schulweisheit sich hatte träumen lassen. Ag-gressionen kommen auf, höchste Zeit, nach psychischem Beistand zu rufen.

Wohl in keinem Land der Welt äußern sich so viele Psychoanalytiker zur Lage der Nation wie in Deutschland. Seit den achtziger Jahren haben sich engagierte Therapeuten zu Spezialisten des gesellschaftlichen Seelenlebens ge-mauert. An der deutschen Vergangenheit konnten sie, wenn auch negativ, schon ihren nationalen Blick schulen. Nur Ostexperten gab es nicht, den Platz hatte man den Astrologen überlassen. In diese Lücke stieß entschlossen ein Betroffener vor, ein Selbstanalytiker, der an sich selbst den *Gefühlsstau* (1990) beobachtete und die Seelenlage eines *gestürzten Volkes* (1991) beschrieb. Wenn die Stimmung im ost-deutschen Lande erkundet werden soll, ist der westliche Journalist nicht mehr auf die Aus-kuftsfreudigkeit von Taxifahrern angewiesen. Er fragt einfach Hans-Joachim *Maaz* aus Halle, der im Gespräch erst richtig in Schwung kommt. Das hatte auch schon ein Aktivist der westdeutschen Psycho-Szene erkannt – Mi-chael Lukas *Moeller*, ein Mann, der Leute mag, die sich selbst helfen. Als Psychoanalytiker neuen Stils verlangt er von sich politisches En-gagement, aber »als Deutscher« will er noch mehr, nämlich »einen konkreten Beitrag zur

Vereinigung leisten«. Getreu der Maxime »Die Einheit beginnt zu zweit« hat er sich mit Maaz getroffen, ein Tonband mitlaufen, abschreiben lassen und korrigiert. Mit dem Buch, möchte man kanzlerhaft sagen, beginnt ein neues Ka-pitel der angewandten Psychoanalyse.

Wenn Michael Lukas Moeller erscheint, sollte man mindestens mit einer neuen Methode und manchmal auch mit einer neuen Bewegung rechnen. Was bei vordergründiger Lektüre wie eine Plauderei von zwei Kollegen Therapeuten über Deutschland und die Welt erscheint, wird vom Initiator als Modell eines »deutsch-deut-schen Zwiegesprächs« verstanden, das zur »menschlichen Vereinigung« führt. Da es in der Welt der Psyche so viel Neues nicht gibt, muß an der Sprache gearbeitet werden, um zumin-dest den Anschein des Neuen zu erwecken. Ganz im Trend der Deutschlandthematik liegt die Teutonisierung der Wörter, die dann manchmal unfreiwillig komisch klingen. Eine sprachliche Mischung aus Beate Uhse und Mar-tin Luther entsteht, da Sexualität keinesfalls ein Tabu sein darf. Aber es ist die ebenso wie die bei FKK und *Tutti Frutti* entgiftete Sexua-lität, über die in östlichen und westlichen Vari-anten geredet wird wie über Arbeitslosigkeit, während über Fragen des Alltagslebens ge-sprochen wird wie über erotische Abenteuer der Adoleszenz. Muß man erst zwanzig Jahre war-ten, bis man über Oswald Kolle lacht? Nehmen wir Maaz heute: »Das eine ist nicht ohne das andere zu haben – ein Mann wird durch eine Frau erst richtig Mann wie auch andersherum.«

Die Mischung aus Banalität und unfreiwilliger Komik sollte keineswegs als das Lehrgeld eines in die Öffentlichkeit drängenden Ossi-therapeuten gelten, die Highlights setzt der Wessi, der eine deutsch-deutsche Zwiege-sprächsbewegung in Gang setzen möchte. »Für die Westdeutschen bedeutet die Wiedervereini-gung, daß zu ihren 60 Millionen 16 hinzukom-men – für die Ostdeutschen ist es genau umge-kehrt.« Diese, des bekannten montäglichen *Hohlspiegels* würdigen Formulierungen bieten

ähnliche Erkenntnisfortschritte, wie wenn man das Wort *Aha!* umgekehrt liest. Dennoch wird auch dieses Buch Erfolg haben, die Namen der Autoren noch bekannter machen. Es verspricht, Erklärungen dort zu liefern, wo rationale Argumente versagen. Das Unbehagen am Vereinigungsprozeß wird aufgegriffen, aber nicht, um es gemeinsam zu begreifen, sondern um es in Zauberformeln zu fassen, die Ärger und Sentimentalität versöhnen. Der Wessi wird von dem Gebot entlastet, die Ossi lieben zu müssen, der Ossi von dem Druck, alles gut zu finden. Gemeinsam findet eine öffentliche Abfuhr statt, die es dem jeweiligen Gesprächspartner erlauben, sich wohler in seiner Haut zu fühlen – eine Art Dampf ablassen in gesitteten Formen. Was vordergründig mit Erotik kokettiert, entpuppt sich als eine verbal verkleidete, anale Donnerbalkengemeinschaft.

Publikationen dieser Art sind virtuos auf das Muster konformistischer Rebellion zugeschnitten. Das, was als Erkenntnis präsentiert wird, dient unmittelbar psychischen Bedürfnissen. Eine komplexe Wirklichkeit wird auf ein allen bekanntes Muster reduziert, bei dem jeder mitreden kann. Der Zweierexperte Moeller kommt auf eine Idee, über die sich endlos reden läßt: »Vielleicht paßt es jetzt, wenn ich noch einmal skizziere, wie ich das Verhältnis zwi-

schen der BRD und der DDR plötzlich mit dem klassischen Verhältnis eines bundesrepublikanischen Paares in Zusammenhang brachte. Die Frau gilt darin im wesentlichen als zwanghaft und depressiv – beinahe wie das Selbstbild eines klinisch kranken Menschen. Der Mann hingegen scheint von glänzender Gesundheit und zeigt eine hohe Neigung zu konkurrieren – im Prinzip ein Herzinfarkt-Mensch, der von seelischen Dingen nicht viel wissen will. Die Frau erscheint als Kranke, weil sie leidensfähiger ist und unbewußt viel deutlicher wahrnimmt, was in der Beziehung vorgeht.« Intellektuell ist nichts gewonnen, aber emotional: Der schwer zu begreifende Integrationsprozeß zweier unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen in einem Land wird auf eine Paarbeziehung reduziert, die jeder kennt. Womit man sich identifiziert und was man ablehnt, kann sich jeder selbst aussuchen.

Bücher wie diese passen in eine Angebotsökonomie der Gefühle: *Anything goes!* Die Folgekosten sind hoch, müssen aber nicht unbedingt bemerkt werden: Ohne die Präzision gedanklicher Arbeit läßt sich weder eine genaue Erkenntnis des Individuums noch der Gesellschaft erreichen. Um Moeller und Maaz zu lesen, muß man nichts wissen. Ein populistisches Schauspiel wird geboten, beschworen werden

OPEL baut in der Eisenacher Schrebergartenkolonie

Foto: JOKER/L. Schmidt



dunkle Mächte, denen man mutig ins Auge zu blicken ermuntert wird. Maaz wettet gegen das Geld, das die von ihm bekämpfte Welt regiert. Kommerz und Konsum heißen die Verführer, hinter denen bei Moeller schon raffiniert ausgeklügelte Industrien der Freizeit und Kultur stehen. Wenn Gesellschaftskritik in der Zeit um '68 herum schon arg vereinfacht wurde, kommen hier letzte Schrumpfformen des Bewegungskonformismus zu ihrem Recht. Aus Gedanken wurden Haltungen, die einem neuen Menschenbild entsprechen, das einem uralten sehr ähnlich geworden ist: Als Attribute werden »offen«, »ehrlich«, »unverklemt« und »spontan« bevorzugt. Es gehört zum Gesprächsstil, daß Beiwörter die Gedanken ersetzen. Je mehr die Rollenverteilung durchgespielt wird, umso öfter fällt das Wort »echt«.

In einer Zeit, in der auch jede begründete Gesellschaftskritik in Stasi-Verdacht gerückt werden kann, fällt die Frustration durch gesellschaftliche Ohnmacht in die Sprache der Volksgemeinschaft zurück. Ein Ossi darf schon einmal die Macht des Geldes attackieren, wie man es einem Wessi als Signum der Offenheit zubilligt, wenn er in seiner, zugegeben etwas kitschigen Sehnsucht nach »Heimat« das »einfache Leben« entdeckt. Wenn man sich im Gespräch gestattet, alles Ersehnte auch noch mit dem Attribut *deutsch* zu versehen, dann kann bei Psychotherapeuten der Diskurs »über die Unfähigkeit zu trauern« nicht weit sein. Der Begriff der Schuld unterliegt einer stetigen Inflationierung, Maaz und Moeller sind nun schon bei einer *dritten Schuld* der Deutschen angelangt. Ob Stasi ob Umweltverschmutzung, schuld sind irgendwie alle an allem, während früher immer nur die anderen schuld waren. Schon wieder ist eine *unbewusste* Komplizenschaft aufgedeckt, diesmal die der beiden deutschen Staaten.

Ein echter Fortschritt ergibt sich im Zwiegespräch: Man spaltet nicht, man sieht das *Ganze*. Am Schluß spüren beide »Entleerung« nach dem »Stau«, auf wunderbare Weise greifen Alltagssprache und Psycho-Jargon ineinander: »Wir haben versucht, ein Angebot für eine wirkliche menschliche Vereinigung lebendig darzustellen.« Das Buch führt vor, wie leicht es einem gelingen kann zu erreichen, was man sich vorgenommen hat. Bei aller Verdammung der Profitsucht läßt sich doch unter Therapeuten über Gewinn offen reden, es ist ein narzißtischer: »Wir verständigen uns, indem wir von uns selber sprechen.« Besser läßt sich der öffentliche Denkstil im großen durch Talkshows vereinigten Redeland Deutschland gar nicht charakterisieren. Auch Informationen werden

locker angeeignet und weitergegeben. Moeller propagiert's: Man liest nicht mehr, man blättert. Mehr hält dies' Buch auch nicht aus.

Michael Lukas Moeller, Hans-Joachim Maaz: Die Einheit beginnt zu zweit. Ein deutsch-deutsches Zwiegespräch, Rowohlt, Berlin 1991, 192 S., DM 29,80.

IRING FETSCHER

Wir können nur einander verzeihen

Günter Grass' »Unkenrufe«

Nicht zum ersten Mal ist Günter Grass bei den deutschen *Großkritikern* durchgefallen. Ich finde es schwieriger, diesen *Durchfall* zu begreifen als das Buch, die Erzählung *Unkenrufe*. Der schlichte Inhalt ist so oft nacherzählt worden, daß ich mich kurz fassen kann. Ein verwitweter deutscher Professor der Kunstgeschichte und eine gleichfalls verwitwete polnische Restaurateurin und Vergolderin lernen sich an Allerheiligen beim Blumenkauf in Danzig kennen, verlieben sich und starten einen »Versöhnungsfriedhof«, in dem ehemals in Danzig lebende Deutsche ihre letzte Ruhestätte finden können, während mit dem damit erwirtschafteten Geld ein ähnlicher Friedhof für aus Wilna vertriebene Polen in dieser an die Sowjetunion bzw. Litauen abgetretenen Stadt finanziert werden soll. Das Projekt gelingt und wächst bald – von deutscher Geschäftstüchtigkeit beflügelt und von polnischem Devisenbedarf begünstigt – weit über die menschenfreundlichen Absichten des deutsch-polnischen Liebespaares hinaus, so daß sie am Ende verzweifelt vom »Ehrenvorsitz« der Friedhofsgesellschaft zurücktreten. Auf einer gemeinsamen Italienreise kommen sie ums Leben. Mit so dünnen Worten erzählt, wäre freilich jede Erzählung und jeder Roman banal. Entscheidend ist, was ein Autor aus seiner »Geschichte« macht, wie er sie erzählt und was als ihr »Wahrheitsgehalt« erkennbar wird. Ich habe den Eindruck, einige Kritiker nahmen nicht die Thematik der Erzählung und ihre Bewältigung durch den Autor zum Maßstab, sondern ihre Vorstellung von Günter Grass, eine Vorstellung, die sie

an seinen frühen Romanen gebildet hatten und die sie nicht mehr zu korrigieren oder zu modifizieren bereit waren. Mag sein, daß bei einigen auch der Ärger über die Kritik mitsprach, die Grass an der Hast der deutschen Vereinigung geübt hat, auch wenn das Buch für diesen Ärger kaum ernsthaften Anlaß bietet.

Worin besteht der *Wahrheitsgehalt* der Erzählung, die Grass aufgezeichnet hat? Es handelt sich um eine Erzählung, nicht um einen Roman. Ein Genre, das in der Mitte zwischen der Novelle und dem Roman steht. Den roten Faden bildet die Liebesgeschichte eines älteren Deutschen und einer kaum jüngeren Polin. Diese Liebesgeschichte wird nur knapp und mit genauen kleinen Augenblicksbildern gezeichnet. Sie ist – was offenbar manche professionelle Leser gar nicht gesehen haben – im Grunde *keusch*, auch wenn die beiden Alten miteinander schlafen, noch bevor sie ihren Bund standesamtlich machen. »Bleib noch ein bißchen in meiner Rumpelkammer«, sagt Alexandra zu ihrem Alexander, und einige Kritiker entrüsteten sich. War das aber nicht eine zarte Umschreibung für die Freude, die sie durch die körperliche Nähe des Freundes empfand? Man muß sich nur ausmalen, wie eine weniger ungewöhnliche und unbeholfene Umschreibung ihres Wunsches geklungen haben würde, um die Formulierung akzeptieren zu können. Weder auf lateinisch noch auf deutsch wäre dieser Wunsch unanstößig ausdrückbar gewesen. »Bleib mit Deinem Penis noch etwas in meiner Vagina«, oder »laß' Deinen Schwanz noch etwas in meiner Scheide« – Kann ja sein, daß Freunden der brutalen Deftigkeit das besser gefallen haben würde, mich hat Alexandras unbeholfener Ausdruck gerührt.

Wichtiger scheint mir aber, wie sich ein Deutscher und eine Polin, ohne von ihrer sozialisationsbedingten Eigenart zu lassen, gegenseitig akzeptieren, wie sie einander verzeihend begegnen, ohne doch zu verleugnen, was vor allem die Deutschen polnischen Menschen angetan haben. Professor Alexander Reschke schreibt ein Buch über »das Jahrhundert der Vertreibungen«, wechselt aber – unsicher zwischen dem Ausdruck »vertriebene Deutsche« und »ausgesiedelte«, weil er sich der Tatsache bewußt ist, daß diese Vertreibungen nicht »aus heiterem Himmel« kamen, sondern eine Vorgeschichte hatten. Maria Piatkowska nennt alle, die fliehen mußten, Flüchtlinge.

Reschke wirft sich sein Mitläufertum als Hitlerjunge vor, die Piatkowska ihren späten Austritt aus der POLNISCHEN VEREINIGTEN ARBEITERPARTEI, beide verzeihen sich gegenseitig, was sie sich selbst nicht verzeihen können. Nur

so kann Versöhnung zustande kommen. Alexandra ist entrüstet über ihre Landsleute, die nicht einmal den deutschen Grabsteinen Ruhe ließen, Reschke weist darauf hin, daß die Grabsteine des jüdischen Friedhofes »schon zu unserer Zeit gestürzt worden sind«. »Aber wir haben nicht aufgestellt und gutgemacht...«, fügt Alexandra selbstkritisch als Polin hinzu. Die Wahrheit dieser Beziehung zwischen einem Deutschen und einer Polin liegt in der Ehrlichkeit, mit der beide die Schuld ihres eigenen Volkes erkennen, ohne ihre eigene Mitschuld – mag sie noch so klein gewesen sein – auszuklammern. Güte und Verzeihung kann man nicht fordern, sondern nur gewähren. Die beiden gewähren sie einander – stellvertretend für andere, die dazu außerstande sind, weil sie nur auf ihrem »eigenen Recht« und ihrem »eigenen Leid« beharren.

Der Friedhof für in Danzig geborene Deutsche, die wenigstens als Tote in die alte Heimat heimkehren können, ist zugleich eine ironische Fußnote zum vieldiskutierten *Recht auf Heimat*. Die Toten hören auf, Feinde zu sein, sie sollten als Mitmenschen respektiert werden. Den Friedhof könne man daher auch *deutsch-polnischen Versöhnungsfriedhof* nennen. Daß als durchaus erwünschter Nebeneffekt mit deutschen Devisen den Litauern das Recht auf eine polnischen Friedhof in Wilna (so der polnische Name der Stadt) oder Vilnius abgekauft werden soll, fügt dem Projekt eine weitere Dimension der Legitimität hinzu. In Reschkes Tagebuch, aus dem Grass – so die Fiktion – zitiert, steht unter anderem: »Alexandra . . . als junges Mädchen trat sie gläubig ein, mit fünfzig trat sie verbittert aus. Bei den Weltjugendfestspielen in Bukarest hat sie in kurzer Rede Stalin als Befreier Polens gefeiert. Danach Zweifel, Zaudern, Mitmachen, Scham, Schweigen, Sichtstellen. »Na, war ich Karteileiche, wie man auf deutsch sagt, lange vor achtundsechzig, schon als in Warszawa antisemitische Schweinerei ging los . . .« . . . Sie klagt sich an, zählt Versäumnisse auf, will aber bis zum Austritt – »Kriegsrecht hab' ich nicht schlucken gekonnt« – auf irgendetwas gut kommunistisch gehofft haben. Was könnte ich als Trost bieten? Meinen dumpfen Trotz? Die unbeirrbar Gläubigkeit des Hitlerjugenden? Wir werden wohl damit leben müssen. Wir leben noch immer damit. Und dann scheiterte auch noch unsere Idee.«

Auf die zarte Liebesgeschichte mit gemeinsamen Ausflügen ans Haff, mit Pilzessen und Trinken und beieinander Schlafen folgt die realistische Satire von deutscher Tüchtigkeit, die zur Verwandlung des Versöhnungsfriedhof-Projektes in ein riesiges Geschäft führt. Schritt

für Schritt wird das Projekt ausgeweitet. Auf die Überführungen der »Beerdigungswilligen« aus den Vertriebenenverbänden folgen schließlich – trotz Widerspruch der beiden Gründer – »Umbettungen« von in Deutschland verstorbenen Danzigern, die, in preiswerte Gemeinschaftsgräber überführt, die Staatsbank Polens, aber vor allem die Eigentümer der Gesellschaft bereichern. Für Senioren, die ihren Lebensabend vor der Beerdigung in Heimerde in Danzig und Umgebung verbringen wollen, werden Ferienheime der Gewerkschaften komfortabel umgebaut. Schließlich muß auch an die Kinder und Enkel gedacht werden, die während ihrer Ferien in der Nähe der Großeltern und Eltern und deren Gräbern sein möchten. Das Projekt »Bungagolf« erstellt geschmackvolle Bungalows und einen großen Golfplatz. Immer wieder wird der Widerstand polnischer Publizisten und Politiker mit Hilfe des Devisenarguments gebrochen.

Auf ihren formellen Rücktritt als »Geschäftsführer« folgt wenig später auch der als »Ehrenvorsitzende«, den Alexandra wie folgt lapidar begründet: »Da eine Ehrenvorsitzende Ehre zu machen hat und alle jene, denen sie vorsitzt, ihr Ehre machen sollen, ich aber nur Gewinnsucht und keine Ehre mehr erkennen kann, hebt sich meine Tätigkeit auf.« Zuvor schon war der Freund des Paares, Jerzy Wróbel, zurückgetreten. »Er wolle, er könne nicht mehr. Als Pole bedaure er, mit seinen Orts- und Grundbuchkenntnissen der neuen deutschen Landnahme zugearbeitet zu haben. Als Patriot trete er deshalb zurück. Leider zu spät. Er müsse sich schämen.« Am eindrücklichsten ist aber vielleicht der Abschied der einzigen in Danzig verbliebenen Deutschen im Vorstand, die in ihrer Mundart sich zutiefst enttäuscht von dem Projekt abwendet. Sie heißt Erna Brakup, geborene Formella, und erklärt in ihrem Schreiben an die »hochverehrte Aufsicht«: »Doch wenn Friedhof der schön ist geworden beinah wie frieher war, nicht mehr mecht sein für Mensch und nur fir Geschäft mecht taugen, denn will ich nich liegen da, wenn Zeit ist rum.« Im übrigen wolle sie dann lieber Polin sein, katholisch sei sie ja ohnehin schon. Als sie hochbetagt stirbt, geben ihr noch einmal alle das Geleit. Sie scheint sogar heiter mit dem Rosenkranz und einem Bild der schwarzen Madonna (wie Reschke zu erkennen glaubte) in der Hand.

Man kann diesen zweiten Teil der Erzählung als Satire oder auch als tragische Geschichte lesen. Grass fügt noch einen weiteren Aspekt hinzu, der vielleicht nicht unbedingt zur besseren Wirkung beigetragen hat. Er unter-

stellt, daß ihm die Aufzeichnungen, Briefe, Verträge, Rechnungen usw. aus dem Nachlaß Reschkes erst nach der Jahrtausendwende zugegangen seien und kann auf diese Weise ein Stück utopische Antizipation einbringen. Der Pakistani Chatterjee, der schon zur Zeit der Eröffnung des »Versöhnungsfriedhofs« mit dem Import, später mit dem Bau von Fahrrad-Rikschas in Danzig begann, ist zum Vorboden einer asiatischen und zugleich ökologischen Transformation der europäischen Städte geworden. Der polnische Katholizismus, so phantasiert Grass, scheint sogar ein bißchen Kuli-Kult aus dem Osten integrieren zu können . . . Während der Erfolg der Friedhofsgesellschaft sich »flächendeckend« und eher abschreckend anläßt, erwächst aus der Geschäftstüchtigkeit des Fahrrad-Rikschas-Fabrikanten (der die ehemalige Lenin-Werft übernimmt) offenbar Segen.

Ich konnte nicht umhin, den Sachgehalt dieser Erzählung zu *kommentieren*, aber der Wahrheitsgehalt scheint mir wichtiger zu sein. Er lautet: Wir können nur einander, niemals uns selbst verzeihen. Wir sollten die Vergangenheit nicht vergessen, aber den Toten ihre Ruhe lassen. Heimat ist der Ort, an dem wir aufgewachsen sind, dorthin – und sei es als Verstorbene – zurückzukehren, sollte niemandem verwehrt werden. Kinder und Enkel aber haben in der Regel eine neue Heimat gefunden und sollten nicht Ansprüche erheben, die sie verspielt haben oder über die – unbarmherzig – die Geschichte hinweggegangen ist. Das Jahrhundert der Vertreibungen sollte beendet, vielleicht auch in einem Versöhnungsfriedhof begraben werden. Das alles deutet Günter Grass mit wortgewaltiger Leichtigkeit an. Er hat eine schöne, versöhnliche, ironische und nur ganz wenig satirisch-polemische Erzählung geschrieben.

Günter Grass: Unkenrufe, Steidl Verlag, Göttingen 1992, 299 S., DM 38,-

Neue Daten zur Weltentwicklung

Meadows u. a., *Grenzen des Wachstums*, 1972; 1974: Mesarović/Pestel, *Menschheit am Wendepunkt*; 1980: Der Bericht der Nord-Süd-Kommission – herausgegeben von Willy Brandt; im selben Jahr: *Global 2000*; 1987: Der *Brundtland*-Bericht; 1988 und 1990: die beiden Berichte der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages *Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre*; 1989 der Schmidt-Bericht über Finanzströme in die Entwicklungsländer; 1990: Bericht des Dritte-Welt-Instituts; 1991: Bericht der Süd-Kommission; dazu die zahllosen Publikationen des World-Watch-Instituts, der Vereinten Nationen und ihrer Unterkommissionen und das 1991 erstmals erschienene Jahrbuch »Globale Trends« der *Stiftung Entwicklung und Frieden*. Wer die stattliche Reihe der großen Berichte über die Lage der Menschheit und die zukünftigen Entwicklungsalternativen Revue passieren läßt, wird einräumen, daß es nicht Unwissenheit ist, was uns scheinbar unauffalt-sam der Katastrophe entgegen taumeln läßt.

Seit jenem ersten Bericht an den *Club of Rome*, der vor zwanzig Jahren in der selbstgefälligen Wohlstandswelt des Westens für Unruhe sorgte, sind in immer kürzeren Abständen eindringliche Warnungen und vernünftige Vorschläge für einen Kurswechsel veröffentlicht worden, ohne daß sich auch nur auf einem Teilgebiet eine wirkliche Wende zum Besseren abgezeichnet hätte. In fast allen Bereichen geht es beschleunigt der Katastrophe entgegen. Die Menschheit – so scheint es – läuft sehenden Auges in ihr Verderben.

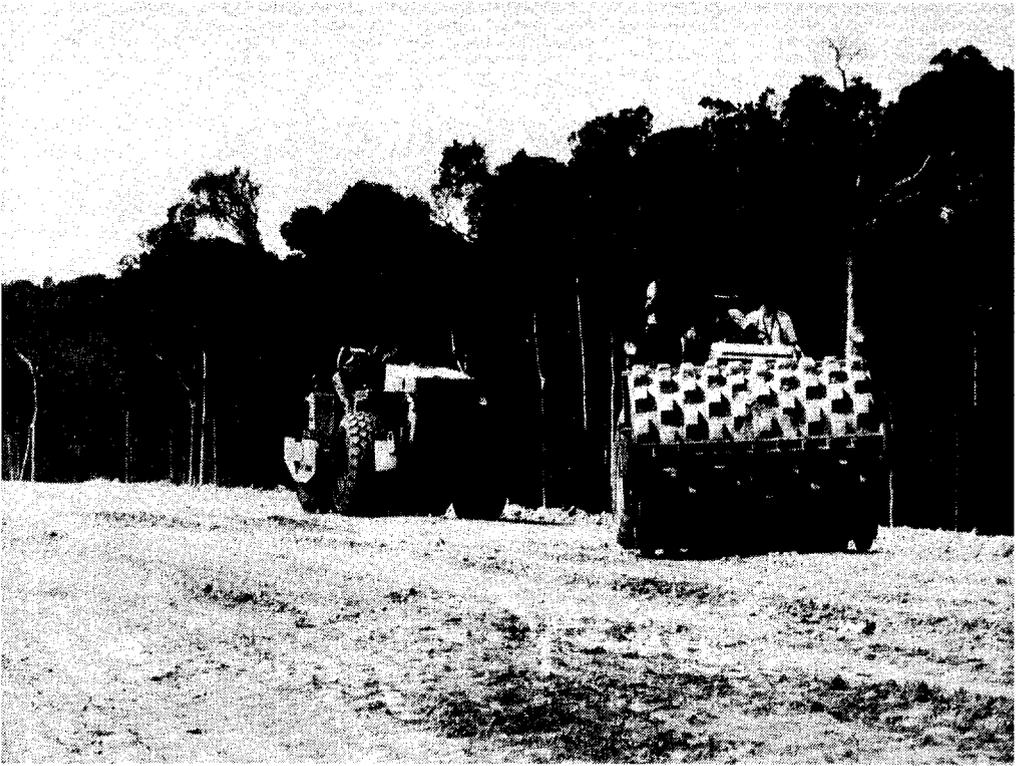
Nun hat die *Stiftung Entwicklung und Frieden* ihren Bericht mit Daten zur Weltentwicklung und Vorschlägen zur Katastrophenabwehr herausgegeben, kompetent, sachlich und engagiert, klar gegliedert und anschaulich präsentiert. Man wird der Gruppe um Ingomar Hauchler, Franz Nuscheler und Norbert Ropers bescheinigen müssen, daß sie die mittlerweile schier unübersehbare Menge an Daten, Analysen, Prognosen und Alternativvorschlägen so aufbereitet haben, daß auch der interessierte Laie hier alles finden kann, was er braucht, um sich ein klares Bild vom Zustand der Welt und von den vor uns liegenden harten Alternativen zu machen. Die Botschaft ist eindeutig: Noch können wir die Katastrophe verhindern, die Alternativen liegen auf dem Tisch, die Zukunft der Menschheit hängt von uns ab, von unserer

Einsicht, unserem Mut, unserer Fähigkeit, kurzfristigen Egoismus und Provinzialismus zu überwinden.

»Die Zukunftsaussichten für kommende Generationen«, schreibt Willy Brandt in seinem Vorwort, »sind gewiß höher zu bewerten als vermeintliche Gegenwartsvorteile.« Gewiß, wenn wir jene »in globaler Verantwortung« denkenden und handelnden »Weltbürger« wären, von denen im selben Vorwort die Rede ist, müßte uns dies wohl einleuchten. Aber gerade die 80er Jahre haben im Gefolge von Reaganomics und Thatcherismus ein Wiederaufleben des kurzfristigsten Ellenbogenegoismus gebracht, und in der kurzlebigen Euphorie dieser Jahre wurden auch Willy Brandts Warnungen aus dem Nord-Süd-Bericht in den Wind geschlagen. In der Einleitung zum Nord-Süd-Bericht hatte Brandt 1980 noch die Gemeinsamkeit der Interessen zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden herausgestellt. Jetzt ist von der »Ignoranz« und dem »scheinbar grenzenlosen Zynismus der Satten« die Rede, eine Formulierung, in der sich deutlich die Enttäuschung niedergeschlagen hat, die jeden treffen mußte, der wie Brandt frühzeitig auf die wachsenden Probleme aufmerksam machte.

Damals, als der Nord-Süd-Bericht erschien, konnte man noch Hoffnung auf Besserung hegen. Die Warnungen sollten helfen, die Aufwärtsentwicklung zu beschleunigen. »Es besteht die Gefahr«, schrieb damals Willy Brandt, »daß im Jahr 2000 ein großer Teil der Weltbevölkerung weiterhin in Armut lebt.« Heute, zwölf Jahre später, sehen wir uns der Tatsache gegenüber, daß die Armut sich weiter ausbreitet, das Nord-Süd-Gefälle beträchtlich zugenommen und sich die Lage in den Armutszonen der Welt drastisch verschlechtert hat. Im Rückblick erkennen wir, daß all die Warnungen nichts bewirkt haben. »Für die Mehrzahl der Entwicklungsländer wurden die 80er Jahre zum »verlorenen Jahrzehnt« . . .« (S. 59)

Es ist schwer, nicht in Resignation zu verfallen, wenn man liest, was in diesem Bericht an klaren und nicht zu bezweifelnden Fakten über den Zustand unserer Welt zusammengetragen worden ist. In vierzehn inhaltsreichen und klar gegliederten Kapiteln werden die Trends aufgezeigt, Prognosen bewertet, Alternativen vorgeschlagen. Armut, Bevölkerungswachstum, Migration, die Entwicklung des Handels und der Finanzmärkte, Verschuldung,



Schneisen im Tropenwald

Foto: dpa/Grimm

Militärausgaben und Rüstungstransfer, regionale Kriege, die Umweltzerstörung, Information und Kommunikation, Bildung, politische und soziale Menschenrechte – in allen diesen Bereichen ergibt sich ein düsteres Bild, allenfalls bei den Militärausgaben und den politischen Menschenrechten hat die Entwicklung seit 1989 ein wenig Optimismus blühen lassen. Aber wichtiger noch als die Beschreibung der einzelnen Trends ist der Blick auf die Problemverflechtungen, die Teufelskreise und vertrackten Probleminterdependenzen. Es gehört zu den Stärken dieses Berichts, daß er immer wieder die fatalen Zusammenhänge zwischen Armut, Umweltzerstörung, Hunger und Migration, zwischen Landflucht, Bevölkerungsexplosion, Verslumung der Städte, Prostitution, Frauenhandel und Gewalt, zwischen Verschuldung, Hunger und Rückentwicklung deutlich macht.

Die Therapien, die die Autoren vorschlagen, sind pragmatisch und wohldurchdacht. Wenn wir nur einen Anfang machen würden, wenn sich der politische Wille fände, sie umzusetzen, so gäbe es gewiß Grund zur Hoffnung. Aber die, die es besonders angeht, die politisch Ver-

antwortlichen, handeln in der Regel verantwortungslos, übertreffen sich gegenseitig in folgenlosen symbolischen Gesten, hüten eifersüchtig ihre (oft nur scheinbaren) Kompetenzen, hätscheln Illusionen und Fortschrittsvorstellungen, die längst der Vergangenheit angehören. »Die Epoche der Alleingänge«, schreibt Willy Brandt im Vorwort dieses Bandes, »geht zu Ende; überzogene und engstirnige Vorstellungen von Souveränität werden zu überwinden sein.« Und: »... ohne sozialen Ausgleich im Weltmaßstab wird ein friedliches Zusammenleben der Völker auf Dauer nicht möglich sein.« Etwas deutlicher gesagt: Wir werden abgeben müssen, damit die Mehrheit der Menschen auf dieser Erde ein halbwegs menswürdiges Leben leben kann, und je länger wir davor zurückschrecken, um so härter wird uns die dann unausbleibliche Katastrophe treffen.

Wer die nüchternen Darlegungen dieses Berichts liest, wird zu der Einsicht gezwungen, daß alles davon abhängt, daß wir, in den reichen Industrieländern des Westens, die Wende vollziehen. *Wir* sind für den weitaus größten Teil der Umweltschädigungen verantwortlich, *wir* verbrauchen in unserer Gier in immer

schnellerem Tempo die nicht regenerierbaren Ressourcen, *wir* rauben den meisten Entwicklungsländern durch unsere ökonomische Dominanz, durch die Verzerrung der Handelsbeziehungen und durch kulturelle Vergewaltigung die Chance auf eine eigenständige Entwicklung. Und, was vielleicht das wichtigste ist: Das von uns favorisierte Entwicklungsmodell führt in die Irre. Trocken stellt der Bericht fest: »Das bisherige Wohlstandsmodell kann nicht aufrecht erhalten werden.« (S. 222) Damit ist der entscheidende Punkt bekannt. Aber wo sind die Politiker, wo ist die Partei, die soziale Bewegung, die entschlossen eine Änderung unserer Lebens- und Wirtschaftsweise einfordert?

Stiftung Entwicklung und Frieden (Hg.): Globale Trends. Daten zur Weltentwicklung, Düsseldorf 1991.

HORST HOCHGREVE

Ein neo-libertäres Wirtschaftskonzept

Ein Vierteljahrhundert nach der großen Krise, die im Jahre 2004 die Weltwirtschaft erschütterte, veröffentlicht ein gewisser S. Flor eine Rückschau auf die turbulenten Ereignisse. Nach 50jähriger Prosperität habe sich damals, ausgelöst durch den Zusammenbruch der Fernostbank, der Kollaps dominoartig ausgebreitet – eine Folge von wucherndem Marktsystem, das, unfähig zur Selbstreform, einem ungebrochenen Wachstumsfetischismus frönte.

Doch gab es, so S. Flor weiter, bereits 1992 einen jungen, weitsichtigen Ökonomen namens Rolf Schröder, der »aus neo-libertärer Sicht« den Weg in die (rettende) Dualwirtschaft vorgezeichnet habe. Diese, aus Selbsthilfeeinrichtungen in der großen Depression entstanden, habe nicht nur das alte Marktsystem von seiner Eindimensionalität befreit, sondern auch eine nachhaltige Verbesserung des Verhältnisses zwischen Mensch und Natur ermöglicht. Entscheidend hierbei sei einmal die Rückbesinnung auf heimische, insbesondere landwirtschaftliche Produktionsmöglichkeiten und zum anderen das Entstehen der heute – 2029 – fest installierten regionalen Netzmärkte gewesen. Die Netzmärkte, auf denen Güter des täglichen Be-

darfs angeboten werden, seien mit einer eigenen Verrechnungseinheit, einer Art Buchgeld, ausgestattet; sie haben indes das alte Marktsystem nicht verdrängt, sondern seien als dessen Pendant zu verstehen, denn »... die Prosperität in den Netzen (hängt ab) von der Stabilität des Marktsystems«.

Eine unvorstellbare, undenkbare Entwicklung? Angesichts der von den Industriegesellschaften entfesselten und angehäufteten Risiken ist es ratsam, sich vieles vorzustellen. Die Vermutung, daß die Menschen die ökonomische und damit ökologische Wende erst nach dem Erleben tiefer Krisen und heftiger Schocks herbeiführen werden, gehört dazu. Möglich, ja wahrscheinlich ist auch, daß in 37 Jahren vieles so aussehen wird, wie »S. Flor« (= ROLF S.?) es beschreibt.

Doch zunächst, im Hauptteil des Buches, geht es Schröder um eine theoretische Grundlegung des dualwirtschaftlichen Modells. Die »neo-libertäre« Position, von der er ausgeht, »(bemüht) sich um mehr Freiheit jenseits der existierenden Institutionen«. Ihm schwebt dabei eine Wirtschaftsweise vor, die durch eine von den Konsumenten selbst organisierte Verschränkung von Produktion und Verbrauch sowie durch den »Wegfall des Gewinnmotivs« gekennzeichnet ist. Vehement sucht er daher die These von der »ureigensten Neigung des Menschen zum Tausch und zum Handel« (A. Smith) zu widerlegen, um seine Gegenthese, selbst im Mittelalter sei Märkten nur eine sehr periphere Rolle zugekommen, zu stützen. Schröders Auffassung, daß im vorindustriellen Zeitalter Handelsbeziehungen »durch vielfältige Bräuche und Tabus geregelt wurden«, ist gewiß zuzustimmen, doch bei näherem Hinsehen verbirgt sich hinter diesen Bräuchen dort, wo sie auf freiwilliger Übereinkunft beruhten, nichts anderes als eine spezifische Ausformung des Rationalprinzips. Und vor allem ist die Entfaltung der Märkte erst vor dem Hintergrund fortschreitender Arbeitsteilung, die ja auch einherging mit der Trennung von Produktion und Konsum, verständlich.

»Das Dilemma der Ökonomen«, so Schröder, »besteht darin, daß sie lediglich im Besitz einer Volkswirtschaftslehre sind, es nur eben keine Volkswirtschaften mehr gibt, sondern nur noch das globale Marktsystem.« Wer wollte dem widersprechen? Umso mehr muß man fragen, ob Dualwirtschaft in Form regionaler Netzmärkte mehr sein kann als eine (zweifellos sinnvolle) Ergänzung des Marktsystems. Denn die Innenwelt industrieller Produktions- und Konsumtionsabläufe – man denke nur an das äußerst wichtige, bisher jedoch kaum gelöste

Problem der Rückführung sozialer Kosten in die einzelwirtschaftlichen Kostenrechnungen – erreichen Subsysteme nicht.

Der Reiz des Buches, das zahlreiche Quellen- und Literaturhinweise enthält, liegt insbesondere in der Verbindung des theoretischen Teils mit dem Nachwort. Die hier skizzierte Gesellschaft scheint Konflikte, die erfahrungsgemäß den Verhaltensweisen wirtschaftender Menschen entspringen, weitgehend überwunden zu haben. Dahinter verbirgt sich der alte, fast möchte man sagen: meta-ökonomische Traum vom selbstbestimmten, harmonischen Wirtschaften.

Rolf Schröder: Jenseits des Marktes – Ansätze öko-sozialen Wirtschaftens aus neo-libertärer Sicht. Mit einem Nachwort von S. Flor, Frankfurt am Main 1992, 158 u. XXXIII S., DM 29,80.

WERNER EGGERT

Reformierte Globalsteuerung

Als der Deutsche Bundestag das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (StWG) vor jetzt fast genau 25 Jahren verabschiedete, galt die darin angelegte Globalsteuerung so als das Modernste, was die Wirtschaftspolitik zu bieten hatte. Der Staat, so meinten die Wissenschaftler und Politiker damals gleichermaßen, könne das Wachstum verstetigen und Konjunkturbüche verhindern, wenn er die gesamtwirtschaftliche Nachfrage mit der Finanz- und Geldpolitik nur geschickt lenke.

Inzwischen weiß man es besser. Die in der Praxis schlechten Resultate haben zu einem breiten Konsens geführt, daß sich die Wirtschaft nicht wie ein mechanischer Regelkreis verhält, bei dem man nur die entsprechenden Hebel umlegen muß, um optimale Ergebnisse zu erzielen. Vor allem traditionelle Fachleute sehen in den kurzfristigen Elementen des StWG einen fehlgeschlagenen Versuch und wollen sie am liebsten abschaffen.

Auch linke Ökonomen haben die Defizite der Globalsteuerung erkannt. Darüber hinaus sehen sie einen fatalen Zusammenhang zwischen dem alten Wachstumsziel und neuen Umweltproblemen. Im Gegensatz zu ihren konser-

vativen Kollegen halten sie das Instrumentarium jedoch für reformbar: »Auf aktive Konjunkturpolitik mit den Instrumenten der Fiskalpolitik, mittelfristig eingebettet in ein System ökologischer Ziele und abgestimmt mit einer parallelen Geldpolitik, darf künftig nicht verzichtet werden.«

Einen entsprechenden Gesetzentwurf »für eine ökologisch-soziale Wirtschaft« (GösW) hat am Ende der vergangenen Legislaturperiode die Bundestagsfraktion der GRÜNEN vorgelegt. Kommentiert durch die maßgeblichen Initiatoren und ergänzt durch Aufsätze prominenter Kritiker aller Couleur, ist der Entwurf jetzt im Buchhandel erhältlich: Eckhard Stratmann-Mertens, Rudolf Hickel, Jan Prieue (Hg.): *Wachstum – Abschied von einem Dogma, Kontroverse über eine ökologisch-soziale Wirtschaftspolitik.*

Einig sind sich alle Autoren bei den Gründen, die das StWG haben scheitern lassen: Die kurzfristige Ausrichtung des Gesetzes fußte auf der Annahme, daß man die ökonomische Lage exakt analysieren und sofort wirksame Instrumente unverzüglich einsetzen kann. Beides hat sich in der Realität als unzutreffend erwiesen. Vielmehr wirken eine Vielzahl von Verzögerungen und Antagonismen, die eine makroökonomische Feinsteuerung zur Illusion werden lassen. Außerdem zeigen sich Politiker gerade in Boomphasen unfähig, dämpfende Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen rechtzeitig durchzusetzen und damit den in vorangegangenen Flauten aufgebauten Schuldenberg abzutragen.

Unterschiedlich sind jedoch – wie oben angedeutet – die Schlüsse, welche die Ökonomen aus dieser Analyse ziehen. So wertet der frühere Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, *Otto Schlecht*, den Schwenk zu monetaristischer Geldpolitik und angebotsorientierter Finanzpolitik als den einzig möglichen Weg, der »ein stetiges und angemessenes Wachstum« ermögliche.

Die Autoren des GösW dagegen trauen dem Staat durchaus noch gestalterische Eingriffe in den Wirtschaftsprozeß zu. Kernstück ihres Entwurfs ist ein um umwelt- und verteilungspolitische Elemente erweiterter Zielkatalog, ein ökologisch-soziales Fünfeck. Während in der bisherigen Praxis die Geldwertstabilität Priorität genießt, räumt das GösW den Zielen ökologisches Gleichgewicht, Vollbeschäftigung und Verteilungsgerechtigkeit Vorrang ein. Anstelle des pauschalen Wachstumsziels entwickeln die Autoren das differenzierte Konzept einer selektiv schrumpfenden und selektiv wachsenden Wirtschaft. Schrumpfen sollen die bedenklichen Bereiche, wachsen die anderen Sektoren.

Um das zu erreichen, setzt der Gesetzentwurf auf ein Berichtswesen, das auch die ökologische Dimension erfaßt, und auf gesamtwirtschaftliche, aufeinander abgestimmte Rahmenpläne. Kein Wunder, daß ein gestandener Ordoliberaler wie Otto Schlecht hier Verrat wittert: »Der Gesetzesvorschlag verfolgt den Gedanken einer koordinierten Rahmenplanung von Bund, Ländern und Gemeinden in einer so intensiven Form, daß daraus Tendenzen in Richtung einer Planwirtschaft entstehen.« Schlecht möchte Umweltpolitik dagegen vor allem als Ordnungspolitik betreiben, die Rahmendaten setzt und sich im übrigen auf die Eigeninitiative und das Eigeninteresse des einzelnen verläßt.

Ergänzend zu diesen beiden extremen Positionen finden sich in dem Band eine Reihe weiterer Stellungnahmen von Politikern wie Kurt Biedenkopf und Wolfgang Roth (auch die SPD hat mittlerweile vorgeschlagen, die Ziele des StWG neu zu bestimmen) oder Wissenschaftlern wie Hans Christoph Binswanger und Hans Karl Schneider.

Eckhard Stratmann-Mertens, Rudolf Hickel, Jan Prieue (Hg.): Wachstum – Abschied von einem Dogma, Kontroverse über eine ökologisch-soziale Wirtschaftspolitik, Frankfurt a. M. 1991, 278 S., DM 29,80.

PETER KERN

Benjaminiana

Jede Seite des Buches legt Ehre ein für's Graphikhandwerk und für die Druckerkunst. Eierschalenfarbenes Papier, reich illustriert mit Photos, Zeichnungen, Karikaturen, gut lesbare Schrifttypen, aus Gründen der Gestaltung mal rot, mal schwarz, mal die Mischfarbe braun; eine schöne Collage als Schutzumschlag – das Werkbund-Archiv als Herausgeber hat ein wahres Schatzkästlein für die Freunde Benjamins gezimmert. Es enthält Briefe, Auszüge aus schon gedruckten Erinnerungen, Tagebuchnotizen. Die Texte stammen von Zeitgenossen oder von Benjamin selbst. Sie gewähren neue Einblicke in die Entstehungsgeschichte seiner Arbeiten, ebenso in seine individuelle Geschichte. Zwischen dem Werk und dem Wesen

Benjamins sehen die beiden Autoren des Buches einen Kausalzusammenhang. Sie wollen, schreiben sie, sein Werk aus einer Grundkonstellation seines Wesens »ableiten«. »Wir fragen«, so heißt es im Einleitungskommentar, »nur nach seinem wahren Charakter.« Das *Nur* irritiert. Ebenso die Formulierung Ableitung und die Frage nach dem wahren Charakter. Der Satz ist programmatisch zu nehmen. *In nuce* enthält er die verfehlete Konstruktion des Buches und den Grund für die Kluft, die sich zwischen schmucker Form und trübem Inhalt auftut. Wie kommt man dem wahren Benjamin auf die Schliche? Durch die Perspektive des Schlüssellocks, meinen die Autoren. Die Kammerdienerperspektive gibt so »Wesentliches« preis wie das leicht vorstehende Bäuchlein unseres Helden. Man erfährt die Details der außerehelichen Beziehungen von Dora und Walter Benjamin, erfährt, daß der Ehrlose die geschiedene Frau und den gemeinsamen Sohn nicht alimentiert. Benjamin – ein Egozentriker, dabei naiv und so einfältig gar, sich von der, die er unglücklich liebt, zum Mokauer Marxismus verführen zu lassen. Der »echte«, »unverfälschte« Autor, mittels Briefstellen und Scheidungsurkunde aus dem Schutt freigelegt, den die Hagiographen und Philologen auf ihm häuften – diese biographische Mode ist kein Deut besser als der unkritische Kult, von dem sie sich absetzen will.

Die Attitüde, den wahren Benjamin zu präsentieren, den Menschen hinter dem Werk, verdankt sich einem naiven Begriff von *Charakter*. Aus ihm leiten die Autoren brav Werk und Lebensschicksal ab. Sie sind dabei einer Psychologie für den Hausgebrauch verpflichtet. Wie unsinnig der bloß gemeinte Ableitungszusammenhang ist, darüber hätte sie die Schrift von Benjamin über »Schicksal und Charakter« aufklären können. Er schreibt vom Charakter als dem »Popanz der Deterministen« oder Überrest eines mythischen Schuldglaubens.

Die biographische ist eine ziemlich zeitlose literarische Mode. Ganz *up to date* dagegen die Masche, solche Autoren wie Benjamin von dem Verdacht einer Kontamination mit Marx reinzuwaschen. Puttnies und Smith unterliegen da einem regelrechten Waschzwang. Zum Marxismus hätten den Naiven die bösen Buben und Mädels verlockt. Dazu rechnen der als »marxistischer Musikkritiker« bezeichnete Adorno und Asja Laczis, letztere das lockende Weib, das den, der ihr verfallen und seiner Sinne nicht mächtig war, mit dem theoretischen Unsinn *Marxismus* indoktrinierte. Es ist die Konzession an den Zeitgeschmack, der linke Kost nun mal nicht göütiert, was die Lektüre des Buches so fad macht. Wenn es sich dennoch zu lesen lohnt,

dann wegen der Briefwechsel aus der Zeit der Emigration. Die Schmach der Exilierten, die nach ein paar Mark Zeilenhonorar Ausschau halten müssen; das Visum als das beständige Thema; die Angst, wie ein Schicksalsgenosse schreibt, es führen bald direkte Züge von Paris nach Dachau; der Traum Benjamins, sich »nach New York zu retten und dort im zwanzigsten oder dreißigsten Stockwerk eines Wolkenkratzers ein neues Leben zu beginnen« – der Briefwechsel erinnert an die Dialoge von Ziffel und Kalle in Brechts Flüchtlingsgesprächen.

Hans Puttnies/Garry Smith: Benjaminiana. Anabas Verlag, Gießen 1991, 219 S., DM 68,-

ULRICH KARGER

Jugendwiderstand im NS-Staat

Piraten, Swings und Junge Garde untersucht oppositionelle Jugendliche des III. Reiches – eine Minderheit also, zu der jener allerdings nicht zählt, der u. a. auch das Zitat von der Gnade der späten Geburt in den Unsinn gewendet hat. In seiner Einleitung zu dieser Textsammlung stellt der Herausgeber Wilfried Breyvogel dar, wie wenig systematisch sich die Widerstandshaltung damaliger Jugendlicher entwickeln konnte. »... ein heimlicher Eindruck, eine Szene vor dem Fenster, eine Wahrnehmung im Ghetto, dieses kann von einer Sekunde zur anderen bei einem alles, bei anderen gar nichts auslösen.« (S. 11)

Die nachfolgenden Texte wurden dann nach der Chronologie unterschiedlicher Formen des Jugendwiderstandes zwischen 1933 und 1945 in Beziehung gesetzt. Zuerst die in den Jugendorganisationen der Arbeiterparteien und der Naturfreundejugend, dann ein Höhepunkt mit dem Beitrag von Christel Beilmann. Alle Texte bestechen durch präzise Sprachführung und saubere Quellenscheidung, aber wie diese Frau ihre *Jugend im katholischen Milieu* der NS-Zeit unsentimental und ungetrübt jedweder Verbrämung beschreibt, ist einfach einzigartig. Solche Frauen inmitten der Kirche und nicht an ihrem Rande, und es sähe heute für die Kirchen besser aus! Sie hat sehr klar erkannt und verurteilt, was sie als junges Mädchen in diesem Milieu daran hinderte, überhaupt auf die Idee zu kom-

men, politischen Widerstand zu leisten. »Ich habe im Nachhinein eher den Eindruck, daß die Kirche von diesem politischen Widerstand offiziell zumindest lieber keine Kenntnis nahm, er geschah gegen ihr Konzept; es entsprach nicht dem Kodex der Kirche, daß jemand sich gegen die Obrigkeit stellt, ihr gar Widerstand leistete.« (S. 63)

Es folgen konstruktiv differenzierende Beiträge über die »bündische Jugend« sowie über die »Edelweißpiraten«. Sie setzen der Schwarzweiß-Malerei der einen wie der anderen Seite wirksame Argumente entgegen.

Ein Schwerpunkt mußte natürlich die Auseinandersetzung mit der »Weißen Rose« sein. Breyvogel erläutert in seinem Artikel, warum! »... Die ›Weiße Rose‹ gehörte – wie Detlev Peukert einmal anmerkte – mit der militärischen Opposition des 20. Juni 1944 und dem katholischen Bischof von Galen zum Dreigestirn der positiven Widerstandstradition.« (S. 159) Ohne den Mut und die Entschlossenheit der »Weißen Rose« anzutasten, ergeben sich aus seinem Beitrag und den Texten von Inge Jens und A. Knoop-Graf z. T. völlig neue Einschätzungen der einzelnen in der Gruppe sowie der Gruppe als ganzes. Den meisten unbekannt dürften auch die Hamburger *Swing* und die Pariser *Zazous* sein. In Kleidung und Musikgeschmack völlig aufs Angloamerikanische »abgefahren«, war deren »Renitenz und leichtsinniger Übermut« schon bemerkenswert auf der Skala großdeutschen Widerstandes.

Sehr weiterführend zum Verständnis für alle Jugendlichen dieser Zeit sind die psychologischen Einlassungen von B. A. Rusinek über die Zwänge dieser Jugendlichen, vor allem auch gegen Kriegsende, welche die genauen Zuordnungen zwischen Widerstand und Kriminalität ad absurdum führern. Vor der persönlichen Nachbemerkung von Carola Stern hat der Herausgeber einen weiteren Höhepunkt gesetzt. Arno Klönnes Ausführungen über den Umgang mit der Geschichte jugendlicher Opposition im III. Reich nach 1945 sind derart fulminant, daß man sie am liebsten gleich vollständig wiedergeben möchte. Z. B., daß für eine Politik, die nach alledem dennoch auf Kontinuität deutscher Gesellschaftsgeschichte alter Provinienz Wert gelegt hat, »war es schlüssig gedacht, Verweigerung und Widerstand ›von unten‹, so eben auch die Jugendopposition im ›Dritten Reich‹, aus der Geschichtsschreibung auszugenzen.«

Piraten, Swings und Junge Garde; Anthologie: Jugendwiderstand im Nationalsozialismus: Hg. Wilfried Breyvogel, J.H.W. Dietz Nachf./ Bonn 1991, 352 S., DM 19,80

Zu den Autorinnen und Autoren

MARION BARTH, geb. 1954, ist diplomierte Betriebswirtin, lebt in Bonn.

DETLEV CLAUSSEN, geb. 1948, lebt als freier Autor in Frankfurt a. M.

WERNER EGGERT, geb. 1961, Journalist beim *Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt* in Hamburg.

JOACHIM GÜNTNER, geb. 1960, Philosoph und Publizist, lebt in Hannover.

GEORG M. HAFNER, geb. 1947, Redakteur beim *Hessischen Rundfunk*.

KLAUS HARPPRECHT, geb. 1927, lebt als freier Schriftsteller und Publizist in Südfrankreich; war Redenschreiber und Berater des früheren Bundeskanzlers Brandt.

HORST HOCHGREVE, geb. 1933, ist Leiter der Abt. Wirtschaftspolitik beim *DGB-Landesbezirk Hessen*.

JÜRGEN HOFFMANN, geb. 1944, Professor an der *Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg*.

ULRICH KARGER, geb. 1957, lebt als freier Publizist in Berlin.

PETER KERN, geb. 1954, ist politischer Sekretär beim Vorstand der *IG Metall*, lebt in Frankfurt a. M.

GYÖRGY KONRÁD, geb. 1933, ungarischer Schrift-

steller, Friedenspreisträger des *Deutschen Buchhandels* 1991.

THOMAS KRAPP, geb. 1955, lebt als freier Publizist in Jerusalem.

THOMAS KREUDER, geb. 1960, Rechtsanwalt, z. Zt. wissenschaftlicher Mitarbeiter am *Institut für Arbeits- und Wirtschaftsrecht der Universität Frankfurt a. M.*

WOLFGANG LECHER, geb. 1945, Referent beim *Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes* in Düsseldorf.

CLAUS NOÉ, geb. 1938, Staatsrat an der *Wirtschaftsbehörde der Hansestadt Hamburg*.

ROLF SCHNEIDER, geb. 1932, Schriftsteller; Romane, Erzählungen, Bühnenstücke, Essays, letzte Veröffentlichung *Volk der Trauer*, lebt in Schöneiche in Brandenburg.

ADAM SEIDE, geb. 1929, Schriftsteller, Gerrit-Engelke-Preisträger der Stadt Hannover, lebt in Frankfurt a. M.

SIBYLLE TÖNNIES, geb. 1944, Juristin, lehrt an der *Universität Bremen*.

RENE WEILAND, M.A., geb. 1957, Essayist und Publizist in Berlin, hat zusammen mit Wolfgang Pircher den Band *Mythen der Rationalität – Denken mit Klaus Heinrich* (Wien 1990) herausgegeben.

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:

Godesberger Allee 139
5300 Bonn 2
Tel.: (02 28) 8 83-5 40/5 42
Telefax: (02 28) 88 35 39

Verlag und Anzeigenverwaltung:

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH,
In der Raste 2
5300 Bonn 1
Tel.: (02 28) 23 80 83
Telefax: (02 28) 23 41 04
Anzeigenpreisliste Nr. 20
Anzeigenverwaltung: Margret Reichert

Gesamtherstellung:

satz+druck gmbh, Düsseldorf

Bezugsbedingungen:

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738 Einzelheft 12,80 DM frei Haus; Jahresabonnement 90,- DM frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist (Lieferende mit Heft 12). In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.